

FEMINA POLITICA

ZEITSCHRIFT FÜR FEMINISTISCHE POLITIKWISSENSCHAFT

02 | 2013 22. Jg.

GENDER UND POLITISCHE PARTIZIPATION IN ASIEN

FLESCHENBERG, DERICHS POLITISCHE PARTIZIPATION IN ASIEN DUOTYA THE IMPACT OF GENDER QUOTAS ON POLITICAL REPRESENTATIONS AND PRACTICES IN THE PAKISTANI NATIONAL PARLIAMENT DEVASAHAYAM WHAT SINGAPOREAN FEMALE POLITICIANS CHOOSE TO SAY IN PARLIAMENT GROSSMANN HETEROGENITÄT, FRAGMENTIERUNG UND HANDLUNGSMACHT VON FRAUENRECHTSAKTIVISTINNEN IN ACEH, INDONESIA VENERACION-RALLONZA GROUNDING THE INTERNATIONAL NORM ON WOMEN, PEACE AND SECURITY DHAWAN POSTKOLONIALE GOVERNEMENTALITÄT UND „DIE POLITIK DER VERGEWALTIGUNG“: GEWALT, VERLETZLICHKEIT UND DER STAAT



Verlag Barbara Budrich

Gender und politische Partizipation in Asien

INHALT

| | |
|---|------------|
| EDITORIAL | 7 |
| | |
| SCHWERPUNKT: Gender und politische Partizipation in Asien | 9 |
| | |
| ANDREA FLESCHENBERG, CLAUDIA DERICHS Reflexionen zu Gender und politischer Partizipation in Asien: Einleitung | 9 |
| | |
| VIRGINIE DUTOYA From Women’s Quota to “Women’s Politics”: The Impact of Gender Quotas on Political Representations and Practices in the Pakistani National Parliament | 17 |
| | |
| THERESA W. DEVASAHAYAM “Talking Point(s)”: What Singaporean Female Politicians Choose to Say in Parliament | 34 |
| | |
| KRISTINA GROSSMANN Heterogenität, Fragmentierung und Handlungsmacht von Frauenrechts- aktivistinnen in Aceh, Indonesien | 52 |
| | |
| LOURDES VENERACION-RALLONZA Grounding the International Norm on Women, Peace and Security: The Role of Domestic Norm Entrepreneurs and the Challenges Ahead | 67 |
| | |
| NIKITA DHAWAN Postkoloniale Gouvernementalität und „die Politik der Vergewaltigung“: Gewalt, Verletzlichkeit und der Staat | 85 |
| | |
| FORUM | 105 |
| | |
| JANA GÜNTHER Was ist Gaga? Überlegungen zu Lady Gaga und J. Jack Halberstams Gaga-Feminismus | 105 |
| | |
| PETRA KLUG Der neue Streit um Differenz? (Queer-)Feministische Perspektiven auf Islam und Geschlechterordnung | 114 |

TAGESPOLITIK 125

RICARDA DRÜEKE, ELKE ZOBL
**#aufschrei als Gegenöffentlichkeit – eine feministische Intervention in den
 Alltagssexismus? 125**

ANNA HELLMANN
 Geschlechterverhältnisse im Bereich des Menschenhandels. EUROSTAT-Studie
 „Trafficking in human beings“ – Die Dimension des Menschenhandels 128

EVA HENKEL
 Von der eingetragenen Lebenspartnerschaft über die „Homo-Ehe“ zur
 „Mariage pour tous“ – Die Gleichstellung homosexueller Paare in Europa 132

HEINZ-JÜRGEN VOSS
 Intersexualität/Intergeschlechtlichkeit: Überblick über die aktuellen Debatten
 in der Bundesrepublik Deutschland 135

SARAH CLASEN
 Der Angelina-Effekt: Von der Ikonographie genetischer Selbstverantwortung 140

ANNE K. KRÜGER, ANNA SCHÜTZ
 Ungleichheit qua Gesetz – Zur Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher
 Qualifizierung 145

NEUES AUS LEHRE UND FORSCHUNG 151

Kurznachrichten 151

BRIGITTE BARGETZ, MAGDALENA FREUDENSCHUSS
 Feministische Wissensproduktion als Modus von Kritik 154

CLAUDIA BRUNNER
 Von den Un/Möglichkeiten, im Wissenschaftsbetrieb feministisch zu publizieren ... 155

BEATE KORTENDIEK
 Peer-Review-Verfahren im Kontext feministischer Zeitschriftenproduktion.
 Zum Verhältnis von Kritik, Qualität und Macht 157

MERCEDES BUNZ
 Repositionierungen: Von Machtverschiebungen im Kapitalismus und
 Feminismus 161

JULIA SCHEURER, NICOLA NAGY

Leider nichts Neues: Über die Marginalisierung der Geschlechterforschung
am OSI 163

REZENSIONEN 167

CHARLOTTE BINDER

Anıl Al-Rebholz: Das Ringen um die Zivilgesellschaft in der Türkei. Intellektuelle
Diskurse, oppositionelle Gruppen und Soziale Bewegungen seit 1980 167

IRENE DINGELDEY

Maria Wersig: Der lange Schatten der Hausfrauenehe. Zur Reformresistenz
des Ehegattensplittings 169

MAGDALENA FREUDENSCHUSS

Dagmar Fink, Birge Krondorfer, Sabine Prokop und Claudia Brunner (Hg.):
Prekarität und Freiheit? Feministische Wissenschaft, Kulturkritik und
Selbstorganisation 171

BRIGITTE RAUSCHENBACH

Barbara Holland-Cunz: Gefährdete Freiheit. Über Hanna Arendt und
Simone de Beauvoir 174

TATJANA MARIKA RODE

Leslie A. Schwindt-Bayer: Political Power and Women's Representation in
Latin America 176

JASMIN TOUATI

Heike Kahlert: Riskante Karrieren. Wissenschaftlicher Nachwuchs im Spiegel
der Forschung 179

ANGELIKA VON WAHL

Gabriele Abels, Joyce Marie Mushaben (Hg.): Gendering the European Union.
New Approaches to Old Democratic Deficits 182

ANKÜNDIGUNGEN UND INFOS 189

Call for Papers. Heft 2/2014 der Femina Politica 189

Neuerscheinungen 192

AUTORINNEN DIESES HEFTES 197

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

wenn dieses Heft ausgeliefert wird, ist die Bundestagswahl entschieden, und vermutlich auch die Bildung einer neuen Regierung vorbei. Sozusagen als Kontrastprogramm zur vorhersehbaren Neuauflage bekannter geschlechterpolitischer Debatten in Deutschland beschäftigt sich der vorliegende Schwerpunkt mit einer von der deutschen politikwissenschaftlichen Forschung nur wenig beachteten Region, nämlich Asien. In „Geschlecht und Partizipation in Asien“ richten die Autorinnen ihren Blick auf formelle und informelle Partizipation von Frauen und deren Ergebnisse. Das vielfältige „Laboratorium“ geschlechterpolitischer Projekte und Kontroversen in Asien lohnt eine verstärkte Rezeption gerade in vergleichenden politikwissenschaftlichen Studien, so die Gastherausgeberinnen. So sind Parlamentarierinnen in Singapur und in Pakistan Gegenstand von Analysen ebenso wie die Aktivitäten und Strategien von Frauenrechts-Aktivistinnen in Postkonfliktsituationen (Aceh, Indonesien) und zur nationalen Umsetzung der Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit (auf den Philippinen). Hieran wird auch unser nächster Schwerpunkt (1/2014) zu den Partizipationsstrategien und -strukturen von Frauenbewegungen anknüpfen. Zudem befasst sich ein Aufsatz mit der Frage postkolonialer Gouvernementalität am Beispiel der Massenmobilisierung in Indien nach den publik gewordenen Fällen von Gruppenvergewaltigungen Ende 2012. Für diesen Schwerpunkt konnten Wissenschaftlerinnen aus der Region gewonnen werden. Aus diesem Grund sind ausnahmsweise drei Artikel im Heft auf Englisch geschrieben.

Im „Forum“ wird in diesem Heft ein Blick auf das künstlerische Projekt Lady Gaga geworfen und gezeigt, mit welchen post-industriellen sozialen Geschlechter-Konstruktionen sie arbeitet. Der zweite Beitrag geht (queer)feministischen Perspektiven auf Islam und Geschlechterordnung nach und diskutiert unter Rückgriff auf Judith Butler und Haideh Moghissi zwei gegensätzliche Positionen in der Debatte.

Neben aktuellen Entwicklungen im Hochschulbereich nimmt die Rubrik „Neues aus Lehre und Forschung“ in vier Beiträgen die feministische Wissensproduktion in den Fokus und reflektiert sie vor dem Hintergrund vielfach diskutierter Ökonomisierungsprozesse in Forschung und Lehre. Die ersten beiden Artikel beschäftigen sich mit den Publikationsmöglichkeiten feministischer Autorinnen und Zeitschriften unter den Bedingungen des Peer-Review-Verfahrens. Der dritte Beitrag beleuchtet Potenziale von Neupositionierungen und Widerständigkeiten im Strom wissenschaftlicher Ökonomisierungsprozesse, während der vierte Artikel den Prozess der Neubesetzung der Gender-Professur am OSI (FU Berlin) beschreibt, der letztlich zur Marginalisierung der Genderforschung geführt hat.

Im Anschluss folgen zahlreiche Rezensionen von aktuellen Neuerscheinungen in der Geschlechterforschung. Die Rubrik „Ankündigungen und Infos“ informiert abschließend über neueste wissenschaftliche Bücher, Sammelband- und Zeitschriftenartikel und enthält unseren neuen Call for Papers zum Thema „Zwischen digitaler Utopie und Kontrolle. Wie feministisch ist „das Netz“?“

Wir wünschen Ihnen/Euch eine anregende Lektüre!

Ihre/Eure Redaktion

Vorschau auf die nächsten Hefte (Arbeitstitel)

1/2014 Frauenbewegungen revisited. Partizipationsstrategien und -strukturen in sich verändernden nationalen und transnationalen Handlungsräumen

2/2014 Zwischen digitaler Utopie und Kontrolle. Wie feministisch ist „das Netz“?“

SCHWERPUNKT

Reflexionen zu Gender und Politischer Partizipation in Asien

Einleitung

ANDREA FLESCHENBERG. CLAUDIA DERICHS

Die Annäherung an eine so heterogene Region wie Asien unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten in einem einzelnen Schwerpunktheft zu versuchen, erscheint ein gewagtes Unterfangen. Wie in anderen Regionen des Globalen Südens und Nordens spiegeln sich auch in Asien grundlegende Herausforderungen der politischen Repräsentation und Partizipation von Frauen sowie kontrovers diskutierte Gender Mainstreaming-Initiativen auf zivilgesellschaftlichen, subnationalen und nationalen Ebenen. Oftmals sind die Diskurse und Praxen in der deutschen politikwissenschaftlichen Forschungslandschaft nicht präsent bzw. bekannt und finden daher selten Eingang in feministische politikwissenschaftliche Studien ohne spezifischen Regionalfokus.

Die Region weist neben einigen historisch bahnbrechenden politischen Ereignissen ein interessantes und vielfältiges „Laboratorium“ geschlechterpolitischer Bestrebungen und Kontroversen auf. Wir möchten uns dem Nexus von Gender und Politik mittels zweier Zugänge nähern: Wir richten den Blick auf formelle wie auch auf informelle politische Partizipationserfahrungen und deren Ergebnisse bzw. Folgen. Die Bilanz der in zahlreichen Ländern eingeführten Quotenregelungen – sei es in Form von freiwilligen oder obligatorischen Listenvorgaben oder reservierten Sitzen für nationale oder subnationale Wahlen – führt seit einiger Zeit zu einer verstärkten Diskussion und Analyse der Effektivität dieser Maßnahmen, weg von Fragen der Repräsentativität hin zur Qualität der Partizipation. Besondere Beachtung finden dabei Faktoren wie Religion, Stärke der Frauenbewegung und femokratischer Unterstützernetzwerke, sozialstrukturelle Einflüsse sowie externe Interventionsinitiativen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit oder von Staats- und Institutionenbildungsprozessen. Eine zentrale Forschungsfrage ist dabei, ob die Repräsentations- und Partizipationsforderungen zu einem effektiven politischen Mainstreaming von Frauen und einem Aufbrechen der traditionell androzentrischen Strukturen und institutionellen Kulturen führten. Welche Gestaltungsmöglichkeiten zur politischen Agendasetzung und welche politische Performanz kennzeichnen diese Akteurinnen?

Ergaben sich daraus Partizipationsdividenden für andere öffentliche Räume und/oder eine Gleichstellungsdividende durch erfolgreiche Gesetzesvorhaben und Policies? Möglich ist aber auch, dass sich durch Quotenregelungen Ungleichheitsstrukturen reproduzieren, die geschlechterdemokratischen Egalitätsprinzipien zuwiderlaufen, bspw. durch ein „elite hijacking“ grundsätzlich demokratischer Verfahren, der Dominanz von politischen Dynastien oder einer konstanten Abhängigkeit der gewählten/ernannten Mandatsträgerinnen von männlich dominierten Unterstützungsnetzwerken und Strukturen.

Während in einer Reihe von asiatischen Ländern Aktivistinnen mehr oder weniger erfolgreich und nachhaltig den Sprung in politische Institutionen wagten, sehen sich andere noch vor der Aufgabe, Lobby- und Advocacy-Netzwerke in politischen Institutionen zu verankern und in politischen Aushandlungsprozessen Einfluss geltend zu machen. Des Weiteren finden wir in einer Vielzahl von Ländern politisch und strukturell heterogene bis fragmentierte Frauenbewegung(en) vor, die über divergierende politische Agenden, zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume, (trans-)nationale Netzwerke und Unterstützungsstrukturen verfügen. Dies wirft die Frage auf, wie effektiv Frauenorganisationen und -netzwerke Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse nehmen oder Initiativen in formalen politischen Institutionen anstoßen können.

Die hier präsentierten Beiträge befassen sich im Kern mit der Frage, wie sich die politische Teilhabe von Frauen – eingedenk all ihrer gegebenen Diversität (bspw. im Hinblick auf Alter, Ethnizität, sozioökonomischen Status) – in politischen Diskursen, Entscheidungs- und Policy-Arenen gestaltet, die bisher in weiten Teilen von patriarchal bis misogynen Zügen sowie vergleichsweise geringen Repräsentationstiefen¹ auf diversen Ebenen und in verschiedenen Arenen des jeweiligen politischen Systems gekennzeichnet waren (und sind).

An dieser Stelle wollen wir einige Grundfragen und zentrale Aspekte zu den thematischen und systematischen Zugängen und Herausforderungen reflektieren und eine skizzenhafte regionale empirische Bestandsaufnahme vornehmen, bevor die einzelnen Beiträge fallstudienpezifisch Detailfragen analysieren und diskutieren.

Die meisten süd- und südostasiatischen Länder unterscheiden sich stark im Hinblick auf ihre politischen Systeme, normativen Ordnungen und politischen Kulturen, aber sie teilen auch signifikante Gemeinsamkeiten. Zu Letzteren gehören koloniale Hinterlassenschaften, hochgradig heterogene, patriarchale und sozial stratifizierte Gesellschaften sowie häufig rezente Erfahrungen mit mehr oder weniger erfolgreichen Demokratisierungsversuchen. Einige dieser Länder sind gezeichnet durch interne bzw. transnational-regionale Konflikte (hier bspw. Pakistan und Indien) sowie Postkonflikterfahrungen (Indonesien). Neben dem formalen Institutionengefüge wirken sich auch diese Kontextfaktoren auf die Handlungsspielräume und die Repräsentations- und Partizipationspotenziale bestimmter politischer Akteure, insbesondere Politikerinnen und Aktivistinnen, aus. Darüber hinaus finden wir in fast allen Ländern der Region, die einen mittleren bis niedrigen Rang im internationalen Ranking

zur menschlichen Entwicklung (HDI) aufweisen, bedeutende geschlechterpolitische Interventionen im Rahmen bilateraler und multilateraler Entwicklungszusammenarbeit oder von Postkonfliktprozessen, welche auf komplexe lokale, transnationale und internationale Akteurskonstellationen treffen. Die politische Teilhabe von Frauen und der Aufbau von *women's machineries* sind dabei zentrale Aufgabenbereiche. Ihre Bewältigung gilt als Indikator für den Erfolg oder Misserfolg ihrer Politikberatung und Intervention.

Parlamentarierinnen, Wählerinnen und geschlechterpolitische Ambivalenzen

Parlamenten in asiatischen Staaten eilt häufig der Ruf voraus, sie dienen eher der Regimestabilisierung denn dem politischen Wettbewerb. Dem ist nicht immer so, wie Jürgen Rüland et al. (2005) zumindest für Südostasien analysieren konnten. Allerdings wurde diese Studie ohne besonderes Augenmerk auf die Geschlechterverteilung in den Legislativen durchgeführt. Daher gilt: Noch schwächer als der Einfluss der Parlamente selbst wird in aller Regel der Einfluss beurteilt, den weibliche Abgeordnete auf das parlamentarische Geschehen ausüben. Diese weit verbreitete Einschätzung sollte indes aus einer differenzierten Perspektive betrachtet werden. So fallen auf der empirischen Ebene schon gerade diejenigen Staaten ins Auge, deren Gesellschaften mehrheitlich muslimisch sind und die über gewählte parlamentarische Institutionen verfügen, wie Malaysia, Indonesien und Pakistan, d.h. wirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutende Staaten. Wie wir an anderer Stelle dargelegt haben (Derichs/Kindelberger/Holike 2011), lassen sich weit verbreitete Klischees über Parlamentarierinnen in diesen Ländern empirisch kaum bestätigen. Zusammengefasst betrifft dies folgende Aspekte:

- ▶ Es besteht allenfalls ein marginaler Zusammenhang zwischen „Islam“ als Religion/Lebensanschauung und der politischen bzw. parlamentarischen Repräsentation von Frauen in der „islamischen Welt“.²
- ▶ Dem politischen Islam bzw. islamistischen Gruppierungen kommt in Bezug auf die weibliche parlamentarische Repräsentation je nach Status der Gruppierungen (legal – illegal; Regierung – Opposition) eine hemmende oder fördernde Rolle zu. Parlamentarierinnen aus islamistischen Parteien sind noch relativ selten.³
- ▶ Die parlamentarische Repräsentation von Frauen erlaubt Rückschlüsse auf die herrschenden Geschlechterverhältnisse in der Gesamtgesellschaft, die allerdings extrem kontextabhängig sind und deshalb kaum generalisierbare Befunde generieren.⁴

In den vergangenen Jahren intensivierten sich Diskussionen über die Frage der Wirksamkeit von Maßnahmen des politischen Mainstreaming und der Qualität von Partizipation. Dies wird auch in den Beiträgen zu Singapur und Pakistan in die-

ser Ausgabe thematisiert. Wahlprozesse haben dabei eine wichtige Stellung, da sie oftmals von Ambivalenzen und prekären Transformationserfolgen zum Aufbrechen androzentrischer Politikstrukturen und Handlungsnetzwerke gekennzeichnet sind. Hinzu kommt die akademische und öffentliche Debatte zu geschlechterspezifischen Unterschieden in der politischen Agendasetzung und parlamentarischen Performanz von weiblichen Abgeordneten.

In dieser Ausgabe der *Femina Politica* nähern wir uns der Thematik über zwei sehr kontrastreiche Fallbeispiele: Singapur und Pakistan. Singapur ist ein semi-autoritärer, politisch stabiler, hoch industrialisierter und quasi-dynastisch regierter Stadtstaat. Pakistan ist wiederholten Zyklen autoritärer Repression ausgesetzt, konflikt-gezeichnet, soziopolitisch heterogen und fragmentiert, hoch verschuldet und wirtschaftlich geplagt. Es weist Anzeichen eines hybriden Demokratisierungsprozesses auf.

In ihrem Beitrag zu Singapur setzt sich Theresa Devasahayam kritisch mit der Frage der Relevanz von sogenannten frauenspezifischen Themen wie Familie, Gesundheit und Bildung als charakteristische Bereiche weiblicher parlamentarischer Arbeit auseinander. Dabei geht es ihr weniger um ein Nachzeichnen und Interpretieren potentieller patriarchaler Aushandlungsprozesse von Parlamentarierinnen, sondern darum, dass sich singapurische Parlamentarierinnen nicht mit einem Exklusivitätsanspruch gegenüber „Frauthemen“ sehen und ein breit gefächertes politisches Portfolio anstreben und vertreten. Gründe dafür, so die Autorin, liegen weniger in der institutionell ausgeprägten androzentrischen Hegemonie, sondern in vorherrschenden geschlechts-neutralen meritokratischen Selbstzuschreibungen als auch spezifischen parteiinternen und fraktionspolitischen Anforderungen.

Im Unterschied dazu wählt Virginie Dutoya in ihrem Beitrag zur Bedeutung reservierter Sitze und deren Auswirkung auf politische Repräsentationspraxen im nationalen Parlament Pakistans einen anderen thematischen und theoretischen Zugang. Sie geht der Frage nach, ob die Einführung der Quotenregelung in 2002 zu einem *game changer* in der pakistanischen Politik wurde und inwiefern bislang als politisch peripher betrachtete Themen – wie frauenspezifische Belange und Gleichstellungsforderungen – durch die per Quote rekrutierten Parlamentarierinnen aufgegriffen und politisch wirksam vertreten werden. Dutoya argumentiert anhand empirischer Beispiele aus den Jahren 2008-2010, dass die spezifische Form der Besetzung reservierter Sitze für Frauen in Pakistan eine (klassische) Bindung zwischen Kandidatin und Wahlbezirk verhindert und dies entsprechende Auswirkungen auf die strategische Ausrichtung der Parlamentarierinnen hat.

Die Fallbeispiele zeigen die Bandbreite geschlechtsspezifischer Partizipation und die Ambivalenz von Wahlen auf, die von Teilerfolgen durch Quotenregelungen und gezielten Massnahmen der politischen Mobilisierung von Frauen gekennzeichnet sind, teilweise jedoch durch gezielte politische Gewalt sowie „elite capture“ und informelles Handeln in demokratischen Prozessen und Institutionen konterkariert werden.

Ministerinnen und Staats- und Regierungschefinnen

Oppositionsführerinnen wie auch Staats- und Regierungschefinnen (und Anwärterinnen auf diese Spitzenämter) sind ein zunehmend verbreitetes Phänomen in so unterschiedlichen Ländern wie Birma/Myanmar, Thailand, Pakistan, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Indien, Bangladesch oder Sri Lanka. Der regionale Trend nahm seinen Anfang mit Indira Gandhi und Sirimavo Bandaranaike in Indien und Sri Lanka. Er setzte sich Ende der 1980er Jahre im Kontext verschiedener süd- und südostasiatischer politischer Liberalisierungs-, Demokratisierungs- bzw. politischer Reformprozesse und -bewegungen fort. Die aktuellsten Fälle repräsentieren Thailand mit Premierministerin Yingluck Thaksin, Südkorea mit der Präsidentschaft von Park Geun-Hye, Afghanistan mit der geplanten Präsidentschaftswahlkampagne von Fauzia Kofi und Shukria Barakzai für 2014 sowie Birma mit der langjährigen Demokratieikone und heutigen Parlamentarierin und Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi.

Interessanterweise gelangten alle Spitzenpolitikerinnen über mehr oder weniger freie und faire Wahlen in ihr Amt und übergaben dieses in friedlicher Art und Weise bzw. wurden wiedergewählt – ein nicht unbedingt weitverbreitetes Phänomen in der Region, welche von Re-Autokratisierungsprozessen, hybriden politischen Systemen, (teilweise erfolgreichen) Putschversuchen sowie massiven Protesten außerhalb der formalen politischen Institutionen (im Sinne von *contentious politics*) lange Zeit geprägt war und zum Teil noch ist.

Auch wenn Spitzenpolitikerinnen wie Aung San Suu Kyi oder Benazir Bhutto gewisse Qualitäten als Rollenvorbilder zugeschrieben werden, kam es nur selten zu einem Trickle-Down-Effekt im Hinblick auf geschlechterdemokratische Maßnahmen – sofern dies überhaupt angestrebt wurde. Ein Mainstreaming der politischen Teilhabe von Frauen außerhalb eines engen Elitenpools auf den verschiedenen Polity-Ebenen fand ebenso wenig statt. Die Übernahme politischer Spitzenämter durch Frauen resultierte nicht in einer systematischen Zunahme und dauerhaften Verankerung von deskriptiver und substantieller weiblicher Teilhabe auf subnationaler und nationaler Ebene. Trotz der umfangreichen und breit gefächerten öffentlichen Debatten zum Thema gibt es bisher wenige wissenschaftliche Untersuchungen zum Phänomen (dynastischer) weiblicher politischer Führung in Asien. Ein jüngst erschienener Band (Derichs/Thompson 2013) vermutet, dass die Zurückhaltung in der wissenschaftlichen Analyse weiblicher politischer Führung – gerade auch mit Blick auf fehlende feministische Studien – mehrerlei Gründe hat. Zum einen sind die Spitzenpolitikerinnen in Asien in aller Regel keine aktiven Feministinnen. Sie mobilisieren keinen Trickle-Down-Effekt von der Exekutive in die nationale oder subnationale Legislative. Auch scheinen Leadership-Studien zu individuellen Persönlichkeiten generell an Attraktivität für die Politikwissenschaft verloren zu haben, was die Zunahme an weiblichen Spitzenpolitikerinnen mit in den Bereich des Trivialen gerückt und weitgehend unbeachtet gelassen hat. In den Gender Studies scheint

das Interesse der Wissenschaft an Politikerinnen hauptsächlich auf der Policy-Ebene zu liegen, d.h. auf der politischen Repräsentation von Frauen generell und auf der Dominanz patriarchaler Ideologien statt auf der Häufigkeit von Frauen in höchsten Positionen. Und wenngleich Frauen an der Spitze der Politik in Asien kein neuartiges Phänomen darstellen, sondern eine lange Geschichte aufweisen, hat sich auch die historische Forschung wenig mit diesem Thema befasst. (Derichs/Thompson 2013: 11f.)

Neben dynastischen politischen Karrierepfaden gelangten Frauen auf unterschiedliche Art und Weise in Foren und Gremien der Politikformulierung und politischen Entscheidungsfindung, nämlich durch Quotenregelungen, zivilgesellschaftliches Engagement und als Karrierepolitikerinnen bspw. in Frauenflügeln und/oder kommunalen Vertretungen politischer Parteien. Politikerinnen in Südostasien waren in der Regel erfolgreicher als Kolleginnen in Südasien, was genauso für den Bereich Parlamentspolitik gilt. Spitzenpolitikerinnen wie Chandrika Kumaratunga (Sri Lanka), Khaleda Zia und Sheikh Hasina Wajed (Bangladesch) übernahmen neben ihrem Ministerpräsidentinnen- und Präsidentinnenamt zudem weitere Ministerialportfolios in Personalunion. Gleichzeitig kam es in den vergangenen Jahrzehnten zu wiederholten Forderungen nach progressiven Geschlechterpolitiken und politischer Gleichstellung, welche bislang weder die Legislativen noch die Exekutiven dieser Länder zu einem zentralen Ziel erhoben haben (vgl. Derichs/Thompson 2013; Fleischenberg 2011).

Internationale Intervention und geschlechterpolitische Instrumentarien

In den letzten zweieinhalb Jahrzehnten wurden im Rahmen etwa der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der Afrikanischen Union oder der NATO eine Reihe von multilateralen internationalen Interventionen in unterschiedlichen Teilen der Welt angestrengt, die neben anderen Zielsetzungen auch eine geschlechterpolitische Agenda als Komponente von Staats- und Institutionenaufbau proklamierten, d.h. Gender-Komponenten in ihrem Interventionsinstrumentarium aufwiesen. In Asien zählen u.a. Afghanistan, Kambodscha, Osttimor (Timor-Leste) sowie Indonesien (Provinz Aceh) zu den Zielländern solcher Interventionen. Kernparadigmen waren und sind dabei sogenannte Good Governance-Kriterien wie auch die UN-Resolution 1325 zum Schutz und zur Teilhabe von Frauen in Konfliktregulierungs- und Friedensprozessen. Infolgedessen kam es zu neuen Verfassungsgebungen, dem Aufbau von *women's machineries*, der Einführung von neuen Wahl- und Quotenregelungen, der Abfassung von Anti-Diskriminierungsregularien sowie anderen institutionellen Wandlungsprozessen in den betroffenen Ländern. Beispielhaft untersucht Lourdes Veneracion-Rallonza in ihrem Beitrag zu den Philippinen die Herausforderungen der Normdiffusion von Vereinbarungen wie der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates in die nationale Gesetzgebung. Dies trifft eines der Kernprobleme internationaler Interventionen – abgesehen von anderen Aufgaben wie die Herstellung

von sozialer, gender-sensitiver Inklusivität auf den diversen Verhandlungs- und Implementierungsebenen oder transversaler, nachhaltiger Handlungsfähigkeit von Institutionen und darin operierenden Akteuren und Netzwerken, die Implementierung von Normen wie auch die Sanktionierung im Falle von Normverletzungen. Kristina Großmanns Analyse der Positionierung und Agendasetzung von Aktivistinnen in der indonesischen Provinz Aceh zeichnet diverse Herausforderungen nach, denen sich Frauen gegenüber sehen, um mit drastischen Veränderungen, Spaltungen und neuen Akteurskonstellationen im Postkonflikt- und politischen Transformationsprozess umgehen zu können. Großmann argumentiert, dass „muslimische Frauenrechtsaktivistinnen Visionen für ein neues Aceh entwickeln und sich in Aushandlungsprozessen zwischen Religiosität, öffentlichem Raum, dem Nationalstaat und internationalen Konventionen“ positionieren müssen.

Auch der aktuelle Fall Afghanistans verdeutlicht die Brisanz, die in Prozessen von Intervention und Rückzug liegt. Dort steht 2014 mit dem Abzug aller ausländischen Truppen ein Wendepunkt bevor, welcher umfangreiche geschlechterpolitische Konsequenzen nach sich ziehen könnte (ausführlicher dazu siehe die Studien von Fleischenberg 2012 und 2011).

Frauenaktivismus und postkoloniale Gouvernementalität

In jüngerer Zeit hat die postkoloniale Perspektive in der feministischen Politikwissenschaft zu Recht einen großen Raum eingenommen. Sie ist daher vor allem auch in einem Themenheft zu Asien – also einer Weltregion, die in hohem Maße von externen wie auch intra-asiatischer Kolonialherrschaft betroffen war – hervorzuheben. Aus aktuellem Anlass haben wir im Sinne der Integration dieser Perspektive einen Beitrag von Nikita Dhawan aufgenommen, der sich mit der Frage postkolonialer Gouvernementalität am Beispiel des indischen Vergewaltigungsfalls von Ende 2012 befasst. Dhawan stellt diesen Vorfall in den analytischen Kontext von Macht, Gewalt und sozialer Stratifikation. So fragt sie folgerichtig, ob die Vergewaltigung der jungen Inderin eine ebenso hohe globale mediale Aufmerksamkeit erregt hätte, wenn das Opfer aus einer marginalisierten gesellschaftlichen Gruppe gekommen oder statt einer Vergewaltigung „nur“ ein brutaler Angriff erfolgt wäre. Spiegeln, so Dhawan, die Proteste gegen die Tat und die mediale Berichterstattung eine Fetischisierung der penovaginalen Penetration wider? Anhand dieser Fragen analysiert sie, wie das Moment der Verletzbarkeit (Vulnerabilität) von Frauen taktisch eingesetzt und instrumentalisiert wird, um postkoloniales Regierungshandeln zu rechtfertigen.

Die meisten Autorinnen dieses Bandes arbeiten interkulturell, interdisziplinär und mit unterschiedlichen qualitativen methodischen und theoretischen Zugängen. Zudem war es uns wichtig, unterschiedliche, teilweise konvergierende, teilweise kontrastierende Studien und von Politikwissenschaftlerinnen aus Europa und Asien vorzustellen, um den LeserInnen Einblicke in die vielfältigen Debatten und Herangehensweisen zum Nexus von Gender und politischer Partizipation in Asien zu bie-

ten. Es liegt in der Natur der Sache, dass dies allenfalls exemplarisch und skizzenhaft erfolgen konnte.

Anmerkungen

- 1 Die Theoreme der deskriptiven und der substantiellen Repräsentation im Sinne von standing for und acting for wurden von Hanna F. Pitkin (1967) vorgestellt. Eine rein deskriptive Repräsentation bezeichnet das bloße „stehen für etwas oder jemanden“, also re-präsentieren im Wortsinne, während substantielle Repräsentation ein mit dem Re-präsentieren verbundenes, substantielles Handeln impliziert (acting for).
- 2 Im überwiegend muslimischen Indonesien liegt der Frauenanteil im Parlament deutlich höher als im überwiegend buddhistischen Thailand; Analoges gilt für die proportionale Verteilung im muslimischen Bangladesch und im buddhistischen Sri Lanka (vgl. www.ipu.org).
- 3 Die Frauen der politischen Elite sind häufig Musliminnen, die sich im Verbund mit zivilgesellschaftlichen Organisationen explizit gegen jede islamistische Vereinnahmung wenden. Ob sich dies aufgrund der Entwicklungen im Zuge des Arabischen Frühlings auch im islamischen Asien zugunsten eines höheren Anteils islamistischer Parlamentarierinnen verändern wird, bleibt im Moment Spekulation.
- 4 Angehörigen der oberen Schichten und der politischen Elite genießen in aller Regel einen privilegierten Zugang zum formalpolitischen Raum. Die Herkunft ist daher (auch) für Frauen von entscheidender Bedeutung für eine potenzielle politische Karriere und ermöglicht ihnen jenseits der weitverbreiteten Diskriminierung ihres Geschlechts eine aktive politische Mitgestaltung.

Literatur

Derichs, Claudia/Kindelberger, Hala/Holike, Christine, 2011: Parlamentarierinnen in der islamischen Welt – untergeordnete Abgeordnete? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. 1, 65-81.

Derichs, Claudia/Thompson, Marc R. (Hg.), 2013: *Dynasties and Female Political Leaders in Asia. Gender, Power and Pedigree*. Zürich/Münster.

Fleschenberg, Andrea, 2012: *Afghanistan's Transition in the Making*. Berlin. Internet: http://www.boell.de/downloads/AfghanistanTransition_V01_kommentierbar.pdf (14.8.2013).

Fleschenberg, Andrea, 2011: South and Southeast Asia. In: Bauer, Gretchen/Tremblay, Manon (Hg.): *Women in Executive Power. A Global Overview*. London, 23-44.

Pitkin, Hanna F., 1967: *The Concept of Representation*. Berkeley and Los Angeles.

Rüland, Jürgen/Jürgenmeyer, Clemens/Nelson, Michael H./Ziegenhain, Patrick, 2005: *Parliaments and Political Change in Asia*. Singapur: Institute of Southeast Asian Studies.

From Women's Quota to "Women's Politics":

The Impact of Gender Quotas on Political Representations and Practices in the Pakistani National Parliament¹

VIRGINIE DUTOYA

In 2002, the Pakistani President (and Chief of Army Staff) Pervez Musharraf announced that 17% of the seats in the upcoming elections to the National Assembly and Senate would be reserved for women. This raised the proportion of female legislators in the Pakistani Parliament from 3% to 21% (see table 1 below). This was not the first time Pakistan had known quotas for women, but they had never been to such a level.² Thus the entry of more than 80 women in Parliament was considered a game changer in Pakistani politics, and Musharraf's decision was generally praised by women's movement activists. Various commentators of Pakistani politics publicly expressed their hope that women would help revive politics by taking on issues that had been neglected so far (Chaudhry 2002, Dawn 2002). These expectations were not altogether unreasonable. Most of the women elected through quotas were new entrants in parliament, with no previous political experience and thus could be expected to behave differently from the men who had dominated the Pakistani political life so far. Moreover, as underlined by Anne Phillips (1995, 67-73), women quotas, and more generally the "politics of presence" rely on the idea that women are going to do politics differently, be it because of their so-called feminine qualities or because they will bring into the political arena issues that used to be marginalized. While the essentialist implications of such a position are discussed in Pakistan, it is a dominant point of view on quotas, endorsed by those who were instrumental in implementing them.³

In that respect, even if women do not constitute a self-evident and objective group, it seems important to question institution of *purdah* whether female Members of Parliament (MPs) display a distinctive political behavior and have different representations, and whether quotas create or accentuate such differences. This question is particularly relevant in Pakistan, as quotas for women consist of reserved seats which are allocated on the basis of party lists and the proportion of votes the respective party could win, while the other Members of National Assembly (MNAs) are elected via competition in their territorial constituencies. In the upper chamber of Parliament, the Senate, all MPs are indirectly elected. In both cases, the result is that female MPs elected on the basis of reserved seats do not have a territorial constituency. It thus prevents them from establishing the patron/client relationship which is generally considered as the core of Pakistani electoral politics (Talbot 2005, 2).

Moreover, women MPs have to operate within the Pakistani social and political context. As citizens, they have equal political rights, but they face various inequali-

ties, whether *de jure* (in family law for instance) or *de facto* in daily life. In particular, though situations differ tremendously from one social context to another⁴, one can reasonably argue that women have less access to the public sphere and their behavior is subjected to a strict control both by the family and the state. Even though gender segregation and veiling are not compulsory, free mingling between both sexes is generally considered improper (Weiss 2001, 69). Women are meant to behave in a modest and respectable manner when they venture in the public sphere (Mirza 2002, 42), as epitomized by the institution of *purdah*.⁵ The term hails from the Persian word for ‘curtain’ but its significance goes far beyond the veil (hijab). It refers to a set of norms and practices that regulate men’s and women’s interactions, from the home to the public sphere. Schematically, *purdah* relies on the principle that women should behave with modesty, avoid interactions with *na-mahram* men (men they could marry), avoid leaving their home, or if they are compelled to, to fully cover their body (Mandelbaum 1988). In this context, though women always had the right to contest direct elections, few women do so and even fewer get elected. The first directly elected MP in Pakistan was Begum Naseem Wali Khan in 1977 and the number of such directly elected women has remain very low until the first decade of the 21st century (see table 1).

Thus, it is only in 2002 that a significant number of women got a seat in Parliament, making it possible to analyze their actions and representation both quantitatively and qualitatively. To evaluate whether women parliamentarians have a specific way of doing politics, be it in terms of issues or in terms of political style, three sets of questions seem particularly interesting; first, what are the issues that women MPs choose to address? In particular, how do they respond to the common expectation that they will take a special interest in women’s issues, and more generally, in the “politics of care” (Phillips 1995, 68)? Second, what type of “parliamentary roles” do they endorse and how do they justify them? The concept of “parliamentary roles” is here understood as sets of characteristic desires and behaviors (Searing 1994, 22), which operate as ideal (but changing) representations recognized by all actors (Navarro 2009, 32-40). Classically, the typologies of roles are based on an opposition between work oriented towards nation-wide issues (policy advisor, party representative) and the work grounded in the constituency (constituency delegate), that is the tension between the national and the local (Pitkin 1967, 218). In the case of Pakistani women MPs, this aspect seems particularly interesting to investigate, since most of them have no constituency as such, thus no “local” on which they could ground their politics. The last set of questions deals with the values and work ethics MPs refer to: do women consider that they have feminine values and qualities? If yes, which ones? In that respect, we may ask whether being a woman may become a “strategic identity” (Collovald 1988, 40) in the political competition, and whether women practice a form of “strategic essentialism” (Spivak 1988, 13).

In order to answer these questions, it is important to use the concept of “gender” not as a convenient substitute for women, but as concept designating the (norma-

tive) process by which differences are attached to sex and a hierarchy is created, as well as the result of this process (the gender order). In consequence, the relational dimension of gender is of great importance and though in this article the focus is on women, data was also collected on men. The analysis will be based on 42 qualitative interviews conducted with Pakistani MPs (including 30 women) between 2008 and 2010, the study of MPs political action through data provided by the parliamentary secretariat as well as interviews with Pakistani feminists and members of organizations concerned with the advancement of women's rights and democracy.⁶ I will first outline how the concept of "women's politics" is put forth as a new way of doing politics, both in terms of practices and ethical values defined as feminine. Yet, this concept has limitations as there is an important gap between discourses and practices, but also because it tends to blur the fact that more often than not, women MPs do not choose to do politics "as women", but are forced to do so.

Table 1: Women as Members in the Pakistan National Assembly (1962-2008)

| Year | Total no. of parl. seats | No. of women elected on general seats | No. of seats reserved for women | Total no. of women MNAs (%) |
|------|--------------------------|---------------------------------------|---------------------------------|-----------------------------|
| 1962 | 156 | 2 | 6 | 8 (5.1%) |
| 1965 | 156 | 0 | 6 | 6 (3.8%) |
| 1970 | 313 | 1 | 12 | 13 (4.2%) |
| 1977 | 210 | 2 | 10 | 12 (5.7%) |
| 1985 | 237 | 4 | 20 | 23 (9.7%) |
| 1988 | 237 | 4 | 20 | 24 (10.1%) |
| 1990 | 217 | 2 | 0 | 2 (0.9%) |
| 1993 | 217 | 4 | 0 | 4 (1.8%) |
| 1997 | 217 | 7 | 0 | 7 (3.2%) |
| 2002 | 342 | 14 | 60 | 74 (21.6%) |
| 2008 | 342 | 16 | 60 | 76 (22.2%) |

Source: Own compilation with data from the Secretariat of the National Assembly of Pakistan.

From female representatives to women's representation: the invention of women's politics

In 2002, women reserved seats were implemented in both chambers of the Pakistani Parliament. In the Senate, where the election is indirect, women seats did not differ from other seats.⁷ In the National Assembly, 60 seats were added to the directly

elected seats and allocated to the parties in proportion to their results in the general election. Thus all parties participating in the election had to submit a list of candidates for the reserved seats. Women were allowed to run for any of the general seats; 14 women were directly elected as Member of National Assembly (MNA) in 2002 and 16 in 2008. Two explanations were generally proposed to this significant (in the Pakistani context) number of directly elected MPs. First, many former (male) MPs were prevented to be candidates in 2002 and 2008 due to the fact they were either facing charges of corruption (in 2002) or were not university (or madrasa⁸) graduates which was compulsory in 2002 and 2008. Thus their wife or daughter was elected in their place. Second, the issue of women's political rights and the importance of women's representation have been widely discussed in Pakistan in the 2000s, thus creating an incentive to parties to field more women. While both explanations probably hold some truth, the first one seems more important. Indeed, for the general elections of May 2013, it was no longer compulsory for candidates to have a degree, and only six women have been elected (some results were still pending at the time of writing).

Who are the female parliamentarians?

The electoral system for the reserved seats favors the major parties, which got most of those seats in 2002 and 2008.⁹ These parties are the Pakistani Muslim League Quaid-e-Azam (PMLQ), the Pakistani Muslim League Nawaz (PMLN) and the Pakistan People's Party (PPP). The two former parties are splinter parties from the Muslim League, a party which played an important role in the creation of Pakistan. The PMLQ and PMLN are the two main (but not only) parties that invoke the heritage of the League, yet they oppose each other as the PMLQ was initially constituted by General Musharraf's supporters after his 1999 coup against Nawaz Sharif, while the supporters of the latter belong to the PMLN. The PPP was created in 1967 by Zulfikar Ali Bhutto. His daughter Benazir Bhutto took the lead of the party after her father's assassination in 1979. She was assassinated, too, in December 2007 – shortly before the elections which were won by her party in 2008. Its new leader Asif Ali Zardari, widower of Benazir Bhutto, was elected President of the Republic the same year. The other parties which benefited from the quotas were two Islamic parties (which contested the elections together in 2002): the Jamaat-e-Islami (JI) and the Jamiat Ulema-e-Islam (JUIF), the Muttahida Quami Movement (MQM), a party mainly active in urban Sindh, and the Awami National Party (ANP), a party whose stronghold is in the northern province Khyber-Pakhtunkhwa as well as smaller parties which obtained one or two seats.

Taking into account that many women got reelected after a first mandate in either of the chambers, about 150 women sat in the Pakistani parliament between 2002 and 2011. Though diverse in terms of geographic origins and party affiliations, these women share a certain number of sociological characteristics that distinguish them

from their male counterparts. This appears clearly for the MNAs elected in 2002, for whom reliable statistics are available. They were younger than their male counterparts (an average 42 years old at election, against 47 years old for men), had higher academic degrees¹⁰, but a much higher proportion of them did not declare any profession (40% of women elected in 2002 against 6.4% of men). It has to be noted that this level of education sets the female MNAs apart in Pakistan, since according to the 1998 official census, only 32% of women and 54.8% of men were literate. Finally, there is a paucity of reliable data on the MPs' social class¹¹, but the available data (Bari 2009), cross-checked with information regarding level of education and their place of residence indicates that most women MPs belong to the upper-middle class and in that respect, they are quite similar to male MPs (Zaidi 2004). But more than the sociological differences that exist between the MPs of both sexes in terms of age, profession and education, the major difference between men and women parliamentarian is that women had less political experience, as 85% of them were elected for the first time in 2002 (to any position) while it was the case of only 56% of men.¹² Moreover, women MPs develop distinctive political representations when it comes to defining their role as MP, the issues they want to take on, and the way they intend to tackle these issues.

Defining "women" as a constituency

A constituency is the "group in which a citizen's vote is counted for the purpose of electing a political representative" (Rehfeld 2005, 4). Most of the women who came to Parliament since 2002 were elected on the basis of reserved seats, and thus they had no territorial constituency or any type of constituency as such, since strictly speaking, they are not elected and constitutionally, there is nothing attaching MPs elected on reserved seats to the representation of their group. Yet, there was a general expectation, in the civil society or in the media, that they would represent the interests of women as a group, and to that extent that they were responsible before this constituency as an MP would be in front of his or her territorial constituency. These expectations appear quite clearly in two articles published by *Dawn*, an English-language daily generally described as liberal. In one of them, women MPs were presented as a "ray of hope" for Pakistani women (Dawn 2002), while in the second, the journalist tried to set some goals to the women sitting in parliament; writing that:

The women representatives in particular face a heavy agenda comprising a litany of problems and some complex social issues like the vice of dowry. They also come face to face with a defining moment of identifying their future role and the pathway to be chosen by them to retrieve the women community from a life of appalling squalor. (Chaudhry 2002)

The feminist activists were generally more nuanced in their demands towards female MPs, as they felt that women should take part in all aspects of the political

life (F1 to F6). But many of them still considered that female MPs would be more responsive to women's issues, and they could be disappointed when this wasn't the case. For instance, when in 2009 the government concluded a truce with an Islamic movement, the Tehreek-e-Nafaz-e-Shariat-e-Mohammadi, in order to restore peace in the region of Swat, the women MPs were criticized for agreeing to the terms of the peace (sharia as the law in the district), as expressed by the eloquent title of a tribune signed by Zubeida Mustafa; "Where were you, dear sisters?" (Mustafa 2009). Women MPs did not seem altogether opposed to this perception of their role, and about 50% of the female MPs I met defined women's issues as one of the areas they wanted to work on. They generally justified this position by explaining that women are in a specific (and difficult) position within the society, a position that men are neither able to understand, nor willing to represent. Their ability to represent women is thus both the result of circumstances (it is socially difficult for women to meet a male representative) and essence (there is a "female nature" that only women can understand), as explained to me by this MP:

(W)omen, when they are in politics, they understand the inner problems of the female community, they are given to work for the legislation for women, in a way which I think that men cannot do, because there is gender discrimination everywhere in Pakistan also, and you know they don't feel for women so deeply as a woman can. (MP8).

Acting for women in Parliament

Beyond those declarations of intentions, it is difficult to define and measure "acting for women". A notable element is the women's caucus created in 2008 in order to unite all women of Parliament across party lines and generate new forms of collective action. Moreover, women have proposed a great number of bills aiming at advancing women's rights. In the 13th legislature (acting since February 2008), almost 30% of all private member's bills (that is bills initiated by one or several MPs and not by the government) introduced by a woman or a group composed of women directly concerned gender issues (female workers' rights, domestic violence, rights of transsexuals, etc.). Moreover, it seems that women issues are considered as belonging to women. Between 2002 and 2007, only 17 out of 269 male MNAs individually initiated issues concerning women's rights or supported their female counterparts on those issues (Mirza/Wagha 2010, 86). In the 13th legislature, only one man proposed two bills related to women's issues, while four bills on this subject were proposed by groups including both men and women. Beyond women's interests, strictly speaking, many female MPs showed more interest than men in issues pertaining to the "politics of care", such as health, education, children's rights, etc.

Table 2: Object of the Private Member's Bills Initiated by Women in the 13th Legislature

| Object of the bill | Women (alone or in group) | Groups of men & women |
|---|------------------------------|--------------------------|
| Women/Gender issues | 28 | 4 |
| Justice/interior security | 8 | 4 |
| Institutional organisation/Public services | 14 | 7 |
| Health | 7 | 4 |
| Children/primary education | 16 | 1 |
| Research/University | 3 | 0 |
| Vulnerable groups <i>Senior and handicapped citizens, refugees, minorities, etc.</i> | 10 | 2 |
| Fundamental and citizens' rights | 5 | 2 |
| Dual nationality | 5 | 0 |
| Islam | 0 | 2 |
| Finance/economy | 1 | 5 |
| Miscellaneous | 6 | 4 |
| Total | 103 | 35 |

Source: Own compilation with data from the Secretariat of the National Assembly of Pakistan

Moreover, no area of legislative action was left to men, and women have also been very active on all subjects. Indeed, while women constituted only 21% of the MNAs, more than half of the private member's bills introduced in the 13th legislature were supported only by women¹³, thus showing a greater interest than men for the legislative role of the MPs. In the 12th legislature, too, women were more involved in parliamentary work. While they represented about one-fifth of the National Assembly, women asked 27% of the questions to the government, gave 30% of the *calling attention notices*, proposed 24% of the resolutions and 42% of the private member's bills (Mirza/Wagha 2010, 81). This suggests, using the concept of "parliamentary role", that women were more interested than men in being "policy makers" and "specialists". Furthermore, they often articulate these roles with reference to a "different work ethic" that they explicitly label as "feminine".

Claiming a feminine work ethic

When talking about the way they work, women MPs refer to their gender not as a source of discrimination, but as a source of additional force within the political system. Some of the qualities they claim as feminine are not surprising; women would be more caring, compassionate and human, such as it was expressed by this MNA: "There is human in every woman, which I think is the greatest characteristic that

you can have in politics” (MP10). Often, though not systematically, female MPs justify such qualities by referring to motherhood as a specifically feminine experience. But feminine qualities were not only defined vis-à-vis the gender roles assigned to women, as women were also presented as being more professional than men in many ways, from punctuality to attention to details. According to a female MNA,

Women, generally speaking, do more of a detailed work on the issue (...), giving importance to even small small issues coming in our way, which men have a tendency to overlook. Women have the sort of power to follow that agenda, men do really show a bit of carelessness sometimes. (MP12)

As shown by the above quote, the valorization of women’s qualities generally went hand in hand with the criticism of men’s attitude. Men, because they pursue their personal interest and benefit from the political system, are accused of having no will to tackle corruption, violence and poverty, while women would. “Clientelism” and “feudalism” were the main objects of women’s critics, as expressed by this very simple question from an MNA from MQM: “So what have they been doing for 60 years? Filling their bags (...)?” (MP9).¹⁴ In that rhetoric, women as politically excluded ones have little responsibility in the current state of affairs (albeit one woman, Benazir Bhutto, has been Prime Minister twice in the recent history of Pakistan). They also have no interest in keeping “feudal” mechanism in the system alive. Such arguments can easily be countered by the fact that women MPs generally have a class-based interest in the preservation of the prevailing social and political system in Pakistan, since many of them are actually kin or allies of the men who have been ruling the country since 1947 (Dutoya 2012a, 496-498). However, using their gender identity, women attempt to place themselves beside those who are often called the “downtrodden” in Pakistan. This discourse is common to women coming from various parties and walks of life and contributes to a general set of behaviors and representations adopted and displayed by female MPs. To that extent, it can be observed that female parliamentarians propose a new representation of politics, which is explicitly gendered, as it is a politics made by women, acting as women and for women and the “other downtrodden”. Moreover, this new way of doing politics is characterized by a focus on the nation and national issues, in opposition to what is commonly (and pejoratively) called “constituency politics” and presented as an election-oriented way of doing localized politics. In that respect, the discourse of this female MNA is exemplary:

I have a constituency, my constituency is Pakistan, I’m very clear on that. (...) I think I’m one of the few people who are truly doing national politics, in terms of constituency national politics. There are leaders who say they are national leaders, but their emphasis is on one area. (...) That concept of Pakistani politics, it’s just the constituencies, they will do anything to please their electorate, and then nothing beyond their electorate. There is no national in their politics. (MP28)

Yet these discourses are fraught with ambiguities, especially when looking more closely to the actual practices of female MPs, and their difficulties to actually construct and conduct action based on the solidarity between women.

Beyond discourses: the limits of “women’s politics”

The concept of “women’s politics” has two main limits. First, within Parliament female MPs mostly operate as party members, which is not always compatible with acting as women across party lines (e.g. as a caucus). Moreover, most of them have never been involved in the women’s movement in Pakistan, have no desire to be associated with feminism and do not shy away from developing sexist attitudes and discourses towards other women.

The constraints of party politics

Most elected representatives in Pakistan belong to a political party, which can legitimately claim some degree of control over them. Yet, in the case of women “elected” on reserved seats, this control is said to be particularly strong, since these seats are allocated through party lists. For this reason, women are often accused of being the lackeys of party leaders, since they cannot rely on the direct vote of the people. Indeed, several MPs felt that their party had a tendency to be less attentive to their claims compared to those of directly elected MPs. For instance, they thought that they were the last to be accommodated when it came to the seats in the parliamentary standing committees. In addition to that, several MPs complained that their party had taken over (or tried to) the development funds allocated to them, on the ground that they have no territorial constituency.

Nevertheless, parties do not exert a total and homogenous control over women elected on reserved seats. First, most parties have a women’s wing, in which all the leadership is obtained by women. The attitude towards these wings is mixed or even polarized. Some of their members argue that the women’s wing has enabled them to be politically autonomous or at least to have a space of their own. But many (especially those who have responsibilities in those wings) complain that the women’s wing is a space in which women can be marginalized, since the leadership of the wing is not recognized at par within the party. A good example of this ambivalence is the JI. In this party, there is little interference from the party in the women’s wing, because of the norms of segregation. Thus women are able to take strong positions on women’s issues, even if this is generally undermined because these positions do not conform to the agenda defended by other women’s groups or the liberal media. On the other hand, if they are autonomous in their internal organization, they have little chance to be of great influence in the mainstream of the party, to which they lack access (in contrast to other parties, women in JI cannot belong to the mainstream party) unless through family networks (Siddiqui 2010).

In other parties as well, the ideology and the organizational structures impact on the status of women within the party. In parties such as MQM and ANP, the (relatively) secularist and socially progressive ideology seems more open to women's agency than in other parties. Yet, the ANP is dominant in a province in which very few women have been directly elected while the MQM has developed a very authoritarian party discipline, leaving little room for any MP's autonomy (Frotscher 2008, 171). Among the three bigger parties (the PPP and the two Muslim Leagues), the autonomy of female MPs seems to be first and foremost an issue of personality and personal resources.

Another feature to parties' power is the fact that women's political participation is considered as a major issue by women's groups, democracy promoting local NGOs, and international organizations and NGOs. Thus, cases of mishandling of women in legislative assemblies or parties are often noticed and criticized. For instance, when some (female) party workers were evinced from parties' lists in the favor of women who had less political credibility but better family connections, this was noted and criticized in the media (Arshad 2007, Yasin 2007). Thus, women get some protection from parties' arbitrary decisions. But this protection creates a counter obligation for women vis-à-vis civil society organizations, which generally goes by paying lip service to the defense of women's issues, while they might have little (if any) feminist beliefs.

Feminism as taboo

If many women MPs insist on "feminine qualities" while describing their approach to politics, they will generally shy away from calling themselves feminists and, for some, use sexist stereotyping. Indeed, the valorization of a "feminine" ethos goes hand in hand with the criticism of those who do not (or are considered not to) fit into the model of the "good, humane and respectable women", and thus the compliance with strict gender rules. For instance, an MNA from the PMLQ asserted that

There are some women, many women, (...) who are not humane, who are ruthless as men (...). Politics is not a woman's world, and if you come, mature enough, with the idea of giving, you'll succeed much more, as you'll get much more satisfaction, but if you come with a bee in your bonnet that I've to become a minister tomorrow, then you can become a very ugly female. (MP10)

Moreover, a common reaction to sexist remarks is not to contest their validity, but to differentiate oneself from the behaviors which are attacked. For instance, many MPs do not refute the common stereotype of the futile women, but accuse their counterparts of being responsible for it. Hence an MNA belonging to MQM affirmed that many of her colleagues were just "dolls" (MP9) unable to take a serious interest in politics, while another Senator (MP4) considered that many female MPs would

rather talk about clothes than serious issues. Others consider that accusations against some MPs' moralities can be justified if these women do not behave properly:

They should not come. They are always sitting with the men, and the men are talking about them. Even if they are not bad, (...) they become notorious without any reason. When ladies are above 40, then they should come in the politics. (MP22)

Thus, the image of solidarity between women that MPs often summon seems to be in many cases just an image. For instance, the creation of a women's caucus was wished by a vast majority of the MPs I met in 2008. Yet, after its creation, most MPs seemed circumspect towards its usefulness and many said they had little interest in actively participating in the caucus, even if most of them said they were official members. Of the 30 female MPs I interviewed, only one (MP3) labeled herself a feminist. Indeed, it is not common to call oneself a feminist in Pakistan including for women who actually struggle for women's rights (Dedebant 2003, 16). But apart from this contentious term, many MPs seemed reluctant to endorse women's collective action against masculine domination. Therein, the words of this MNA are quite representative:

Don't consider men as adversaries, you are living in a patriarchal society, you're not considered as equal to men (...). It's more persuasion which is needed, and a gentle persuasion gets you much farther than acrimony and taking your clothes out. (MP10)

Hence, women MPs do not seem eager to endorse a feminist outlook. This should not be surprising as most of them had no record in that area. Moreover, this reluctance might also be explained by the fact that "women's politics" is implicitly considered as a second-rate politics, while men (and directly elected MPs) remain the "real politicians". To that extent, women's politics can seem as a rather little appealing option.

'Women's politics': Whose choice is it?

Pakistani female parliamentarians on reserved seats (and to some extent those elected on general seats) often refer to women as a group they ought to represent, and they do present bills and take positions that conspicuously aim at defending women's interests. Yet, as we have seen, this position is fraught with ambiguities, and in many respects, the behavior of women MPs is the response to the constraint they face as women elected through quotas.

'Strategic Essentialism' or *zenana dabba*?

First, if women invest in women's issues, they also claim that they don't want to limit themselves to those issues. Indeed, the female MPs I met in the scope of this study

routinely expressed their refusal to be cornered in the *zenana dabba*, that is the ladies' compartment.¹⁵ In that respect, female parliamentarians often interpret the fact that they were oriented towards specific domains as proof of sexism and a way to undermine their legitimacy; for if they are women's representatives, they cannot be representatives of the "people". Indeed, though constituencies are by definition limited, directly elected MPs generally defend the idea that through an in-depth interaction with their constituents at the grass-root level, they develop a real sense of the people and their issues. Meanwhile, while women constitute in reality a vast proportion of the Pakistani population, they are defined as a vulnerable section, in need of the protection of the State, but not a source of legitimacy comparable to the "people", no matter how abstract this notion is (Dutoya 2012b, 143-145).

Moreover, in Pakistan and elsewhere, women's issues and the social sector are generally considered as less prestigious than other political fields such as defense, home affairs, finance, etc. Thus a female MNA (MP12), elected in 2002 and 2008 was convinced that the women were consciously given "unimportant committees" and kept out of "serious" committees, especially in the 12th legislature (2002-2007). In this legislature, women constituted 50% members of the Health Standing Committee¹⁶, 72% of the members of the Women's Development Committee, but only 6% of the members of the Home and Defense Standing Committees. In the same period, only 12% of the seats of "major committees" were occupied by women, against 38% of the seats in "feminine" or "soft committees".¹⁷ This did not reflect the choice of women, as many had asked for "major committees" but did not obtain them.¹⁸ When it comes to allocating responsibilities, in the National Assembly, between one fifth and one fourth of the committees' chairmen were women, which matches the proportion of women within parliament.¹⁹ But they had fewer opportunities in the Senate (only 11% of the chairpersons were women in 2009) and in committees common to both chambers. Finally, at the beginning of the 12th legislature, about 15% of the parliamentary secretaries²⁰ were women (UNDP 2005, 55).

The situation evolved in the 13th legislature. First, the new ruling party (the PPP) was keen to be seen as a promoter of women's rights, and consequently took action. For instance, Azra Pechucho, a directly elected MNA (and the sister of Asif Ali Zardari, the President of the Republic) was nominated chairperson of the Defense Committee. As she is by profession a medical practitioner, she would have felt more at ease heading the Health Committee but she felt that her nomination was sending a positive signal (MP42). Beyond this example, the composition of parliamentary committees in 2010-2011 shows a contrasting situation. Some sectors seem to be perceived as very masculine as the committees focusing on strategic regions (states and frontier regions, Kashmir, etc.) and industry are dominated by men. Conversely, some committees (and thus field of public policy) are, gauging by the proportion of women, defined as feminine (health, women, education, etc.). But after the implementation of a major constitutional reform in 2010, the process of devolution transferred the competence of many "feminine issues" to the provinces (Special Com-

mittee on Constitutional Reform 2010). Subsequently, some parliamentary standing committees were dissolved, and their members (mostly women) were dispatched in other committees, including those that were formally considered as masculine. This was for instance the case in health policy, which is now under the responsibility of provinces (Solberg 2010).

Yet, this reshuffle of seats which led to an apparent lessening of gendered stereotypes in the attribution of committees was a process from which women were excluded; indeed, in spite of various protests, there was no woman seated in the Special Committee appointed in 2009 to reach a consensus on the constitutional changes. Though this might be purely coincidental, the fact that no woman or member of religious minorities (two groups benefiting from reserved seats) was included in the committee is revealing, as the committee was explicitly designed to represent all political forces in Pakistan, defined here in terms of provinces and political parties. Thus, it remains difficult for a woman to be recognized as a major political actor and not (merely) a representative of her sex.

Women's politics as second-rate politics

Even though they rarely expressed it as such, many of the women I met complained about sexist practices. In particular, those who had entered parliament after the 2002 elections felt that they were not welcome in what used to be virtually a men-only area. For example, they experienced difficulties to get speaking-time during the sessions or in committees. By and large, most women considered that the situation had improved since, but they underlined that politics remained a male dominated field, while anyone who would spend time in Parliament (or in the parliamentary lodges, where the parliamentarians live during session) could not help noticing the fact that men are much more numerous than women and that all was not designed so that women could feel at ease working there.²¹ Indeed the public sphere is generally segregated in Pakistan, including the political parties, though in most of them women can choose whether they want to work within the women's wings or the mainstream party. But due to the fact that gender segregation is a powerful social norm, many women, including politicians, do not always feel at ease working directly with men and might prefer working with women, without this being a "feminist" choice in the sense of a choice "inspired by the need for women's collective and conscious action".

Moreover, the choice of female parliamentarians must be understood in the specific prospect of reservations. As underlined by Drude Dahlerup (2006, 14), any quota system runs the risk of "creating" a class of female politicians who have little political legitimacy and are dependent on men. In the case of reserved seats in Pakistan, this dependency is strong, as those who benefit from them are not directly elected. Thus MPs elected indirectly on reserved seats, and especially women, are often criticized by other elected representatives (of both sexes) who look at them with some hostility:

You see the women in parliament, (...) their husband is sitting on their side, the minister is there, the daughter is sitting on his side (...). The women are not playing any role, they only come to the assembly, sit and do nothing. Because they have no platform, no constituency, they don't know where to go; even they don't know the problem of the ladies also. (MP41)

For that reason, “women” can constitute an alternative constituency and give to these non-elected MPs another form of legitimacy. To that extent, it is not surprising that women who have a constituency seem to be less interested to act as women’s representatives. Of the three directly elected MPs I met, only one considered women’s issues as a major issue. The two others acknowledged that women might have specific concerns, yet they conspicuously emphasized that they had duties towards all their constituents, since they had been directly elected. Moreover, studies of parliamentary work have shown that they tended to behave much more like other directly elected MPs within Parliament, and did not take any specific interest in legislative work and abided by the model of the constituency delegate (Mirza/Wagha 2010, 92). Moreover, reserved seats and the feminization of politics are supported by various feminist organizations as well as other NGOs focusing on local development and democracy strengthening. Yet, the support of these organizations is generally conditioned by the fact that women should bring a difference to the political field, by being more dedicated, less corrupt and working on social issues. This appears clearly in the various reports produced by these organizations as well as in the media (Mirza/Wagha 2010; Bari 2009; Chaudhry 2002). Thus there is a clear incentive for women parliamentarians elected on reserved seats to present themselves as women’s representatives, whose behavior is distinctively different from the typical behavior developed by other (and male) politicians. In that respect, the defense of national politics and the criticisms against patron/client relationships that were mentioned earlier are ways for women to defend themselves against attacks, and might not be sustained in the long term. For instance, in spite of their criticisms towards constituency politics, many women also confess the desire to have their own constituency, and some construct for themselves a “shadow constituency”, and act “as if” they had been directly elected. That can be done by claiming a special relationship to a particular locality, in which the MP spends most of the development funds she receives from the government. This shadow constituency is generally a place they are familiar with; be it the locality from which their (paternal or marital) family hails or a place in which they presently live. For some, this constituency is perceived as a way to run as a general candidate in some future election, and to become a “real MP”. Thus, even though they claim that they want to renew the political system, women MPs seem mostly eager to being included in that system.

Conclusion

Contrary to what can sometimes be heard, the feminization of the political landscape in Pakistan in the years 2000 was not without effects. First of all, women have become a familiar sight when discussing politics in the media, which might contribute in challenging dominant gender norms. This symbolic impact of quotas is obviously difficult to evaluate and investigate, but might be significant. Second, to not miss the opportunities of the reserved seats, parties had to find women to be potential candidates, and thus feminized themselves, which is not a minor outcome considering that parties are often considered as main gate-keepers when it comes to entering formal politics (Lovenduski/Norris 1993).

But these were not the only goals set for reserved seats; they were also supposed to contribute to the (positive) transformation of Pakistani politics, by bringing in new values, new ways of addressing issues and better work ethics. In that respect, this study shows that women MPs try to construct a positive image of femininity in politics, using their gender to differentiate themselves from former politicians, then portrayed as inefficient, corrupt and careless. But they also adopt some of the behaviors they denounce. This apparent contradiction can be resolved by taking into account that discourses about women's values are part of a broader strategy towards inclusion in the political field and in that respect, are not contradicting the adoption of dominant (and masculine) norms of behavior and repertoires of contention. Interestingly, the study of the impact of parity laws in France (stating that men and women's political representation should be equal) has shown quite similar results, in spite of important differences in terms of gender representations. Indeed, though early studies showed that after the parity law was passed women tended to use their gender as an alternative political resource. Such use of femininity then quickly ebbed, and women were swift to endorse more classical (and masculine) political representations (Lévêque 2005, 502).

While it may be argued that such strategies do not contribute to the bettering of the political system (but this is outside the scope of this article), it remains necessary to take them into account when discussing the impact of quotas. Indeed, quotas seem effective in lifting the barriers that women encounter when they wish to enter politics; they seem less efficient when it comes to effectively challenging dominant representations of politics as being, literally and symbolically, a masculine domain.

Notes

- 1 I wish to thank Claudia Derichs, Andrea Fleschenberg dos Ramos Pinéu and Gayatri Jai Singh Rathore as well as anonymous reviewers for their careful reading of this article and their comments which helped me improve this text. I keep an entire responsibility for its content.
- 2 Quotas were on and off since the 1930s. Until the fifties (and since the 1935 Government of India Act), women were generally elected through direct elections, sometimes by women-only colleges (as it was

- the case in the 1950s in Punjab). Since then, it has been reserved seats filled by an indirect election or nomination. This type of quotas is thus different from both quotas of candidates and reserved constituencies. In 2000, a 33% women's quota was introduced in the newly created local governance system, which no longer exists (Bari 2010).
- 3 As it appears in Pervez Musharraf's autobiography (Musharraf 2006, 168) and in interviews with politicians who took part in this process (MP4, MP10).
 - 4 Among others, age, class, religious (about 97% of Pakistanis are Muslims, belonging to various denominations) and 'ethnic' group have a critical impact on the status of women, which also differs in urban and rural areas.
 - 5 Note on transcriptions: For Urdu words, I used the most common transcriptions (that can be found in the Anglophone press for instance) which generally do not account for longer vowels; purdah, zenana, etc. Similarly, for political parties, I kept the transcription used by the parties themselves.
 - 6 This data was collected for a doctoral dissertation in political science which was completed in 2012. The interviews were semi-structured, most of them were held in English, and a few in Urdu. I have chosen here to preserve, when possible, the anonymity of the interviewees. Interviews with MPs are indicated by MP1,2,...,42 and with others by F1,2,...6.
 - 7 Each provincial assembly designates a certain number of MPs, among them 17 are reserved for women. Practically it means that for the reserved seats, only those who belong to the specified categories can be candidates. The 17% quota also applied to provincial assemblies. Moreover, in 2000, a 33% women's quota was introduced in the newly created local governance system, which no longer exists (Bari 2010).
 - 8 Degree from a religious college for the study of the Islamic religion.
 - 9 This article does not cover the National Assembly elected in 2013.
 - 10 As already mentioned, it was compulsory between 2002 and 2009 to be at least a graduate or have a religious (madrasa) degree, yet various scandals have revealed that several MPs had fake degrees.
 - 11 MPs are supposed to declare their assets and source of income, but the information provided is very often considered as not reliable (some MPs declaring having no assets for instance).
 - 12 This data was calculated using the directory of the 12th National Assembly, compiled by the NGO PIL-DAT (Pildat 2002).
 - 13 188 private member's bills were introduced in the National Assembly between June 2008 and March 2013, of which 103 were introduced by women (alone or in groups), 35 by MPs of both sexes, and 50 by men. The list of the bills is available on the National Assembly of Pakistan's website: <http://www.na.gov.pk/en/bills.php?type=2> (last access: 14/04/2013).
 - 14 The critic did not aim only at men, but also at the ruling parties, and this MNA later made an allusion to Benazir Bhutto's poor results in terms of Pakistani development.
 - 15 The zenana is an Urdu term that was used to designate the women's part of the house in purdah-observing families. It is now used to designate a women's only-space, but generally with a pejorative meaning.
 - 16 The Pakistani parliament has a system of Standing Committees (generally attached to a Ministry) and other parliamentary committees (ad hoc committees, financial committees, etc.).
 - 17 Catherine Achin (2005, 489) makes a distinction between committees dealing with sovereignty-related issues (finance, defense, etc.) and those dealing with soft issues. Here the "major" committees are those dealing with finance, defense, frontier and other "strategic" regions, foreign affairs, home affairs,

- justice and legislation. In the "soft" or "feminine" domains, I included culture, youth, tourism, education, population welfare, health, and women's issues.
- 18 It should be noted that several men made a similar complaint, and they generally explained it by the fact that they lacked influence within the party. The allocation of parliamentary committees is generally a complex task for parties as they must arbitrate between different claims to accommodate all of their MPs. To that extent, it could very well be that since women MPs were politically less experienced, they did not have enough leverage within the party.
- 19 There were some changes depending on the period, this figure is based on data collected by the PNUD in 2003 (PNUD 2005, 55) and Farzana Bari in 2007 (Bari 2009, 110-113) and myself in 2009 (through the secretariat of the National Assembly).
- 20 Parliamentary secretaries are MPs in charge of ensuring the liaison between the Parliament and a Ministry.
- 21 This personal impression was later confirmed by discussions with (female) employees of the Parliament.

References

- Achin**, Catherine, 2005: "Un métier d'hommes?": Les représentations du métier de député à l'épreuve de sa féminisation? In: *Revue française de science politique*. 55 (3), 477-499.
- Arshad**, Rabbia, 2007: Parties deny tickets to deserving women. *The Post*, 26.12.2007, 1-2.
- Bari**, Farzana, 2009: Role and Performance Assessment of Pakistani Women Parliamentarians 2002-07. Islamabad.
- Bari**, Sarwar, 2010: An Unfinished Struggle. The Tale of the Women Councilors' Network. Islamabad.
- Chaudhry**, Ghani, 2002: Agenda for women MPs. *Dawn*, 18.11.2002.
- Collovald**, Annie, 1988: Identité(s) stratégique(s). In: *Actes de la recherche en sciences sociales*. 73, 29-40.
- Dahlerup**, Drude (ed.), 2006: Women, Quotas and Politics. Abingdon.
- Dawn**, 18.11.2002: Elected Women Ray of Hope for Oppressed Females.
- Dedebant**, Christèle, 2003: Le voile et la bannière. L'avant-garde féministe au Pakistan. Paris.
- Dutoya**, Virginie, 2012a: La représentation de la nation à l'épreuve de la différence de genre. Quotas et représentation politique des femmes dans les Parlements de l'Inde et du Pakistan. IEP de Paris.
- Dutoya**, Virginie, 2012b: Féminisation des parlements, quotas et transformation de la représentation en Inde et au Pakistan. In: *Critique Internationale*. 55 (2), 137-158.
- Frotscher**, Ann, 2008: Claiming Pakistan. The MQM and the Fight for Belonging. Baden-Baden.
- Lévêque**, Sandrine, 2005: La féminité "dépassée"? Usages et non-usages du genre dans les professions de foi des candidat(e)s parisien(ne)s aux élections législatives de 2002. In: *Revue française de science politique*. 55 (3), 501-520.
- Lovenduski**, John/**Norris**, Pippa (ed.), 1993: Gender and party politics. London.
- Mandelbaum**, David, 1988: Women's Seclusion and Men's Honor. Sex Roles in North India. Tucson.
- Mirza**, Jasmin, 2002: Between Chaddor and the Market. Female Office Workers in Lahore. Karachi.

- Mirza, Naeem/Wagha, Wasim**, 2010: Performance of Women Parliamentarians in the 12th National Assembly (2002-2007). Islamabad.
- Musharraf, Pervez**, 2006: In the Line of Fire. London.
- Mustafa, Zubeida**, 2009: Where Were You, Dear Sisters? In: Dawn, 22.04.2009.
- Navarro, Julien**, 2009: Les députés européens et leur rôle. Bruxelles.
- Phillips, Anne**, 1995: The Politics of Presence. Oxford.
- PILDAT**, 2002: Directory of the Members of the 12th National Assembly of Pakistan. Islamabad.
- Pitkin, Hanna F.**, 1967: The Concept of Representation. Berkeley.
- Rehfeld, Andrew**, 2005: The Concept of Constituency. Political Representation, Democratic Legitimacy, and Institutional Design. New York.
- Searing, Donald**, 1994: Westminster's World. Understanding Political Roles. Cambridge (Mass.).
- Shafiqat, Saeed**, 2002: Democracy and Political Transformation in Pakistan. In: Mumtaz, Soofia, Racine, Jean-Luc, Ali Imran, Anwar (eds.): Pakistan. The Contours of State and Society. Karachi, 209-235.
- Siddiqui, Niloufer**, 2010: Gender Ideology and the Jamaat-e-Islami. In: Current Trends in Islamist Ideology. Vol. 10.
- Spivak, Gayatri Chakravorty**, 1988 (1985): Subaltern Studies. Deconstructing Historiography. In: Guha, Ranajit/Spivak, Gayatri Chakravorty (eds.). Subaltern Studies. New York, 3-32.
- Solberg, Kristin Elisabeth**, 2010: New Laws Could Improve Women's Health in Pakistan. In: The Lancet. 975 (9730), 1956.
- Special Committee on Constitutional Reform**, 2010: Report. Islamabad.
- Talbot, Ian**, 2005: Pakistan. A Modern History. London.
- UNDP**, 2005: Political and legislative participation of women in Pakistan: Issues and perspectives.
- Weiss, Anita**, 2001: Gendered Power Relations. Perpetuation and Renegotiation. In: Weiss Anita/Gilani Zulfikar (eds.): Power and Civil Society in Pakistan. Oxford, 65-89.
- Yasin, Asim**, 2007: Discord over PPP tickets for women's seats. The News, 19.12.2007.
- Zaidi, Akbar**, 2004: Elected Representatives in Pakistan. Socio-economic Background and Awareness of Issues. In: Economic and Political Weekly. 39 (45), 4935-4941.
- Website of the Election Commission of Pakistan: <http://ecp.gov.pk/>
- Website of the National Assembly of Pakistan: <http://www.na.gov.pk> ht.

“Talking Point(s)”: What Singaporean Female Politicians Choose to Say in Parliament

THERESA W. DEVASAHAYAM

In January 2012, with the sudden resignation of the Speaker of the House because of an inappropriate affair he had had, a by-election was held in the Punggol East constituency. The following weeks since Mr Michael Palmer's resignation on Janu-

ary 9th saw a number of opposition parties announcing their interest to contest. The Workers' Party (WP) that had formerly contested in the May 2011 General Elections came forward with their pick in Ms Lee Li Lian, a young woman from a humble family background who works as a trainer with a private institution. At about the same time, the ruling party, the People's Action Party (PAP), also made their choice but in a medical doctor, Dr Koh Poh Koon.

While the island-state of Singapore has been known worldwide for being a success story on the economic front, progressing from „third world“ to „first world“ status within a generation, and boasting human development indicators that have only surged forward ever since the country came into existence in 1965, its citizens have become increasingly aware that a one-party state in the hands of the PAP was not what they wanted. Disgruntled over various policies and the rising cost of living, growing numbers of Singaporeans have begun to show their unhappiness and dissatisfaction with how the country was governed. The 2011 General Election saw a drastic change in the hearts and minds of Singaporeans: formerly, Singaporeans who had been known to be generally politically apathetic were instead seeing many new faces coming forward to contest in the elections. The results of the elections were not entirely surprising with the opposition party, the WP, usurping a Group Representation Constituency (GRC).¹ In all, the WP won six seats in Parliament while the dominant party, the PAP, won the rest (81 seats). In sum, the 2011 General Elections was a watershed election for the country and the opposition (Tan 2011).

Against this political backdrop, it was of no surprise that Ms Lee won Punggol East by a clear margin of 54.2 percent of the votes compared with her opponents, and, in particular, Dr Koh who won 43.7 percent of the votes (Chua 2013). Ms Lee who gained 41 percent of the total votes in the 2011 elections managed to push up her rating considerably compared with the PAP who instead lost this seat (Chua 2013). Amidst all this political ferment, a new Speaker of Parliament had to be chosen to replace Mr Michael Palmer. It was on January 14th 2013 that Madam *Halimah Yacob* was elected to the post. A Member of Parliament (MP)² since 2001 and one of the MPs of the Jurong GRC, Madam Yacob is Singapore's first woman Speaker of Parliament.³ Countering a myriad of stereotypes, Madam Yacob is a Muslim woman who dons a veil (tudung) in keeping with her religious beliefs and is a mother of five children who insists that “a woman can have it ‘all’” (Long 2013, A35).

In Singapore, however, the arena of politics largely belongs to men. Since the country's beginnings, one could easily say that a “participation dividend” on the part of women persists in the area of politics in that women's representation in the arena is far less than that of men. In such a system, a quota to ensure women's representation in politics does not exist (Chen 2010). Rather the dominant party, the PAP, approaches and “invites” women whom they consider capable to join the party although it would be up to these women to make the decision to accept or decline the invitation. In this sense, a woman is selected to join politics rather than her actively making the decision to enter the domain. The women who have been approached

tend to be professionals and are highly qualified in their fields. The selection of candidates is exercised based on the principle of meritocracy – an ideology that emphasizes that merit rather than social status or pedigree determines who succeeds – and that for leadership positions, it is the best and brightest, regardless of race and religion, which are chosen. While the dominant party has espoused this principle in its governance style for many years, there have been criticisms that this practice has become bound up with inequality and elitism contrary to what it purports to achieve (Tan 2008). Unlike the PAP, however, candidates of opposition parties have joined a party based on their decision and choice rather than having been invited into politics. Partly for this reason, the women who have joined the opposition groups include a more heterogeneous group comprising both professionals and highly educated individuals as well as those perceived as not being high-flyers in the Singapore context. Regardless of the party in question, there is a distinct shortfall in the numbers of women compared with men in politics in Singapore.

While the lack of gender parity in Singapore's Parliament, with a shortfall of women compared to men, may set off alarm bells in some circles, especially among those who desire for greater gender equality in the area of representative politics, this paper seeks to investigate the implications of women's underrepresentation in politics in relation to the kinds of issues they raise in Parliament. Proponents arguing for gender parity in politics have raised the point that women's representation is essential since women bring different perspectives to the table for discussion and since men and women

have ... distinctive experiences and situations of living, been represented among 'different activities, (worked) with different things, (have) different responsibilities, (been) involved with people in different ways' (Jónasdóttir 1988, 43, as cited in Jónasdóttir/Jones 2008, 9).

The corpus of literature on women and politics has covered women's engagement in this sphere on a variety of fronts. Considerable attention has been granted to detailing how women in political standing have consistently sought to address issues different from that of their male counterparts – issues that would demonstrate women's specialized attitude to express care towards others. Iwanaga (2008, 171) notes how women holding political office have been found to be "more likely to express concern about such issues and take an active interest in them". These issues, generally known as „women's issues“, are linked to women more than men, and tend to include concerns related to the family as well as children, health, and education. In the US, for example, research has highlighted how female legislators tend to focus their legislative activities on issues concerning women, family, and children (Skard/Haavio-Mannila 1985, Thomas/Welch 1991) as compared to male legislators who in contrast concentrated on issues that typically emphasized foreign affairs, defence, and economic issues. In another study, it was found that female senators were more supportive of votes on issues of concern to women compared to male senators (Fre-

derick 2011). A similar trend was recorded in the 2010 U.K. General Election where it was discovered that while politicians paid a great deal of attention to winning the women's vote, the lack of women represented in the election campaigns meant that women's issues became peripheral – a situation which the authors surmised could have been reversed if there were greater numbers of women running for office (Campbell/Childs 2010). The research on women and politics has also begged the question if women's participation makes a difference in political decision-making and governance. In this regard, numbers to some extent become significant in the final analysis, as argued by some scholars; using critical mass theory as the point of departure, they have emphasized how women as members of legislatures would only make a difference in political representation substantively depending on their proportions (Thomas/Welch 1991, Dodson 1998, Bratton/Ray 2002). At the other end of the spectrum is the assertion that numbers do not necessarily matter but what is of significance instead is that men and women are active in political participation although engaging in different types of political activities for differing reasons (Coffé/Bolzendahl 2010).

In light of the above literature cited, this paper has two objectives. First, it raises the question of whether the current cohort of female MPs in Singapore has different political interests from their male colleagues through an investigation of the kinds of issues female and male MPs have raised and discussed in Parliament. Second, the paper seeks to understand the larger concern of whether female MPs see their role in politics to be different from that of men's. Based on an analysis of mainly archival data, primarily in the form of Parliamentary Reports, supported by interviews with three current MPs (two MPs from PAP and one female opposition MP), the paper argues that because the current cohort of female MPs operate within a paradigm that is masculine, they tend not to voice their opinion exclusively on issues thought to belong traditionally to the domain of women but rather on a range of issues. By not restricting themselves to discussing women's issues only, it is evident that these women have consciously chosen to demonstrate that they are equal to men and are capable of handling any issue rather than those associated only with women. The subtext here suggests that politics emblemizes the "masculine" while stifling the "feminine", and thus it is of no surprise that among Singaporean female MPs, there is an implicit understanding that they were voted in based on their capacity to contribute and serve the community to fulfil the goals of their respective parties rather than on their gender identity.

For this paper, the author concentrated on an analysis of the Parliamentary Reports dated from the month of October 2011 until March 2013 (the time of writing). The rationale for selecting the reports published in October 2011 was because it was then that the first sitting of the 12th Parliament took place in which the current cohort of MPs commenced their term.⁴ The interviews, with the three respective female MPs who had agreed to grant an interview for this study, were conducted in July and August of 2012. A pre-prepared list of questions was employed to guide the open-ended

interview so that consistent information could be gathered from each of the women interviewed. A range of questions were included in the list such as the reasons for why they entered politics and if they thought that politics in Singapore was a male domain such that it is more difficult for women to enter politics compared with men. Since the study was concerned with whether women's role in politics differed from that of men's, the question of whether female politicians were more likely to speak up on issues related to women more than male politicians was also posed to all the interviewees. However, for the rest of the questions, the interviews were more general in nature concerning their political lives since the aim was to gather as much information as the author could. All the interviews took place in the offices of the respective MPs and they lasted about 45 minutes to an hour. For all the interviews, a soft copy of the interview schedule was electronically sent to the female MPs ahead of time in accordance to their request.

Women in Politics: Past and Present

Since 1963, the PAP has been the country's dominant party, seizing most if not all of the seats in subsequent general elections (Mauzy and Milne 2002; see also Worthington 2003). The shortfall of women's representation goes back to PAP's origins. When PAP rose to power in 1959, five female PAP candidates were voted into the self-governing Assembly, seizing 9.8 percent of the seats (Chew 2008). But with the PAP-Barisan Sosialis schism, two women members left for the Barisan Sosialis, while two remained, among whom was Chan Choy Siong who was the lone surviving woman until 1968. With her exit from politics in 1970, Singapore did not see a woman MP until 1984 (Chew 2001, 2008). That same year saw three women – Dr Dixie Tan, Dr Aline Wong, and Mrs Yu-Fu Yee Shoon – holding political office as MPs, soon to be joined by a fourth in Dr Seet Ai Mee in 1988. Since then, the political scene changed significantly as from 1984 to about 2000, women constituted around 2-6 percent of the country's MPs (Chew 2001). Moreover, from 1990 onwards, there were also women, who were appointed as Nominated Members of Parliament (NMPs), thus raising the numbers of women in Parliament (Parliament of Singapore: Members of Parliament 2013).

As much as the 2011 General Elections was a watershed for Singapore and the opposition, it may be said that 2001 was a watershed for women in politics in the country because from 2001 to 2006, women's representation in politics had doubled from 12 to 21 percent – a significant increase in spite of a political climate where a quota system to encourage women into politics does not operate. While figures for women's parliamentary representation in Singapore surpass the world average of 19.5 percent (Inter-Parliamentary Union 2012), they continue to be underrepresented in Parliament at only 22.9 percent with 20 elected women parliamentarians out of 87, 18 of whom are from PAP and two from WP as of April 2013. Moreover, Singapore does not have a full Minister who is a female (AWARE 2011); the sole female Minister

in the country's Cabinet, Ms Grace Fu, only holds the positions of Second Minister for the Environment and Water Resources and Second Minister for Foreign Affairs.

What Male and Female MPs Debate On

A survey of the Parliamentary Reports revealed a remarkable range of issues female MPs spoke to. The following is a list of some of the issues engaged in by female MPs: (a) personal data protection; (b) Computer Misuse (Amendment) Bill; (c) Heritage Roads in Singapore; (d) external geopolitical environment; (e) dengue outbreak; (f) promotion and subsidy of dental care; (g) investigations into bus drivers' claims of police brutality; (h) Singapore-citizen faculty members in the four autonomous universities; (i) appointment process for PRs (permanent residents) and New Citizens; (j) population and immigration issues and data; (k) anti-corruption stance; (l) National Climate Change Secretariat; (m) national service;⁵ (n) defence; (o) foreign affairs; (p) external audits of three institutions of higher learning; (q) Legal Aid and Advice (amendment) Bill; (r) Misuse of Drugs (Amendment) Bill; (s) transport; (t) environment and water resources; and (u) public housing. On these issues, female MPs may have either raised them or they might have engaged in the discussions around them if they had been raised by their male counterparts.

The Parliamentary Reports were filled with instances of female MPs displaying a keen interest in discussions related to family, health, and education. As expected, female MPs did on many occasions raise a variety of concerns related to the well-being of the family (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 10, Sitting Date: 07.03.2013). For example, the country's budget debate included some discussion on issues associated with the family and other related areas of concerns. In her support of the 2013 budget, MP Dr Intan Azura Mokhtar raised questions around the preschool sector, families, and healthcare financing (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 8, Sitting Date: 05.03.2013). During that same sitting, MP Ms Ellen Lee discussed issues of ageing and eldercare and preschool education, issues that may be thought to come under the purview of women, followed by NMP Ms Mary Liew whose concerns poignantly revolved around labour issues including bringing women back into the workforce. In that same session, NMP Ms Janice Koh was also found to raise questions regarding the pre-school sector in addition to the cost of the country's healthcare services.

In another separate debate session, the issue of the temporary exemption of car loan restrictions in order to benefit the disabled and their caregivers as well as families with elderly dependents was raised by MP Ms Lee Li Lian (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 10, Sitting Date: 07.03.2013). In yet the same session, Ms Lee addressed the enhanced baby bonus scheme, a government-led initiative introduced in April 2001 with the intent of alleviating the financial cost of raising children by calling upon the House to consider removing the dollar matching requirement for the couple's first two children especially in light of the urgent need

to raise the total fertility rate of the country (Parliament No 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 10, 07.03.2013). In fact, Ms Lee appears to have been the only female MP aggressively calling for more support for single mothers and, in turn, openly standing up for women, although she too does call to question other issues outside the domain of women in Parliament (Channel News Asia 2013, The Workers' Party 2013a).⁶

Another concern related to the family that was debated by female Parliamentarians revolved around foreign domestic workers. In Singapore, one out of six families has resorted to employing a foreign woman as a domestic helper. Labour laws have been integral to managing this migrant group (Devasahayam 2010). In view of controlling the numbers of foreign domestic workers in Singapore to discourage reliance on this group on the part of Singaporeans, employers are mandated to pay the Foreign Domestic Worker Levy. On this, female MP Er Dr Lee Bee Wah made the point that reducing the levy could essentially benefit families and help them cope with the increasing cost of hiring a helper especially in light of the fact that it is difficult to secure a worker for this kind of job because of the excessively low salary attached to this job (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 7, Sitting Date: 25.02.013).

Caregiving concerns around Singapore's ageing population were also highlighted by female MPs. MP Ms Tin Pei Ling queried the Minister for Health on the complaints of abuse of patients in nursing homes since June 2011 and what measures had been put in place to prevent potential abuses (Parliament No.12, Session No. 1, Vol. No. 88, Sitting No. 14, Sitting Date: 17.02.2012). In another session, MP Dr Intan Azura Mokhtar asked the House if elderly and grandparent caregivers may receive some direct benefits or incentives such as free public transport passes, and annual passes to places of interest or even shopping or discount vouchers at shopping malls as they are likely not to receive any income except for small token sums of money from other working adults in the family (Parliament No 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 10, Sitting Date: 07.03.2013).

Other family matters such as the plight of divorced women was also raised by female MP Er Dr Lee Bee Wah who asked the Acting Minister for Social and Family Development whether the Ministry had plans to increase the age and income limit under the Home Ownership Plus Education (HOPE) Scheme to help divorced women who have custody of their children. Moreover, she asked if more support would be granted to divorcees in the areas of housing costs and childcare and how the Ministry ensures that divorcees receive maintenance fees in a timely manner (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 5, Sitting Date: 07.02.2013).

In a work-driven culture, the topic of balancing multiple roles has often been discussed in numerous contexts drawing the attention of mainly policymakers and non-governmental organizations concerned with this issue. This issue has also been discussed on several occasions at the Parliamentary level by female MPs. Concerned with the lives of married women, in particular, MP Associate Professor Fatimah

Lateef broached the issue about how flexible work arrangements can be put in place to draw women back into the workforce (Parliament No 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 10, Sitting Date: 07.03.2013). Similar issues related to the family were also raised by MPs Ms Lee Li Lian and Ms Denise Phua and NMP Ms Mary Liew in another Parliamentary debate (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 15, Sitting Date: 14.03.2013).

The rising cost of living battering Singaporeans has also been a regular topic of discussion among the MPs. Among the female MPs, how poorer families coped with their everyday existence seemed to have been a topic that was taken up relatively frequently. For example, MP Ms Penny Low raised the question on how the government has put in place measures to contain the rising costs of living especially when it comes to food security (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 89, Sitting No. 5, Sitting Date: 13.08.2012).

Female MPs also showed a concern for health issues – another area typically considered to be a women’s concern. MP Associate Professor Fatimah Lateef asked what the current criteria were for receiving a government subsidy for the reversal of ligation or sexual sterilization. On a related issue on voluntary sterilization, female MPs Ms Sylvia Lim, Associate Professor Lateef, Ms Denise Puah, joined by NMPs, Ms Faizah Jamal and Ms Mary Liew, appeared to be heavily engaged in the debate (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 89, Sitting No. 9, Sitting Date: 16.10.2012), although it must be noted that several male MPs also showed as much interest in the issue as their female counterparts. In this case, there seemed to be a balance of interest from both sexes on the issue based on the reports.

Aside from health concerns, Singaporean female MPs were found to address issues related to education. NMP Ms Janice Koh, for example, drew attention to the decline in literature enrolment in secondary schools in relation to school rankings/scores as well as the role of the humanities in the school curriculum (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 14, Sitting Date: 13.03.2013). During that sitting, MP Ms Denise Phua also spoke up on issues related to pre-school education and the flaws of the current primary school system. In another session, MP Associate Professor Fatimah Lateef asked the Minister for Education, Mr Heng Swee Keat, about the Ministry’s future plans for the Special Assistance Plan (SAP) schools, while MP Dr Intan Azura Mokhtar asked about the admission of students who do not take Chinese as their Mother Tongue Language into these schools (Parliament No. 12, Session 1, Volume 90, Sitting 2, Sitting Date: 4.2.2013). On another occasion, MP Associate Professor Lateef sought an update from the Minister for Education on the mental wellness programme implemented in primary and secondary schools as well as junior colleges (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 89, Sitting No. 8, Sitting Date: 15.10.2012). While it may be said that Associate Professor Lateef might have been interested in raising the issue of education because she is a woman, this argument is not justifiable especially in light of the fact that there have been numerous instances in which she had engaged in issues aside from those related

to family, education, and health. For example, Associate Professor Lateef sought clarification on the Payment Systems (Oversight) (Amendment) Bill which was first introduced in June 2006 to oversee the payment systems and stored value facilities in Singapore (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 1, Sitting Date: 14.1.2013).

In fact, there were countless examples of female MPs who discussed issues beyond the ambits of family, education, and health. Some did so because they held portfolios, which required them to discuss such issues. For example, MP Mrs Josephine Teo raised the debate on the Stamp Duties (Amendments) Bill on 14 January 2013 principally because she is the Minister of State for Finance (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 1, Sitting Date: 14.1.2013). Interestingly, aside from a male MP, Mr Christopher de Souza, MP Associate Professor Lateef also engaged in the discussion. On the issue of the external geopolitical environment, Ms Grace Fu, spoke up on Singapore's relations with the European Union (EU) and other major economies. However, it may be deduced that her inclination to discuss the matter was related to her capacity as Second Minister for Foreign Affairs (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 11, Sitting Date: 8.3.2013). Another issue unrelated to women's issues to which a female MP spoke up on was the loan of giant pandas from China (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 89, Sitting No. 13, Sitting Date: 16.11.2012). On this issue, Ms Grace Fu explained the rationale for the loan – that is, that it was a gesture of good will from the Chinese to enhance friendly ties between China and Singapore. Interestingly enough, the query on the loan of the pandas was raised by a female NMP, Ms Faizah Jamal (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 89, Sitting No. 13, Sitting Date: 16.11.2012). Another instance, which saw the engagement of a female MP because of her portfolio, was the issue of care for persons with mental disabilities. In this case, MP Dr Amy Khor may be said to have responded to the discussion with extensive details because of her own portfolio as the Minister of State for Health on behalf of the Minister of Health (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 89, Sitting No. 10, Sitting Date: 12.11.2012). In another instance during the budget debate, MP Ms Sim Ann spoke for the needs of students with special needs because of her portfolio as the Senior Parliamentary Secretary to the Minister for Education (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 14, Sitting Date: 13.03.2013).

Even on issues, which might be considered gender neutral such as the debate on the Personal Data Protection Bill, women were found to be actively engaged in the discussion. While the majority of MPs (15 altogether) engaged in the discussion were male, there were four female MPs who voiced their concerns on this matter (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 89, Sitting No. 8, Sitting Date: 15.10.2012). Other issues that might have been labelled as gender neutral in which female MPs showed a keen interest included the layout of traffic junctions, the Singapore Arts Festival, and the impact of tighter foreign worker quotas on the completion of new HDB flats (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 17, Sitting

Date: 8.4.2013; Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 89, Sitting No. 5, Sitting Date: 13.08.2012; Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 17, Sitting Date: 8.4.2013). In fact, it is not surprising that MP Er Dr Lee Bee Wah raised a question related to Singapore's infrastructure because of her own training as an engineer.

In fact, there were a number of instances in which female MPs addressed an issue not because of their portfolio but because of their own professional background. Such is the case of MPs Ms Ellen Lee and Ms Sylvia Lim who respectively commented on the Penal Code (Amendment) Bill since they were both trained in the legal profession (Parliament No 12, Session No. 1, Vol. No. 89, Sitting No. 11, Sitting Date: 14.11.2012). In a debate on the annual budget statement, it is of no surprise that MP Ms Foo Mee Har addresses the issue of the restructuring of the country's economy especially in terms of small and medium enterprises since professionally she has close links to the corporate world. In her speech, she also discusses the issues of productivity and foreign manpower, while also raising her concerns on pro-family employer practices (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 8, Sitting Date: 05.03.2013).

At the other end of the spectrum were female MPs who engaged in discussions not only on issues that might have been thought to be gender neutral but actually considered male-oriented or "macho". Such is the topic of defence. During a debate on the country's budget allocated to the Ministry of Defence, female MP Ms Ellen Lee raised her concerns about Singapore's bilateral defence relationship with Malaysia and the Philippines in the wake of the intrusion of Filipino militant groups into the Malaysian state of Sabah (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 12, Sitting Date: 11.03.2013). At the same sitting, MP Ms Sylvia Lim asked a question on whether more information about MINDEF's (Ministry of Defence) spending can be shared with Parliamentarians and the general public with the aim of reducing Singapore's corruption risk given that the country scored a D+ in the anti-corruption index generated by Transparency International (TI).

Having said these, it must be highlighted that in no way did the male MPs show disinterest in issues related to the family, education, and health. On the contrary, there were numerous occasions from the Parliamentary Reports in which male MPs demonstrated as much interest as their female counterparts on issues generally thought to be of concern mainly to women. For example, Non-Constituency MP Mr Gerald Giam sought to find out if the government would consider extending childcare leave benefits to unmarried single parents (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 15, Sitting Date: 14.03.2013). In another instance, male MPs seemed to dominate the discussion on the Child Development Co-Savings (Amendment) Bill with fewer female MPs putting forth their opinion on the issue (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 17, Sitting Date: 08.04.2013). Yet in another session, a male MP was found to question the government's position on foreign spouses – an issue thought to be a women's issue since it relates to the well-being

of the family (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 10, Sitting Date: 7.3.2013). This issue was raised by MP Mr David Ong, of Ms Grace Fu for the Prime Minister's office, who had asked about the circumstances of children of deceased Singaporean fathers or mothers and whose spouses are typically only granted a Long-Term Visit Pass.

Moreover in one of the budget debates, several male MPs were found to join their female counterparts in an active discussion on various issues related to the family from childcare and infant-care centres and the master-plan for the disabled to strengthening the social service sector and concessions for seniors although this might have been expected since the debate was concerned with a discussion on the budget allocated towards the Ministry of Social and Family Development (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 15, Sitting Date: 14.3.2013). Male MPs also showed a concern for issues related to the family during the debate on the annual budget. During a session, MP Dr Lim Wee Kiak addressed concerns around pre-school and healthcare financing targeted at the elderly (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 8, Sitting Date: 5.3.2013). The debate on the annual budget statement also saw NMP Mr R Dhinakaran, in discussing employment, labour, and economic growth issues, engaged in a lengthy discussion on family and the Singaporean woman and what more can be done to help women balance their multiple roles as mother and worker (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 8, Sitting Date: 5.3.2013). MP Mr Christopher De Souza, in that same session, also raised similar concerns for more funding for pre-school education and flexi- and part-time work arrangements for mothers as well as the provision of a caregiver allowance for those caring for the elderly and disabled (Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 8, Sitting Date: 5.3.2013).

Avoiding Gender Stereotypes at all Costs

It is evident from the Parliamentary Reports selected for analysis that female MPs in Singapore do not only represent women's issues but in demonstrating a capacity to be able to discuss a range of issues, aside from those typically labelled as women's issues, they have come to display their political interests to be all-encompassing. It was the interviews, however, which the author found to be critical in this analysis, since they reveal the possible reasons for why the majority of female MPs did not want to confine themselves to raising and/or discussing women's issues only in Parliament.⁷

The perspectives of these MPs were intriguing in that it facilitates an understanding of what they saw to be their role in politics and if they saw their role to be different from that of their male counterparts. MP Christina Foo⁸ described her observation of the debates in Parliament this way:

Women speak up on all sorts of issues (...) and in fact women politicians raise more issues than others (men) (...) There was a *Today* paper report that was done (...) I can't remember the year (...) I think it was '05 or '06 where they did a comparison of the questions raised by women MPs and men MPs and I think it was (...) two-thirds of the issues were raised by women MPs (...) I guess they just questioned more (...) I don't know if that is still the case (...). Speaker Thanmugi always used to say that the women talked more than the men in Parliament (...) he said it with an air of trepidation.

While she does not state explicitly that there was a clear avoidance on the part of female MPs not to restrict themselves to discussions on issues related only to women, it is evident from this quote that this female MP affirmed the stance female MPs adopted. In fact, her quote suggests that the stance women adopted was not any different from that of men's. To put it differently, both male and female MPs operated in the same way in Parliament with no clear gender differences in the kinds of topics they either raised or discussed.

In contrast, MP Catherine Chew clearly demonstrated that there were female MPs who actually made an active decision on not wanting to represent women's issues exclusively. Describing at length why she did not speak up only on women's issues, her rationale for the position she took was bound up with how she saw her role as MP in serving her constituency:

I don't only talk about women's issues (...) because I don't only represent women (...). I should be representing everybody (...) men, women, young and old (...) where a particular topic touches on women and I think it is important enough to speak up on it, I will do that (...) or even if it concerns men (...) I think I have done it (...) I focus more on families and dysfunctional families (...) as well as the needy. (...) men generally giving credit to our male politicians, they have been speaking up on women's issues as well (...) and I believe because I think they also realize that they cannot be gender bias (...) because their voters comprise of both males and females.

From the perspective of this female MP, because she has been serving different groups of people within her constituency of which women formed one collective, it did not seem logical to her to only want to raise and discuss issues related to women. The third response provided by MP Patricia Tan on the question of whether she saw a woman's role in politics as a spokesperson for women's issues was even more revealing than the first two interviews. This female MP, in fact, held reservations about being stereotyped as a politician who addressed women's issues because of her own gender identity. That she was conscious of the fact of not wanting to be seen as a politician who discusses issues related only to women was picked up in the interview:

Usually, I have not raised women's issues (...). I don't raise women's issues (...). And I think probably it would (...) depending on one's experience and expertise to raise issues

that are (...) in a way you are comfortable with or you choose to (...) because your residents presented it to you (...) and of course the other thing is that as a leader of a political party, I am also conscious of the fact that I don't want people to pigeon hole me in a certain mould that (...) oh because you are a woman you speak up on these issues (...) and I think it is not helpful I think because we need to have a broad base policy interest.

On further prompting her, however, her position seemed a little more complicated than meets the eye as she acknowledged that there might be favourable instances in which a female politician might consider playing up on her gender identity. She later said:

But having said that again (...) this is sort of related (...) I am recalling now Hilary Clinton's presidential campaign for the democratic nomination right? (...) when she was competing with Barack Obama (...) and she was also very conscious of not being seen to be playing on her being female or whatever but she wanted to be judged based on merit (...) and interestingly at the end of the campaign many analysts and she herself also probably did agree that she should have made use of it (...) because women voters were waiting for her to communicate with them (...) and they found that she was communicating like anybody else so (...) you see women's view of politics is also very different. (...) so far (...) on average women (...) I wouldn't say don't (...) on average (women) have less interest (...) in political matters (...) so in that sense to connect with the women voters it is a different thing again (...) so in that sense women sometimes have an advantage they can make use of but (...) often those of us especially who would like to be given any handicaps so to speak for being a woman (...) we tend to like (to be) judged with everybody else on the same plane (...) but really being a woman I have found can be an advantage sometimes (...) it depends on whether we want to make use of it (...). I am a bit uncomfortable because generally I am not that kind of a person.

Unlike MPs Christina Foo and Catherine Chew, it was evident from MP Patricia Tan's response that women are the "second sex" (cf. de Beauvoir 1953) in politics and that women do not compete with men on an equal playing field in that arena. In spite of acknowledging that there may be instances in which playing up on women's issues may work to the benefit of a female politician, it appeared that this female MP was certain that she had made an active choice not to want to capitalize on this disadvantage based on her sex in order to achieve her own objectives. Thus, she has made it her aim to represent all issues rather than confine herself to addressing only or even mostly women's issues.

It must also be highlighted that the position these women have taken may reflect the broader idea of women's concerns prevailing in the country. The words of MP Catherine Chew are indicative of this point:

But I think in Singapore itself most of the gender issues have been solved (...) we don't have any (...) look even our maternity leave has been solved (...) the citizenship issue has

been solved as well (...) what else are there that may not have been solved (...) other than maintenance for men.

In light of this statement, it is not surprising that female MPs have made a conscious effort not to highlight the concerns of women and neither do they desire to be seen as politicians who only advocate women's issues.

Moreover, because women hold a minority status in politics since men overwhelmingly outnumber them, they feel even more strongly about not wanting to be stereotyped, fully aware that this would further marginalize them. Thus in Singapore, the arena of politics is one where men perceive themselves as the *Self* (the subject) while women are the *Other* (cf. de Beauvoir 2001). However, in the case of women, a similar polarity does not exist. For them, while they see men as the *Self*, the problem lies in that they, like men, see themselves as the *Other* and, hence, there is every reason for these women to feel that they have little choice but to “fit in“ rather than “stick out“ by claiming difference from men. As Simone de Beauvoir (2001, 564) asserts, women themselves do not “dispute male sovereignty“, an idea which may be applied to the Singapore context in view of how female MPs express their political interests. Instead, they are seen to acknowledge their minority status and, in turn, express a “subjugation of the weaker by the stronger“ (de Beauvoir 2001, 564).

Conclusion

In spite of the seemingly positive improvements in the lives of Singaporean women in the last few decades, Singapore remains largely a “woman-unfriendly state“, and without any doubt this pattern shores up in the arena of politics (cf. Jónasdóttir/Jones 2008). Among the few women who have been in a privileged position to enter the domain, they are fully aware that politics is about men and not about women; to put it differently, politics remains an androcentric arena. For this reason, women cannot choose to differentiate themselves from men in terms of the issues they raise and/or discuss in Parliament. Instead, they have chosen to deliberately suppress or, at the least, stifle the “feminine“. In fact should women want to engage in politics, they have to engage in this arena like their male counterparts – being clear in their minds that they are in politics because of their capabilities, and not because they represent the “token“ number of women whose presence and participation are required to fulfil a quota. Thus they would do everything not to claim difference from men but rather to come across as gender neutral in their political interests, while in some instances consciously taking on even a hyper-masculine position, if the situation calls for it. Having said that, it must be noted that the imbalance of the sexes in politics in the Singapore context is nonetheless about power and domination – a power exercised largely by men, on the one hand, because of their sheer numbers now as well as in the past, and recognized by women, on the other, only because the latter have little choice in this matter. To put it differently, women do recognize that they constitute

the “second sex” in the relationship between the sexes in the arena of politics. But this is not necessarily a negative point. Although the women engaged in politics are not generating an “alternative value (system) that would include new concepts of power” (hooks 2000, 90), they do possess some measure of power and for them to access power and prestige in the existing structure means that they have to support the present structure for the time being – a structure which denies the feminine fullest expression. And for the majority among them given the circumstances of having found their feet in politics more recently compared to their male counterparts, they will accept men’s definition of their reality. It is only until the numbers of women grow more significantly in Parliament that we can expect that female MPs would be comfortable in speaking about women’s issues, even if that means exclusively.

Notes

- 1 This is usually a larger electoral division compared with single member constituencies (SMCs) in terms of population and physical area. As compared with an SMC, a GRC may be made up of three, four, five or six individuals. For each GRC, it is the President who by law declares the group number. See Elections Department Singapore, 2013.
- 2 This refers to a directly elected MP in contrast to a Nominated MP (NMP). Since 1990, changes in the country’s constitution have made a provision for the appointment of up to nine NMPs. The reason for this change was to ensure a wider representation of community views in Parliament allowing for independent and non-partisan views to be heard. NMPs are directly appointed by the President of Singapore for a term of two and a half years on the recommendation of a Special Select Committee chaired by the Speaker of Parliament (Parliament of Singapore: Members of Parliament 2013 [20.8.2013]).
- 3 See Parliament of Singapore: Speaker of Parliament, 2013. [20.8.2013].
- 4 See Parliament of Singapore: Sessions of Parliament, 2013. [20.8.2013].
- 5 This refers to the mandatory military conscription in which all male Singaporeans or non-first-generation permanent residents, who have reached 18 years of age, have to enroll for a period of 22 or 24 months. These men serve as Full Time National Servicemen (NSFs), either in the Singapore Armed Forces (SAF), Singapore Police Force (SPF), or the Singapore Civil Defence Force (SCDF).
- 6 Her interest in pushing women’s concerns forward was also demonstrated in a Singapore Yahoo interview in which she declared her interest in generating greater political awareness among women and youth (The Workers’ Party 2013b). By no means does this suggest that PAP has no interest in bringing more women into Parliament. In 2011, the PAP Women’s Wing called for more women to enter politics (SG Links 2011). The aim was to have women make up at least 30% of Parliament. But thus far, it may be said that PAP has only met with moderate success in wooing more women into politics given the fact that the proportion of female MPs falls short of that of their male counterparts.
- 7 It should be noted that the three MPs were interviewed for a larger ongoing project on women and politics in Singapore.
- 8 Please note that the names of the three MPs the author had interviewed are pseudonyms so that the confidentiality of these individuals may be protected.

References

- Association of Women for Action and Research (AWARE)**, 2011: Why no Female Minister?, 21.05.2011. Internet: www.aware.org.sg/2011/05/why-no-female-minister (24.4.2013).
- Bratton**, Kathleen A./**Ray**, Leonard P., 2002: Descriptive Representation, Policy Outcomes, and Municipal Day-Care Coverage in Norway. In: *American Journal of Political Science*. 46 (2), 428-437.
- Campbell**, Rosie/**Childs**, Sarah, 2010: 'Wags', 'Wives' and 'Mothers'... But what about Women Politicians?. In: *Parliamentary Affairs*. 63 (4), 760-777.
- Channel News Asia**, 2013: Lee Li Lian calls for more support to be given to single mothers, 7.2.2013. Internet: news.xin.msn.com/en/singapore/lee-li-lian-calls-for-more-support-to-be-given-to-single-mothers (28.4.2013).
- Chen**, Li-Ju, 2010: Do Gender Quotas Influence Women's Representation and Policies? In: *The European Journal of Comparative Economics*. 7 (1), 13-60.
- Chua**, Mui Hoong (2013): Commentary: Punggol East by-election was a tipping point. *Straits Times Breaking News*, 27.1.2013. Internet: www.straitstimes.com/breaking-news/singapore/story/commentary-punggol-east-election-was-tipping-point-20130127 (15.04.2013).
- Chew**, Phyllis G.-L., 2001: Political women in Singapore: A socio-linguistic analysis. In: *Women's Studies International Forum*. 24 (6), 727-736.
- Chew**, Phyllis G.-L., 2008: 'No fire in the belly': Women's political role in Singapore. In: Burghoon, Wil/Iwanaga, Kazuki/Milwertz, Cecilia/Wang, Qi (Eds.): *Gender Politics in Asia: Women Manoeuvring within Dominant Gender Orders*. Copenhagen, 185-216.
- Coffé**, Hilde/**Bolzendahl**, Catherine, 2010: Same Games, Different Rules?: Gender Differences in Political Participation. In: *Sex Roles*, 62 (5-6), 318-33.
- de Beauvoir**, Simone, 2001: Women as 'Other'. In: Ruth, Sheila (Ed.): *Issues in Feminism: An Introduction to Women's Studies*, Mountainview, California, 562-569.
- de Beauvoir**, Simone, 1953: *The Second Sex*. Parshley, Howard M. (Trans. and Ed). New York.
- Devasahayam**, Theresa W., 2010: Placement and/or Protection?: Singapore's Labour Policies and Practices for Temporary Women Migrant Workers. In: *Journal of the Asia Pacific Economy*. 15 (1), 45-58.
- Dodson**, Debra L., 1998: Making a Difference: Behind the Scenes. In: Thomas, Sue/Wilcox, Clyde (eds.): *Women and Elective Office: Past, Present, and Future*. New York, 129-151.
- Elections Department Singapore**, 2013: Types of Electoral Divisions, 10.01.2013. Internet: www.eld.gov.sg/elections_type_electoral.html (15.4.2013).
- Frederick**, Brian P., 2011: Gender Turnover and Roll Call Voting in the House and Senate. Paper presented at the 2011 American Political Science Association Annual Meeting, Seattle, Washington, U.S.A., September 1-4.
- hooks**, bell, 2000: *Feminist Theory: From Margin to Center*. Second Edition. Cambridge, Massachusetts.
- Inter-Parliamentary Union**, 2012: Lack of Political Will and Missed Opportunities in 2011 result in too few women in Politics yet again, says IPU. Press Release. No. 361, *New York/Geneva*, 02.03.2012. Internet: www.ipu.org/press-e/gen361.htm (16.4.2013).
- Iwanaga**, Kazuki, 2008: Women as Parliamentarians. In: Iwanaga, Kazuki (Ed.): *Women and Politics in Thailand: Continuity and Change*. Copenhagen, 168-197.
- Jónasdóttir**, Anna G./**Jones**, Kathleen B., 2008: The Political Interests of Gender Revisited: Reconstructing Feminist Theory and Political Research. In: Jónasdóttir, Anna G./Jones, Kathleen B. (Eds.) *The Political Interests of Gender Revisited: Redoing Theory and Research with a Feminist Face*. Tokyo, 1-16.
- Long**, Susan, 2013: Soft heart, strong will. *Straits Times*, 25.1.2013, A35.

- Mauzy, Diane K./Milne, R.S.**, 2002: Singapore Politics under the People's Action Party. London.
- SG Links**, 2011: GE PAP Women's Wing calls for more women participation in Parliament", 23.4.2011. Internet: sglinks.com/pages/529140-ge-pap-women-s-wing-calls-participation-parliament (28.4.2013).
- Skard, Torild/Haavio-Mannila, Elina**, 1985: Women in Parliament. In: Haavio-Manilla, Elina et al. (ed.): Unfinished Democracy: Women in Nordic Politics. Oxford, 51-80.
- Tan, Kenneth Paul**, 2008: Meritocracy and Elitism in a Global City: Ideological Shifts in Singapore. In: International Political Science Review, 29 (1), 7-27.
- Tan, Netina**, 2011: Turn of Tide: Singapore's Watershed Election 2011. In: Asia Pacific Memo, 17.5.2011. Internet: www.asiapacificmemo.ca/turn-of-tide-singapore-watershed-election-2011 (8.6.2013).
- The Workers' Party**, 2013a: COS 2013 Debate: MSF – Single Parents (MP Lee Li Lian), 14.03.2013. Internet: wp.sg/2013/03/cos-2013-debate-msf-single-parents-mp-lee-li-lian/ (28.4.2013).
- The Workers' Party**, 2013b: Punggol East by-election – one on one with Worker's Party candidate Lee Li Lian", 20 January. Internet: www.facebook.com/workersparty/posts/482119275163416 (28.4.2013).
- Thomas, Sue/Welch, Susan**, 1991: The Impact of Gender on Activities and Priorities of State Legislators. In: The Western Political Quarterly. 44 (2), 445-456.
- Worthington, Ross**, 2003: Governance in Singapore. London.

Parliamentary Reports

- Abuse of Patients in Nursing Homes.** Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 88, Sitting No. 14, Sitting Date: 17.2.2012.
- Care for Persons with Mental Disabilities.** Parliament No. 12, Session No. 1, Volume No. 89, Sitting No. 10, Sitting Date: 12.11.2012.
- Child Development Co-Savings (Amendments) Bill.** Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 17, Sitting Date: 8.4.2013.
- Debate on Annual Budget Statement.** Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 8, Sitting Date: 5.3.2013.
- Foreign Spouses with Children in Singapore.** Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 10, Sitting Date: 7.3.2013.
- Government Measures to Contain Rising Costs and Help Lower Income Group.** Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 89, Sitting No. 5, Sitting Date: 13.8.2012.
- Head I – Ministry of Social and Family Development.** Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 15, Sitting Date: 14.3.2013.
- Head J – Ministry of Defence.** Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 12, Sitting Date: 11.3.2013.
- Head K – Ministry of Education.** Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 14, Sitting Date: 13.3.2013.
- Head N – Ministry of Foreign Affairs.** Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 11, Sitting Date: 8.3.2013.
- Head U – Prime Minister's Office.** Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 10, Sitting Date: 7.3.2013.
- Impact of Tighter Foreign Workers Quotas on Completion of new HDB Flats.** Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 17, Sitting Date: 8.4.2013.

Layout of Traffic Junctions. Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 17, Sitting Date: 8.4.2013.

Loan of Giant Pandas from China. Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 89, Sitting No. 13, Sitting Date: 16.11.2012.

Mental Wellness Programmes in Schools and Junior Colleges. Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 89, Sitting No. 8, Sitting Date: 15.10.2012.

Payment Systems (Oversight) (Amendment) Bill. Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 1, Sitting Date: 14.1.2013.

Penal Code (Amendment) Bill. Parliament No 12, Session No. 1, Vol. No. 89, Sitting No. 11, Sitting Date: 14.11.2012.

Personal Data Protection Bill. Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 89, Sitting No. 8, Sitting Date: 15.10.2012.

Plans and Admission Criteria for Special Assistance Plan Schools. Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 2, Sitting Date: 4. 2.2013.

Reducing Foreign Domestic Worker Levy. Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 7, Sitting Date: 25.2.2013.

Revising Limits for Home Ownership Plus Education (HOPE) Scheme. Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 5, Sitting Date: 7.2.2013.

Singapore Arts Festival. Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 89, Sitting No. 5, Sitting Date: 13.8.2012.

Stamp Duties (Amendment) Bill. Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 90, Sitting No. 1, Sitting Date: 14.1.2013.

Voluntary Sterilization (Amendment) Bill. Parliament No. 12, Session No. 1, Vol. No. 89, Sitting No. 9, Sitting Date: 16.10.2012.

Parliamentary Websites Cited

Parliament of Singapore: Members of Parliament. Internet: www.parliament.gov.sg/members-parliament (20.8.2013).

Parliament of Singapore: Sessions of Parliament, 2013. Internet: www.parliament.gov.sg/sessions-parliament (20.8.2013).

Parliament of Singapore: Speaker of Parliament, 2013. Internet: www.parliament.gov.sg/speaker-parliament (20.8.2013).

Heterogenität, Fragmentierung und Handlungsmacht von Frauenrechtsaktivistinnen in Aceh, Indonesien

KRISTINA GROSSMANN

Differenz-Feminismus legt das Augenmerk auf Unterschiede innerhalb der Gruppe von Frauen. Anhand dreier Fallstudien – erstens der Repräsentation von Frauen bei den Friedensverhandlungen, zweitens der Wiederaufbauhilfe nach dem Tsunami und drittens der Einführung der Syariat Islam¹ – zeige ich Fragmentierungen und Divergenzen innerhalb der Standpunkte und Ziele von Aktivistinnen in Aceh, Indonesien auf und analysiere, welche Auswirkungen dies auf ihre Handlungsmacht hat. Anlehnend an das Konzept der Intersektionalität, welches Gender als nur eine mögliche Differenzkategorie beschreibt, in der Hegemonie stattfindet, stelle ich dar, welche Aktivistinnen wann und warum Bevorzugung oder Benachteiligung beschreiben und lege mein Augenmerk auf die Analyse weiterer Kategorien und Faktoren, die für ihre Handlungsmacht ausschlaggebend sind.

In der ersten Fallstudie stelle ich dar, dass einer Aktivistin von anderen Aktivistinnen die Legitimation entzogen wurde, acehische Frauen bei den Friedensverhandlungen zu repräsentieren, weil sie während des Konflikts in Aceh kaum anwesend war und weil für sie Frauenrechtsarbeit nicht die erste Priorität innerhalb ihres politischen Engagements hatte. Das zweite Beispiel zeigt, dass frauenrechtliche Gruppen von nationaler und internationaler Unterstützung nach dem Tsunami ausgeschlossen waren, da sie zu unflexibel waren, sich an internationale Standards anzupassen und keine internationalen Kontakte hatten. Im Zuge der Einführung Syariat Islam, so stelle ich in meiner dritten Fallstudie dar, gibt es immense Fragmentierungen und Divergenzen innerhalb der Standpunkte und Ziele von Aktivistinnen, die ich an der Frage nach weiblicher Partizipation und islamischer Kleiderordnung aufzeige. Progressive Aktivistinnen beschreiben die Verringerung ihrer Handlungsmacht, da sie vermehrt aus politischen Gremien und öffentlichen Diskussionen ausgeschlossen werden.

Die in diesem Beitrag präsentierten Forschungsergebnisse basieren auf einer insgesamt 11-monatigen ethnologischen Feldforschung zwischen 2008 und 2011 und einem einwöchigen Forschungsaufenthalt im November 2012 in der Hauptstadt Banda Aceh und in Lhokseumawe. Die Datenerhebung erfolgte mittels teilnehmender Beobachtung, Fokusgruppendifkussionen, Gesprächen und Interviews mit Aktivistinnen.²

Die Bezeichnung Aktivistinnen in diesem Artikel bezieht sich auf neun Frauen, mit denen ich während meiner Forschung besonders intensiven Kontakt hatte und die Schlüsselpersonen in dem Bereich der Frauenrechtsarbeit in Aceh sind. Ich verwende für die Namen von Aktivistinnen Pseudonyme. Sie haben in den 1980er und 1990er Jahren eine Organisation mit dem Schwerpunkt Frauenförderung und Frauenrechtsarbeit in den Städten Lhokseumawe oder Banda Aceh gegründet oder waren aktiv am Gründungsprozess beteiligt. Sie sind seitdem hauptamtlich in dieser

oder anderen Organisationen in diesem Bereich tätig und bestimmen maßgeblich die inhaltliche und strukturelle Ausformung von organisierter, zivilgesellschaftlicher Frauenförderung in Aceh.

Die Aktivitäten dieser Organisationen betreffen den ökonomischen, politischen, rechtlichen, soziokulturellen und religiösen Bereich. Frauenförderung soll – so die Aktivistinnen – auf jeder Ebene erfolgen und integraler Bestandteil jeder Entwicklung sein. Programme, die Aktivistinnen daraus entwickeln, betreffen die Aspekte Armut, Gesundheit, Bildung, Rechtsgleichheit, gesunde Umwelt, Partizipation in gesellschaftlichen und politischen Bereichen sowie Gewalt. Aufgrund der Konfliktsituation in Aceh – auf die ich im Folgenden noch genauer eingehen werde – war die Unterstützung von weiblichen Konfliktopfern seit Anfang der 1990er Jahre wichtiges Tätigkeitsfeld. Seit der verstärkten Implementierung der *Syariat Islam* 2005 etabliert sich als neues Arbeitsfeld für Aktivistinnen die Gremienarbeit im Zuge der Teilnahme an der Schaffung eines sogenannten gender-sensiblen und -gerechten islamischen Strafrechts.

Differenz-Feminismus und Intersektionalität: Bekannte Konzepte mit fortwährender Gültigkeit

Ich knüpfe mit der Darstellung von Fragmentierungen und Divergenzen innerhalb der Gruppe von Aktivistinnen und der Analyse der sich infolgedessen ergebenden Auswirkungen auf ihre Handlungsräume an die Diskussionen innerhalb des sogenannten „Feminismus der Anderen“ (Frey 2003, 28) an, in dem Differenz unter Frauen ein konstituierender Aspekt ist. Unterschiede und Asymmetrien werden demnach nicht nur zwischen den Geschlechtern, sondern auch innerhalb von Geschlechtergruppen ausgemacht. Bis in die 1980er Jahre gingen die meisten frauenspezifischen oder feministischen Forschungen von der Annahme aus, dass Frauen als eine homogene Gruppe den Männern untergeordnet seien. Dieses Axiom wurde vor allem im Zuge der Etablierung der postkolonialen Studien gebrochen. Kritisiert wurde darin unter anderem die Hegemonie von Akademikerinnen der westlichen, weißen Mittelklasse innerhalb der bisherigen Gender- und Frauenforschung.³ Mein Fokus in diesem Artikel beleuchtet nicht die post-koloniale Hegemonie innerhalb von Wissensproduktion, sondern die Analyse von Differenzen und Machtverhältnissen innerhalb der Gruppe von lokalen Aktivistinnen und die Darstellung weiterer Kategorien, aufgrund derer Diskriminierung stattfindet. Der letztgenannte Aspekt ist Hauptgegenstand des seit den 1990er Jahren angewendeten Konzepts der Intersektionalität. Es beschreibt Gender als nur eine mögliche Differenzkategorie, in der Hegemonie stattfinden kann. Die Kategorie Gender verliert das Alleinstellungsmerkmal und andere interdependente und als gleichwertig anzusehende Kategorien wie beispielsweise Religion, Schicht, Klasse, Bildung usw. werden in die Betrachtungen mit einbezogen.⁴ Die Intersektionalitätsanalyse kann die Wechselwirkungen und Zusammenhänge zwischen verschiedenen Kategorien hervorbringen. Ich verstehe

Intersektionalität dabei in erster Linie als Diagnoseinstrument, um Macht- und Hegemonialstrukturen zu identifizieren und darzustellen. Dies beinhaltet das Einbeziehen von weiteren, neuen Differenzkategorien, was für meine empirisch angelegte Forschung von besonderer Relevanz ist.

Gemeinsames Ziel der zivilgesellschaftlichen Frauenförderung in Aceh während des Konflikts: Frieden

In Aceh Nanggroe Darussalam, der nordwestlichsten Provinz Indonesiens – die den Beinamen Veranda Mekkas (Serambi Mekka) trägt – fand von 1976 bis 2005 ein secessionistischer Kampf zwischen der Bewegung Freies Aceh GAM (Gerakan Aceh Merdeka) und der Regierung Indonesiens statt. Der Ressourcenkonflikt wird in Analysen als der wichtigste situationale Konfliktfaktor angesehen. Die Gewinne des Abbaus der großen Erdöl- und Erdgasreserven an den Nordküsten Acehs kamen fast ausschließlich dem indonesischen Zentralstaat zu (vgl. Kell 1995, Herbst 2004, 41). Die wirtschaftliche Ausbeutung innerhalb der verfehlten indonesischen Entwicklungspolitik zu Beginn der 1970er Jahre verschärfte die sozioökonomischen Probleme Acehs, und die an Bodenschätzen reiche Provinz wurde von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes abgekoppelt.

Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen dem indonesischen Militär TNI (Tentara Nasional Indonesia) und den bewaffneten Streitkräften der secessionistischen Bewegung TNA (Teuntara Neugara Aceh) steigerten sich zwischen den Jahren 1989 bis 1998 innerhalb der Phase der Militärischen Operationszone DOM (Daerah Operasi Militer). Aktivistinnen, die während dieser Phase unentgeltlich und in einem nicht formal organisierten Rahmen weibliche Kriegsoffer unterstützten, gründeten Ende der 1980er Jahre die ersten acehischen Organisationen, die sich explizit für die Förderung von Frauenbelangen einsetzten. Durch die Schaffung einer formalrechtlichen Organisationsform konnte die Unterstützung systematisiert und legitimiert werden. Mitte der 1990er Jahre gründeten sich dann weitere Organisationen, die sich explizit auf frauenspezifische humanitäre Hilfe spezialisierten, wie beispielsweise Freiwillige Frauen für die Menschlichkeit RPuK (Relawan Perempuan untuk Kemanusiaan) oder Freunde indonesischer Frauen MISPI (Mitra Sejati Perempuan Indonesia). Einige Zweigstellen nationaler Organisationen, wie die Rechtshilfeorganisation – Vereinigung Indonesischer Frauen für Gerechtigkeit LBH-APIK (Lembaga Bantuan Hukum – Asosiasi Perempuan Indonesia untuk Keadilan) arbeiteten auch zu gender-spezifischen Themen, hatten aber keinen expliziten Schwerpunkt auf der Förderung von Frauenbelangen.

Die Zunahme bewaffneter Übergriffe, die wachsende mediale Verbreitung von begangenen Kriegsgräueln seit Ende der 1990er Jahre und vor allem die größere Pressefreiheit nach dem Sturz des autoritären Präsidenten Suharto im Jahr 1998 führten dazu, dass erstmals Berichte über Mord, Folter, Vergewaltigung, das Niederbrennen von Häusern und andere Maßnahmen kollektiver Bestrafungen durch das indone-

sische Militär TNI von acehischen, indonesischen und internationalen Medien öffentlich verbreitet wurden. Daraufhin bezogen Aktivistinnen den politischen Rahmen des Konflikts vermehrt in ihr Engagement ein und erweiterten die inhaltliche Ausrichtung ihrer Unterstützung auf den Bereich der Menschenrechtsverletzungen. Damit solidarisierten sie sich mit den zahlreichen acehischen regierungskritischen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Informationszentrum über das Referendum in Aceh SIRA (Sentral Informasi Referendum *Aceh*), die seit Ende der 1990er Jahre gegründet wurden. Diese prangerten vor allem die Menschenrechtsverletzungen durch das indonesische Militär TNI lautstark an, unter anderem, um ihrer Forderung nach einem Referendum für Acehs Unabhängigkeit Nachdruck zu verleihen.⁵ Die Arbeit für Menschenrechte entsprach in dieser Zeit auch dem Förderkatalog von zahlreichen europäischen Organisationen, wie beispielsweise die Katholische Hilfsorganisation für England und Wales Cafod (Catholic Aid Agency for England and Wales), die niederländische Oxfam-Organisation Oxfam Novib und das Humanitäre Institut für Entwicklungszusammenarbeit Hivos (Humanistisch Instituut voor Ontwikkelingssamenwerking). Die Akquirierung von finanzieller Unterstützung für lokale Organisationen, die gegen Menschenrechtsverletzungen arbeiteten, war besonders leicht (vgl. Zeccola 2010).

Die Aktivistin Salma Mahdi – die Gründungsmitglied von drei acehischen Frauenrechtsorganisationen ist und von 2001 bis 2009 Generalsekretärin einer dieser acehischen Organisation war – fasst zusammen, dass der Großteil der Frauenrechtsarbeit bis zum Jahr 2005 im Kontext des Konflikts stattfand. Dabei seien das Feindbild und die Ziele von Aktivistinnen klar umrissen gewesen.

Während des Konfliktes ging es uns allen darum, Frieden zu erreichen. Das war das oberste Ziel. Alle anderen Programme gruppierten sich darum. Es war auch klar, wer unser Feindbild war, gegen wen *wir* (wir ist betont, K. G.) kämpfen mussten. Nämlich gegen die beiden Kriegsparteien TNI und TNA. (P1)

Die gemeinsame Agenda von Aktivistinnen richtete das Augenmerk auf die Verringerung von Frauenrechtsverletzungen als Teil der Menschenrechtsverletzungen, die Empfehlung eines Referendums und vor allem das schnelle Erreichen eines dauerhaften Friedens. Dies betont ebenso die Aktivistin Eka Diani. Sie ist auch wie Salma Mahdi Gründungsmitglied von drei acehischen Frauenrechtsorganisationen, war einige Jahre bei einer nationalen Frauenorganisation tätig und ist seit 2009 Generalsekretärin einer der von ihr mitgegründeten acehischen Organisation. Sie beschreibt ihre Teilnahme an dem Frauenkongress des Zusammenschluss von Frauen in Aceh (Duek Pakat Inong Aceh) zu dem mehrere hundert Frauen in Banda Aceh in dem Jahr 2000 zusammenkamen folgendermaßen:

Ich erinnere mich an den Frauenkongress Duek Pakat Inong im Jahr 2000. Er war der erste seiner Art und sehr beeindruckend. Frauen aus allen Gebieten Acehs kamen nach Banda

Aceh. Die Anreise war für viele sehr schwierig, denn sie mussten Verhöre von Militär und GAM über sich ergehen lassen. Die Zeit war gekennzeichnet von größter Einschüchterung und Morddrohungen. Aus einem Gebiet um Pidie konnten keine Frauen kommen, weil die TNI-Mitglieder an den Kontrollpunkten sie nicht reisen ließen. (...) Es gab lange und sehr emotional geführte Diskussionen, ob der Kongress Acehs Autonomie oder ein Referendum empfehlen sollte. Im Vordergrund stand für uns die Beendigung des Konfliktes, denn viele Frauen litten extrem unter dem Konflikt. Wir diskutierten, wie dieses Ziel am Besten erreicht werden könne. Wir konnten uns nicht entscheiden und einigten uns auf die Forderung, dass die Regierungen Indonesiens und Acehs den Konflikt am Verhandlungstisch beenden sollen. (P2)

Der Frauenkongress im Jahr 2000 verabschiedete 22 Empfehlungen, die an die indonesische Regierung adressiert waren. Diese beinhalteten unter anderem die Einführung einer Quote von 30% weiblicher Kandidatinnen jeder Partei bei lokalen Parlamentswahlen und Vorschläge zur Aufteilung der Gewinne aus dem Abbau von Bodenschätzen zwischen der lokalen und der nationalen Regierung. Des Weiteren wurden die sofortige Beendigung der militärischen Interventionen in Aceh und die Verurteilung von Menschenrechtsverbrechen gefordert. Die übergeordneten Ziele des ersten Kongresses waren die Wiederherstellung der Ehre, Gerechtigkeit und des Friedens für die Menschen in Aceh. Um die Umsetzung der Forderungen zu gewährleisten und den zweiten Frauenkongress vorzubereiten, wurde der Rat acehischer Frauen BSUIA (Balai Syura Ureung Inong Aceh) gegründet (siehe auch UNIFEM o.J., 5). Der Vierjahresaktionsplan von BSUIA beinhaltet die Themen Frieden, ökonomische Förderung und Schaffung von lokalen Gesetzen des islamischen Strafrechts (Qanun) (siehe auch UNIFEM o.J., 5-8). Während des Konflikts war ein wichtiges gemeinsames Ziel von zivilgesellschaftlicher Frauenförderung in Aceh die Erlangung von Frieden. Als dieses Ziel in erreichbare Nähe kam, wurden Kontroversen unter Aktivistinnen deutlich, wie im folgenden Abschnitt dargestellt.

Kontroversen über die Beteiligung von Frauen bei den Friedensverhandlungen: Politikerin versus Frauenrechtsaktivistin?

Der Tsunami am 26. Dezember 2004 katalysierte das Ende des bewaffneten Konfliktes in Aceh. Am 15. August 2005 wurde ein MoU (Memorandum of Understanding) zwischen Vertretern der indonesischen Regierung und der Bewegung Freies Aceh GAM unterschrieben. Das im August 2006 ausgefertigte Autonomiegesetz – Gesetz über die Regierung und Verwaltung Acehs 11/2006 UUPA (Undang Undang Pemerintahan Aceh)⁶ – bildet die rechtliche Grundlage für eine politische und wirtschaftliche Neukonfiguration Acehs.

Bei den Friedensverhandlungen in Helsinki zwischen Vertretern der GAM und der Regierung Indonesiens gehörte nur eine Frau, Nurjanah, der Delegation der GAM an, was zu großer Kritik seitens der Aktivistinnen aus Aceh führte. Auch wurde ihre

Person als Repräsentantin nicht uneingeschränkt unterstützt. Sie wurde zwar in Aceh geboren, lebte jedoch die meiste Zeit während des bewaffneten Konfliktes in Jakarta und im englischsprachigen Ausland. Im Zuge ihres politischen Engagements für die Unabhängigkeit Acehs war sie im Jahr 1999 an der Gründung von SIRA beteiligt und ist auch in der aus dieser Organisation entstandenen gleichnamigen Partei tätig. Die Aktivistinnen Eka Diani und Dewi äußerten mir gegenüber Kritik, dass es Nurjanah war, die bei den Friedensverhandlungen die Interessen von Frauen vertreten sollte. Dewi – auch Gründungsmitglied von drei acehischen Frauenrechtsorganisationen und Direktorin einer dieser Organisation von 1998-2003 – führt als Begründung an, dass Nurjanah nicht das Wissen und die Legitimation habe, Frauen aus Aceh zu vertreten, da sie während des Konflikts nicht in Aceh lebte. Diese Kritik an der Abwesenheit Nurjanahs wird jedoch von einem Vertreter der ehemaligen GAM als einer der ausschlaggebenden Gründe für ihre Einladung angeführt. In einem Streitgespräch zwischen einem Repräsentanten der ehemaligen GAM, der bei den Friedensverhandlungen in Helsinki teilnahm, und Dewi über diesen Punkt argumentierte er, dass sie Nurjanah als Vertreterin ausgewählt hatten, weil sie bereits im Ausland gewohnt habe. Dies hätte ihre sichere Unterbringung im Fall des Scheiterns der Verhandlungen erleichtert (P3).

Als zweiten Kritikpunkt führt Eka Diani an, dass Nurjanah als Mitglied von SIRA und Sympathisantin der ehemaligen GAM in erster Linie eine Politikerin und keine Frauenrechtsaktivistin sei. Eka Diani und Dewi sehen sich in erster Linie als Kämpferinnen für Frauenrechte und grenzen sich von anderen Aktivistinnen ab, die aus ihrer Sicht vor allem politische Ziele verfolgen. Nurjanah wird dementsprechend kritisiert, dass für sie die Frauenfrage erst nach der nationalen Frage kommen würde. Wie im Fall der Abwesenheit Nurjanahs war jedoch auch dieser Punkt der doppelten Ausrichtung einer der Gründe für ihre Einladung zu den Friedensverhandlungen. Der Repräsentant der ehemaligen GAM führt aus:

Es ist schwierig gewesen, Frauen aus Aceh zu finden, die sich für Belange von Frauen *und* (und ist betont, K. G.) der GAM einsetzen. Die meisten Frauen kämpfen nur für Frauenrechte, nicht für die GAM, deshalb konnten wir sie nicht einladen. (P3)

Dewi, die anderer Meinung ist, antwortet darauf:

Das oberste Ziel in Friedensverhandlungen muss doch das Erreichen des Friedens sein. Dies ist der stärkste Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung Acehs gewesen. Und dann konkreter die Einbeziehung der Vorstellungen und Wünsche von Frauen in das MoU. Das muss nicht ich oder eine andere Aktivistin sein. Es gibt Tausende von Frauen, die den Konflikt miterlebt haben, die das tun können. Natürlich ist (...) (die Organisation, K. G.) nicht gegründet worden, um nur die Belange von GAM-Kombattantinnen zu unterstützen, sondern eine möglichst neutrale Hilfe für Frauen anzubieten, die von der TNI und der TNA diskriminiert oder eingeschüchtert worden sind. (P4)

Diese Darstellungen machen deutlich, dass die Anwesenheit von Nurjanah bei den Friedensverhandlungen in Helsinki in erster Linie darauf zurückzuführen ist, dass sie erstens bei den im Exil lebenden ehemaligen GAM-Mitgliedern bereits bekannt war. Zweitens war ihre politische Ausrichtung als Sympathisantin der ehemaligen GAM und Mitglied von SIRA ausschlaggebender als ihr Engagement für Frauenrechte.

Nurjanahs zahlreiche Kontakte zu westlichen Organisationen, ihre guten Englischkenntnisse und ihre Kontakte zu den ehemaligen GAM-Kadern machen sie zu einer gefragten Referentin im Bereich Frauen und Friedensprozesse auf internationalen Tagungen und Beraterin von Aktivistinnen in aktuellen Friedensverhandlungen in Südostasien wie beispielsweise in den Südphilippinen. Nurjanah erlangte aufgrund ihres politischen und frauenrechtlichen Engagements internationale Bekanntheit. Das sehen auch Nurjanahs Kritikerinnen. In einem Gespräch mit mir hob Eka Di-ani auch positive Seiten der Rolle und Fähigkeiten von Nurjanah hervor. Sie sehe ihr Potential darin, dass Nurjanah aufgrund ihrer Bekanntheit, ihrer Kontakte und Sprachkenntnisse auf der internationalen Ebene sehr gute Lobbyarbeit für Frauenbelange betreiben könne.

„(...) (Nurjanah, K. G.) kam nach dem Friedensschluss nach Aceh zurück, weil es hier viele Möglichkeiten für sie gibt. Sie kann gut Englisch sprechen, hat viele Kontakte und ist im Ausland dafür bekannt, dass sie sich für die acehischen Frauen einsetzt. Die Gründung von LINA war strategisch sehr gut (...). Ich denke, die Positionen, die sie innehat, zeigen, dass sie sehr clever ist. Sie ist ein Beispiel einer sehr cleveren acehischen Frau, die die Möglichkeiten am Schopf packt. (...) Meiner Meinung nach hat (...) (sie, K. G.) ein großes Potential, denn sie kann zwischen den Frauen in Aceh und der internationalen Bühne vermitteln. Durch sie wird die Frauenfrage in Aceh international länger Aufmerksamkeit erhalten.“ (P5)

In Aceh wurde sie mittlerweile „rehabilitiert“ und lokale acehische Aktivistinnen begrüßen Nurjanahs Potential aufgrund ihrer Bekanntheit, ihrer Kontakte und Sprachkenntnisse auf der internationalen Ebene sehr gute Lobbyarbeit für Frauenbelange in Aceh betreiben zu können.

Ungleicher Zugang zu Ressourcen nach dem Tsunami

Die Folgen des Tsunami zogen in Aceh eine der weltweit größten humanitären Intervention nach sich. Im Jahr 2005 betrieben in Banda Aceh 766 lokale, nationale, und internationale Organisationen mit religiöser, humanitärer sowie entwicklungsbezogener Ausrichtung ihre Büros.⁷ Lokale Organisationen waren kurz nach dem Tsunami geschwächt und mussten sich neu organisieren. Nachdem die erste Phase der Nothilfe abgeschlossen war, und sich lokale Organisationen strukturell und personell neu organisiert hatten, begann eine Vielzahl von ihnen im Bereich der Im-

plementierung von Programmen der Wiederaufbauhilfe zu arbeiten. Die Förderung und Partizipation von Frauen und die Förderung von Frauenrechten ist auch in Aceh Bestandteil der entwicklungspolitischen Agenda. Die Wiederaufbauhilfe brachte jedoch nur einigen Frauen Unterstützung und ebenso nur einigen lokalen Frauenrechtsorganisationen finanzielle Vorteile, wie im Folgenden ausgeführt wird. Ein Grund für den ungleichen Zugang zu Ressourcen war die Unterscheidung zwischen Konflikt- und Tsunamihilfe. Zirka sechs Milliarden Euro wurden für den Wiederaufbau nach dem Tsunami bereitgestellt, ungefähr 180 Millionen Euro wurden für konfliktbezogene Programme verwendet.⁸ Als Gründe für diese Trennung nennt Linda Pennels, dass die spezifische Situation der Kombination von Naturkatastrophe und Beendigung des Konfliktes in dem gewohnten Ablauf von Nothilfe und Wiederaufbau einiger Geldgeber keine Berücksichtigung fand und diese teilweise auch überforderte. Aufgrund dessen konzentrierten sie sich zuallererst auf die unmittelbare Verwüstung infolge des Tsunami und vernachlässigten die Folgen des fast 30-jährigen Bürgerkrieges (vgl. Pennels 2008, 2).

Die abstrakte Trennung von Tsunami- und Konflikthilfe hatte zur Folge, dass sogenannte Konfliktopfer, die nicht in vom Tsunami betroffenen Gebieten lebten, aus den finanziell gut ausgestatteten Programmen der tsunamibezogenen Hilfe ausgeschlossen wurden. Die Folgen psychischer und physischer Kriegsversehrtheit wurden zu spät oder gar nicht in den Programmen des Wiederaufbaus berücksichtigt. Vor allem zivilgesellschaftliche Gruppen, die entweder schon internationale Kontakte hatten oder flexibel genug waren, sich an internationale Standards anzupassen – zum Beispiel durch den Aufbau von Büro- und Verwaltungsstrukturen und die Einführung standardisierter Arbeitsprozesse – bekamen leichter Zugang zu nationaler und internationaler Unterstützung. Einige Gruppen, die dazu nicht in der Lage waren, fanden keine Berücksichtigung. Versuche von Inong Balee – das sind Frauen, die in Kriegshandlungen involviert waren⁹ –, sich nach dem Friedensschluss zivilgesellschaftlich zu organisieren, um auf die Marginalisierung von weiblichen Konfliktopfern innerhalb des Wiederaufbaus hinzuweisen und Programme für Ihresgleichen zu initiieren, waren wenig erfolgreich. Zum einen berücksichtigten die meisten tsunamibezogenen Wiederaufbauprogramme die besondere Situation von ehemaligen Inong Balee nicht, daher gab es nur geringe finanzielle Unterstützung. Des Weiteren gab es Probleme in der Kompatibilität von Inong Balee-Gruppen und westlichen Förderrichtlinien. Inong Balee verorten sich in erster Linie in der hierarchisch organisierten Struktur des Aceh-Übergangskomitees KPA (Komite Peralihan Aceh), das die Nachfolgeorganisation der militärischen Streitkräfte TNA der acehischen Unabhängigkeitsbewegung GAM darstellt. Sie formieren sich weniger in eigenen Organisationen, die sich für die Förderung von Frauenbelangen einsetzen. Deshalb gibt es meist fluktuierende Zusammenschlüsse von einzelnen Frauen, die sich unregelmäßig und in privaten Räumen treffen. Die mangelnde Rechtsform, fehlende administrative Infrastruktur und undurchsichtige Personalstruktur machte die Unterstützung durch westliche Geberorganisationen schwierig. Diese fanden bei

Treffen mit Inong Balee nicht das erwartete Büro mit Angestellten, Computern und Dokumenten vor.

Aktivistinnen, die langjährig und meist seit der Gründung der ersten acehischen frauenfördernden Organisationen aktiv sind, konnten ihre Handlungsräume aufgrund der Wiederaufbauhilfe nach dem Tsunami indes vergrößern. Der formalrechtliche Rahmen der Frauenrechtsorganisationen in denen sie arbeiten ermöglichte eine kontinuierliche Unterstützung durch nationale und internationale Organisationen. Im Großen und Ganzen konnten diese lokalen Organisationen ihre finanziellen und personellen Kapazitäten ausbauen und den Zugang zur internationalen Ebene verbessern.

Syariat Islam: Verringerung der Handlungsmacht von progressiven Aktivistinnen

Aceh ist dafür bekannt, dass sich große Teile der Bevölkerung auf ihre islamische Identität berufen. Als einzige Provinz Indonesiens werden seit dem Jahr 1999 sukzessive strafrechtliche Teile der Syariat Islam eingeführt. Die Implementierung von islamischem Strafrecht ist zum einen in den Trend der Politisierung des Islam sowie der steigenden Islamisierung in Indonesien eingebettet und wird zum anderen in dem Versuch der Befriedung des fast 30 Jahre andauernden secessionistischen Kampfes der GAM erkennbar. Der Tsunami im Jahr 2004 trug darüber hinaus zu einer religiösen Revitalisierung bei.¹⁰ Seit dem Jahr 2005 finden regelmäßig öffentliche Auspeitschungen statt und im Jahr 2009 wurde eine Version des islamischen Strafrechts (Qanun Jinayat) vom Provinzparlament verabschiedet, die Steinigung bei Ehebruch beinhaltet und Homosexualität unter Strafe stellt. In der Provinz Aceh betrifft die Durchsetzung islamischer Verhaltens- und Kleidervorschriften im öffentlichen Raum Frauen unverhältnismäßig stark und sie erfahren zunehmend Demütigungen, gewalttätige Übergriffe und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit. Ein Beispiel dafür sind Kontrollen der Syariat Islam-Polizei WH (Wilayatul Hisbah) von Verstößen gegen die Pflicht zur islamischen Kleiderordnung. Diese erfolgen in oftmals groß angelegten Razzien, die in erster Linie in Banda Aceh durchgeführt werden. Die Zielgruppe besteht meist aus weiblichen Jugendlichen (vgl. Human Rights Watch 2001, 53). Ein weiteres Beispiel sind lokale Verordnungen, die Frauen das Tragen von enger Kleidung (v. a. Hosen) verbieten, die der Distriktsvorsteher (bupati) von West-Aceh (Aceh Barat), Ramli Mansur im Jahr 2009 erließ.¹¹ Ramli Mansur legitimiert Mitarbeiter der Syariat Islam-Polizei WH (Wilayatul Hisbah), Frauen die Hosen tragen, mit Röcken auszustatten, und die Hosen zu konfiszieren (vgl. Allart 2010). Die Distriktsregierung kaufte zu diesem Zweck 20.000 Röcke, die der Wilayatul Hisbah dafür zur Verfügung gestellt wurden.¹²

Alle acehischen Aktivistinnen, die ich traf, sehen Religiosität als immanenten Bestandteil ihrer Identität und Weltanschauung. Die Bezugnahme auf den Islam und die Durchsetzung islamischer Werte und Normen ist für sie ein wichtiger Referenz-

rahmen. Die Ausweitung von islamischem Recht durch die Implementierung der Syariat Islam wird in diesem Sinne befürwortet. Abgelehnt wird in erster Linie die rigide Umsetzung der Syariat Islam durch Auspeitschungen und gewalttätige Übergriffe, Demütigungen und Willkür gegen Frauen, die nach dem Tsunami an Schärfe gewann.¹³ Die Kritik von acehischen Aktivistinnen bleibt Syariat Islam-immanent und betrifft in erster Linie die in ihren Augen konservative, inhumane und patriarchale theologische Grundlage, welche die Umsetzung der Syariat Islam dominiere. Nach wie vor sehen sie die Syariat Islam als Zukunftsmodell für Acehs politische, gemeinschaftliche und individuelle Ordnung an. Die Grundlage und Funktion soll in deren Zukunfts-Orientiertheit liegen und auf die Neuschaffung eines gerechteren politischen und gesellschaftlichen Systems abzielen. Dies beinhaltet für die Aktivistin Salma Mahdi die Förderung der Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen sowie deren Gleichheit vor dem Gesetz, was durch die sogenannte gender-sensible Exegese von Teilen des Koran und der Sunna, die verstärkte Partizipation von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Akteurinnen bei der Gesetzesformulierung und die umsichtige Umsetzung islamischen Strafrechts erreicht werden soll. Diese sehr unkonkreten Inhalte und Ziele islamischen Strafrechts sind der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich acehische Frauenrechtsaktivistinnen einigen können. Die Standpunkte und Ziele von Aktivistinnen bezüglich der konkreten Ausgestaltung der einzelnen Punkte sind höchst unterschiedlich. Aktivistinnen teilen Muslime und Muslimas in Aceh in der Regel in Konservative und Progressive ein. Konservative streben tendenziell eine wörtliche Befolgung der Inhalte des Koran und der Sunna an, betonen formale Aspekte der Syariat Islam, plädieren für deren Verschärfung und wollen bestehende patriarchale Strukturen festigen. Progressive, zu denen die erwähnten Aktivistinnen zählen, setzen sich tendenziell für religiösen Pluralismus ein, für die Freiheit in der Ausübung von Religion, für den Schutz von Minderheiten und die Verbesserung von Frauenrechten und -förderung.

Die Aktivistinnen Asmah Sari¹⁴, Dewi, Eka Diani und Salma Mahdi betonen, dass die Einführung der Syariat Islam viel Raum in ihrer Arbeit einnehme. Alle drei Aktivistinnen sind seit dem Jahr 2005 am Novellierungsprozess des Islamischen Strafrechts in Aceh beteiligt, um ihr Ziel einer zukunftsorientierten und frauenfreundlichen Syariat Islam umzusetzen. Vor der rigiden Umsetzung islamischen Strafrechts fand der Großteil der Frauenrechtsarbeit im Kontext des Konfliktes statt. Seit der Einführung der Syariat Islam habe sich der Fokus vieler Aktivistinnen auf den Islam und die Einhaltung von Moral gerichtet.

Eka Diani beschreibt diesen Wandel anhand ihrer Erfahrungen bei der Teilnahme an dem Frauenkongress des Zusammenschluss von Frauen in Aceh (Duck Pakat Inong Aceh) in Banda Aceh im Jahr 2005:

Der Frauenkongress im Jahr 2005 war gekennzeichnet von der Diskussion über die Syariat Islam. Das ist ein immenser Rückschritt. Im Jahr 2000 haben wir noch über Autonomie oder ein Referendum diskutiert, und schon fünf Jahre später sind wir damit beschäftigt, zu

diskutieren, ob Frauen ein Kopftuch tragen sollten oder nicht. Während des Kongresses 2005 gab es Frauen, die das Thema Religion immer wieder sehr provokativ einbrachten – im Sinne von pro Syariat. Die Empfehlungen des Kongresses sind meiner Meinung nach auch dementsprechend nichtssagend und betreffen nicht die relevanten Fragen. Ich weiß noch, als ich auf dem Kongress eine Sitzung moderierte und im Vorfeld sehr unsicher wurde, weil ich nicht wusste, wie ich mich anziehen sollte. Ich trug normalerweise kein Kopftuch und ein T-Shirt, aber dort fingen viele Aktivistinnen an, sich zu verschleiern. Ich war völlig perplex. Ich merkte, wie stark und allgegenwärtig die soziale Kontrolle war. Mir kam es so vor, als ob der gesamte Kongress von konservativen Menschen dominiert war. Seit diesem Kongress denke ich, haben Aktivisten in Aceh keine einheitliche Meinung mehr. (P2)

Die Aktivistin Asmah Sari betont ebenso, dass andere Aktivistinnen, Politikerinnen und im Frauenrechtsbereich engagierte Frauen in Debatten um die Ausgestaltung islamischen Strafrechts Meinungen und Anschauungen äußern, die wenig Übereinstimmung mit ihrer Perspektive haben. Themen wie Partizipation beispielsweise definiere sie in einem viel weiteren Rahmen als viele ihrer Kolleginnen.

Für mich geht es beim Thema Partizipation nicht nur um die Beteiligung von Frauen in spezifischen Bereichen, wie beispielsweise im politischen Bereich. Für mich geht es generell um die Präsenz und Beteiligung von Frauen in allen Bereichen. Im öffentlichen und privaten Raum. In der Familie und in der Politik. (P6)

Auch das Thema Kleiderordnung werde sehr kontrovers diskutiert, so die Aktivistin Dewi.

Für mich geht es beim Thema Kleiderordnung darum, dass der Körper in keiner Weise staatlich oder aufgrund von religiösen Gründen reglementiert werden sollte. Das schließt Frauen und Männer ein und auch die Art und Weise der Kleidung. Manche Aktivistinnen setzen an einem ganz anderen Punkt an. Für sie steht fest, dass Frauen ein islamisches Kopftuch und langärmelige Blusen tragen sollen. Sie monieren nur, dass beispielsweise Frauen, die kein Kopftuch tragen, wenn sie im eigenen Auto fahren, angehalten werden und dazu aufgefordert werden, sich zu verhüllen. Aber das geht ja an der Sache völlig vorbei. Es geht generell um die Politisierung des weiblichen Körpers. (P7)

Differenzen unter Aktivistinnen, Politikerinnen und im Frauenrechtsbereich engagierten Frauen, die in Diskussionen über die Syariat Islam zum Vorschein kommen, machen es in einigen Fällen unmöglich, gemeinsam zu arbeiten, Empfehlungen zu formulieren oder Lobbyarbeit zu betreiben, so Dewi.

Manche Anschauungen anderer Aktivistinnen, mit denen ich früher zusammengearbeitet habe, kommen mir konservativer vor, als die von manchen Religionsgelehrten. Ich denke,

dass ich sehr wenig mit ihnen gemeinsam habe. Und wenn ich in grundlegenden Punkten, wie Kleiderordnung, Bewegungsfreiheit oder Partizipation nicht mit ihnen übereinstimme, dann kann ich auch zum Beispiel kein Seminar mit ihnen organisieren. (P8)

Ein großes Problem sei weiterhin, so Dewi, dass Aktivistinnen, die konservative Standpunkte vertreten, mehr Zuspruch von Politikern, Religionsgelehrten und auch großen Teilen der Bevölkerung bekommen und die Handlungsmacht von progressiven Aktivistinnen dadurch verringert sei. Wenn es um Islam und Frauenrechte oder Religionspluralismus gehe, werden in der Regel ihre konservativen Kolleginnen in die politischen Beratungsgremien oder zu Diskussionsveranstaltungen eingeladen, so die Aktivistin. (P9)

Fazit

Der Großteil der Frauenrechtsarbeit in Aceh bis zum Jahr 2005 fand im Kontext des Konflikts statt. Die gemeinsamen Feindbilder – das indonesische Militär und der bewaffnete Flügel der Unabhängigkeitsbewegung GAM – und das Ziel, nämlich Frieden – waren dabei klar umrissen gewesen. Der Tsunami im Jahr 2004 katalysierte das Ende des bewaffneten Konfliktes in Aceh. Frauenrechtsaktivistinnen in Aceh sind nach Beendigung des Konflikts, dem Tsunami und der Implementierung der Syariat Islam seit 2005 bezüglich ihrer Standpunkte und Ziele zunehmend fragmentiert. Um Machtstrukturen unter Aktivistinnen und ihren unterschiedlichen Zugang zu Ressourcen darzustellen, verwende ich das Konzept der Intersektionalität. Damit zeige ich, dass die Wechselwirkungen von verschiedenen Differenzkategorien die Handlungsräume von Aktivistinnen verringern oder erhöhen.

Während der Friedensverhandlungen zwischen der indonesischen Regierung und der GAM, bildeten sich unter Aktivistinnen Kontroversen um die Repräsentation von Frauen bei den Verhandlungen heraus. Nurjabah, eine acehische Aktivistin, war als einzige Frau bei den Verhandlungen als Angehörigen der Delegation der GAM anwesend. Ihr wurde jedoch von anderen Aktivistinnen die Legitimation entzogen, acehische Frauen bei den Friedensverhandlungen zu repräsentieren, da sie während des Konflikts selten in Aceh anwesend gewesen sei und weil für sie Frauenrechtsarbeit nicht die erste Priorität innerhalb ihres politischen Engagements gehabt habe. Nurjabahs Teilnahme kam jedoch aus genau diesen Gründen zustande. Zum einen hatte sie Kontakte zu Mitgliedern des ehemaligen GAM-Kaders und war während des Konflikts überwiegend nicht in Aceh. Diese beiden Aspekte, die ausschlaggebend für ihren Zugang zu dem politischen Gremium waren, stießen unter acehischen Aktivistinnen auf Kritik. Ihrer Meinung nach schließt sich frauenrechtliches Engagement und die Nähe zur ehemaligen Unabhängigkeitsbewegung aus. Mittelweile ist Nurjanah von acehischen Aktivistinnen „rehabilitiert“, die ihr Potential begrüßen, aufgrund ihrer Bekanntheit, ihrer Kontakte und Sprachkenntnisse auf der internationalen Ebene sehr gute Lobbyarbeit für Frauenbelange in Aceh betreiben zu können.

Auch für den Zugang zu Ressourcen der Wiederaufbauhilfe nach dem Tsunami waren internationale Kontakte ausschlaggebend. Des Weiteren mussten Frauenrechtsgruppen flexibel sein, sich an internationale Standards anzupassen – zum Beispiel durch den Aufbau von Büro- und Verwaltungsstrukturen und die Einführung standardisierter Arbeitsprozesse. Einige Organisationen, die dazu nicht in der Lage waren und keine internationalen Kontakte hatten, wurden von nationaler und internationaler Unterstützung nach dem Tsunami ausgeschlossen.

Aktivitäten und Programme bezüglich der sogenannten gender-sensiblen Einführung der Syariat Islam nehmen aktuell viel Raum in der Arbeit von Frauenrechtsaktivistinnen ein. Im Zuge der Einführung von islamischem Strafrecht, so zeigt das dritte Beispiel, gibt es immense Fragmentierungen und Divergenzen innerhalb der Standpunkte und der Ziele von Aktivistinnen, die ich anhand der Frage nach weiblicher Partizipation und islamischer Kleiderordnung aufzeige. Die zunehmende Spaltung unter Aktivistinnen in Konservative und Progressive verringert die Handlungsmacht von vor allem progressiven Aktivistinnen, da Aktivistinnen, die konservative Standpunkte vertreten, mehr Zuspruch von Politikern, Religionsgelehrten und auch großen Teilen der Bevölkerung bekommen.

Anmerkungen

- 1 Acehische Bezeichnung für das dortige islamische Rechts- und Gesellschaftssystem.
- 2 Die in die Datenerhebung eingeschlossenen Organisationen sind: Arbeitsgruppe Gender GWG (Gender Working Group), Flower Aceh, Frauenliga Aceh LINA (Liga Inong Aceh), Freiwillige Frauen für die Menschlichkeit RPuK (Relawan Perempuan untuk Kemanusiaan), Freunde indonesischer Frauen MISPI (Mitra Sejati Perempuan Indonesia) und Zusammenschluss zur Konsultation bezüglich Frauenbelangen BSUI (Balai Syura Ureung Inong).
- 3 Macht wurde zwar immer noch als weitestgehend dichotom angesehen, die Trennungslinie wurde jedoch verschoben: Von Frauen versus Männer hin zu weißen Mittelklassefrauen und -männern versus Frauen aus dem globalen Süden. Die sogenannten Women of Color brachten in den 1980er Jahren Einwände gegen Rassismen innerhalb des Feminismus vor und Spivak (1988) kritisierte, dass subalterne Frauen des globalen Südens nicht im intellektuellen Diskurs vertreten seien. Seit sich das politische Postulat der gemeinsamen Bande von Frauen weltweit als hegemoniales westliches Konzept erwiesen hat und Grenzen globaler Solidarität auftauchten, wurde die Betrachtung des Fremden um die Betrachtung des Eigenen ergänzt oder, wie beispielsweise in Critical-Whiteness Studies, ersetzt.
- 4 Leslie McCall (2001) berücksichtigt in ihren Forschungen zu Einkommensungleichheiten in den USA neben den Kategorien Klasse, Rasse und Geschlecht auch noch Region. Helma Lutz und Norbert Wenning (2001) erarbeiten eine Aufstellung von mehr als ein Dutzend Differenzkategorien mit dem Hinweis darauf, dass diese Liste keinen Anspruch auf Vollständigkeit hat.
- 5 Edward Aspinall (2008, 7) argumentiert, dass der Hauptbezugspunkt der acehischen Renaissance seit dem Jahr 1998 die Frage der Menschenrechte war.
- 6 Dieses Gesetz ist auch unter der englischen Bezeichnung Law of Governing Aceh, LoGA bekannt.
- 7 Informationen aus der im Juli 2006 zuletzt aktualisierten Kontaktliste des Büro für die Koordination des

- Wiederaufbaus von Aceh und Nias der Vereinte Nationen UNORC (United Nations Recovery Coordinator for Aceh and Nias) (<http://www.humanitarianinfo.org/sumatra/products/contacts/docs/ContactList.pdf>, 2.2.2012).
- 8 Auf der Donor-Matrix der Behörde für Reintegration in Aceh BRA (Badan Reintegrasi Aceh) wurden 246 Millionen US-Dollar, was zirka 187 Millionen Euro entspricht, angegeben (<http://www.bra-aceh.org/donor.php>, 10.7.2012).
 - 9 Wie beispielsweise Kommandeurinnen, Kämpferinnen, Witwen, (Ex-)Frauen von ehemaligen Kommandeuren, Köchinnen, Spioninnen, Krankenschwestern und Zuständige für Logistik oder Propaganda.
 - 10 Viele gläubige Muslime und Muslimas in Aceh interpretieren den Tsunami als göttliches Zeichen und spirituellen Test. Für sie ist der Tsunami ein Hinweis Allahs, ihr sündhaftes Leben zu ändern, sich miteinander zu versöhnen und in der Hinwendung zum Islam Erlösung zu finden. Die Interpretation der Naturkatastrophe als Zeichen Allahs wurde dadurch verstärkt, dass Moscheen den Erschütterungen des Erdbebens und des Tsunamis oftmals als einzige Gebäude widerstanden haben und als Zufluchtsort für viele Überlebende dienen. Weitere Literatur zu religiösen Reaktionen auf den Tsunami siehe Graf (2010, 287-299) und Wieringa (2012, 316-333).
 - 11 Regierungen der Distrikte und Subdistrikte sind legitimiert, die Syariat Islam mit eigenen lokalen Verordnungen umzusetzen.
 - 12 Zur gender-spezifischen Auswirkung der Einführung der Syariat Islam siehe auch Großmann 2013, 107ff.
 - 13 Acehische Aktivistinnen äußerten sich in Gesprächen zwar sehr kritisch über die Inhalte sowie die Art und Weise der Umsetzung der Syariat Islam, die sie als frauenfeindlich beschrieben. Grundsätzlich sprachen sich jedoch alle acehischen Aktivistinnen, die ich fragte, für die Einführung einer Syariat Islam aus, die jedoch in einer gender-sensiblen Art und Weise vollzogen werden müsse. Von mir angesprochene Fragen, wie beispielsweise bezüglich der Kompatibilität von positivem und göttlichem Recht waren für Aktivistinnen weniger relevant als für mich. Die von mir konstatierte Unvereinbarkeit stellte für sie keinen erwähnenswerten Widerspruch dar.
 - 14 Asmah Sari ist ebenso Gründungsmitglied dreier Organisationen sowie Vorstandsvorsitzende, unter anderem Vorstandsmitglied von BSUI von 2007 bis 2011, war außerordentliche Generalsekretärin einer nationalen Organisation im Jahr 1998 und spezielle Berichterstatteerin einer nationalen Organisation im Jahr 2005 für Kriegsverbrechen gegenüber Frauen in Aceh.

Literatur

Allart, Tom, 2010: No Question over who Wears the Pants in Aceh. In: *The Age*, 27.05.2010. Internet: www.theage.com.au/world/no-question-over-who-wears-the-pants-in-west-aceh-20100526-we1u.html (11.11.2011).

Aspinall, Edward, 2008: Peace without justice? The Helsinki Peace Process in Aceh. Report. April. Genf.

Frey, Regina, 2003: Gender im Mainstreaming. Geschlechtertheorien und -praxis im internationalen Diskurs. Königstein.

Graf, Arndt, 2010: Reading the Tsunami and the Helsinki Accord: „Letters to the Editor“ in Serambi Indonesia, Banda Aceh. In: Graf, Arndt/Schröter, Susanne/Wieringa, Edwin (Hg.): *Aceh. Culture, History, Politics*. Singapur, 287- 299.

- Großmann**, Kristina, 2013: Gender, Islam, Aktivismus. Handlungsräume muslimischer Aktivistinnen nach dem Tsunami in Aceh. Berlin.
- Herbst**, Anja, 2004: Das Konfliktfeld Aceh im Rahmen der Dezentralisierungspolitik in Indonesien. Südostasien Working Paper Nr. 26. Berlin.
- Human Rights Watch**, 2001: Indonesia: The War in Aceh. Brüssel.
- Kell**, Tim, 1995: The Roots of Acehese Rebellion: 1989-1992. Ithaca.
- Lutz**, Helma/**Wenning**, Norbert, 2001: Differenzen über Differenz – Einführung in die Debatten. In: Lutz, Helma/Wenning, Norbert (Hg.): Unterschiedlich verschieden. Differenz in der Erziehungswissenschaft. Opladen, 11–24.
- McCall**, Leslie, 2001: Work and Occupations Complex Inequality: Gender, Class and Race in the New Economy. Boston.
- Pennels**, Linda, 2008: Mission Report. Gender Outcomes and Reflections – Aceh. Jakarta.
- Spivak**, Gayatri, 1988: Can the Subaltern Speak? In: Nelson, Cary/Grossberg, Lawrence (Hg.): Marxism and the Interpretation of Culture. Urbana, 271-313.
- UNIFEM**, o. J.: Women's Voice in Aceh Reconstruction. The Second All-Acehnese Women's Congress. Ohne Ort.
- Wieringa**, Edwin, 2010: God Speaks through Natural Disasters, but what does he say? Islamic interpretations in Indonesian Tsunami poetry. In: Graf, Arndt/Schröter, Susanne/Wieringa, Edwin (Hg.): Aceh. Culture, history, politics. Singapur, 316-334.
- Zeccola**, Paul, 2011: Dividing Disasters in Aceh, Indonesia: Separatist Conflict and Tsunami, Human Rights and Humanitarianism. In: Disasters. 35 (2), 308-328.

Liste der im Text zitierten, persönlich geführten Interviews in Banda Aceh, Indonesien

- P1: Salma Mahdi, 23. Januar 2010
P2: Eka Diani, 15. Januar 2010
P3: Repräsentant der GAM, 23. März 2011
P4: Dewi, 3. März 2011
P5: Eka Diani, 18. März 2010
P6: Asmah Sari, 15. Januar 2010
P7: Dewi, 3. Februar 2009
P8: Dewi, 23. Januar 2010
P9: Dewi, 15. November 2012

Grounding the International Norm on Women, Peace and Security:

The Role of Domestic Norm Entrepreneurs and the Challenges Ahead

LOURDES VENERACION-RALLONZA

One of the gaps in the study of international norms is the process by which they are institutionalized and accepted at the national level. As the international norm negotiates its way through various national (and even grassroots) levels, a point of inquiry would be how domestic norm entrepreneurs have enabled its localization. This study looks at the narrative of a loose network of peace and women's human rights groups that worked together to localize United Nations Security Council Resolution (UNSCR) 1325 on women, peace and security in the Philippines. Specifically, it reviews how the network evolved to become a domestic *norm entrepreneur* within the context of the creation of the Philippine National Action Plan on the implementation of UNSCR 1325 and the initiatives it took to localize the norm in the national arena. Within this frame, this study argues that the network continues to evolve as it responds to current and unfolding realities of peace and women's human rights in armed conflict situations. Particularly, as domestic norm entrepreneur, the network is trying to transcend the usual top-down strategy of grounding an international norm and is now shifting gears toward the value of bottom-up approaches in order to achieve desired results at the grassroots level.

Understanding International Norms

Constructivist literature on international norms highlights the role of norm entrepreneurs in the construction of new norms or reconstruction of existing ones. Norm entrepreneurs, as Sunstein (1996, 903,929) describes, are actors who can alert people to the existence of a shared complaint and can suggest a collective solution by (a) signaling their own commitment to change; (b) creating coalitions; (c) making defiance of a norm seem less costly; and (d) making compliance with new norms seem beneficial.

Norm entrepreneurs are said to impact on international political life when they are able to push their ideas in international negotiation fora (Ikenberry/Kupchan 1993) or are able to make state actors (including their own governments) accept international agreements that may not necessarily be part of the original state interest (Sikkink 1993). This is to say that there is a strong link between the norm entrepreneur and the broader normative climate (Florini 1996, 386). At the same time, states need non-state actors in the development of norms because they provide the necessary expertise as well as render legitimacy to the norm (Stienstra 1999, 268). Non-state actors

welcome the opportunity to participate in the process of norm creation because it gives them the chance to influence political discourses on the issue and impact on the actual development of norms. This is the essence of collaborative politics – the strategic inter-action between state and non-state actors on specific political projects.¹ Reminiscent of Putnam's (1988) two-level games, Finnemore and Sikkink (1998, 893) recognize the interaction between domestic and international realms as a two-level norm game. According to this idea, international politics is a two-way street – domestic politics can shape international norms and international norms can bear upon domestic politics. In the latter, international norms have to negotiate their way through domestic institutions and institutionalized domestic politics. Negotiating through domestic spaces would be possible if enabling mechanisms such as policies and laws are established. For Risse et al. (1999) and Risse-Kappen (1996), this can lead us to understand important variations in compliance and interpretation of international norms at the domestic level. On a similar track of international-domestic interface, Acharya sees the process of international norm localization as

the active construction (through discourse, framing, grafting, and cultural selection) of foreign ideas by local actors, which results in the former developing significant congruence with local beliefs and practices (2004, 245).

For Acharya (2004, 247-248), the five key ingredients in international norm localization are: a positive impact on legitimacy and authority of key norm-takers; strength of prior local norms; indigenous cultural traits and traditions; credibility and prestige of local agents; and scope for accepting and refining foreign norms according to domestic contexts. Operationally, variations on the domestic acceptance of international norms depend on how it would positively accrue to the legitimacy and authority of a state's existing regime, on how it converges with or diverges from pre-existing local norms, on how it would affect the prestige of domestic agents, on how it fits or falls outside of cultural traits and traditions, and how the phase and scope of norm transplantation would be accommodated within the domestic state system. On the other hand, Finnemore and Sikkink (1998) talk about international norm internalization or the process by which the norm becomes embedded in the target actors' psyche and has attained a status of being the new and unquestioned standard of action. According to them, the last stage of the norm life cycle is reached when the norm acquires a "taken-for-granted quality and no longer a matter of public debate" (Finnemore/Sikkink 1998, 895).

From the context of an international norm grounding itself in the domestic sphere, this study provides empirical data on how domestic norm entrepreneurs in the Philippines were able to advance the norm on women, peace and security as enshrined in the implementation of United Nations Security Council Resolution (UNSCR) 1325 in the country; additionally, it examines the impact of initial initiatives on the lives of women from conflict-affected areas as well as in the space for women's participation

in peace processes. From the empirical data (documents and narratives) gathered, the study brings to light two emerging necessities: first, that for an international norm to be relevant, it must move from the project of localization to that of internalization; and second that for domestic norm entrepreneurs to make a genuine change in the lives of people from conflict affected areas, they must also put premium on the bottom-up approach and have grassroots people participate in the process of “fleshing” out the norm. These emergent necessities contribute to understanding two realities: first, the concept of international norm internalization discussed by Finnemore and Sikkink as the last stage of the norm life cycle is exemplified through the Philippine case of implementing UNSCR 1325; and second, domestic norm entrepreneurship (particularly that by embedded actors in social movements in the country) is further nuanced by critically examining how norm entrepreneurs fare in impacting changes on the ground. On both counts, the narrative of women’s activism on women, peace and security in the Philippines is brought to light.

The International Norm on Women, Peace and Security (WPS)

In times of war and armed conflict situations, civilian populations or unarmed groups are the ones most affected. Women, as part of the civilian population, become victims of violence much the same way as men. However, as women, they are primarily targeted because of their gender and thus, they suffer comparatively more than the men. Gender-based violence in the context of war deploys rape as a weapon of war, uses sexual assault and slavery as a form of torture, and systematically increases the vulnerability of women in order to undermine the gender-biased cultural construction of the community or society (Kesic 2001; Morris 2000; MacKinnon 1994).

The international community, although definitely lethargic in recognizing the plight of women during wartime, nonetheless (thankfully) began talking about this issue as contained in the declaration of the 1993 Vienna Conference on Human Rights, in the provisions of the 1995 Beijing Declaration and Platform for Action, and in the 1996, 1998 and 2000 reports of the Special Rapporteur of the Commission on Human Rights on Violence against Women, Its Causes and Consequences. Responding to the need to correct the historical inadequacy of international legal instruments to protect women in conflict situations, the International Criminal Court (ICC) – which came into force in July 2000 – finally codified violence against women (VAW), specifically rape and sexual violence, as war crime, crime against humanity, and crime constitutive of genocide (Copelon 2000). Supposedly, this stage of institutionalization will end the culture of impunity for gender-based crimes against women during situations of armed conflict. In October of the same year, the UN Security Council (UNSC) unanimously adopted Resolution 1325 which specifically acknowledged that the maintenance of international peace and security must involve the protection of women and must include them in post-conflict reconstruction and peace processes. UNSCR 1325 came to be known as the codified international norm on

‘Women, Peace and Security’ (WPS). What this particular development implies, in general, is that women’s security has become part of the broader security discourse at the international level (Hamber et al. 2006, 490).

The Resolution 1325 emphasized “the responsibility of all States to put an end to impunity and to prosecute those responsible for genocide, crimes against humanity, and war crimes including those relating to sexual and other violence against women and girls” and stressed “the need to exclude these crimes, where feasible from amnesty provisions” (Operative Clause 11). In a nutshell, within the framework of Article 25 of the UN Charter², UNSCR 1325 obligates states to protect and respect the human rights of women and girls, open opportunities and guarantee the participation of women in all levels of decision-making; and provide for gender perspectives in peace processes. The UN, on the other hand, is obligated to mainstream gender in Secretary General and Security Missions and explicitly recognizes the need for gender mainstreaming in peacekeeping work (Hudson 2005). Thereafter, two other resolutions were passed by the UNSC to add force to UNSCRs 1325 and 1820. UNSCR 1888 was adopted in September 2009 calling for a Special Representative to the Secretary-General on ending sexual violence in conflict. UNSCR 1889 was adopted in the same year calling for a range of measures to strengthen the participation of women in all phases of peace processes.

Taking all these progressive developments together, one must not forget the role of various international women’s groups and transnational feminist networks that worked hard to place the realities of women in the discourse of peace and security (Hill et al. 2003). The challenge is to ensure that the discourse will be translated into practice.

The Philippine Armed Conflict Context and the Protection of Women in Armed Conflict Situations

The on-going armed conflicts in the Philippines have been rooted in the country’s colonial past as well as in its reality of continued disenfranchisement of peoples. Conflicts with two distinct armed groups have been part of the country’s contemporary political history: the communist and Muslim insurgency movements.

The communist insurgency, embodying a national-democratic revolutionary struggle, emerged in the 1930s with the establishment of the Partido Komunista Pilipino (PKP). After the Second World War, PKP integrated with Hukbo ng Bayan Laban sa Hapon (Hukbalahap), a grassroots people’s movement that fought against the Japanese. Two decades later, the Communist Party of the Philippines (CPP) was established in 1968 followed by its armed group, the New Peoples Army (NPA) in 1969. In over 40 years, the communist struggle seeking to establish an egalitarian society through a protracted people’s warfare against imperialist and reactionary forces/actors continues despite attempts to bring parties of the conflict to the negotiation table. Currently, the ideological underpinning of the struggle has been fused with specific contexts of indigenous peoples’ rights, agrarian reform, oppression of

political authorities and their hired militias, and resource-based claims such as mining and corporate wealth. According to the International Crisis Group (2010), the communist insurgents have strongholds in Central and Northern Luzon, the CALABARZON (Cavite, Laguna, Batangas, Rizal, and Quezon), Bicol, Eastern Visayas, Negros Occidental, and Eastern and Southern Mindanao (the Caraga, Compostela Valley, and Davao).

The armed conflict in Muslim Mindanao, on the other hand, can be traced from the historic struggle of self-determination and nationhood of the Moros. Prior to the colonial period in the country, the process of Islamization had already taken its roots in the south, particularly in the sultanates of Maguindanao and Sulu. Combining this politico-religious process with the failed political project of conquest by the Spaniards and the Americans in the area, the people in the south, heterogeneous as they were (Moros³, Lumads⁴), developed their own consciousness as a “nation”. Thus, the armed conflict frame that emerged was that of the people defending their homeland and the Philippine state (as a legacy of its colonial “upbringing”) defending its territorial integrity (Santos 2006) – a classic clash of “imagined communities”.⁵ In addition, the continuing struggle of the Moros has also been a response to the sustained disenfranchisement of their people as a result of strategic/systematic migration of non-Muslims (from Luzon and the Visayas) that removed them from their lands. The Moros also fall victim to collective discrimination and exploitative extraction of their resources without leaving them any sustainable livelihood benefits. Two groups emerged which advanced the Bangsamoro⁶ struggle, namely, the Muslim National Liberation Front (MNLF) and the Muslim Islamic Liberation Front (MILF).

Efforts have been enhanced in order to end four decades of internal civil conflict in the Philippines. On the side of ending communist insurgency, the Philippine Government opened peace talks with the CPP-NPA-NDF and managed to sign the Comprehensive Agreement on the Respect for Human Rights and International Humanitarian Law (CARHRIHL) in 1998. This was the first substantive agreement signed between the communist insurgents and the government. But subsequent negotiations were stalled and by April 2013 officially suspended. As for the Moro insurgency, the Philippine Government negotiated with the MNLF and MILF separately. During the term of President Fidel V. Ramos, the Government and the MNLF signed the Final Peace Agreement in 1996 and in accordance with the autonomy provision in the 1987 Philippine Constitution, Congress passed the 1989 Republic Act (RA) 6734 for the creation of the Autonomous Region of Muslim Mindanao. In the case of the MILF, the Government signed with them the Framework Agreement on the Bangsamoro (FAB) last October 2012. For both agreements, implementation and moving forward to attain genuine peace are still wanting.

During the same decade that armed struggle began in different parts of the country, the dictatorship period in the Philippines in the 1970s gave rise to a social movement that fought to end authoritarian rule in the country. Women were part of the movement – mostly integrated into the nationalist democratic struggle. According

to Roces (2000, 122), the focus on the national democratic struggle tended to undermine women's concerns in a way that they were seen to be not priority issues in the fight for "social injustice, dictatorship, class struggle, democracy, violence and revolution". However, this marginalization within the movement itself did not deter the women's movement to come into being on its own. The late 1970s leading up to the People Power Revolution in 1986 saw the vibrancy and strength of the movement – fighting against human rights violations as well as worsening social and economic disenfranchisement, advancing the rights of women workers as well as making women's concerns visible through media, and moving towards collectivizing the strength of women in the political sphere (Veneracion-Rallonza 2008, 221).⁷ This is not to say, however, that the women's movement in the country advanced in a singular path; additionally, the narrative of contentious politics was not a monolithic one. As Francisco (1998, 13) explains, women's groups in the Philippines were either socio-civic oriented or activist oriented: the former concentrated more on assisting women through issue-specific programs while the latter focused more on protests, lobbying and other forms of contention strategies.

To a large extent, the women's movement concentrated on women's human rights while women in peace movements advanced the project of peace and espoused for non-violent social change. Each had its framework of analysis and political agenda – but only the women's movement had a distinct gender advocacy and feminist frame. Gender analysis was a natural discourse for the women's movement but was mostly applied to advancing the cause of violence against women (VAW); on the other hand, the women in peace movements did not consciously apply a gender analysis in their call for the end of conflict and creation of a culture of peace.

In terms of the institutionalization of their advocacies, the women's movement became more prominent. For example, by the 1990s, the vibrant and dynamic women's movement in the country paved the way for the passage of several laws on women's human rights: (1) Women in Development and Nation-building (RA 7192); (2) The Philippine Plan for Gender-Responsive Development (PPGD) 1995-2025; (3) Anti-Rape Act of 1997 (RA 8353); and the (4) Rape Victim Assistance and Protection Act of 1998 (RA 8505). The following decade, the women's movement was also instrumental in the passage of the Anti-trafficking in Persons Act of 2003 (RA 9208), Anti-Violence against Women and their Children Act of 2004 (RA 9262), the Magna Carta of Women in the Philippines (RA 7190) in 2009, and the Responsible Parenthood and Reproductive Health Act of 2012 (RA 10354). Interestingly, of all these progressive women's human rights laws, only RA 7190 specifically provided for the protection women from gender-based violence in situations of armed conflicts and their participation in peace-building processes. Not even the Philippine Act on Crimes Against International Law, Genocide, and Other Crimes Against Humanity of 2010 (RA 9851) was explicit about women's protection and prevention of crimes against them during armed conflict. It is in this regard that the political opportunity structure enabled the peace and the women's human rights movements to come together.

Localizing UNSCR 1325 and the Role of Peace and Women's Groups

On 15 September 1993, the Office of the Presidential Adviser on the Peace Process (OPAPP) was created by virtue of Executive Order (EO) 125. Additionally, the National Unification Commission (NUC) was also established and it identified the key strategies to a comprehensive peace process:

implementation of reforms; consensus-building and empowerment for peace; negotiated settlement with rebel groups; rehabilitation and reintegration of former rebels into society; addressing immediate concerns in areas affected by hostilities; and building and nurturing a climate conducive to peace. (WE Act 1325 2011, 24).

An Executive Order enacted in 2001 reaffirmed these strategies for peace. Three years later, the National Peace Plan (NPP) was adopted with the goal to end hostilities between the government and armed insurgents, focus on enhancing human security in conflict-affected areas, expand the constituency of the peace process to include citizen participation, and enhance the policy environment to promote spaces conducive to human security and peace. These efforts, however, did not fully acknowledge the gendered face of war or the gender dimension of peace – both of which have been the contextual frames of UNSCRs 1325 and 1820 – and for all intents and purposes, they were gender-blind.

Conception, Actors and Process of Crafting the National Action Plan

In 2007, three women – namely, Jasmin Nario-Galace, Mavic Cabrera-Belleza and Miriam Coronel Ferrer of the Center for Peace Education (CPE), International Women's Tribune Center (IWTC) and Sulong (Advance) CARHRIHL – just happened to see each other at Miriam College. In this rather incidental meeting, they got to talk about UNSCR 1325 and came to realize that there was absolutely no action in the Philippines about the seven year old Security Council resolution. Right there and then, they decided to spearhead efforts to raise awareness on UNSCR 1325. At this very moment, the space for the peace, women and human rights movements to converge on a collective project emerged – these movements organically and strategically coalesced to become domestic norm entrepreneurs of women, peace and security.⁸ Individually, Nario-Galace has been known in national and international circles for her peace advocacy and anti-small arms campaign, particularly, in the International Action Network Against Small Arms (IANSA) Women's Network; Coronel-Ferrer, a university professor heavily involved in research and advocacy on human rights and peace, including her current role as the Chair of the Philippine Government peace panel in the negotiation with the MILF; and Cabrera-Belleza, a veteran women's movement activist both locally and internationally who is now working for the Global Network of Women Peacebuilders (GNWP) in New York.

By December 2007, the process on UNSCR 1325 began with an initial consultation workshop for government agencies and civil society organizations organized by these women and their respective groups along with the Philippine Commission on Women (PCW). The following year, they concentrated their efforts on lobbying the OPAPP to lead the government's creation of a national action plan on UNSCR 1325.

In March 2009, CPE, IWTC, Sulong CARHRIHL and OPPAP created a Preparatory Committee (PrepCom) to prepare, organize and facilitate multi-stakeholders and regional consultations to craft a national action plan and its implementing strategies. To assist in the organization of regional consultations, other groups were brought into the PrepCom: for Luzon, it was the Concerned Citizens of Abra for Good Government (CCAGG), an NGO that advocates for peace and justice through good governance; for Visayas, Paghiliusa sa Paghidaet-Negros (PsPN), a citizens' action group involved in peace-building work in Negros Occidental; and for Mindanao, the Initiatives for International Dialogue (IID), another peace-building civil society organization. Another peace organization – namely, the Gaston Z. Ortigas (GZO) Peace Institute – joined the PrepCom as well as several women's human rights groups such as Women and Gender Institute (WAGI),⁹ Mindanao Commission on Women (MCW),¹⁰ and Lupasug Bangsa Moro Women Association, Inc.¹¹ Of all the groups that eventually comprised the PrepCom, only IID and WAGI had prior initiatives in popularizing UNSCR 1325 in the context of armed conflicts.

The women who are instrumental actors within their organization are well known in their respective movement circles. For example, Paz Bumogas of CCAGG, is a prominent woman leader and advocate of indigenous peoples rights; Sister Arnold Noel of Sulong CARHRIHL is a Servants of the Holy Spirits (SSps) nun and has been a lead figure in the convening of various peace and human rights groups in the country; Delia Locsin of PsPN is well known in Negros Occidental for her decades-long humanitarian and community development work primarily in the province's armed conflict-affected areas; Carmen Lauzon-Gatmaytan of IID leads her organization's initiatives on women and peacebuilding; GZO is led by Karen Tanada, daughter of an anti-Martial Law and democracy icon in the Philippines and is herself a major figure in the country's peace movement; Irene Santiago of MCW and convener of the group Mothers for Peace is one of the main movers of women's human rights in the country and served as the Philippine government peace panel negotiator with the MILF from 2001 to 2004; Aurora Javate-De Dios of WAGI is not only known in the Philippines as a leading women's human rights defender but also internationally because of her work as the Special Rapporteur in the Committee on the Status of Women in the UN among others; and Fatimah Salapudin of Lupasug Bangsa Moro Women Association Inc. is a prime mover of Muslim women's peace and development concerns in Southern Philippines.¹² These women, through their organizations and various involvements in peace and women's human rights issues, were also instrumental in lobbying for national legislations and policies.

Reflective of civil society engagements with the state, peace and women's groups have been active in advancing their advocacies and campaigns and having them translated into laws.¹³ Since the 1986 People Power Revolution that overthrew an authoritarian regime, civil society groups have been constructively engaging the state to advance their political projects – on the one hand, they were still critical of the state; on the other hand, they also acknowledged the need to work with the state through legislative and collaborative politics. More recently, the latter has been prominent as indicated by women movement leaders serving in government positions, an example of which is Teresita Deles, another prominent women's movement icon and peace-builder, who now serves as the head of OPAPP. In the early 1980s, Secretary Deles helped establish PILIPINA, one of the first women's groups that distinctively carried a feminist line as well as Abanse Pinay, a women's party that participated in the first party-list elections in 1998. Additionally, the party was also a co-founder of the Coalition for Peace and served as the Executive Director of GZO. Internationally, Secretary Deles was elected as an expert-member in UN Committee on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women.

Part of the process of collaborative politics is that of consultative and participatory practices that involved the cooperation between government and civil society actors. This paradigm was followed in the crafting of the national action plan on UNSCR 1325. The PrepCom thus organized several regional consultations in 2009 that were meant to map out the general situation of women, peace and security, women's peace-building initiatives, and recommendations on matters that should be included in a national action plan. For this purpose, the PrepCom prepared a working document that was used during the six regional cluster multi-stakeholders' consultations. These consultations targeted the participation of frontline peace and security government agencies such as the Armed Forces of the Philippines (AFP), Philippine National Police (PNP), Department of Interior and Local Government (DILG), Department of Social Welfare and Development (DSWD), National Commission on Indigenous Peoples (NCIP), OPAPP, PCW, National Economic and Development Authority (NEDA), National Anti-Poverty Commission (NAPC), Office of Muslim Affairs (OMA), and the Commission on Human Rights (CHR) as well as peace and women's human rights NGOs.

A total of six regional cluster meetings were held beginning August 2009. After these consultations a consolidated draft national action plan was formulated and submitted to a national validation workshop for civil society organizations organized by the IWTC, held on 19 October 2009. A similar national validation workshop was held for government agencies on 26 October 2009. The resulting inputs from these national validation workshops were integrated in the draft national action plan and the preliminary text which was sent back to consultation and validation workshop participants for additional suggestions/recommendations. The resulting text, which would be the content of the country's national action plan on UNSCR 1325, was thus a product of collaborative politics. The regional consultations served as the space

to institutionalize women, peace and security. Procedurally, it weaved the various priority areas of women's concerns in armed conflict and peace-building from the perspective of *both* government and civil society; substantively, the language of the action plan was drawn from the voices of the participants. The creation of the national action plan on UNSCR 1325 was unprecedented in so far as government-civil society collaboration and consultative processes are concerned. Both instances are a far cry from contentious politics and protest strategies usually attributed to the women's movement. What emerged was a form of dialogic politics that integrated the voices of those who were part of the consultation processes.

As the PrepCom worked on the final draft at the end of the consultation process, then President Gloria Macapagal-Arroyo created the National Steering Committee on Women, Peace and Security (NSCWPS) in 2010 to institutionalize WPS through the implementation of a national action plan in the country. The respective Executive Order 865 is formally entitled "Creation of a National Steering Committee on Women, Peace and Security to Implement the UN Security Council Resolutions 1325 and 1820 and Providing Funds Thereof". Organizationally, the NSCWPS is headed by the OPPAP chair and is assisted by the chair of the PCW as co-chair. Members of the NSCWPS include the Secretaries of the Department of National Defense (DND), Department of Social Welfare and Development (DSWD), Department of Justice (DOJ), Department of Interior and Local Government (DILG) and Department of Foreign Affairs (DFA) as well as the chair of the National Commission on Indigenous Peoples (NCIP) and the head of the Office on Muslim Affairs (OMA). Operationally, it is mandated to "provide over-all policy direction, as well as manage, coordinate, monitor, evaluate and report on the implementation of the NAP and tap domestic and international donor agencies and NGOs for technical assistance and financial support" (WE Act 1325 2011, 26-27).

Women Engaged in Action on UNSCR 1325

Towards the tail end of Women's Month of 2010, the Philippine National Action Plan (NAP) on 1325 was launched at Miriam College on 25 March. During this year, 26 countries had their own national action plans and the Philippines was the first one to launch in the whole of Asia.¹⁴ By November 2010, OPAPP enhanced the action plan indicators to make them bases for concrete targets for the next five years (We Act 1325 2011, 25). The finalized PNAP has four pillars – namely, protection and prevention, empowerment and participation, promotion and mainstreaming, and capacity development and monitoring/reporting. It contains fourteen action points that respond to key commitments under UNSCR 1325 framework.

Complementing the launch of the NAP in March 2010, the Women Engaged in Action (WE Act) on 1325 was established on 17 March 2010 as a loose national network of civil society groups working on peace and women's rights.¹⁵ Of the 29 organizational members, 14 are largely peace NGOs, twelve are women's groups and

three are human rights and atrocities prevention organizations. Boxes 1-3 show the categories of these groups.

Additionally, four organizations that participated in the regional workshops also became founding members of the network.¹⁶ Most of these organizations were also present during the National Validation Workshop on the Philippine National Action Plan on UNSCR 1325 held on 19 October 2009. To date, the network has maintained its loosely-structured character: it does not have a formal organizational structure in order to move away from hierarchization (which is a distinctive feminist organizational principle) but has several focal points to serve as communication conduits for the network members. These focal points are: CPE and *Sulong CARHRIHL* as national focal points while the regional focal points are AKKAPKA for Luzon, PsPN for the Visayas and MCW for Mindanao.

Boxes 1-3. Categories of Groups within the WE Act 1325 Network

Box 1. PEACE GROUPS

1. Center for Peace Education (CPE)
2. Aksyon sa Kapayapaan at Katarungan (AK-KAPKA) or Action for Peace and Justice
3. Balay Mindanaw Foundation, Inc. (BMFI)
4. Balay Rehabilitation Center, Inc.
5. Concerned Citizens of Abra for Good Government (CCAGG)
6. The Conflict Resolution Group (The CoRe Group)
7. Gaston Z. Ortigas Peace Institute (GZO)
8. Generation Peace Youth Network (Gen-Peace)
9. Initiative for International Dialogue (IID)
10. Kutawato Council for Justice and Peace, Inc.
11. Mindanao Peoples Caucus (MPC)
12. Panaghiliusa sa Paghidaet-Negros (PsPN)
13. Philippine Action Network to Control Arms (PhilANCA)
14. St. Louis College of Bulanao (SLCB)-Cultural Heritage Center

Box 2. WOMEN'S GROUPS

1. Al-Mujahidah Development Foundation, Inc. (AMDF)
2. Asian Circle 1325
3. Isis International
4. Katungod Han Samarena Foundation, Inc.
5. Lupah Sug Bangsamoro Women's Association
6. Mindanao Commission on Women
7. Nisa Ul Haqq Bangsamoro, Inc.
8. Pilipina, Inc.
9. Pinay Kilos (PinK)
10. Saligan
11. Teduray Lambangian Women's Organization
12. Women and Gender Institute (WAGI)

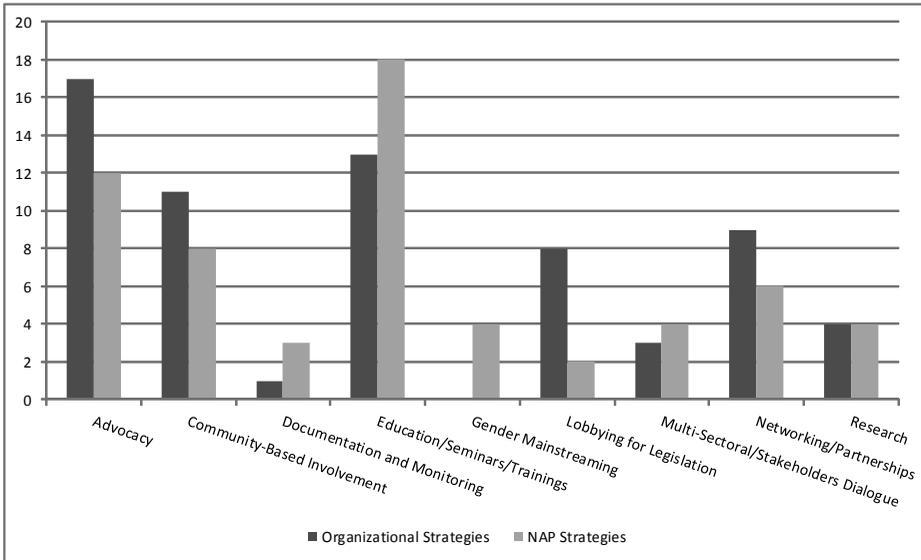
Box 3. HUMAN RIGHTS AND ATROCITIES PREVENTION GROUPS

1. Sulong CARHRIHL
2. Asia-Pacific Centre on the Responsibility to Protect
3. Philippine Coalition for the International Criminal Court

In reviewing the background and work of these organizations, it can be inferred that the scope of their work is from the grassroots all the way to the national level (some even have international links). With regard to organizational strategies, these networks are heavily involved in advocacy work, education and training, community-based involvement, networking, lobbying for legislation, research, and multi-

sectoral/actor dialogues. Many of them have also worked with government agencies such as the PCW, OPAPP and have been involved in training various state service providers. Additionally, there has been collaborative work between them in the areas of human rights advocacy, peace building and conflict resolution, and women’s human rights. In integrating the implementation of NAP in their work, much of their strategies involved education on UNSCR 1325 and other women’s human rights instruments as well as advocacy for women peace and security. Graph 1 compares the priority strategies of these groups as individual organizations and their strategies to advance the NAP.

Graph 1. Organization and NAP Strategies

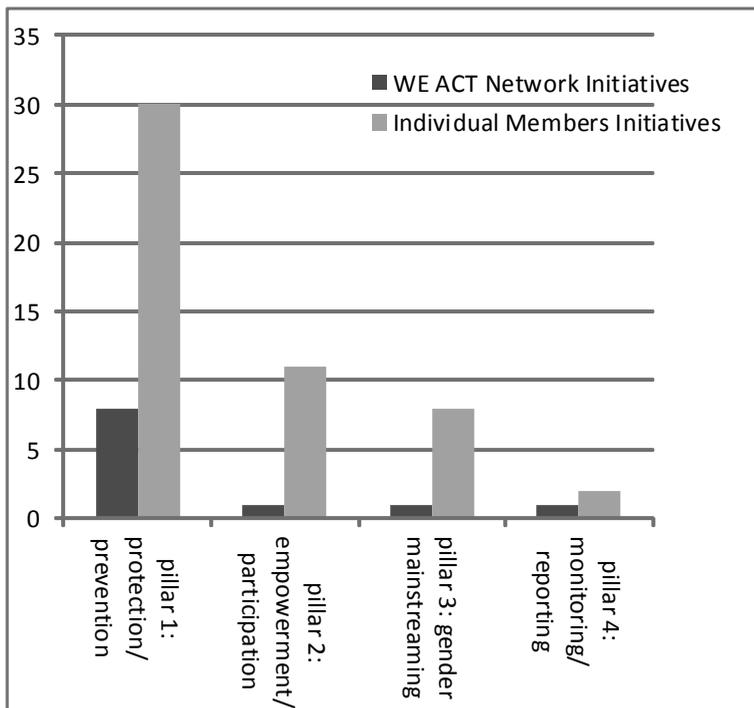


Network Initiatives

Individually, network members have programs on Women, Peace and Security (WPS); collectively, they advocate for the PNAP and monitor its implementation. Since its establishment, WE Act 1325 has been holding capacity-building and trainers’ training for its members, UNSCRs 1325/1820 and PNAP seminar workshops for its various constituencies including local government partners and security sector actors deployed in the Philippines and abroad (for UN Peacekeeping Operations). It has also worked with some local government units for the legislation of local action plans (LAP), and has networked with regional and global civil society organizations on various WPS activities. According to the most recent report of We Act 1325, the strengths of the network are in the areas of “policy review; capability building and training of various stakeholders; engagement with negotiators of on-going peace

processes; advocacy to increase women’s participation in peacebuilding in national and local levels; peace education; and media campaigns” (WE Act 1325 2012, 1). Placing these identified strengths with the action points of the PNAP, it becomes evident that the network has placed tremendous effort and resources on specific actions points under pillar 1 (protection and prevention), centering on training and localization initiatives. As for individual members’ initiatives on advancing the NAP, the most prominent additional areas of focus are pillars 2 (empowerment and participation) and 3 (gender mainstreaming). Graph 2 illustrates the tabulation of both WE Act 1325 and individual members (WE Act 1325 2012, 7-58).

Graph 2. Network and Members’ NAP Initiatives



Both collectively and individually, WE Act 1325 and its members are strong in education/training strategies to promote UNSCR 1325 and other relevant mechanisms on women, peace and security. In this regard, their strength as domestic norm entrepreneurs has been on championing WPS through knowledge-sharing and capability training. Currently, in the absence of any organized group to monitor WPS in the country, WE Act 1325 acts as the unofficial watchdog for the implementation of the NAP by the Philippine government. This is the case primarily because of the simple reason that the instrument mainly seeks to promote and embed WPS among state ac-

tors. In terms of assessing the impact of the network on popularizing the NAP, WE Act has yet to embark on an evaluation research. However, as of this writing, they are involved in assessing the implementation of the NAP by government agencies.

Localization But Not (Yet) Internalization

In light of international politics, the international norm on WPS emerged in the discursive arena of the UN. As mentioned earlier, the significance of the UNSC to come out with a specific resolution on WPS reflected the acknowledgement that the specific concerns of women in armed conflict situations as well as in conflict resolution, post-conflict reconstruction and peace-building are central to international peace and security. Since the adoption of UNSCR 1325, 41 countries have crafted their own national action plans. The Philippines, in 2010, was the first one in Asia to have done so.

The Philippine process of crafting the NAP was a product of two main components. First, the role of peace and women's rights organizations as domestic norm entrepreneurs was vital to ensure that the effort would not fall into the tragedy of government rhetoric. Taking on the call of the government to assist in mapping out a national situation on women, popularization of UNSCR 1325 to various constituencies, and consultations with multi-stakeholders on the content of the envisioned national action plan, these groups consolidated their efforts to realize these goals. The regional cluster consultations and the feedback mechanisms that ensued gave the whole process credibility and legitimacy. Second, the support provided by the Philippine government through OPPAP and the willingness of the civil society groups to work with them on the WPS political project was a clear indication of collaborative politics between state and non-state actors at the national level. In this light, it has become evident that working for peace is neither the monopoly of the government nor civil society but a political project of both. At the same time, collaborative politics was also evident in how the network evolved by having two distinct social movement groups – peace and women's human rights – converged in advancing the protection of women in armed conflict situations as well as ensuring a space for them to participate in various peace-building mechanisms and processes. Their discursive frame was clear – that of placing women in the country's peace and security discourse and practice.

The Philippines have been known to have several laws on women's human rights. These women-centered laws reflect the country's commitment to its international commitments, particularly, CEDAW and its Optional Protocol as well as other consensus instruments such as the Vienna Declaration on Human Rights and the Beijing Declaration and Platform for Action. The operationalization of commitments through its national legal frame essentially means that women's rights issues and concerns – particularly violence against women– have been institutionalized. This institutionalization paved the way for gender-consciousness to be part of the norma-

tive mindset of key actors advancing changes in society. In this regard, the normative contextual milieu for the peace and women's human rights groups to converge became possible. For example, in the process of crafting the NAP, they were seen as norm entrepreneurs that linked both national and local levels in the construction and (subsequent) implementation of the NAP. The presence of OPPAP as the institutional actor backing up the process reflected a government committed to the plight of women in conflict situations and its obligation to include women in the process of securing peace. The creation of the NSCWPS was instrumental in sending the message that the government, in collaboration with civil society actors, was serious in pursuing a gender-responsive peace process. Additionally, the presence of women in the government's peace talks with the CPP-NPA-NDF and the MILF indicated that the government was conscious of their commitment to institutionalized norms.

In terms of government panel membership in the last few years, women's participation has been increasing, as well as in the support system (secretariat, legal staff etc). For example, the government panel in talks with the CPP-NPA-NDF have two women negotiators – namely, Jurgette Honculada and Lourdes Tison – and the secretariat is also headed by a woman, Carla Villarta. The head of the government panel in the negotiations with the MILF is Miriam Coronel-Ferrer, from Sulong CARHRIHL and one of the conveners who organized for the NAP. Several members of the WE Act 1325 network also became part of this panel – Yasmin Busran-Lao as negotiator and Johaira Wahab as head of the government's legal team – are members of Nisa-Ul Haq Bangsamoro Inc. along with Raisa Jajuri who is part of the MILF legal team. Additionally, Fatimah Salapudin of Lupah Sug Bangsamoro Women's Association and Froilin Tenorio of Teduray Lembangian Women's Organization are government representatives of Moro and indigenous groups respectively in the Transition Commission to flesh out the details of the FAB. In a conversation with some of these women, the common thread that ran across their message was that WPS has been an integral part of their work in the peace process. In fact, the FAB is the very first peace agreement of the Philippines that explicitly mentions the word 'gender' and provides for the rights of Moro women.¹⁷

With regard to the text of the WPS action plan, it was evident that the essence of the NAP resonated with the key thematic areas of UNSCR 1325, particularly, protection, prevention and women's participation. Owing to the gender-conscious mindset that resulted from the institutionalization of women's human rights norms in the country, both civil society and government actors essentially spoke the same protective and empowerment language. Thus, not many contentious points were raised in the crafting of the NAP.

Taking these points together, it can be said that the international norm on WPS was localized in the Philippine setting. However, it has yet to be internalized. For as Finnemore and Sikkink (1998) claim, internalization reflects a "taken-for-granted" or unquestioned status of the norm that would bring about significant changes in the behavior of actors. Operationalizing this in the Philippine case means that the protec-

tion of women and girls in conflict situations, the participation of women in peace-building efforts, and the gender-balance in all levels of decision-making have been realized. Unfortunately, this has not been the case. Women and girls continue to be the vulnerable sector of the civilian population in armed conflict situations. Whenever they are forced to evacuate their communities because of encounters between armed groups and temporarily seek shelters in evacuation areas, their burden of survival multiplies. At the same time, grassroots women in conflict-affected areas are deeply marginalized – they neither have the voice nor the opportunities to articulate their concerns. Although some may be “represented” by civil society groups or NGOs, their identified need is that of participation – unfortunately, gender dynamics in their community (and familial) contexts have prevented them to do so. There is no question that they want peace to be achieved – regardless whether they are included in the process or not. What they are more concerned about is daily survival for them and their families. These are the realities on the ground and these are the voices from the bottom that need to be brought up. Women from conflict-affected areas quite poignantly point out that it is good to know about UNSCR 1325 and the NAP but they do not seem to feel a lasting or sustainable impact on their lives. In their minds, it is important for those who are on “top” to take note of what their real needs are on the ground. It is in light of these ground insights that WE Act 1325 is stepping up its work as WPS domestic norm entrepreneur. In addition to conducting trainings to various sectors and stakeholders, they are now focusing their efforts on monitoring government responses in conflict-affected areas. This is a very important re-framing of their work particularly in the context of escalating violence in various parts of the country after the peace talks between the government and the CPP-NPA-NDF broke down as well as the military’s renewed pursuit of other armed groups such as the Bangsamoro Islamic Freedom Fighters (BIFF) in remote areas in southern Philippines. The network has realized that for WPS to resonate with its intended beneficiaries, the political project must move from localization to that of internalization of the norm.

Notes

- 1 This term was used by the author in an unpublished doctoral dissertation entitled “The Evolution of Norms in International Relations: A Study on the Development of the Norm Against Wartime Rape in the International Criminal Court”.
- 2 As stated in Article 25, Chapter V of the United Nations Charter, “The Members of the United Nations agree to accept and carry out the decisions of the Security Council in accordance with the present Charter”.
- 3 The Moros are subdivided into Iranun/Ilanun/Ilanum, Jama Mapun, Kalagan, Kalibugan, Maguindanao, Maranao, Sama, Sangil, Tausug, Yakan.
- 4 The Lumads have been considered as the indigenous communities in Mindanao and historically have not been converted to Christianity or Islam. They are composed of 19 groups inhabiting 19 provinces in Mindanao.

- 5 The term "imagined communities", as coined by Benedict Anderson (1983), pertains to the social construction of a community as advanced by people to believe that they belong to a specific or distinct collective.
- 6 According to the 2012 Government of the Philippines (GPH) and Muslim Islamic Liberation Front (MILF) Framework Agreement, the Bangsamoro identity pertains to those "who at the time of conquest and colonization were considered natives or original inhabitants of Mindanao and the Sulu archipelago and its adjacent islands including Palawan, and their descendants whether of mixed or of full blood shall have the right to identify themselves as Bangsamoro by ascription or self-ascription".
- 7 Some of these groups were: Association of Women in Theology, Kapisanan ng mga Madre sa Kamaynilaan (Organization of Nuns in Manila), Women in Media Now, Samahan ng mga Kababaihang Manggagawa (Association of Women Workers), Samahan ng Malayang Kababaihan (Association of Free Women) and General Assembly Building Women for Reforms, Equality, Leadership and Action or GABRIELA.
- 8 Organizationally, CPE is a center focused on peace education and conflict resolution house in an academic institution while IWTC is an international non-governmental organization established after the 1976 UN World Conference on Women in Mexico City and Sulong CARHRIHL is a third party citizens' network that monitors compliance and non-compliance of CARHRIHL parties.
- 9 WAGI is a training, research and advocacy institute for women's human rights based at Miriam College.
- 10 MCW is a group composed of Christian, Muslim and indigenous women leaders in Mindanao that seeks to influence policies, particularly in the areas of peace and development.
- 11 Lupasug Bangsa Moro Women Association Inc. is a tri-people (Muslim, Christian and Lumad) women leaders group based in Mindanao that advances peace and development with a gender perspective.
- 12 As of this writing, Lauzon-Gatmaytan is a consultant for OPAPP; Javate-De Dios is a commissioner of the ASEAN Commission for Women and Children; and Salapudin is a member of the Transition Commission on the FAB.
- 13 For example, the women's movement did not waver in their resolve to have vital legislations to be passed: the Anti-Rape Law took five years to be legislated while the Anti-VAWC law took nine; the Reproductive Health Law was thirteen years in the making.
- 14 As of this writing, there are 41 countries that have their own national action plans. See National Action Plan Implementation at <http://www.peacewomen.org/naps/>.
- 15 See <http://weact1325.org/> for additional information about these groups.
- 16 These were AKKAPKA, MPC, PCICC and Pilipina, Inc.
- 17 Part VI (Basic Rights) of the FAB provides for "[g] Right of women to meaningful political participation, and protection from all forms of violence;" and "[i] Right to equal opportunity and non-discrimination in social and economic activity and the public service, regardless of class, creed, disability, gender and ethnicity".

References

- Acharya**, Amitav, 2004: How Ideas Spread: Whose Norms Matter? Norm Localization and Institutional Change in ASEAN Regionalism. In: International Organization. 58 (2), 239-75.
- Anderson**, Benedict, 1983: Imagined Communities. London.

- Copelon**, Rhonda, 2000: Gender Crimes as War Crimes: Integrating Crimes against Women into International Criminal Law. In: *McGill Law Journal*. 46 (1), 217-240.
- Finnemore**, Martha/**Sikkink**, Kathryn, 1998: International Norm Dynamics and Political Change. In: *International Organization*. 50 (4), 886-917.
- Florini**, Ann, 1996: The Evolution of International Norms. In: *International Studies Quarterly*. 40 (3), 363-89.
- Francisco**, Josefa, 1998: Participation of Women's Groups in the Party List Election. Center for Legislative Development (CLD). Occasional Paper No. 3. Pasig City.
- Hamber**, Brandon/**Hillyard**, Paddy/**Maguire**, Amy/McWilliams, Monica/**Robinson**, Gillian/**Russell**, David/**Ward**, Margaret, 2006: Discourses in Transition: Re-Imagining Women's Security. In: *International Relations*. 20 (4), 487-502.
- Hill**, Felicity/**Aboitiz**, Mikele/**Poehlman-Doumbouya**, Sara, 2003: Non-governmental Organizations' Role in the Buildup and Implementation of Security Council Resolution 1325. In: *Signs*. 28 (4), 1255-1269.
- Hudson**, Natalie Florea, 2005: Engendering UN Peacekeeping Operations. In: *International Journal*. 60 (3), 785-807.
- Ikenberry**, John/**Kupchan**, Charles, 1990: Socialization and Hegemonic Power. In: *International Organization*. 44 (3), 283-315.
- Kesic**, Vesna, 2001: From Reverence to Rape: An Anthropology of Ethnic and Genderized Violence. In: Waller, Marguarite/Rycenga, Jennifer (eds.): *Frontline Feminisms: Women, War, and Resistance*. New York, 29-39.
- MacKinnon**, Catherine, 1994: Rape, Genocide and Women's Human Rights. In: Stiglmayer, Alexandra (ed.): *The War Against Women in Bosnia-Herzegovina*. London, 183-196.
- Morris**, Madeline, 2000: War and Peace: Rape, War, and Military Culture. In: Barstow, Anne Llewelyn (ed.): *War's Dirty Secret: Rape, Prostitution and Other Crimes Against Women*. Cleveland, 167-203.
- Santos**, Jr., Soliman, 2006: The Evolution of the Armed Conflict on the Moro Front. Internet: hdn.org.ph/wp-content/uploads/2005_PHDR/2005%20Evolution_Moro_Conflict.pdf [26.8.2013].
- Sikkink**, Kathryn, 1993: Human Rights, Principled Issue-Networks and Sovereignty in Latin America. In: *International Organization*. 47 (3), 411-441.
- Stienstra**, Deborah, 1999: Of Roots, Leaves, and Trees: Gender, Social Movements, and Global Governance. In: Meyer, Mary/Prugl, Elisabeth (eds.): *Gender Politics in Global Governance*. New York, 260-272.
- Sunstein**, Cass, 1996: Social Norms and Social Rules. In: *Columbia Law Review*. 96 (4), 903-68.
- Risse**, Thomas/**Ropp**, Stephen/**Sikkink**, Kathryn (eds.), 1999: *The Power of Human Rights: International Norms and Domestic Change*. Cambridge.
- Risse-Kappen**, Thomas, 1996: Collective Identity in a Democratic Community: The Case of NATO. In: Katzenstein, Peter (eds.): *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*. New York, 357-371.
- Roces**, Mina, 2000: *Women, Power, and Kinship Politics: Female Power in Post-War Philippines*. Pasig City (reprint).
- United Nations Security Council**, 2000: UNSCR 1325, Women, Peace and Security, U.N. Doc. S/RES/1325.
- Veneracion-Rallonza**, Lourdes, 2008: Women and the Democracy Project: A Feminist Take on Women's Political Participation in the Philippines. In: Iwanaga, Kazuki (ed.): *Women's Political Participation and Representation in Asia: Obstacles and Challenges*. Copenhagen, 210-252.
- Women Engaged in Action on 1325 (WE Act 1325)**, 2011: *We Act for Peace: The Philippine National Action on Women, Peace and Security on UNSCRs 1325 and 1820*. United Nations Development

Programme (UNDP), Philippines. Internet: weact1325.org/wp-content/uploads/2012/05/nap-brochure-8dec2011-FINAL-FINAL.pdf (26.8.2013).

Women Engaged in Action on 1325 (WE Act 1325), 2012: WE Act 1325: Initial Initiatives at NAP Implementation – November 2010 to Mid-2012. The Royal Norwegian Embassy, Philippines, Conciliation Resources, United Kingdom, and United Nations Development Programme (UNDP), Philippines. Internet: weact1325.org/wp-content/uploads/2012/04/weact-10june2012-final-layout.pdf (26.8.2013).

Postkoloniale Gouvernementalität und „die Politik der Vergewaltigung“: Gewalt, Verletzlichkeit und der Staat

NIKITA DHAWAN¹

In regelmäßigen Abständen finden sich auf den Straßen Indiens Protestierende in großer Anzahl zusammen, um ihren Groll über eine Vielzahl an Problemen auszudrücken, die von Korruption bis zu Stromausfällen, vom Preisanstieg der Zwiebeln bis hin zur US-Außenpolitik reichen. Protestversammlungen kommen recht häufig vor und werden von Demonstrationen, Aktionen des zivilen Ungehorsams, Hungerstreiks und der Verbrennung von Symbolen begleitet. Die indische Mittelschicht ist jedoch eher bekannt für ihre politische Teilnahmslosigkeit und ihrer Ablehnung von Straßenpolitik, weswegen sich die Teilnahme an diesen Versammlungen größtenteils auf AktivistInnen und Personen aus marginalisierten Gruppen wie der Arbeiterklasse, religiösen Minderheiten, Dalits² und Tribals (indigene Gruppen) beschränkt. Dies ist oftmals auch in Bezug auf feministische Anliegen der Fall, obwohl geschlechtsspezifische Gewalt (wie Mitgiftmorde, Ehrenmorde, Abtreibung, Kinderheirat und Vergewaltigung in der Ehe) Frauen über Kasten, Klassen, Religionen und über die Stadt-Land-Gegensatz hinweg betreffen. Trotz einer lebendigen Frauenbewegung und einer starken Zivilgesellschaft mit einflussreichen NGOs sind an feministischen Kampagnen gegen geschlechtsspezifische Gewalt und wirtschaftliche Ungerechtigkeit, welche versuchen, ein Bewusstsein für die verfassungsmäßigen Rechte von Frauen zu schaffen und den Staat unter Druck setzen, um Gesetze zu reformieren, nur wenige Frauen aus dem Mittelstand und aus höheren Kasten beteiligt. Die jüngsten Anti-Vergewaltigungsproteste in Indien, die als Reaktion auf die Gruppenvergewaltigung und den grauenhaften Angriff auf eine junge Studentin im Dezember 2012 in der Hauptstadt des Landes stattfanden, waren daher eine Ausnahme in jeglicher Hinsicht. Die beispiellosen landesweiten Demonstrationen, an denen ein breites Spektrum der indischen Bevölkerung – von jungen AkademikerInnen bis zu Hausfrauen teilnahmen – bestätigen Lauren Berlants (2009) These, öffentliche Sphären seien Affektwelten, in denen öffentliche Wut, Empörung und Frustration einen deliberativen

Austausch ersetzen, um Bedingungen des Verhältnisses zwischen Staat und Zivilgesellschaft zu gestalten.

Trotz dieser positiven Entwicklungen hin zu einer Partizipation eines großen Spektrums von AkteurInnen gehen daraus mehrere Fragen hervor: Werden diese spontanen Proteste zu anhaltender politischer und sozialer Transformation führen? Wären die Demonstrationen ähnlich weit verbreitet gewesen, wenn die junge Frau aus einer marginalisierten Gruppe gekommen wäre? Aufrufe zur Todesstrafe und Kastration der Vergewaltiger sowie die Forderung nach einer erhöhten Kontrolle in öffentlichen Räumen werfen außerdem beunruhigende Fragen darüber auf, wie das taktische Argumentieren mit der Verletzlichkeit von Frauen postkoloniale Gouvernementalität rationalisiert. Wie Judith Butler (2004) argumentiert, können neue Formen kollektiver Handlungsfähigkeit durch den Bezug auf Verletzbarkeit als Ort politischer Handlungsmacht entstehen, doch können diese gleichermaßen auch paternalistische Schutzmaßnahmen rechtfertigen, welche ungleiche Geschlechterformationen verstärken.

Michel Foucault stellte in einer Diskussionsrunde 1977 die „Desexualisierung von Vergewaltigung“ als eine Strategie gegen den Einsatz von Sex als Machtmechanismus dar (1988, 200-202). Die Tatsache, dass *Vergewaltigung* als *sexuell* motivierte Gewalttat definiert werde, verstärkt nach Foucault eine Genitalisierung des Körpers, was die disziplinäre Kontrolle der Sexualität rechtfertige. Provokativ fragt Foucault, warum ein Übergriff mit einem Penis gesetzlich von einem Angriff mit jedem anderen Körperteil unterschieden werden sollte. In Anbetracht seines Misstrauens gegenüber dem Gesetz sowie dem Staat, strebt Foucault an, Lust und Verbrechen sowie Sexualität und Gesetz zu entkoppeln und versucht somit, sexuelle Akte davor zu schützen, Zielscheibe staatlicher Interventionen zu werden. Meines Erachtens müssen Foucaults Bemerkungen über die Desexualisierung von Vergewaltigung in Verbindung mit seinen Vorträgen zur Gouvernementalität am Collège de France 1978-79 gelesen werden, richten sich seine Überlegungen zur Vergewaltigung doch gegen die Produktion eines weiblichen verletzlichen Subjekts als eine Technologie der Gouvernementalität. Mit einer Neubetrachtung seines umstrittenen Vorschlags, Vergewaltigung wie einen „Schlag ins Gesicht“ zu behandeln, wird mein Aufsatz die postkoloniale Gouvernementalität in Indien untersuchen. Obgleich in Indien sowohl in akademischen als auch aktivistischen Zusammenhängen Fragen wie die Todesstrafe, Strafvollzugsreformen, Überwachung und Gouvernementalität intensiv debattiert werden³, fand im indischen Kontext bisher noch keine detaillierte Rezeption der Foucaultschen Auseinandersetzung mit Vergewaltigung statt. Der vorliegende Aufsatz versucht diese Leerstelle zu schließen.

Beginnend mit einer kurzen Diskussion des aktuellen Vergewaltigungsvorfalles in Indien, werde ich die feministische Auseinandersetzung mit Foucaults Überlegungen zu Vergewaltigung beleuchten, um dann mit einer Betrachtung der Derridaschen/Spivakschen Idee des Staates als *Pharmakon* - sowohl Medizin als auch Gift – zu enden. Diese Idee widersetzt sich Positionen *für* oder *gegen* den Staat und die Justiz.

Die Alltäglichkeit der Vergewaltigung

Am 16. Dezember 2012 wurde eine 23-jährige Medizinstudentin von sechs Männern in einem fahrenden Bus in der indischen Hauptstadt Neu Delhi vergewaltigt und brutal verstümmelt. Der darauf folgende Tod der jungen Frau⁴, die niederträchtig mit Eisenstangen angegriffen wurde, welche ihre Eingeweide stark verletzten und zu einer Vergiftung lebenswichtiger Organe führte, veranlasste landesweiten spontanen Protest gegen sexuelle Gewalt und das katastrophale Scheitern des Staates, die Sicherheit seiner Bürgerinnen zu gewährleisten. Einzigartig an diesen Versammlungen war, dass sie weder von einer politischen Partei, noch von einer zivilgesellschaftlichen Vereinigung organisiert wurden. Die nationalen Proteste und Aufrufe nach Reformen im Sexualstrafrecht wurden als Zeichen der „Macht des Volkes“ gewertet, die Öffentlichkeit zu mobilisieren, auch weil die indische Regierung scharf für die Gewalt an Protestierenden verurteilt wurde.⁵ Wie auch schon in der Vergangenheit haben Politiker vieler Parteien wiederholt die betroffenen Frauen für die Gewalttaten verantwortlich gemacht. Diese rücksichtslosen Bemerkungen riefen eine umfassende öffentliche Empörung hervor.

Leider trug auch die Zivilgesellschaft zu einer Atmosphäre bei, in der sofortige Vergeltungsjustiz wie Todesstrafe und Kastration von Vergewaltigern aufdringliche Beliebtheit erlangte. Unterdessen sprachen sich „ExpertInnen“ für ein „technologiebasiertes Strafrecht“ aus, das Überwachungskameras in öffentlichen Räumen, eine Datenbank von Sexualstraftätern und beschleunigte Verfahren⁶ einschließen sollte, um den Prozess der Untersuchung, der Verhandlung und des Urteils in Fällen der sexuellen Gewalt zu beschleunigen (Agnes 2013, 12). Als Antwort auf den öffentlichen Druck berief die Regierung eine Kommission – das Verma-Komitee – ein, die damit beauftragt wurde, entsprechende Gesetzesänderungen zu erarbeiten. In beispielloser Geschwindigkeit wurden die Vorschläge des Verma-Komitees von der indischen Regierung akzeptiert, wenn auch nur teilweise, da die gesetzliche Reform weder Vergewaltigung in der Ehe kriminalisierte noch die Immunität zurückzog, die indischen Streitkräften in Konfliktzonen gewährt wird. Feministinnen und linke AktivistInnen klagen die indische Regierung deswegen an, lediglich die öffentliche Empörung und populistischen Forderungen beschwichtigen zu wollen.⁷ Die Regierung versucht ergänzend, ihre Strafgewalt durch das Erlassen von drakonischen Strafgesetzen zu stärken. Unter dem Deckmantel von „Sicherheit“ wird die Bewegungsfreiheit von Mädchen und Frauen kontrolliert, ihre Freiheit als gleiche Bürgerinnen in der Gesellschaft und ihr Recht auf ein Leben, frei von fortwährenden Drohungen des sexuellen Angriffs, eingeschränkt. Ironie der feministischen Sensibilisierungskampagnen ist, dass die zunehmende Sichtbarkeit potentieller Gewalt eine nachteilige Wirkung hat: Größere Kontrolle durch Familie und Community sowie die Regulierung der Bewegungsfreiheit von Mädchen und Frauen, was beispielsweise ihren Zugang zum Arbeitsmarkt und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben einschränkt.

Feministinnen und linke AktivistInnen betonen, dass zusätzlich zu diesen gesetzlichen Reformen, eine größere Geschlechtersensibilisierung unter den Streitkräften und innerhalb des Justizsystems, bessere Infrastruktur, Notrufdienste und Beratungsstellen notwendig sind, um mehr Geschlechtergerechtigkeit zu gewährleisten. Zudem wurde betont, dass neben diesen „pragmatischen“ Lösungen eine fundamentale Transformation der Geschlechterverhältnisse notwendig ist. Die diskriminierende Geschlechterrollen-Sozialisation, die Sexualisierung öffentlicher Räume und die Marginalisierung von Frauen im formellen Arbeitsmarkt, hat in Indien eine „Vergewaltigungskultur“ verstärkt, welche Gewalt gegenüber Frauen üblich und weit verbreitet werden ließ.

Interessant ist ebenso die globale Medienaufmerksamkeit, welche die Proteste erhielten: Auch wenn die indische Zivilgesellschaft dafür gefeiert wurde, auf die Straße zu gehen, wurden in der Berichterstattung orientalistische Stereotype über die „traditionelle indische Gesellschaft“⁴⁸ reproduziert und durch eine Reihe an weit verbreiteten Berichten über sexuelle Angriffe auf ausländische Touristinnen, insbesondere junge weiße Frauen, begleitet, was die indische Regierung wiederholt zu der Beteuerung veranlasste, Indien sei ein sicherer Reiseziel.

Nach dem Vergewaltigungsfall in Neu-Delhi war eine der häufigsten Fragen in den indischen und westlichen Medien: Warum verursachte dieses Verbrechen solch einen öffentlichen Aufruhr? Eine Erklärung liegt darin, dass der Grad der von den Vergewaltigern zugefügten Brutalitäten selbst die ansonsten recht desensibilisierte indische Öffentlichkeit geschockt hat. Andere Stimmen meinen, dass der Vorfall besonders schockierte, weil das „Opfer“ eine gebildete Medizinstudentin war, die am frühen Abend in einem „anständigen“ Teil der Hauptstadt mit ihrem männlichen Freund, einem jungen Ingenieur, unterwegs war. Weiter wird argumentiert, dass die kollektive Wut die politische Frustration einer gesamten aufstrebenden Klasse und Generation symbolisiert. Doch um die dramatische Zunahme in der geschlechtsspezifischen Gewalt in den letzten Jahrzehnten zu erklären, wurden weitere Theorien vorgeschlagen: Einige gehen davon aus, dass diese aufgrund eines Konflikts zwischen dem „traditionellen“ und „modernen“ globalisierten Indien auftritt, weil „patriarchalische“ Werte neben der sexuellen, politischen und wirtschaftlichen Emanzipation der Frauen bestehen. Andere machen Konsumdenken und -handeln sowie die Kommodifizierung von Frauenkörpern für die Zunahme geschlechtsspezifischer Gewalt verantwortlich. Laut dem National Crime Records Bureau (NCRB 2012) wird in Indien alle 22 Minuten eine Vergewaltigung begangen und dass, obwohl Vergewaltigung eines der Verbrechen mit der höchsten Dunkelziffer darstellt. Die Mehrheit der Vergewaltigungsüberlebenden sind weibliche Dalits und Tribals im ländlichen Indien; davon werden 85% der „Überlebenden“ von ihnen bekannten Männern vergewaltigt. Tatsächlich sind Vergewaltigungen von Dalits oder Tribals eine verbreitete Art der Strafe, die gegen unterdrückte Communities verhängt wird, um sie „auf ihren Platz zu verweisen“. In Konfliktgebieten wie Kaschmir und Manipur ist auch die indische Armee und das Paramilitär wegen systematischer sexueller Gewalt angeklagt wor-

den. In Konfliktsituationen ist es bedrückender Weise üblich, Vergewaltigung als eine militärische Strategie, als eine effektive Kriegswaffe⁹ zu verwenden. Leider werden diese Aspekte in etablierten Diskussionen über Probleme geschlechtsspezifischer Gewalt in Indien größtenteils ausgeklammert.

Die Verstümmelung des weiblichen Körpers durch das Einführen von Objekten wie Eisenstangen, Glasflaschen, Messern und Schwertern in die Vagina ist im Zuge gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen verschiedener Kasten und Communities leider nicht ungewöhnlich – wie in 2002 in Gujarat bezeugt werden konnte.¹⁰ In diesem Zusammenhang weist die renommierte Frauenrechtsanwältin Flavia Agnes (2013, 13) darauf hin, dass die „vaginale Penetration nur eine der vielen Arten und Weisen ist, in denen Frauen bestraft und erniedrigt werden. Angriffe mit Säure, Aufschlitzen des Gesichtes, die öffentliche Zurschaustellung entblößter Frauen, Tritte in Bauch und Unterleib von zu Boden gerissenen Frauen usw. sind einige der anderen gewaltsamen Wege, in denen Frauen ihr Platz in der Öffentlichkeit gezeigt wird“. Agnes betont, dass es dringend notwendig sei, „damit aufzuhören, der penovaginalen Penetration, verglichen mit anderen Typen von Gewalt, einen besonderen Status beizumessen“, würde dies doch nur die patriarchale Prämisse der vaginalen Reinheit verstärken (ebd.). Als Reaktion auf die populäre Forderung der Todesstrafe für Vergewaltiger betont sie, dass dies die Ansicht verstärke, dass Vergewaltigung Schicksal sei, das „schlimmer als der Tod ist“, während sie gleichzeitig „die Alltäglichkeit der Gewalt (in den Schatten stellt), die in unserer Gesellschaft, in unseren Häusern, in unseren privaten Räumen stattfindet und sie als eine seltene Abweichung erscheinen lässt“ (ebd.). In Erwiderung auf die beispiellose öffentliche Aufruhr fragt Agnes: „Sind es die anzüglichen Aspekte in einer grauenhaften Gruppenvergewaltigung, die Gefühle der Trauer und der Rache wecken?“ (ebd.).

Diese Beobachtungen werfen Fragen danach auf, ob die Proteste sowie die mediale Berichterstattung lediglich die Fetischisierung der penovaginalen Penetration widerspiegeln und inwiefern mit dem Argument der weiblichen Verletzlichkeit nicht lediglich die Regulierung einer spezifischen Bevölkerungsgruppe im Namen der Bereitstellung von Sicherheit legitimiert wird. Sollten sich Feministinnen angesichts der Forderungen nach vergeltender Gerechtigkeit und Reformen im Sexualstrafrecht in ihrem Engagement auf den Staat und die Justizgewalt konzentrieren? Oder kann die von Foucault vorgeschlagene Strategie der „Desexualisierung von Vergewaltigung“ eine wirksame feministische Strategie sein, um postkoloniale Gouvernamentalität zu hinterfragen?

Die Desexualisierung von Vergewaltigung: Sex, Gewalt und der Körper

Während der Diskussionsrunde „Confinement, Psychiatry, Prison“ 1977 legt Foucault seine damals aktuelle Auseinandersetzung mit der französischen Kommission, die sich mit Reformen des Strafrechts befasste, dar. Im Kontext seiner Auseinandersetzungen mit dem Strafrecht und Sexualität bemerkt er:

(...) Sexualität kann in keinen Fall Gegenstand von Strafe sein. Und wenn man Vergewaltigung bestraft, sollte man physische Gewalt und nichts als das bestrafen und sagen, dass es nichts anderes als ein Akt der Aggression ist: dass es im Prinzip keinen Unterschied gibt, zwischen dem Hämmern von jemandes Faust in jemandes Gesicht oder jemandes Penis in ihr Geschlecht (...). Aber zunächst bin ich ganz und gar nicht davon überzeugt, dass Frauen damit übereinstimmen würden ... (1988, 200).¹¹

Wie Foucault (1977: 173, 175) in einem weiteren Aufsatz erläutert, liegt die politische Bedeutung des Problems des Sex darin, dass dieser am Schnittpunkt der Disziplinierung des Körpers und der Kontrolle der Bevölkerung liegt. Die Sexualität ist für Foucault ein bedeutendes Moment der Macht, welches von ihm mehr in einer produktiven als in einer repressiven Weise verstanden wird. Die Sexualisierung des Körpers ist zentral für die Entwicklung des Körpers als auch für seine Verletzlichkeit gegenüber diskursiver Macht. Foucault bringt überzeugende Argumente gegen den Glauben daran vor, dass lediglich eine „Befreiung“ der Sexualität Kräfteverhältnisse umgestalten wird; vielmehr muss seiner Ansicht nach die Bedeutung von Sexualität selbst dezentriert werden.

Obwohl er die Gegenstimmen der weiblichen Diskussionsteilnehmerinnen anerkennt, schlägt er Desexualisierung als eine Strategie vor, um sich der Disziplinar-macht zu widersetzen. Unter den verschiedenen Foucaultschen Ideen, die Anklang bei (westlichen) Feministinnen gefunden haben, ist sein Vorschlag, Vergewaltigung zu „desexualisieren“ wohl der umstrittenste. Seit eh und je haben Feministinnen mit der Frage gekämpft, ob es politisch wirksamer sei, Vergewaltigung als Gewaltverbrechen anstatt als „Affektat“ (*crime passionnel*)¹² neu zu definieren.

Foucaults Argumente spiegeln die langjährigen Debatten über Vergewaltigung innerhalb des westlichen Feminismus wider, in denen versucht wird, den Fokus von Geschlechtsverkehr hin zu Gewalt zu lenken. So führt eine Definition von Vergewaltigung als „Sexualverbrechen“ dazu, dass Sexualität in spezifischen Teilen des Körpers verortet wird, auch wenn dazu geneigt wird, Vergewaltigung als eine von der Regel abweichende Begierde und pathologische sexuelle Devianz festzulegen. Diese Verwendung von Geschlechtsverkehr verschleiern die Art und Weise, wie Macht den Körper konstituiert. Wie Foucault und später Butler überzeugend herausgestellt haben, erzeugt der Geschlechtsakt selbst den Körper, den er regiert. Weder das Geschlecht noch der Geschlechtsakt ist etwas, was wir *haben* oder *tun*. Es handelt sich hierbei vielmehr um ein regulatorisches Ideal (Foucault 1977). Auf diese Weise werden bestimmte Körperteile und Praktiken durch disziplinarische Anordnung, Organisation, Kategorisierung und die Produktion von Körpern sexualisiert, während Macht durch die Naturalisierung von sexuellen Identitäten und Praktiken verankert wird. Foucault versucht die regulative Macht des Gesetzes zu durchbrechen, indem er behauptet, dass wir mehr gewinnen als verlieren, wenn wir „nur“ die körperliche Gewalt der Vergewaltigung bestrafen. Als Antwort auf die Argumentation der weiblichen Diskussionsteilnehmerinnen, dass Vergewaltigung gravierender als ein Schlag im Gesicht sei, argumentiert er:

So wird es Probleme geben, denn was wir sagen läuft auf Folgendes hinaus: Sexualität als solche, im Körper, hat einen vorherrschenden Stellenwert, das Sexualorgan ist nicht wie eine Hand, wie Haare oder eine Nase. Es muss deshalb in jedem Fall anhand von Gesetzen geschützt, umstellt und untersucht werden, die nicht oder kaum den restlichen Körper betreffen (...) Es ist keine Frage der Sexualität, es ist die körperliche Gewalt, die bestraft würde, ohne die Tatsache miteinzubeziehen, dass Sexualität beteiligt war (1988, 202).

Als Warnung vor der Reifizierung des „Sexuellen“ und der anschließenden Verankerung in bestimmten Formen von „bedrohlichen“ Körpern oder Körperteilen, welche eine dauerhafte Führung und Überwachung erforderlich machen, stellt Foucault die Definition der Vergewaltigung als sexuell motivierten Akt in Frage, weil sie so Sexualität als geeignete Zielscheibe der Disziplinarmacht aufrechterhält (Hengehold 1994, 100). Seine Annahme, dass Vergewaltigung mit einem Schlag im Gesicht gleichzusetzen ist, beruht auf dem historisch bedingten Stellenwert und der gesellschaftlich konstruierten Bedeutung der Faust und des Penis. Er argumentiert für die Desexualisierung der Vergewaltigung, indem er die soziale Konstruktion des Körpers herausstellt und so die Privilegierung der Geschlechtsorgane als primären Ort der Identität in Frage stellt, wodurch Widerstand gegen Disziplinarmacht ermöglicht wird (Cahill 2000, 45-46). Ähnlich argumentiert auch Winifred Woodhull (1988, 171):

Wenn wir Vergewaltigung ernstzunehmend bewältigen wollen, müssen wir erklären, wie es dazu kommt, dass die Vagina codiert wird – erfahren wird – als Ort der Leere und Verletzlichkeit, der Penis als Waffe und der Sexualverkehr als Verletzung, anstatt diese Prozesse durch den Verweis auf ‘die grundlegende’ Physiologie zu naturalisieren.

Indem Foucault Vergewaltigung nicht im Strafrecht sondern als Zivilvergehen einordnet, welches mit hohen Geldbußen strafbar ist, versucht er, sexuelle Handlungen davor zu immunisieren, Zielscheibe staatlicher Strafe zu werden (Hengehold 1994, 90). Modernes Recht hat seiner Ansicht nach die Funktion der Disziplinierung, Kontrolle und Normalisierung (1977). Durch eine rechtliche Neudefinition des Verbrechens erwartet Foucault eine Verschiebung im Diskurs, die Frauen als „pre-victims“ konstruiert, gleichwohl er versucht, männliche Sexualität vor der Disziplinarmacht des Gesetzes zu schützen (Cahill 2000, 57).

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der von Schwarzen Feministinnen wie Angela Davis (1981) hervorgehoben wurde, sind die rassistischen Annahmen über die Sexualität von schwarzen Männern, die häufig in Kampagnen gegen Vergewaltigung verstärkt werden, was dazu führt, dass staatliche Repression, die sich insbesondere gegen Schwarze Männer richtet, legitimiert wird. Die überproportional hohen Inhaftierungsraten afro-amerikanischer Männer erinnern deutlich an die Gefahr der „moralischen Empörung“, die durch die Anti-Vergewaltigungspolitik ausgelöst wird. In vergleichbarer Weise wird im Zusammenhang mit der Thematisierung von Verge-

waltung häufig homosexuellen Männern Pädophilie unterstellt. Daher sollte nicht in Vergessenheit geraten, dass die Gewährleistung von Sicherheit für einige Frauen durch gesetzliche Reformen auf eine größere Regulierung der Mobilität und des (sexuellen) Verhaltens aller Frauen und bestimmten Männern hinauslaufen kann. Ein guter Grund für die Anknüpfung einer Anti-Vergewaltigungspolitik an anti-rassistische und queere Perspektiven. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Definition von Vergewaltigung als sexuell motiviert die Genitalisierung des Körpers verstärkt, wodurch eine disziplinäre Kontrolle der Sexualität Legitimation erfährt. Foucault führt m.E. überzeugende Argumente für die Desexualisierung von Vergewaltigung, welche die Sexualität außerhalb des staatlichen Interventionsbereichs verortet, ins Feld.

In Anbetracht der drastischen Forderung nach öffentlichem Erhängen und Kastration von Vergewaltigern als adäquate Vergeltung, während die umfassende Kontrolle von öffentlichen Räumen verteidigt wird, scheinen die Foucaultschen Bedenken im indischen Fall wohlbegründet zu sein. Bei der Implementierung von Vergewaltigungsgesetzen sind es größtenteils Männer aus entrechteten Gruppen, die als „gefährliche Klassen“ ins Visier genommen und unverhältnismäßig oft verurteilt werden (Agnes 2013), was Foucaults – und auch Davis’ – Misstrauen gegen die Justizgewalt bestätigt. Außerdem werden Frauen als „verletzlich“ konstruiert, wodurch die Regulierung ihrer Körper und Mobilität, sowie die Kontrolle von öffentlichen Räumen und „gefährlichen“ Bevölkerungsgruppen im Namen der Sicherheit gerechtfertigt werden.

Vergewaltigung vergeschlechtlicht

Wie Foucault erkennen auch Feministinnen eine Gefahr in der Annahme, die Ursache von Vergewaltigung sei in biologischen Körpern verankert und Männer seien „ausgestattet“, um zu vergewaltigen, während Frauen in erster Linie „Opfer“ seien. Vergewaltigung ist gendered mapping an Körpern – sowohl am Körper des Vergewaltigers als auch der Überlebenden – indem beide Körper als männlich und weiblich durch Vergewaltigung entstehen, denn immer dann, wenn ein Mann vergewaltigt wird, wird er dadurch feminisiert: Vergewaltigung vergeschlechtlicht (Barnett 2004, xix). Insofern ist Vergewaltigung von anderen Formen des Angriffs zu unterscheiden – jedoch nicht aufgrund der Beteiligung von spezifischen Körperteilen, sondern wegen der Rolle von Vergewaltigung bzw. Vergewaltigungsdrohung bei der Formierung von Geschlechterverhältnissen (Cahill 2000, 46). Eines der prominentesten Beispiele von Vergewaltigung als Mechanismus für Vergeschlechtlichung und gesellschaftlicher Herrschaft sind die „korrigierenden Vergewaltigungen“ an Lesben (etwa in Südafrika). Der Angriff soll sie von ihrer „abweichenden“ Sexualität oder geschlechtlicher Nonkonformativität durch „heilende Vergewaltigungen“ „erlösen“. Trotz mehrerer Überschneidungen in den Positionen von Foucault und Feministinnen sind letztere darüber beunruhigt, dass eine „Desexualisierung von Vergewaltigung“ dazu führen könnte, dass Frauen der Anspruch auf entsprechenden Rechts-

behelf verwehrt wird. Die Gesetzesreform, die von Foucault vorgeschlagen wird, nämlich die Neudefinition von Vergewaltigung, weg von einem eindeutigen Sexualverbrechen hin zu einem Gewaltangriff, würde Aspekte des Verbrechens verschleiern, welche das Geschlechterverhältnis in Gesellschaften grundsätzlich konstituieren und verstärken würde (Cahill 2000: 46). Die Bestrafung von Vergewaltigung als „reine Gewalt“ setzt voraus, dass Vergewaltigung geschlechtsneutral ist (Hengehold 1994, 91). Hengehold wirft Foucault vor, „Vergewaltigung selbst als eine ‚nicht konstruierte‘ Tat vor seiner Aufnahme in den juristisch-diskursiven Apparat zu denken“ (ebd., 94).

Eines der überzeugendsten Argumente gegen die Gleichsetzung von Vergewaltigung mit einem Schlag im Gesicht ist, dass es viel schwieriger ist, bestätigende Beweise im Vergewaltigungsfall als im Fall anderer Gewaltverbrechen zu erhalten (Plaza 1981, 30). Kreuzverhöre während Gerichtsverfahren und psychiatrische Gutachten, welche die Darstellungen der Vergewaltigungsüberlebenden für „glaubwürdig“ erklären, schreiben diese in die Disziplinarmacht der Psychiatrie und der Justiz ein (ebd., 99). Auf dem Polizeirevier, im Krankenhaus oder im Gerichtssaal: Vergewaltigungsüberlebende müssen kontinuierlich „Teile ihres Körpers nennen und erklären, was ihnen angetan wurde“ (ebd., 100). Es ist die Überlebende und nicht der angeklagte Vergewaltiger, die ihre Erfahrungen öffentlich in qualvollem Detail erzählen muss. Es ist die Subjektivität der Vergewaltigungsüberlebenden, die eingesetzt und durch die Struktur dieses Verhörs und durch die zur Diskussion gestellte Vertrauenswürdigkeit ihres Zeugnisses diszipliniert wird (ebd.). Soziale Skepsis und Selbstmisstrauen wird von vielen Vergewaltigungsüberlebenden erfahren. Sie verstärken die Verletzlichkeit nach Vergewaltigungen. Als Antwort auf den Vorschlag, dass Vergewaltigungsgesetze „die Gewalt“ in der Vergewaltigung bestrafen sollten und „Sex“ frei von staatlichen Eingriffen sein sollte, haben Feministinnen Foucault vorgeworfen, die Interessen der Vergewaltiger vor die Interessen der „Opfer“ zu stellen (ebd., 89). Foucault vernachlässige, dass Vergewaltigung vorrangig als Instrument fungiert, Frauen zu disziplinieren.

Sein Vorschlag ignoriert die Rolle der Vergewaltigungsdrohung in der Strukturierung von täglichen sozialen und ökonomischen Beziehungen (Hengehold 1994, 94). Zudem kann Vergewaltigung nicht mit Diebstahl oder Körperverletzung gleichgesetzt werden, weil die spezifische sexualisierte Tat die körperliche Handlungsmacht des „Opfers“ begrenzt, indem dessen Körper als vergewaltigbar erzeugt wird (Cahill 2000, 58). Des Weiteren ist die Vergewaltigungsdrohung ein entscheidender Faktor der Rollenbestimmung der Frau in der Gesellschaft und in ihrem Verhalten, besonders in Bezug auf ihre Mobilität, ihre Kleidung, ihren Zugang zum Arbeitsmarkt und vieles mehr. In Indien wurde zum Beispiel im Zuge der Thematisierung von Gewalt an Call-Center-Angestellten vorgeschlagen, jungen Frauen davon abzuraten, die Nachtschichten zu übernehmen. Auch wenn der Rechtsdiskurs eine Quelle der sozialen und politischen Macht ist, wird die bloße Änderung der gesetzlichen Definition von Vergewaltigung Geschlechterverhältnisse nicht umgestalten. Wie Cahill (2000,

57) herausstellt, ist der juristische Bereich nur ein Knotenpunkt in einer komplizierten Matrix von Diskursen und Institutionen, die gleichzeitig dominante Diskurse stabilisieren und ihnen ebenso unterworfen sind.

So besteht die Herausforderung in der Frage, wie Widerstand gegen den allgegenwärtigen und bestimmenden Macht/Wissensdiskurs entstehen kann. Trotz der rassistischen, kasten- und klassenbezogenen Anwendung des Strafrechts, bilden juristische Schritte gegen Vergewaltiger nach wie vor den Kern feministischer Anstrengungen in Richtung Geschlechtergerechtigkeit. In Anbetracht der Rolle von Vergewaltigung hinsichtlich der Körpererfahrung und dem körperlichem Verhalten von Frauen schlägt Cahill (2000, 58) vor, nicht nur die Gewalt anzuerkennen, die Vergewaltigung inhärent ist, sondern auch die spezifische sexualisierte Bedeutung, die dieser frauenfeindlichen und patriarchalischen Tat innewohnt. Angemessene gesetzliche Reaktionen müssen diese Aspekte bedenken. Mit dem exklusiven Fokus auf den männlichen Körper und dessen Verletzlichkeit gegenüber disziplinierenden Diskursen, wird die körperliche Bedeutung der Vergewaltigungserfahrung, eine Erfahrung, welche überproportional bei Frauen vorkommt, nicht adäquat adressiert. Hengehold (1994, 102) argumentiert, dass selbst wenn das Strafrechtssystem als Ausgangspunkt für die Ausbreitung einer Macht/Wissensform fungiert, die sich gegen Vergewaltiger richtet, letztere selbst aber auch einen der vielen Ausgangspunkte ausmachen, von denen aus sich Heterosexualität entfaltet, basiert die Vergewaltigung doch auf einer sozialen Sexuierung (*social sexing*). Insofern ist Vergewaltigung mehr als ein Schlag ins Gesicht, „nicht weil Genitalien geschützt und mit speziellen Gesetzen untersucht werden sollten“ (ebd., 103), sondern weil „wir nicht in einem idealen Staat leben und so tun können, als wäre – hier und jetzt – das Geschlechtsorgan ein Haar!“ (Plaza 1981, 33). Wenn man bedenkt, dass sowohl der junge Mann als auch die junge Frau brutal angegriffen wurden, aber nur die Frau vergewaltigt wurde, dann bestätigt der indische Fall die oben genannten erwähnten feministischen Argumente über die gesellschaftliche Funktion von Vergewaltigung und dessen Rolle in der Konstitution spezifischer vergeschlechtlicher Formen von körperlichen Erfahrungen.

Unbecoming Victims: Verletzlichkeit und postkoloniale Gouvernamentalität

Mit den Forderungen an den Staat und andere Instanzen nach Rechtsprechung und Schutz, führt die taktische Verwendung der Verletzlichkeit von Frauen gleichzeitig dazu, dass diese „gouvernementalisierbar“ gemacht werden (Foucault 2004, 349). Foucaults Konzept der Gouvernamentalität deutet auf die Techniken und Strategien hin, durch die Gesellschaften und Subjekte regierbar gemacht werden sollen. Gouvernamentalität definiert ein diskursives Feld, in dem die Ausübung der politischen Macht rationalisiert wird, so dass ein Problem auf eine besondere Weise konstituiert wird und Lösungs- und Bearbeitungsstrategien angeboten werden, um dieses durch spezifische Formen der Intervention zu überwinden. Ämter, Verfahren, Institutionen und Rechtsformen ermöglichen es so, Objekte und Subjekte einer politischen Ratio-

nalität entsprechend zu regieren (ebd.). Im Kontext unserer Diskussion stellen sich dabei folgende Fragen: Wie wird das Problem von Vergewaltigung konstituiert? Welches Wissen wird erzeugt, um mit dem Problem umzugehen und es zu beheben? Wie werden spezifische Formen der Intervention rationalisiert? Wie regieren wir uns selbst und wie regieren wir andere vor dem Hintergrund des ungleichen Ausmaßes von Verletzbarkeit in unseren Gesellschaften?

Sharon Marcus (1992) hinterfragt die politische Wirksamkeit der Definition von Frauen über ihre Verletzbarkeit. Im Gegensatz zu Susan Brownmiller (1975), die Vergewaltigung als eine unvermeidbare Tatsache im Leben von Frauen betrachtet, stellt Marcus (1992, 386) die Faktizität, die Vergewaltigungsdiskursen eingeschrieben ist und voraussetzt, dass Frauen immer „schon vergewaltigbar“ sind, in Frage. Politische Anstrengungen, Vergewaltigung sichtbar zu machen, führen unbeabsichtigter Weise zu der Selbstregulierung von Frauen oder zu dem, was Foucault (1993a) „Technologien des Selbst“ nennt. Die Angst vor Vergewaltigung reduziert Frauen auf die immer schon vorhandene Opferrolle, die ihnen durch das *rape script* vorgeschrieben wird (Marcus 1992, 387), welches wiederum die Machtposition des Vergewaltigers stärkt. So schränken Frauen ihre Handlungen aus Angst davor ein, sie könnten beschuldigt werden, um Vergewaltigung „gebeten“ zu haben. Theorien der Provokation interpretieren alltägliche Formen der weiblichen Geselligkeit, ein Lächeln oder Lachen, als Zeichen sexueller Zustimmung (ebd., 402 Fn. 12). Die männlichen Körpern zugeschriebene Fähigkeit, vergewaltigen zu können, ebenso wie die normative Konstruktion weiblicher Körper und Sexualitäten, trägt zu der Ermöglichung von Vergewaltigungen bei (ebd., 391).

Feministische Bewegungen gegen Vergewaltigung, wissenschaftliche Debatten und Frauenrechtspolitik riskieren die Verbreitung von bevormundenden Ideologien (Marcus 1992, 388). Versuche, Vergewaltigung durch rechtliche Abschreckung zu unterbinden, folgen der Logik, Männer davon abzuhalten, diese vorgegebene Macht auszuüben (ebd., 388). Marcus empfiehlt hingegen, Strategien zu entwickeln, welche die Macht von Männern, zu vergewaltigen, sabotiert, indem Vergewaltigung nicht als eine Tatsache, sondern als ein sozialpolitischer und gesetzlicher Prozess neudefiniert werde. Sie (ebd., 399) schlägt deswegen ein Umschreiben des *rape script* vor, wodurch soziale Rollen neu verhandelt werden und die vergeschlechtlichte Grammatik der Gewalt unterbrochen werden kann. Um sich der Opferrolle zu entledigen, müssen nicht-standardisierte Antworten auf Regierungstechnologien und politische Rationalitäten erschlossen werden. Über das bloße Verständnis von Vergewaltigung als Verletzung von Frauenkörpern, muss dieses Verbrechen als eine gewaltvoll herbeigeführte Konstruktion von weiblicher Sexualität als verletzbar verstanden werden. Das Schreckliche an der Vergewaltigung ist, dass es Frauen zu Subjekten der Angst und Objekten der Gewalt macht (ebd.).

Davis (1981) stellt in ihrer eingehenden Kritik an Brownmiller heraus, wie die historische Konstruktion weißer Frauen als verletzbare Subjekte dazu geführt hat, dass sich Vergewaltigungsvorwürfe in den USA unterschiedslos an Schwarze Männer

richteten. Durch den Mythos des Schwarzen Vergewaltigers wurde so Gewalt und Terror gegen die Schwarze Community gerechtfertigt. Davis kann so überzeugend den Mangel an Beteiligung von Schwarzen Frauen an der Anti-Vergewaltigungsbewegung erklären. Während des Kolonialismus spielte das Bild der sexuell reinen weißen im Gegensatz zur promiskuitiven indigenen Frau eine zentrale Rolle in der Rationalisierung der Überlegenheit der „Rasse“ der KolonisorInnen und in der Aufrechterhaltung der kolonialen Ordnung. Die Vergewaltigungsbedrohung der weißen Frau durch indigene Männer legitimierte die Einführung drakonischer Strafgesetze. Im postkolonialen Kontext zeigt sich das Vermächtnis der Kolonialpolitik heute in biopolitischen Staatsprojekten in Ländern wie Indien, anhand derer versucht wird, die „anständige“ Sexualität der Frauen aus der Mittelschicht und den hohen Kasten, vor armen Männern mit niedriger Kastenzugehörigkeit zu schützen. Sexualität ist somit durch die Einbindung in Sicherheitsdiskurse ein Schlüsselbereich der Regierung und ein fundamentales Objekt der Regulierung in liberal-kapitalistischen Staaten. Sicherheit und Sexualität, Gefahr und Schutz, Familie und Nation fungieren als Allgemeinplätze gouvernementaler Praktiken. Während postkoloniale Staaten wie Indien versuchen, Frauen für ihre Sicherheit persönlich verantwortlich zu machen, so dass sie ihre Körper und Mobilität selbst regulieren, verstärkt dies zur gleichen Zeit die Strafgewalt im Namen der Sicherheit und des Schutzes. Man kann hier demnach eine Doppelbewegung diagnostizieren, worin der Rückzug des Staates gleichzeitig durch sein Auftreten als Beschützer begleitet wird.

Es sind wohl gerade solche Einsichten, die Foucaults Versuch begründen, Vergewaltigung außerhalb des Interventionsbereichs des Staates zu verorten. Jedoch verraten diese auch eine Widersprüchlichkeit in der Position von Foucault und signalisieren seine Ambivalenz gegenüber dem Staat. Etwa zur selben Zeit, in der Foucault seine Ansichten zur „Desexualisierung von Vergewaltigung“ (1977) diskutiert, befasst er sich in seinen berühmten Vorträgen zur Gouvernementalität (1978-1979) mit dem Thema der Staatsphobie. Er nimmt damit Marxisten, ultralinke Radikale, Liberale und Neoliberale ins Visier, die den Staat, trotz ihrer ideologischen Unterschiede, allesamt als Feind betrachten, der in Grenzen gehalten und „entschärft“ werden muss (2004, 112). Foucault hingegen weist die Reduzierung des Staates auf eine Reihe von Funktionen oder als Instrument der Klassenherrschaft zurück, denn seiner Ansicht nach wird weder die Kontrolle noch die Zerstörung von Staatsapparaten zu einer Überwindung von bestehenden Machtverhältnissen führen. Staatsphobie ist laut Foucault zutiefst in liberalen und neoliberalen Ideen von Zivilgesellschaft eingeschrieben. Mit der Zurückweisung von Nietzsches Bild des Staates als „kältesten aller kalten Ungeheuer“, sieht Foucault die Institutionen und Vorgehensweisen des Staates als den „bewegliche(n) Effekt eines Systems von mehreren Gouvernementalitäten“ (2004, 115). Während Foucault jedoch in den Vorträgen zu Gouvernementalität nicht müde wird zu erklären, dass der Staat keine allgemeine Essenz hat, verstärkt der Versuch, Vergewaltigung außerhalb des Interventionsbereichs des Staates zu verorten, die Idee eines repressiven Staatsapparates.

Interessanterweise lehnen die „Regierten“ im indischen Fall Staatsinterventionen nicht ab – trotz der Wut gegen den Staat. Sogar diejenigen, die den indischen Staat am stärksten kritisieren, unter ihnen NGO-AktivistInnen, Journalisten, AkademikerInnen und RechtswissenschaftlerInnen, fordern eine größere Verantwortlichkeit der Regierung bei der Gesetzgebung zu Vergewaltigung sowie eine Unterstützung für Überlebende. Auf der einen Seite wird also der Staat der Entstehung und Verstärkung der Verletzlichkeit von Frauen beschuldigt, weil er daran scheitert, entsprechende Infrastruktur und Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Auf der anderen Seite wird er gleichzeitig als Heilmittel gegen die ungleichen gesellschaftlichen Grade von Verletzlichkeit betrachtet. Wenn also die Mehrheit von Vergewaltigungen von Nicht-Fremden begangen wird und Frauen den Staat bitten, zu intervenieren, bitten sie damit um Schutz vor ihren Familien und Communities. An dieser Stelle lohnt sich ein kurzer Blick auf die historische Rolle der Justiz und des Staates im indischen Kontext.

Ein wegweisendes Ereignis im langen Kampf indischer Feministinnen war der Vergewaltigungsfall von Mathura Ende der 1970er Jahre (Sunder Rajan 2003). Zwei Polizisten, die eine 16-jährige ungebildete *Tribal* während des Dienstes im Polizeirevier vergewaltigten, wurden vom Obersten Gerichtshof Indiens freigesprochen. Die Begründung lautete, dass diese keine Verletzungen an ihrem Körper habe und somit dem Geschlechtsverkehr zugestimmt haben könnte. Die feministische Kampagne, die darauf folgte, brachte bedeutende gesetzliche Änderungen mit sich. Einschließlich der Mindeststrafe von sieben Jahren für Vergewaltigung, die eine abschreckende Wirkung erzielen sollte (ebd.). Doch auch nach Jahrzehnten der Reformen im Sexualstrafrecht, einer starken feministischen Bewegung und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen, blieb die Verurteilungsrate niedrig. Des Weiteren werden unverhältnismäßig häufig Männer aus niedrigeren Klassen und Kasten verurteilt, weil sie die Kosten für gute Anwälte nicht tragen können. Umgekehrt ist ein Schuldspruch selten, wenn die Täter aus einflussreichen Gesellschaftsschichten kommen. Im Allgemeinen genießen Sexualstraftäter ein hohes Maß an Straffreiheit. Außerdem gibt es weder Zeugenschutzprogramme noch systematisierte Entschädigungen für Vergewaltigungsüberlebende. Trotz staatlicher Anstrengungen, Entschädigungen für Vergewaltigungsüberlebende zu gewährleisten, führen Bürokratie und Bestechung dazu, dass Überlebende selten Unterstützung erhalten (Agnes 2013, 14). Ein anderer wichtiger Faktor für die niedrige Verurteilungsrate ist das Stigma der Vergewaltigung, das Familien zwingt umzuziehen, um die Vergewaltigungsüberlebende zu schützen. So können strafrechtliche Verfahren dazu führen, dass diese letztlich eine Strafe für Vergewaltigungsüberlebende darstellen. Im Kontext des aktuellen Falls ist der indische Staat Adressat gemischter Signale: Einerseits gab es die Forderung nach Todesstrafe und Kastration der Vergewaltiger sowie nach verbesserter Sicherheit für Frauen. Andererseits wurde der Staat, als er letzteren Forderungen mit entsprechenden Maßnahmen nachkam, beschuldigt, repressiv zu sein. Dies offenbart das Dilemma, in dem sich postkoloniale Demokratien wiederfinden. Statt eines schlich-

ten Rückzugs entwickelt der postkoloniale Staat indirekte Techniken, um die Führungen der Regierten zu führen (*conduire des conduites*) (Foucault 1987, 255). Die Strategie, Subjekte für sich selbst verantwortlich zu machen, verschiebt die Bürde der sozialen Gefahren, wie sexuelle Gewalt, hin zum Individuum und transformiert diese in ein Problem der „Selbstsorge“. Staatsgewalt gestaltet die Handlungen von Individuen nicht direkt, vielmehr bestimmt er mögliche Handlungsoptionen und treibt Individuen dazu an, für sich selbst zu handeln. Auf diese Weise werden Techniken des Selbst in Strukturen des Zwangs und in Herrschaftsformen integriert (Foucault 1993b, 203-204). Wie Thomas Lemke (2010, 31) herausstellt, verknüpft *Gouvernementalität* Herrschaftstechniken mit „Selbstsorge“, so dass Praktiken politischer Führung mit Methoden der Selbstführung zusammengedacht werden. Der postkoloniale neoliberale indische Staat versucht, Frauen für ihre Sicherheit verantwortlich zu machen, indem er das Augenmerk auf ihre Kleidung und die „unüblichen“ Stunden legt, in denen sie öffentliche Räume nutzen. Frauen weisen dies wiederum zurück, indem sie den Staat dafür verantwortlich erklären, Sicherheit zu gewährleisten. Wenn der Verzicht auf Verantwortung eine Technik postkolonialer neoliberaler *Gouvernementalität* ist, kann die Wiederherstellung der Verantwortung des Staates Strategien der Selbstregulierung anfechten?

Postkoloniale Feministinnen befinden sich in einer Zwickmühle gegenüber dem postkolonialen Staat, denn ihr widersprüchliches und unentschlossenes Agieren ist zwar einerseits emanzipatorisch, entsteht aber gleichzeitig unter Zwang. Wenn der Staat der männlichen Hegemonie dient, sollten Feministinnen dann vorsichtig gegenüber staatszentrierten Reformen sein oder kann der Staat etwa instrumentalisiert werden, Geschlechtergerechtigkeit zu befördern? Kann der Staat Abhilfe gegen Geschlechterungleichheit schaffen, auch wenn er Geschlechterideologien fortsetzt, die letztendlich zu den Gründungsmythen der Nationalstaaten zählen? Kann der Versuch, Staaten anzuprangern und sie so zu „guten“ Verhalten zu bewegen, eine systematische feministische Strategie sein? Oder sollte die Zivilgesellschaft als treibende Kraft für mehr Gerechtigkeit fungieren, ohne Interventionen des Staates abzuwarten? Die neoliberale Globalisierung führt zu einem systematischen Verlust der Legitimität und Verantwortlichkeit postkolonialer Staaten. Die vergeschlechtlichten Implikationen dieser „schwindenden Souveränität“ müssen ernst genommen werden. Die Überzeugung, dass Geschlechtergleichheit durch gesetzliche Reformen erreicht werden kann, wurde von gegensätzlichen Erfahrungen begleitet. Diese zeigen vielmehr, dass das Durchsetzen positiver Rechte die Herausbildung disziplinierender Aspekte einleitete. Patriarchale Normen und in der Natur des Staates eingeschriebene Maßnahmen, viktimisieren Frauen und legitimieren eine „Politik des Schutzes“, anstatt Geschlechterverhältnisse zu demokratisieren (Brown 1992). Die Strategie der Skandalisierung staatlichen Handelns zeitigte in der Vergangenheit – je nach Verhandlungsmacht der beteiligten AkteurInnen und der Schwere der Vorfälle – sehr unterschiedliche Ergebnisse. Es bleibt somit offen, inwiefern die „Politik der Vergewaltigung“ tatsächlich einen Politikwandel herbeiführt.¹³ Zweifel-

los existiert bereits eine größere Bereitschaft, sexuelle Gewalt in der Öffentlichkeit zu thematisieren. Ob dies jedoch langfristig zu einer Realisierung der feministischen Forderungen hinsichtlich einer grundlegenden Transformation der Geschlechterverhältnisse führen wird, ist noch nicht absehbar.

Der „listige“ indische Staat (Randeria 2009) hingegen – gefangen zwischen den Forderungen seiner StaatsbürgerInnen und der „Neoliberalisierung des Staates“ – verhält sich widersprüchlich und unentschlossen. Einerseits zeichnet er sich aus durch Zögerlichkeit und Schwäche in der Durchsetzung existierender kodifizierter Normen und in der Vollstreckung rechtlicher und exekutiver Beschlüsse, andererseits kann er auch außergewöhnlich brutal sein. Diese widersprüchlichen und unbestimmten – und vielleicht pragmatischen – Ansätze des Staates zeigen ein Dilemma auf, welches Machtbeziehungen in einem postkolonialen Land durchzieht (ebd.). Zur gleichen Zeit ist eine der größten Gefahren antistaatlicher Positionen, dass diese die befähigende Funktion des Staates ignorieren, während sie ausschließlich regulative Aspekte des Staates hervorheben. Dies spielt nolens volens Neoliberalen und Konservativen in die Hände, die besonders im globalen Süden eine Vormachtstellung durch die Erodierung der Staatsmacht gewinnen. Außerdem neigen staatsphobische Positionen nicht nur dazu, den Staat zu dämonisieren, indem sie ihn auf die Aufgabe des Strafens reduzieren, sondern auch dazu, ihn zu dehistorisieren. Weil diese Auffassung den Eindruck erweckt, „als ob“ es keinen Unterschied zwischen skandinavischen Staaten und den USA oder Bolivien und Südafrika gäbe, wird der Staat essenzialisiert.

Auf ähnliche Art und Weise riskiert auch Foucault in seinem Versuch, Sexualität von der Gesetzgebung zu lösen, die Rolle des Gesetzes und des Staates zu verkenne. Wenn man eine Loslösung vom Gesetz vorschlägt, würde dies auch bedeuten, sich von vielen Strukturen zu lösen, die vor Gewalt und Diskriminierung schützen und durch das Gewaltmonopol des Staates ermöglicht werden. Durch Foucaults Misstrauen gegenüber dem Legalismus und dem Staatsapparat wird ignoriert, dass der postkoloniale Staat mit seinen richterlichen Funktionen als pharmakon, nämlich als Gift und Medizin, funktioniert (Spivak 2009, 34). Einerseits überschätzt Foucault den gesetzlichen Einfluss, in dem er annimmt, dass eine gesetzliche Neudefinition von Vergewaltigung vergeschlechtlichte Machtverhältnisse umgestalten kann, während er andererseits das Gesetz verdächtigt, disziplinarisch zu wirken und somit Staatsphobie verstärkt. Außerdem scheint es, als ob Foucault (2004: 254-60) mit der Befürwortung von Entschädigungen und Geldstrafen für Verbrechen wie Vergewaltigung, neoliberale ökonomische Ansätze im Umgang mit Verbrechen unterstützen würde. Neoliberale Straftheorien und Gesetzgebung streben jedoch weder eine Gesellschaft an, die frei von Kriminalität ist, noch zielen sie auf die Läuterung Krimineller. Sie bemühen sich schlicht darum, die Kriminalitätsquote zu senken, indem sie ein konstant fragiles Gleichgewicht zwischen Verbrechen und Strafe herstellen. Paul Patton (2010, 213) argumentiert etwa, dass Foucault einer Entwicklung hin zu rein ökonomische Maßnahmen zur Erzeugung von Gehorsam – im Gegensatz zu

Disziplinartechniken – begrüße. Auf diese Weise versuche Foucault, diejenige Rationalität infrage zu stellen, die die Ansicht unterstützt, dass das Gefängnis das wirksamste Mittel der Bestrafung sei. In seinen Bemerkungen zur Kriminalisierung und Entkriminalisierung von sexuellen Straftaten in Frankreich bezieht sich Foucault auf den Code Napoléon von 1810, in welchem sexuelle Straftaten keine Erwähnung fanden und in dem als einzigem zeitgenössischen Strafgesetzbuch Homosexualität nicht kriminalisiert wurde. Deswegen ist er der Meinung, dass die napoleonische Gesellschaft trotz ihrer Starrheit verhältnismäßig tolerant war (Foucault 1988, 205-206). Solche historische Beispiele unterstützen den Vorschlag Foucaults, keine spezifischen Strafgesetze für „Sexualverbrechen“ zu erlassen.

Auch Davis (2004), die in ihrer Analyse des „gefängnisindustriellen Komplexes“ der USA neben den genderspezifischen Momenten insbesondere den Zusammenhang von Kolonialismus, Sklaverei, Rassismus und der Etablierung und Verbreitung von Gefängnissen aufzeigt, plädiert für die Abschaffung derselbigen. Sie macht zudem darauf aufmerksam, dass es nicht darum gehen kann, das Gefängnis mit einer anderen Form von Bestrafung zu ersetzen. Weil Inhaftierung – und auch die Todesstrafe – nicht zufällig insbesondere Arme, Schwarze Frauen und Männer, sogenannte Latinos und Latinas und Native Americans disziplinieren soll, muss die „Entkerkerung als übergeordnetes Ziel definiert“ werden (ebd., 131). Dabei gilt es, „ein ganzes Kontinuum von Alternativen zur Haft zu entwickeln“ (ebd.). Die von Davis unterstützte und entfaltete abolitionistische Position nimmt selbstredend Vergewaltigung nicht aus.

Allerdings wirft Foucaults Vorschlag, Entschädigungen für Vergewaltigungsüberlebende zu leisten, Fragen über die wirtschaftlichen Aspekte von sexueller Gewalt auf: Wer soll für die Arzt- und Anwalts-Rechnungen zahlen? Im indischen Fall waren beide, sowohl der Vergewaltiger als auch die Familie der jungen Frau nicht in der Lage, die finanzielle Last der teuren medizinischen Behandlung zu tragen, so dass der Staat die erforderliche ärztliche Behandlung bereitstellte. Wer soll außerdem für Beratungsgespräche mit Vergewaltigungsüberlebenden zahlen und die sinnvollen Telefonhotlines einrichten? Indem für Vergewaltigungsüberlebende monetäre Entschädigung empfohlen wird, wird die Geschlechter- und Sexualpolitik „privatisiert“. Jedenfalls ist dies die überwiegende Praxis in Indien, wo die Verhandlungsmacht der beteiligten Parteien das Ausmaß der Entschädigung bestimmt.

Die Angelegenheit spitzt sich im Fall von Konfliktsituationen noch weiter zu. Einerseits fungieren Diskurse um Vergewaltigung häufig als Alibi, um humanitäre Interventionen in nicht-westlichen Kontexten zu legitimieren. Andererseits wird Vergewaltigung zunehmend als Kriegswaffe genutzt. Seit den Transitional-Justice-Prozessen für Ruanda und Jugoslawien wird sexuelle Gewalt als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord behandelt (OHCHR o.J.). Die Implementation dieser Forderungen zeigt die befähigende Rolle des (internationalen) Rechts auf, um Rechte von Überlebenden zu fördern und zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar, postkolonial-feministische Perspektiven auf Vergewaltigung zu überdenken, so dass sie weder Frauen viktimisieren noch

die Körper genitalisieren, sie weder verletzliche Bevölkerungsgruppen gouvernementalisierbar machen, noch die Staatsphobie verstärken, sie weder Frauen selbst für ihre Sicherheit verantwortlich machen, noch das biopolitische Staatsprojekt rationalisieren. Auch wenn wir „dem König den Kopf abschlagen“ (Foucault 2003, 200) und uns auf die Mikrophysik der Macht und das strategische ins Feld führen von Geschlecht und Sexualität fokussieren, auf denen gouvernementale Strategien und politische Rationalität basieren, ist es ebenso wichtig, eine Politik anzustreben, die es den Regierten ermöglicht, Ansprüche gegenüber den Staat zu erheben und im Spivakschen Sinne „gehört zu werden“. Wenn Zivilgesellschaft selbst ein Konzept der Regierungstechnologie darstellt (Foucault 2008, 406f.), wenn Subjekte und der Staat durch Regierungspraktiken konstituiert werden, dann ist es unmöglich, Pro- oder Contra-Positionen gegenüber dem Staat einzunehmen. Viel eher müssen die Widersprüchlichkeiten, die Unschlüssigkeit, Misserfolge und Krisen in der Art und Weise des Regierens ausgenutzt werden, um die Rechte der Regierten durchzusetzen. Dabei handelt es sich nicht um die Umstrukturierung des Staates, sondern die Umgestaltung der Regierungskunst. Wenn man bedenkt, dass der Staat ein Effekt von mehreren Gouvernementalitäten ist (Foucault 2004: 115), der die Führung von Individuen und Gruppen führt, bleibt die Herausforderung, einen Staat zu konstituieren, der dazu fähig ist, auf die Bedürfnisse und Hoffnungen seiner verletzlichen BürgerInnen in nicht paternalistischer Weise zu reagieren. Gleichzeitig kann eine Gegen-Führung durch das Aufzeigen der Grenzen einer spezifischen Governmentalität ermöglicht werden. Wenn Subjekte nicht einfach regiert werden, sondern regierbar gemacht werden, kann die Sabotage der konstituierenden Macht, welche Frauen als verletzlich erzeugt, die postkolonialen Regierungspraktiken verändern.

Anmerkungen

- 1 Übersetzung aus dem Englischen von Greta-Lina Keiner. Ich danke Elisabeth Fink, Andrea Fleschenberg dos Ramos Pinéu, Gesine Fuchs, und María do Mar Castro Varela für ihre Unterstützung.
- 2 Dalit ist eine Bezeichnung für Gruppen, die traditionellerweise als „unberührbar“ angesehen werden.
- 3 Siehe: <http://criticalencounters.net/2009/02/25/foucault-and-indian-scholarship/> (07.08.2013).
- 4 Das indische Gesetz verbietet die Nennung der Namen von „Opfern“ sexueller Straftaten, um sie vor sozialem Stigma zu schützen. Ich ziehe den Begriff „Vergewaltigungsüberlebende“ vor, um die Handlungsmacht der Überlebenden von Vergewaltigung und sexuellen Angriffen zu kennzeichnen. Im Fall dieser Vergewaltigung kann man tragischerweise nicht von einer Überlebenden sprechen, weil die junge Frau ihren Verletzungen erlag.
- 5 Im Namen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung beschloss die Landesregierung von Neu-Delhi, die U-Bahn im Stadtzentrum zu schließen, um Protestversammlungen zu verhindern. Außerdem wurden Tränengas gegen DemonstrantInnen eingesetzt und Ausgangssperren verhängt. In anderen Teilen der Stadt gab es ähnliche Einschränkungen.
- 6 Zunächst weigerten sich viele AnwältInnen in Neu-Delhi, die sechs der Gruppenvergewaltigung beschuldigten Männer zu vertreten.

- 7 Statements, in denen sowohl sexuelle Gewalt gegen Frauen verurteilt als auch die Todesstrafe abgelehnt wird, wurden nach den Protesten von verschiedenen Frauenorganisationen sowie AkademikerInnen und AktivistInnen veröffentlicht. Siehe: <http://kafila.org/2012/12/24/statement-by-womens-and-progressive-groups-and-individuals-condemning-sexual-violence-and-opposing-death-penalty/> [07.08.2013].
- 8 Während der Vorbereitungssitzung für ein Interview mit einem bekannten deutschen Radiosender, von dem ich für eine Stellungnahme angefragt wurde, lenkte ich die Aufmerksamkeit auf die orientalistische Natur der Fragen, woraufhin das Interview kurzfristig abgesagt wurde. Ich nenne dies das „Necla Kelek-Phänomen“, worin eine native informant die „authentische“ Perspektive über die viktimisierte „Dritte-Welt-Frau“ bereitstellen soll. Geschieht dies nicht, sinkt das Interesse an der Meinungsäußerung gegen Null.
- 9 Im Jahre 2011 wurde Pauline Nyiramasuhuko, ehemalige ruandische Ministerin für Frauen und Familie als erste Frau wegen Völkermordes vor einem internationalen Gericht angeklagt und zu lebenslanger Haft für ihre Rolle im Völkermord und in der Vergewaltigung von Frauen und Mädchen der Tutsi verurteilt. Sie war als „Ministerin der Vergewaltigung“ berüchtigt dafür, während des Genozids Vergewaltigungskampagnen und zu sexueller Massengewalt anzustiften (Mageza-Barthel 2012, 124; 142).
- 10 Nachdem am Morgen des 27. Februar 2002 ein Mob unter nicht genau geklärten Umständen einen Zug mit Hindu Pilgern in der Stadt Godhra (Gujarat) angegriffen hatte und dabei 58 Menschen tötete, herrschte eine Welle der Gewalt gegen Muslime in Gujarat. Bis zu 3.000 Menschen sind ums Leben gekommen, darunter viele Frauen. Von Pogromen, Vertreibungen und „ethnischer Säuberung“ ist die Rede. Siehe: International Initiative for Justice (IJJ), 2003: Threatened Existence: A Feminist Analysis of the Genocide in Gujarat. Internet: <http://www.onlinevolunteers.org/gujarat/reports/ijjg/2003/> [07.08.2013]
- 11 Alle Zitate im Text sind eigene Übersetzungen.
- 12 Die US-amerikanische radikale Feministin Catherine MacKinnon vertritt die Auffassung, dass die Annahme, Vergewaltigung sei nicht sexuell motiviert, Sex von jeder Implikation der Gewalt oder des Zwangs befreit und letztlich bedeute, dass „Geschlechtsverkehr (...) nicht gewaltsam sein“ könne, da „Gewaltsamkeit (...) sich nicht in Geschlechtsverkehr ausdrücken“ könne (1989, 323).
- 13 Am Freitag, den 13. September 2013 wurden die vier Angeklagten wegen Gruppen-Vergewaltigung und Mordes an der jungen Frau zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde von der Familie des Opfers und einer breiten Öffentlichkeit begrüßt. Zuvor war einer der Angeklagten tot in seiner Gefängniszelle aufgefunden worden; angeblich hatte er Selbstmord begangen. Ein zweiter Angeklagter, ein Jugendlicher, wurde im vergangenen Monat zu drei Jahren Haft verurteilt, die schwerste Strafe, die im indischen Jugendstrafrecht möglich ist. Das Urteil wird höchstwahrscheinlich vor dem Obersten Gerichtshof angefochten werden. Im Jahr 1980 hatte der indische Oberste Gerichtshof entschieden, dass Hinrichtungen nur sehr zurückhaltend angewendet werden sollten und sie sich auf die „seltensten der seltenen Fällen“ beschränken sollten. Dementsprechend befinden sich 477 Menschen in Indiens Todeszellen, wobei in den letzten 20 Jahren nur vier Todesurteile vollstreckt wurden.

Literaturverzeichnis

- Agnes**, Flavia, 2013: No Shortcuts on Rape: Make the Legal System Work. In: *Economic and Political Weekly*. xlviii (2), 12-15.
- Barnett**, Pamela E., 2004: *Dangerous Desire: Sexual Freedom and Sexual Violence since the Sixties*. New York, London.
- Berlant**, Lauren, 2009: Affect, Noise, Silence, Protest: Ambient Citizenship. Internet: publicsphere.ssrc.org/berlant-affect-noise-silence-protest-ambient-citizenship/ [24.07.2013].
- Brown**, Wendy, 1992: Finding the Man in the State. In: *Feminist Studies*. 18 (1), 7-34.
- Brownmiller**, Susan, 1975: *Against Our Will: Men, Women and Rape*. New York.
- Butler**, Judith, 2004: *Precarious Life: The Powers of Mourning and Violence*. London.
- Cahill**, A., 2000: Foucault, Rape and the Construction of the Feminine Body. In: *Hypatia*. 15 (1), 43-63.
- Davis**, Angela, 1981: Rape, Racism and the Myth of the Black Rapist. In: *Women, Race, Class*. New York, 172-201.
- Davis**, Angela, 2004: *Eine Gesellschaft ohne Gefängnisse? Der gefängnisindustrielle Komplex der USA*. Berlin.
- Foucault**, Michel, 1977: *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit*. 1.. Frankfurt/M.
- Foucault**, Michel, 1987: Das Subjekt und die Macht. In: Dreyfus, Hubert/Rabinow, Paul (Hg.): *Michel Foucault: Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*. Frankfurt/Main, 243- 261.
- Foucault**, Michel, 1988 (1977): Confinement, Psychiatry, Prison. In Kritzman, L.D. (Hg.): *Politics, Philosophy, Culture: Interviews and Other Writings, 1977-1984*. New York, 178-210.
- Foucault**, Michel, 1993a: Technologien des Selbst. In: Martin, Luther H. et al (Hg.): *Technologien des Selbst*. Frankfurt/M, 24-62.
- Foucault**, Michel, 1993b: About the Beginning of the Hermeneutics of the Self. (Transcription of Two Lectures in Dartmouth on Nov. 17 and 24, 1980). Herausgegeben von Mark Blasius. In: *Political Theory*. 21 (2), 198-227.
- Foucault**, Michel, 2000 (1978): Die Gouvernementalität. In: Bröckling, Ulrich/ Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt/M., 41-67.
- Foucault**, Michel, 2003 (1977): Gespräch mit Michel Foucault. In: Defert, Daniel/Ewald, Francois (Hg.): *Michel Foucault. Schriften in Vier Bänden. Dits et Ecrits*. III (192). Frankfurt/M., 186-213.
- Foucault**, Michel, 2004: *Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik. Vorlesung am Collège de France 1978-1979*. Herausgegeben von Michael Sennelart. Frankfurt/M.
- Hengehold**, Laura, 1994: An Immodest Proposal: Foucault, Hysterization, and the "Second Rape". In: *Hypatia*. 9 (3), 88-107.
- Lemke**, Thomas, 2010: Foucault's Hypothesis: From the Critique of the Juridico-Discursive Concept of Power to an Analytics of Government". In: *Parrhesia*. 9, 31-43.
- MacKinnon**, Catherine A., 1989: Sexuality, Pornography, and Method: "Pleasure under Patriarchy". In: *Ethics*. 99 (2), 314-346.
- Mageza-Barthel**, Rirhandu, 2012: *Women's Stake and the United Nations Gender Norms in Rwanda's Post-Genocide Transformation Process*. Dissertation. Frankfurt/M.
- Marcus**, Sharon, 1992: *Fighting Bodies, Fighting Words: A Theory and Politics of Rape Prevention*. In: Butler, Judith/Scott, Joan (Hg.): *Feminists Theorize the Political*. London, New York, 385-403.
- National Crime Records Bureau (NCRB)**, 2012: Chapter 5. Crime against Women. Internet: ncrb.nic.in/CD-CII2011/cii-2011/Chapter%205.pdf [24.07.2013].

Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (OHCHR), ohne Jahr: Rape: Weapon of war. Internet: www.ohchr.org/en/newsevents/pages/rapeweaponwar.aspx (24.07.2013)

Patton, Paul, 2011: Foucault and Normative Political Philosophy. In: O'Leary, Timothy/Falzon, Christopher (Hg.): Foucault and Philosophy. Malden, 204-222.

Plaza, Monique, 1981: Our Damages and their Compensation. Rape: The Will Not to Know of Michel Foucault. In: Feminist Issues. 1, 25-35.

Randeria, Shalini, 2009: „Transnationalisierung des Rechts und der ‚listige Staat‘ in Indien: zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen die Privatisierung öffentlicher Güter“. In: Randeria, Shalini/Eckert, Andreas (Hg.): Vom Imperialismus zum Empire. Frankfurt/M., 211-236.

Sunder Rajan, Rajeswari, 2003: The Scandal of the State: Women, Law and Citizenship in Postcolonial India. Durham.

Spivak, Gayatri Chakravorty, 2009: They the People. Problems of Alterglobalization. In: Radical Philosophy. 157, 32-37.

Woodhull, Winifred, 1988: Sexuality, Power, and the Question of Rape. In: Diamond, Irene/Quinby, Lee (Hg.): Feminism and Foucault: Reflections on Resistance. Boston, 167-176.

Was ist Gaga? Überlegungen zu Lady Gaga und J. Jack Halberstams Gaga-Feminismus

JANA GÜNTHER

Die Liste der „Bindestrich-Feminismen“ (Warnecke 2007, 32f.), oder besser der ‚attributiven‘ Feminismen, ist in den letzten Jahren länger geworden. Judith Jack Halberstams Buch „Gaga Feminism“ von 2012 reiht sich somit, zumindest auf den ersten Blick, in einen Trend ein, welcher dadurch gekennzeichnet ist, dass feministische Akteur_innen, Journalist_innen und/oder Wissenschaftler_innen aktuelle Strömungen und Veränderungen in Bezug auf die Geschlechterverhältnisse durch neue differenzierte Feminismus-Konzepte zu erklären suchen oder, wie im Fall Halberstams, als politisch-konzeptionelle Denkanstöße interpretieren. Halberstam geht es dabei nicht darum, ihr/sein Verständnis von Gaga-Feminism alleinig an Lady Gaga als Person zu binden, sondern vielmehr soll ein inspirierender Vorschlag für neue Praktiken von Genderpolitiken unterbreitet werden (Halberstam 2012, xii).

Lady Gaga ist für Halberstam ein Symbol für eine neue Form von Feminismus, wenngleich nicht eines „brand-new feminism“ (ebd.). Gaga selbst, und dies stellt Halberstam noch einmal explizit fest, ist kein_e „Architekt_in“ (ebd., xiii) neuer Genderpolitiken. Trotzdem lässt sich zunächst berechtigterweise die Frage stellen, warum nun ausgerechnet Lady Gaga als ein Symbol neuer feministischer Praxen gedeutet werden könnte, reiht sie sich mit ihren skandalisierten Inszenierungen doch durchaus in die Vermarktungsstrategien der globalen Popmusik-Ökonomie ein. Folgend werde ich demnach der Frage nachgehen, welche subversiven künstlerischen Techniken Lady Gaga anwendet, wie sich diese in die Halberstam'sche Konzeption des Gaga-Feminismus einpassen und letztlich in politische Praxen transferieren lassen.

Gagaistische Performanz

„Pop culture was in Art
now ART's in POP culture,
in me!
I live for the Applause!“

*Lady Gaga*¹

Lady Gaga, die ihre Arbeit selbst als Kunst bezeichnet, betreibt eine Form der, wie ich es nenne, ‚radikalen‘ Performanz. In ihren öffentlichen Performances, Presseinterviews, Videoclips und Fotografien verfolgt Gaga eine vollständige Inszenierung ihres Körpers als Kunstform. Die Beschreibbarkeit ihres Körpers ist meines Erachtens demnach das eigentliche Thema ihrer Kunst.

Judith Butler geht davon aus, dass der Körper nicht nur Materie, „sondern ein fortgesetztes und unaufhörliches *Materialisieren* von Möglichkeiten“ (Butler 2002, 304) ist.

Man ist nicht einfach ein Körper, sondern man macht seinen Körper in einem ganz zentralen Sinn, ja man macht ihn anders als seine Zeitgenossen und auch anders als seine verkörperlichten Vorgänger und Nachfolger (ebd.).

Damit verweist Butler auf die grundsätzliche Gestaltbarkeit von Körpern, welche als intentional organisierte Materialitäten „immer eine Verkörperung *von* Möglichkeiten“ sind, jedoch von „historischen Konventionen sowohl konditioniert und beschnitten sind“ (Butler 2002, 305). Das „(t)un, dramatisieren, reproduzieren“, so Butler weiter, scheinen die „elementaren Strukturen der Verkörperung“ zu sein (ebd.).

Lady Gaga zeigt in ihren Performances eben jene grundsätzliche Gestaltbarkeit von Körpern, da ihre unterschiedlichen Verkörperungen performative Artefakte ihrer Kunst darstellen. Eines dieser performativen Artefakte ist beispielsweise ihr als männlich inszeniertes Alter Ego *Jo Calderone*, welcher im Video „Yoü and I“² besondere Aufmerksamkeit erfährt und auch bei den MTV Video Music Awards 2011 Gagas Preis für das „Best Female (!) Video“ (Hervorhebung J.G.) entgegennimmt (Anderson 2011). Diese performative Uneindeutigkeit schreibt sich auch in Lady Gaga als ‚Privatperson‘ ein. Noch immer scheint unklar, ‚wer‘ Lady Gaga als ‚Person‘ eigentlich ist. Anders als bei anderen Popstars (beispielsweise Justin Bieber, Madonna oder Rihanna) ist aus dem Privatleben nur sehr wenig bekannt. Ihre Performances stehen somit für sich und der/die Rezipient_in ist gezwungen, die möglichen ‚Messages‘ ihrer Darbietungen selbst zu ergründen und diese nicht an einen biografisch und historisch beschriebenen ‚Körper‘ bzw. eine ‚Privatperson Gaga‘ oder ihr Geschlecht rückzubinden.

Judith Butler verweist in ihren Konzeptionen auf die „Figur der inneren Seele“, die „innerhalb“ des Körpers liegen soll (Butler 1991, 199). Diese „Seele“ wird in Butlers Verständnis durch „ihre Einschreibung *auf* den Körper bezeichnet“ (ebd.). Ihre „primäre Bezeichnungsweise“ und „ihre machtvolle Unsichtbarkeit“ verlaufen aber über ihre „Abwesenheit“ (Butler 1991, 199). Wenn diese im Inneren liegenden psychischen Prozesse demnach die *body politics* beschreiben, so geht Butler noch ein Stück weiter, muss dies „auch eine entsprechende Reformulierung der Geschlechtsidentität als Disziplinarproduktion“ (Butler 1991, 199) bedeuten. Die ‚Geschlechtsidentität‘ erzeugt demnach „durch das Spiel von An- und Abwesenheit auf der Oberfläche des Körpers die Figuren der Phantasie“ und ist „als Konstruktion des geschlechtlich bestimmten Körpers (*gendered body*) durch eine Reihe von Ausschließungen und Verleugnungen, die jeweils Abwesenheiten bezeichnen“ (ebd.), gekennzeichnet. Die ‚Geschlechtsidentität‘ wirkt demnach als Disziplinarproduktion und führt zu einer „falsche(n) Stabilisierung der Geschlechtsidentität im Interesse der heterosexuellen Konstruktion und Regulierung der Sexualität innerhalb des Gebiets der Fortpflanzung“ (Butler 1991, 199). Butler schlägt vor, die Identifizierung (von Geschlecht) als „inszenierte Phantasie oder als Einverleibung“ zu verstehen, denn dies ermögliche, dass die vermeintliche Kohärenz „begehrt, erwünscht und idealisiert wird und daß diese Idealisierung der Effekt einer leiblichen Bezeichnung“ ist (Butler 1991, 200). „Akte, Gesten und Begehren“ erzeugen, so Butler, einen „Effekt eines inneren Kerns oder einer inneren Substanz; doch erzeugen sie ihn *auf der Oberfläche* des Körpers, und zwar durch das Spiel der bezeichnenden Abwesenheiten, die zwar auf das organisierte Identitätsprinzip hinweisen, aber es niemals enthüllen“ (Butler 1991, 200).

Lady Gaga verweist in ihren Inszenierungen indirekt oder direkt auf die Performativität von Geschlecht, indem sie sich den hegemonial forcierten Imaginationen von Geschlechtlichkeit entzieht und ihren Körper als unterschiedliche geschlechtliche Artefakte inszeniert. Die Konfusionen, die sie damit bei ihrem Publikum auslöst, zeigt die ab 2009 in den Medien immer wieder geführte ‚Penis-Debatte‘. So sei beispielsweise auf dem Glastonbury Festival bei ihrer Performance deutlich der Abdruck ihres Penis zu sehen gewesen (z.B. merkur-online.de 2009). M.E. ist diese medial reißerische Debatte um einen möglichen Penis oder eine mögliche Intersexualität auf ihre einer binären Zweigeschlechtlichkeit sowie heterosexuellen Geschlechterhegemonie entgegenwirkenden Inszenierungen oder auch gerade auf die überinszenierten ‚Weiblichkeiten‘ und ‚Männlichkeiten‘ zurückzuführen. Es ist fraglich, ob es ähnliche mediale Debatten um geschlechtlich weniger ambiguo Stars, wie z.B. Christina Aguilera oder Britney Spears, gegeben hätte bzw. ob der vermeintliche Penis nicht eher als ein ‚fashion mistake‘ gewertet worden wäre. Lady Gaga nimmt auf die mediale ‚Penis-Diskussion‘ durch einen wiederum performativ künstlerischen Akt selbst Bezug: Im Videoclip „Telephone“³ wird sie inhaftiert, und eine Gefängniswärterin sagt später „I told you she didn’t have a dick“. „Too bad“, antwortet die andere.

Erika Fischer-Lichte (2002, 278) stellte bereits vor zehn Jahren die These auf, dass es bei Theateraufführungen ein neues Verhältnis zwischen Akteur_innen und Zuschauenden gibt und dass sich das Verhältnis von Theater zu anderen Künsten bzw. kulturellen Veranstaltungen verändert hat. Die Arbeit Lady Gagas ist m.E. Ausdruck eines ‚performative turn‘ in der Popkultur, den Fischer-Lichte zunächst für das Theater beschrieben hat. Die referentiellen Funktionen von Inszenierungen sind zugunsten performativer Funktionen in den Hintergrund getreten. Während die referentielle Funktion auf die reine Darstellung von Figuren, Handlungen, Beziehungen oder Situationen verweist, richtet sich die performative Funktion auf den „Vollzug von Handlungen“ und deren unmittelbare Wirkung (Fischer-Lichte 2002, 279). Wesentlich ist demnach, dass es dem_der Zuschauenden überlassen bleibt, die Handlungen selbst und nach eigenen „Spielregeln zueinander in ein Verhältnis zu setzen“ (Fischer-Lichte 2002, 280). Auch Lady Gaga bedient sich der medialen Rezeption ihrer körperlich performativen Artefakte und löst die ‚Penis-Frage‘ in einer inszenierten Geschlechterperformance vermeintlich auf, indem sie zwei (möglicherweise) Transgender Gefängniswärterinnen die Frage klären lässt, ob sie einen Penis hat oder nicht. Damit bricht sie performativ mit der binären Logik hegemonialer Zweigeschlechtlichkeit. Die Wirkung der „Wahrheits-Effekte eines Diskurses“ (Butler 1991, 201), welcher Geschlechtsidentitäten als primäre feste Identitäten hervorbringt (ebd.), wird so durch Lady Gaga offengelegt und persifliert.

Die Inszenierungsformen Gagas wirken demnach auf zwei Ebenen. Einerseits spielt sie mit den Akten der vergeschlechtlichten Performanzen selbst und andererseits bedient sie sich popkultureller-künstlerischer Stilmittel, die sie in neuer Weise provokativ kombiniert und in ihren Performances stilisiert. Was Fischer-Lichte für das sich verändernde Theater beschreibt, lässt sich demnach auch für Lady Gaga geltend machen: Es ergeben sich neue Bedingungen für die Zuschauenden, da diese kaum nach „zusammenhängenden Bedeutungen“ suchen können, um „in der Aufführung konsistent formulierte Botschaften zu entschlüsseln“ (Fischer-Lichte 2002, 281).

Statt dessen eröffnet sich ihm die Möglichkeit, die vor seinen Augen und Ohren ablaufenden Aktionen als Material und die Art ihres Vollzuges zu beobachten oder auch den einzelnen Handlungen Bedeutungen beizulegen, die ihm aufgrund seiner spezifischen Wahrnehmungsmuster, Assoziationsregeln, Erinnerungen, Diskurse u.a. einfielen. Zuschauen wurde so einerseits als Tätigkeit, als ein Handeln bestimmt und in den Blick gebracht (ebd.).

Gaga? Dada? Gender Trouble?

Gaga polarisiert, Gagas Inszenierungen sind uneindeutig, spielen mit konstruierten Mustern von Geschlechtlichkeit. Die Hinwendung Gagas zum Publikum durch ihre ‚Entpersonalisierung‘, das Fehlen einer biografischen bzw. historischen Person bzw.

die alleinige Konzentration auf die Performance ihrer Körper, die eigene Interpretationen verlangt und die Rezipient_innen damit, in Fischer-Lichtes Worten, mit ihren eigenen „spezifischen Wahrnehmungsmustern, Assoziationsregeln, Erinnerungen, Diskursen“ einbezieht, läutet auch für die Popmusik, nach meiner Lesart, eine performative Wende ein. „Die Entdeckung des Zuschauers“ hat für das Theater schon Anfang des 20. Jahrhunderts mit dem Dadaismus oder den Futurist_innen stattgefunden (Fischer-Lichte 2002, 284). Hugo Ball beschrieb 1916 in „Die Flucht aus der Zeit“, dass der Versuch, das Publikum „mit künstlerischen Dingen zu unterhalten“, die dadaistischen Bestrebungen seiner Zeitgenoss_innen in „ebenso anregender wie instruktiver Weise zum ununterbrochen Lebendigen, Neuen, Naiven“ (Ball (1916) 1994, 18) dränge. Gaga, seines Wortsinns her vom französischen Wort „kindisch“ abgeleitet, bedeutet „nicht bei Sinnen; (umgangssprachlich) närrisch, nicht ganz/recht bei Trost“ (Duden 2013, o.S.), was sich Lady Gaga explizit zu Eigen gemacht hat und als Wortspiel, so Halberstam (2012, xxv), neu popularisiert.

Lady Gaga bedient sich in ihren Darbietungen gängiger Erzählstrukturen, wirkmächtiger Figuren sowie Symbolen der US-amerikanischen Popkultur und setzt diese in neue Erzählweisen zusammen. Eine Interpretation könnte demnach sein, dass Gaga in einer Linie mit Künstler_innen der Avantgarde steht und in ihrer Kunst Dada in Gaga transformiert wird. Lady Gaga fordert mit ihren eigenwilligen Performances die Popkulturindustrie, deren Konsumtionsmaschinerie und die Geschlechterhegemonien ebenso heraus, wie Dada in den 1920ern Jahren die Bildende Kunst. Dada wollte provozieren, verunsichern und Absurditäten der Gesellschaft offenlegen und damit die gesellschaftlichen Vorstellungen über Kunst zerstören. Der_die Dadaist_in weiß, „daß die Welt der Systeme in Trümmer ging, und daß die auf Barzahlung drängende Zeit einen Ramschverkauf der entgötterten Philosophien eröffnet hat“ (Ball (1916) 1994, 24). Und auch hier ist die Parallele zu Lady Gaga zu sehen: So versucht sie einerseits, die Grenzen zwischen Kunst und Populärkultur in ihren Darbietungen aufzulösen; andererseits schafft sie steten medialen Skandalon, da sie die Grenzen der wirkmächtigen hegemonialen Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität verwischt.

In dem Videoclip „Alejandro“⁴, welches offensichtlich Stilmittel aus Madonnas Videoclips persifliert, finden sich zahlreiche Symbole, die auf sexuelle Gewalt, Sado-Masochismus und Militär sowie Religion hinweisen; die Bildsprache korrespondiert allerdings kaum mit dem eher als Liebeslied inszenierten Musikstück. Weder der Titel des Stücks, noch die Performance in dem Videoclip lassen eine vereindeutigende Interpretation zu. Im Videoclip „Telephone“, so stellt Halberstam (2012, 61ff.) fest, werden heteronormative Geschlechterkonstruktionen aufgelöst und ein „end of men“ (Halberstam 2012, 61) inszeniert. Auch hier passt sich die Machart der Musik nicht in die Darstellungen im Clip ein, der auf populäre Filmnarrative des Road-Movie-Genre zurückgreift. Gaga und Beyoncé verarbeiten in dem gemeinsamen Stück bekannte Filme wie Kill Bill (Pussy Waggon), Natural Born Killers (Coffee Shop Massaker) und Thelma und Louise (Händedruck), jedoch ohne die Zentrierung auf das ,geliebte

männliche Andere‘ oder den ‚mächtigen männlichen Gegenspieler‘. So gelingt es, „an exciting and infectious model of sapphic sisterhood that moves beyond sentimental models of romantic friendship and into a different kind of feminism“ zu kreieren (Halberstam 2012, 5). Ein weiteres Beispiel für Gagas künstlerische Gender-Bender-Praktiken ist „You and I“: Hier spielt sie die weibliche wie auch männlich konnotierte Hauptrolle zu einem Liebeslied, welches romantisch und im klassischen Country-Musik-Stil umgesetzt ist. Das Video könnte in seiner Übertreibung des ruralen Umfeldes (Maisfeld und Scheune) eine Persiflage auf das US-amerikanische Narrativ des ‚coming home‘-Movies und der damit verbundenen Vorstellung der ersten und immer währenden Liebe sein (Sweet Home Alabama). Gaga sitzt emphatisch singend im Maisfeld an einem Klavier, während ihr Geliebter Jo Calderone, den sie ebenfalls performt, ihr zuhört, sich betrinkt, spuckt und raucht. Die ganze Szenerie wird laufend unterbrochen von verstörenden und surrealistischen Bildern einer in einen absurden Apparat gezwängten Gaga, der ihren Körper verformt und verzerrt.

Diese Beispiele zeigen, dass Lady Gaga mit einer interessanten Mischung aus bekannten westlichen und post-industriellen sozialen Geschlechter-Konstruktionen arbeitet. Diese werden von ihr übertrieben persifliert oder reversiert und in teilweise chaotischer Art und Weise verwoben, so dass sie einerseits verwirren und verstören und andererseits hegemoniale Gender Images, welche die Popmusikindustrie nicht zuletzt gut vermarktet, in eine andere Erzählstruktur einbinden und diese generell so übertreiben, dass sie grotesk wirken. All das erscheint wie eine absurde Reflexion der heterosexuellen Strukturen von Geschlecht und sexuellem Begehren in einem überdimensionalen Zerrspiegel.

Judith Butler sieht in der Travestie eine Art der Performanz, welche die „Unterscheidung zwischen seelischem Innen- und Außenraum grundlegend subvertiert“ und sich damit sowohl über „das Ausdrucksmodell der Geschlechtsidentität als auch über die Vorstellung von einer wahren geschlechtlich bestimmten Identität (gender identity) lustig macht“ (Butler 1991, 201). Lady Gagas Praktiken und Narrative parodieren somit die, um mit Butlers Worten zu sprechen, Vorstellung von einer „ursprünglichen oder primären geschlechtlich bestimmten Identität“ (ebd.). Wenn in der Travestie als Performanz, wie Butler ausführt, mit der Unterscheidung „zwischen Anatomie des Darstellers (*performer*) und der dargestellten Geschlechtsidentität“ (ebd.) gespielt wird, dann spielt Lady Gaga damit im doppelten Sinne. Denn auf der einen Seite inszeniert sie sich selbst als ein performatives Artefakt, welches dann einen weiteren vergeschlechtlichten Körper, in persona Jo Calderone, performativ hervorbringt.

Butler macht drei Dimensionen der „signifikanten Leiblichkeit“ (ebd.) aus: anatomisches Geschlecht (*sex*), geschlechtlich bestimmte Identität (*gender identity*) sowie die Performanz der Geschlechteridentität (*performance*). Wenn *sex* also von der *gender identity* unterschieden wird und diese beiden sich dann wieder von der *performance* unterscheiden, dann verweist die Darstellung „nicht auf eine Unstimmigkeit zwischen *sex* und *performance*, sondern auf eine Unstimmigkeit zwischen *sex* und *gender*“ (Butler 1991, 202).

Indem die Travestie die Geschlechtsidentität imitiert, offenbart sie implizit die Imitationsstruktur der Geschlechteridentität als solcher – wie auch ihre Kontingenz (Butler 1991, 202). (Hervorhebung im Original; Anmerk. J.G.)

Und hier liegt nach meiner Lesart das Potential der gagaistischen Performances: Durch die ‚Entpersonalisierung‘ der Kunstfigur(en) Lady Gagas, die als performative Artefakte der Interpretation des Publikums überlassen werden, macht Gaga auf die Performanz der Geschlechteridentität aufmerksam. Wenn Dada die Zerstörung von „Gehirnschubkästen“ (Tzara (1918) 1994, 40) forcieren wollte, ist Lady Gaga in ihren Performances demnach auch etwas Dada.

In ihren Performances folgt sie dadaistisch-anarchischen Traditionen. Ebenso ist Lady Gaga zweifelsohne von Künstlerinnen wie Marina Abramović beeinflusst. Fischer-Lichte (2004, 40) sah in Abramovićs Umgang mit ihrem Körper, die „Vorstellung vom Körper als einer Verkörperung“ von Butler umgesetzt. Gaga und Abramović veröffentlichten Anfang August 2013 gemeinsam ein Performance-Kunst-Video, was zumindest verdeutlicht, dass es Gaga Ernst damit ist, Popkultur als Kunst zu fassen, wie sie es in ihrem Facebook-Eintrag vom 11.08.2013 in Bezug auf ihre neue Veröffentlichung ARTPOP ebenfalls signalisiert.

Ob Gaga Kunst benutzt, um Wünsche nach einem Utopia zu erfüllen, wie es die situationistische Internationale in den 1960ern Jahren in Europa wollte, mag allerdings bezweifelt werden. Ihr an Andy Warhols *factory* erinnerndes *House of Gaga* dient vielmehr dazu, ihre eigenen Performances unabhängig produzieren zu können (Solders 2010). Gagas Statement dazu: „I was making money as a songwriter and I didn’t want a condo or a car because I don’t drive and I’m never f*cking home, so I just wanted to put all my money into my performance“ (zit. nach Solders 2010). Die Frage, die sich hier aufdrängt, ist: Ist dies ebenfalls Performance? Festzuhalten ist zusammenfassend, dass Lady Gaga, im Gegensatz zu vielen anderen Stars der Popkultur, eher als eine Kunstfigur zu sehen ist, welche sich, und dies vermutlich gewollt, kaum als Privatperson inszeniert, obwohl eben dies eine von der Unterhaltungsindustrie wesentliche Vermarktungsstrategie ist.

Gaga als queer-feministische Praxis

Wie lässt sich das Phänomen Gaga für feministische Politiken übersetzen? Halberstam versucht, in seinem_ ihrem Buch zu zeigen, dass Gaga-Feminismus eine politische Ausdrucksweise sein kann, welche sich als naiver Nonsense maskiert/inszeniert, aber an größeren und bedeutungsvolleren Formen von Kritik partizipiert (Halberstam 2012, xxv).

This feminism is about improvisation, customization, and innovation (Halberstam 2012, xiv).

Das eigentliche Vergnügen an Performanz besteht für Butler darin, dass „entgegen kultureller Konfigurationen ursächlicher Einheiten“, welche als natürliche und notwendige Sachverhalte vorausgesetzt werden, die „Kontingenz in der Beziehung“ zwischen sex und gender anerkannt wird (Butler 1991, 202). Statt des Gesetzes der „heterosexuellen Kohärenz“ wird in der Performanz sex und gender entnaturalisiert und dies geschieht, indem die Differenz zwischen diesen Kategorien eingestanden wird und die „kulturellen Mechanismen ihrer fabrizierten/erfundenen Einheit“ auf die Bühne gebracht werden (Butler 1991, 203). Die Performances von Lady Gaga zeigen nach meiner Lesart, dass Körper nicht „passiv mit kulturellen Codes beschrieben“ (Butler 2002, 313) werden, da sie aktiv Codes und Narrative nutzt, um ihren Körper ‚einzuschreiben‘. Die Performativität von Geschlecht, aber auch von Klasse und Regionalität (Jo Calderone) wird sichtbar. Für die Geschlechter-Parodie (*gender parody*), so Butler, ist ein „Original“ nicht die Voraussetzung: Sie zeigt vielmehr, dass die „ursprüngliche Identität, der die Geschlechtsidentität nachgebildet ist, selbst nur eine Imitation ohne Original ist“ (Butler 1991, 203). Die Geschlechtsidentität ist somit eine „Produktion“, welche als „Imitation“ auftritt (Butler 1991, 203). Die damit entstehende „Ungewißheit der Identitäten“ vermittelt „Re-Signifikation“ und „Re-Kontextualisierung“ (Butler 1991, 203).

Die parodistische Vervielfältigung der Identitäten nimmt der hegemonialen Kultur und ihren Kritiken den Anspruch auf naturalisierte oder wesenhafte geschlechtlich bestimmte Identitäten (ebd.).

Parodie ist jedoch, so stellt Butler (1991, 204) dezidiert fest, nicht per se subversiv. Welche Formen also verstörend und welche „gezähmt“ sind und „erneut als Instrumente der kulturellen Hegemonie in Umlauf gebracht werden“, also die eigentliche Wirkung der Parodie, hängt vom Kontext und der Rezeption ab (Butler 1991, 204). Inwieweit das künstlerische Projekt Gaga wirklich emanzipatorische Effekte auf gesellschaftliche Strukturen haben könnte, bleibt offen. Der Kritik, dass Lady Gaga sich nur kulturökonomisierter Praxen bedient, hält Halberstam Folgendes entgegen:

Das System Gaga stammt für mich nicht nur aus der feministischen Punkgeschichte, sondern vereint auch die Traditionen von Dada und Andy Warhol. Warhol hat auch nie etwas Relevantes zur Bürgerrechtsbewegung gesagt. Er kritisierte auf seine Art die Hochkultur und stellte Bezüge zu einer queeren Club-Kultur her, die er in gewisser Weise zur Kunst machte, er war, wie Gaga, ein Genie des Celebrity-Systems, dessen Pervertierung er gleichermaßen aufzeigte und dem er, wie Gaga, eine subkulturelle Alternativwelt entgegenstellte (Halberstam zit. nach Stüttgen 2013, o.S.).

Lady Gaga ist für Halberstam ein Symbol bzw. eine Metapher, um Möglichkeiten neuen Denkens zu beschreiben. „Gaga feminism leads the way to an anarchist project of cultural riot and reciprocation“ (Halberstam 2012, 137). Mit Gaga-Feminismus

möchte er_sie nicht zuletzt aus den „klassischen Formen queerer Theorie und akademischer Kanonisierung“ heraustreten (Stüttgen 2013, o.S.).

Anmerkungen

- 1 Facebook-Eintrag von Lady Gaga am 11.08.2013. Internet: www.facebook.com/ladygaga (12.08.2013).
- 2 "You and I", 2010. Internet: ladygaga.wikia.com/wiki/You_and_I (01.07.2013).
- 3 "Telephone", 2009. Internet: ladygaga.wikia.com/wiki/Telephone (01.07.2013).
- 4 "Alejandro", 2010. Internet: ladygaga.wikia.com/wiki/Alejandro (01.07.2013).

Literatur

Anderson, Kyle, 2011: Lady Gaga's night as Jo Calderone: Was it too much? Internet: music-mix.ew.com/2011/08/29/vmas-lady-gaga-jo-calderone/ (01.07.2013).

Ball, Hugo, (1916) 1994: Die Flucht aus der Zeit. Auszüge. In: Riha, Karl/Schäfer, Jörgen/Merte, Angela (Hg.): Dada total. Manifeste, Aktionen, Texte, Bilder. Stuttgart, 16-32.

Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt/M.

Butler, Judith, 2002: Performative Akte und Geschlechterkonstitutionen. In: Wirth, Uwe (Hg.): Performanz. Zwischen Sprachphilosophie und Kulturwissenschaft. Frankfurt/M., 301-320.

Duden, 2013: Gaga. Internet: www.duden.de/rechtschreibung/gaga_nicht_recht_bei_Verstand (01.07.2013).

Fischer-Lichte, Erika, 2002: Grenzgänge und Tauschhandel. Auf dem Weg zu einer performativen Kultur. In: Wirth, Uwe (Hg.): Performanz. Zwischen Sprachphilosophie und Kulturwissenschaft. Frankfurt/M., 277-300.

Fischer-Lichte, Erika, 2004: Ästhetik des Performativen. Frankfurt/M.

Halberstam, Judith, 2012: Gaga Feminism. Sex, Gender, and the End of Normal. Boston.

Marikar, Sheila, 2011: Lady Gaga as Jo Calderone: Brilliant or Creepy? Internet: abcnews.go.com/Entertainment/lady-gaga-jo-calderone-mtv-vmas-brilliant-creepy/story?id=14405227 (01.07.2013).

Merkur-online.de, 2009: Lady Gaga: „Ich habe einen kleinen Penis“. Internet: www.merkur-online.de/aktuelles/boulevard/lady-gaga-einen-penis-431352.html (01.07.2013).

Merte, Angela (Hg.), 1994: Dada total. Manifeste, Aktionen, Texte, Bilder. Stuttgart, 35-45.

Solders, Martin, 2010: Inspiration. Internet: www.haus-of-gaga.com/inspiration (01.07.2013).

Stüttgen, Tim, 2013: Lieber Gaga als Lacan. Interview mit Judith_Jack Halberstam. In: Jungle World, Nr. 18, 02.05.2013. Internet: jungle-world.com/artikel/2013/18/47634.html (12.08.2013).

Tzara, Tristan, (1918) 1994: Manifest Dada 1918. In: Riha, Karl/Schäfer, Jörgen/Merte, Angela (Hg.): Dada total. Manifeste, Aktionen, Texte, Bilder. Stuttgart, 35-46.

Warnecke, Jenny, 2007: „Das ist mir zu extrem!“ Eine Generationen-Studie. In: Stöcker, Mirja (Hg.): Das F-Wort. Feminismus ist sexy. Königstein/Taunus, 23-40.

Der neue Streit um Differenz? (Queer-)Feministische Perspektiven auf Islam und Geschlechterordnung

PETRA KLUG

Wird der Islam Gegenstand öffentlicher Debatten, so steht in den letzten Jahren neben dem Terrorismus vor allem die Situation von Frauen und Homosexuellen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Doch innerhalb der internationalen (queer-)feministischen Diskussion unterscheiden sich die Standpunkte zur Frage der Geschlechterordnung im Islam radikal. Dieser Artikel nimmt prägnante Positionen dieser Debatte exemplarisch in den Blick.¹ Auf der einen Seite sehen AutorInnen die Gefahr, durch Kritik an bestimmten Praxen oder Einstellungen Rassismus gegenüber MuslimInnen zu befördern. Auf der anderen Seite wird westlichen FeministInnen vorgeworfen, gerade mit dieser Haltung Menschenrechtsverletzungen an Frauen und Homosexuellen, die im Namen von Religion und Kultur begangen werden, zu ignorieren, zu dulden oder gar zu rechtfertigen, dabei für verschiedene Kulturen unterschiedliche Maßstäbe anzusetzen und so in Konsequenz selbst rassistisch zu argumentieren. Diese Positionen basieren implizit oder explizit in je unterschiedlicher Weise auf Vorstellungen, die gemeinhin mit den Begriffen Moderne resp. Postmoderne assoziiert werden und die den epistemologischen Hintergrund der Auseinandersetzung bilden.

Einer der Höhepunkte der Diskussion um Islam, Homophobie, Sexismus und Rassismus in Deutschland war wohl die Kritik Judith Butlers am Berliner Christopher Street Day (CSD) 2010. Butler nähert sich dem Themenkomplex über eine Kritik am liberalen, modernistischen Rahmen, der die Forderungen von Queers und Muslimen erst gegensätzlich erscheinen ließe. Haideh Moghissi hingegen kritisierte schon 1999 diesen Trend des postmodernen Relativismus als einen fiktiven Radikalismus, der kulturelle Differenzen feiere und sich durch seine Ablehnung von Modernität für die reaktionärsten Ideen des islamischen Fundamentalismus anbiete. Im Folgenden werden die Argumentationen dieser beiden Autorinnen analysiert und in einer Art „Streit um Differenz“ (vgl. Benhabib 1993) in konstruktiver, aber kritischer Weise gegeneinander diskutiert.

Auch in der hiesigen Debatte um den Islam finden sich sehr gegensätzliche Positionen: Christina von Braun und Bettina Mathes (2007) ziehen historische und aktuelle Parallelen zwischen Geschlechterverhältnissen in Orient und Okzident. Seyran Ateş (2008) hingegen sieht das islamische Frauenbild im Gegensatz zur westlichen Errungenschaft der Gleichberechtigung und kritisiert die unterschiedlichen Maßstäbe, die deutsche Feministinnen an sich und an „die Anderen“ anlegen würden.

Positionen

Judith Butlers Kritik in der Rede anlässlich ihrer Zurückweisung des Zivilcouragepreises des CSD am 19.06.2010 richtete sich vor allem gegen die Instrumentalisierung und Instrumentalisierbarkeit emanzipatorischer Forderungen für rassistische Argumentationen. Sie warf dem CSD eine „Komplizenschaft mit Rassismus einschließlich antimuslimischen Rassismus“ vor. Homosexuelle und Queers würden benutzt, um durch forcierte Islamophobie „kulturelle Kriege gegen MigrantInnen (...) und militärische Kriege gegen Irak und Afghanistan“ zu führen. Viele europäische Regierungen würden behaupten, dass die Freiheit von Homosexuellen geschützt werden müsse und dass dafür der neue „Hass“ auf MigrantInnen nötig sei (Butler 2010a). Schon in ihrem Buch „Raster des Krieges“ argumentiert sie, dass Sexualpolitik und feministische Politik im Dienste des Krieges stehen könnten:

Forderungen nach neuen oder radikalen sexuellen Freiheiten werden nur zu oft gerade von jenem, gewöhnlich von der Staatsmacht selbst eingenommenen Standpunkt aus angeeignet, von dem aus versucht wird, Europa und die Moderne als die privilegierte Sphäre zu reklamieren, in der sexueller Radikalismus seinen Platz finden kann und findet. Oft, wenn auch nicht immer, wird darüber hinaus verlangt, dass diese privilegierte Sphäre radikaler Freiheit gegen die vermeintliche Orthodoxie neuer Einwanderergruppen geschützt werden müsse (Butler 2010b, 100).

Dem liege die „Geschichte einer progressiven Modernität“ zugrunde, die ihrerseits Gegenstand der Reflexion werden müsse. Butler konzipiert die Frage also als ein Problem von Zeit und Fortschritt: Fortschritt definiere sich in Abgrenzung zu einer vermeintlichen Vormoderne, die dazu aber erst konstruiert werden müsse. Europa und die Moderne würden als Ort für „radikale“ sexuelle Freiheiten präsentiert und die eigentlich subversiven Forderungen nach Freiheit für Frauen und Homosexuelle von der Staatsmacht für den Kampf gegen den Islam und Einwanderung instrumentalisiert (Butler 2010b, 100f.). Die Normen, die ihr als Voraussetzung dieser spezifischen Modernität gelten, also insbesondere die Säkularität, stellten einen dogmatischen Rahmen dar, innerhalb dessen „die persönliche Ausdrucksfreiheit generell von der Unterdrückung beweglicher und strittiger Begriffe der kulturellen Differenz“ abhängen (Butler 2010b, 105). Das führe zur Spaltung zwischen progressiver Sexualpolitik auf der einen Seite und dem Kampf gegen Rassismus und religiöse Diskriminierung auf der anderen, die innerhalb des liberalistischen Rahmens gegensätzlich erscheinen müssten. Ihr gehe es also nicht „darum, sexuelle Freiheiten gegen religiöse einzutauschen“, sondern darum, den Rahmen, der diese Gegenüberstellung erst bedinge, nämlich die „restriktive Idee der persönlichen Freiheit in Verbindung mit einem restriktiven Fortschrittsbegriff“, infrage zu stellen. Ziel ist dabei die Zusammenführung der Kämpfe gegen Homophobie und gegen „kulturelle und religiöse Rassismen“ durch eine Konzentration auf Staatsgewalt und Zwangs-

mechanismen. So könne man zu einem „alternativen politischen Rahmen“ gelangen, den sie dann allerdings nicht weiter ausführt (Butler 2010b, 106f.).

Der Ansatz von *Haideh Moghissi* klingt wie eine punktgenaue Antwort auf Butler, in der viele Aspekte ihrer Position antizipiert und kritisiert werden – und das, obwohl ihre Kritik am Postmodernismus und seiner Rolle für den islamischen Fundamentalismus in „Feminism and Islamic Fundamentalism“ zehn Jahre vor Butlers Buch erschienen ist. Moghissis Hauptkritikpunkt ist eben jene im postmodernen Rahmen implizierte Ablehnung der Moderne, die die Postmoderne mit dem Fundamentalismus gemein habe (Moghissi 1999, 52). Postmoderne Ansätze lenkten den Blick auf kulturelle Annahmen hinter der universalen Vernunft, sie proklamierten unterschiedliche Geschwindigkeiten und Richtungen der Entwicklung von verschiedenen Kulturen, eine plurale Moral und plurales Wissen. Für die Debatte um den Islam berge das aber große Risiken: Denn Modernität – die sie von Modernisierung als ökonomischer Komponente unterscheidet und die auch politische und kulturelle Aspekte wie soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Säkularismus, staatliche Verantwortung und Rechtsstaatlichkeit umfasse – habe in islamischen Gesellschaften noch gar nicht begonnen (Moghissi 1999, 53f.). Sie zurückzuweisen, ohne dabei eine humanere und egalitärere Alternative anzubieten, hieße den Fundamentalismus zur einzigen Hoffnung für die islamische Welt zu machen (Moghissi 1999, 56).

Westliche AkademikerInnen würden teilweise alle Aspekte der von ihnen untersuchten Gesellschaften verteidigen – auch wenn sie für die eigene Gesellschaft nicht akzeptabel wären, und auch wenn das hieße, diejenigen Intellektuellen der untersuchten Gesellschaften zu ignorieren oder zu kritisieren, die sich mit diesen Zuständen nicht abfinden wollen (Moghissi 1999, 49f.).

Blessed by democratic social, political and cultural institutions, Western intellectuals may be able to take a sharp look at rationality, humanism, universalism and modernity. Protected as they are, they will not come to harm if they entertain fantasies about communal bonding, the exotic, the small and local, or romanticize premodern practices and institutions, harbouring hopes in them for authentic cultural practices which would respond to human spiritual needs (Moghissi 1999, 58).

Moghissi hingegen weist auf die Macht- und Gewaltförmigkeit der Implementierung und Perpetuierung von Kultur hin. Kulturen seien in sich differenziert und von Machtverhältnissen durchzogen. Sie würden durch viel Leid und Schmerz aufrechterhalten (Moghissi 1999, 59). Die Rede von unterschiedlichen Geschwindigkeiten, in denen sich Gesellschaften entwickelten, ignoriere, dass die schnelle Entwicklung des Westens auf Kosten der kolonialisierten Teile der Welt vonstatten ging. Die Aufteilung in Länder, für die individuelle Freiheiten und Rechte gelten sollen, und solche, für die sie nicht gelten müssten, suggeriere, dass in letzteren Armut, Repression und Gewalt gleichsam endemisch und natürlich seien und dass dies als ihr eigener Entwicklungsweg zu respektieren sei. Zudem erwecke diese Sichtweise

den Anschein, Leiden und Armut selbst seien verhandelbar und kulturell definiert. Diese Form von Toleranz ist für Moghissi unvereinbar mit den Menschenrechten: Sie spiele den Machthabenden und FundamentalistInnen in die Hände, die ebenfalls behaupteten, dass Menschenrechte kulturell gebunden und westlich seien, und internationale Maßstäbe für Menschenrechte als imperialistisch zurückwiesen, um ihre Unterdrückung zu legitimieren. Obwohl im Westen entstanden, dürfe Modernität nicht weiter nur bestimmten Kulturen und reichen Staaten vorbehalten bleiben (Moghissi 1999, 61ff.).

Diskussionen

Diese polarisierten Positionen werden, so der Ausgangspunkt dieses Beitrags, auf dem Hintergrund fundamental entgegengesetzter Vorstellungen von Gesellschaft und deren Kritik formuliert. Diese Vorstellungen sollen im Folgenden anhand einiger zentraler Schlüsselaspekte herausgearbeitet werden: In der Diskussion um die Postmoderne am Gegenstand der Geschlechterverhältnisse im Islam hat sich der Vorwurf des Rassismus und Ethnozentrismus als wiederkehrender Kritikpunkt herauskristallisiert. Dies ist untrennbar verbunden mit den Fragen nach der Stellung des Individuums zu seiner Kultur einerseits und dem Verhältnis zwischen den Kulturen andererseits. Dabei wird die Frage nach der Objektivität und Normativität relevant, und daran wiederum schließt sich unmittelbar die Frage nach den Implikationen des theoretischen Rahmens für eine emanzipatorische Praxis an.

Rassismus und Ethnozentrismus

Mit dem Kolonialismus hat sich ein globales Machtgefälle herausgebildet, in dem der Westen eine dominante, andere Staaten ausbeutende Rolle eingenommen hat und das sich in der Situation von MigrantInnen aus kolonialisierten Staaten im Westen reproduziert. Zentrale Struktur dieses Machtverhältnisses – sowohl der staatlichen Ein- und Ausschlussmechanismen, als auch deren Entsprechung in der Bevölkerung – ist der Rassismus, also die Annahme, dass Menschen sich in Abhängigkeit von ihrer Herkunft in grundlegender Weise unterscheiden. Die westliche Idee der universalen Vernunft wurde teilweise dazu genutzt, den Kolonialisierten zu unterstellen, sie seien unterentwickelt und bedürften der Hilfe aus dem Westen, als die dann wiederum die koloniale Unterdrückung gerechtfertigt wurde und wird.

Vor diesem Hintergrund kritisiert Butler, dass Kritik an Homophobie und Sexismus in ethnischen und religiösen Minderheiten diese Probleme mit EinwanderInnen assoziiere und sie hingegen in Bezug auf die Mehrheitsbevölkerung leugne, was sie als rassistisch bzw. homonationalistisch bezeichnet.

Der Ausweg ist für sie, sich an jenen zu orientieren, die innerhalb der migrantischen Minderheiten sowohl gegen Homophobie als auch gegen Rassismus kämpfen würden. Nur so sei es möglich, nicht der Instrumentalisierung queerer und feministischer

Forderungen für Rassismus und Krieg zuzuarbeiten. Zudem legt sie EuropäerInnen nahe, sich stattdessen mit der Homophobie im Christentum zu beschäftigen (Butler 2010c).

Moghissi verortet Rassismus hingegen gerade nicht in der Proklamation einer vermeintlich westlichen Emanzipation, sondern dort, wo diese den vermeintlich Anderen aufgrund ihrer Herkunft vorenthalten wird. Sie kritisiert beispielsweise, dass in Frankreich aus Respekt vor den Bräuchen der kulturellen Minderheiten auch die Genitalverstümmelung verteidigt worden sei. Verstümmelung als relativ und kulturabhängig zu begreifen und so zu unterstellen, für afrikanische Frauen sei sie akzeptabel, sei eine rassistische Argumentation: Im Namen der Toleranz würde impliziert, dass Schmerz und Verletzung für EuropäerInnen und Nicht-EuropäerInnen unterschiedlich seien und dass es nur eine monolithische afrikanische Kultur gebe (Moghissi 1999, 60).

Während Butler also vor allem auf globale Machtverhältnisse bzw. Machtverhältnisse zwischen Mehrheit und Minderheiten innerhalb einer Gesellschaft fokussiert und ihre Sprecherrollen sowie teilweise die anderer KritikerInnen entlang dieser Unterscheidung situiert, fokussiert Moghissi stärker auf die Machtverhältnisse innerhalb von Kulturen und macht stark, dass sich Menschen unabhängig von ihrer Herkunft zu Kultur, sei es zur vermeintlich „eigenen“ oder zur „anderen“, konform oder nonkonform, kritisch oder affirmativ verhalten können und dass die unkritische Identifizierung von Kultur und Individuum rassistische Implikationen bergen kann. Es ist daher unerlässlich, einen Blick auf das Verhältnis von Kultur und Individuum bei beiden Positionen zu werfen.

Kultur und Individuum

Nach der Delegitimierung des Begriffs „Rasse“ durch die Geschichte des Kolonialismus und Nationalsozialismus trat häufig die Betonung kultureller Unterschiede an dessen Stelle. Dabei blieb die Grundannahme des Rassismus im Wesentlichen erhalten, nämlich Menschen bestimmter Herkunft bestimmte Eigenschaften zuzuschreiben – zuerst biologische, nun kulturelle, und zwar unabhängig von deren situativer Bewertung. Die Frage, wie in den einzelnen Konzeptionen Kultur² und Individuum zueinander im Verhältnis gedacht werden, birgt darüber hinaus aber auch normative Implikationen für den Stellenwert der individuellen Freiheit gegenüber der Kultur – entweder der eigenen oder einer anderen, wobei dies schon deshalb kaum zu trennen ist, weil Menschen auch von den normativen Implikationen anderer Kulturen beeinflusst werden können.

Die Fixierung auf individuelle Freiheit ist einer der Hauptkritikpunkte Butlers, da sie diese den kulturellen Rechten der religiösen Minderheiten gegenübergestellt sieht. Damit gewährt sie letztlich Kulturen und Religionen – denen der Minderheiten, denn für die Mehrheit fordert sie das nicht ein – eine Art Eigenrecht, welches vom Individuum unabhängig ist und im Zweifelsfalle auch gegen das Individuum eingeklagt

werden könnte. Dabei fokussiert sie auf die individuellen Rechte von Menschen im Westen, die gegen die „religiöse(n) Rechte“ der Muslime als Minderheit oder Feindbild ins Feld geführt würden (Butler 2010b, 106). Individuelle Rechte von Menschen in islamischen Ländern oder Communities, etwa auf sexuelle Selbstbestimmung, thematisiert sie in diesem Zusammenhang bemerkenswerterweise nicht. Diese Leerstelle in ihrer theoretischen Argumentation wird in ihrer praktischen Intervention aber teilweise gefüllt, indem sie sich z.B. bei ihrer Ablehnung des Zivilcourage-Preises explizit auf migrantische Gay-, Lesben- und Queer-Gruppen bezieht (vgl. Butler 2010a), so dass sie zumindest diejenigen, die sich öffentlich artikulieren (können), also durchaus zur Kenntnis nimmt.

Moghissi hingegen betrachtet Kultur explizit als System, das von Machtbeziehungen durchzogen sei und trotz des individuellen Leides, das es mit sich bringe, aufrechterhalten würde. Demnach geht es ihr darum, das Recht des Individuums gegen seine Kultur zu verteidigen und nicht umgekehrt. Bei der Unterstützung von Minderheitenkulturen sollten wir deshalb genau hinschauen, wessen Kultur wir unterstützen, wer sich die Autorität für kulturelle Repräsentation anmaßt und warum (Moghissi 1999, 59).

Hier offenbaren sich also durchaus zwei sehr unterschiedliche Sichtweisen: Butler sieht Kultur als das Recht, Traditionen kollektiv fortzuführen, ohne dabei äußeren – hier als westlich gedachten – Normen stattgeben zu müssen. Moghissi hingegen betrachtet Kultur als ein System von Normen, das auch gegen inneren Widerstand und ungeachtet des Leids von Individuen und unterdrückten Gruppen durchgesetzt wird. Während die eine Seite also kollektive Rechte nach außen stark macht, kritisiert die andere Seite die normierenden Ansprüche des Kollektivs nach innen und fordert eine Emanzipation von solchen Partikularrechten mithilfe universaler Rechte. Mit diesem unterschiedlich gedachten Verhältnis von Kultur und Individuum korrespondieren demnach auch unterschiedliche Sichten auf die Frage nach dem Selbstbestimmungsrecht dessen, was jeweils als Kultur gedacht wird, die in der Debatte zwischen Kulturrelativismus oder Universalismus kulminieren.

Kulturrelativismus und Universalismus

Die Diskussion um Relativismus und Universalismus von Werten und Normen lässt sich bis in die Antike zurückverfolgen. Kulturrelativismus im engeren Sinne ist eine im frühen 20. Jahrhundert entstandene Strömung, die Kulturen aus ihrem eigenen Bezugssystem heraus interpretiert und universale Maßstäbe zur Bewertung von Kulturen als ethnozentrisch ablehnt. Politisch wird er vor allem im Multikulturalismus und im Ethnopluralismus relevant. Dabei ist der Kulturrelativismus – obwohl als Gegenpol zum als rassistisch kritisierten Universalismus entstanden – selbst in die Kritik geraten, rassistische Implikationen in sich zu bergen.

Butler fordert zwar durchaus die „Universalisierung des Grundrechts auf Erfüllung menschlicher Grundbedürfnisse wie Nahrung, Zuflucht und sonstiger wichtiger Lebensbedingungen“. Die für sie zentralen Fragen nach sexueller Freiheit und Fe-

minismus sind ihr jedoch explizit „innenpolitische Anliegen“ (Butler 2010b, 33f.), die sie über das Vehikel der Anerkennung unterschiedlicher Zeitvorstellungen in verschiedenen Räumen und der damit einhergehenden unterschiedlichen Grade von sexueller Freiheit an die sie umgebenden Kulturen bindet und damit von einer Universalisierung ausklammert.

Moghissis Ansatz zeichnet sich hingegen vor allem durch eine scharfe Kritik des Kulturrelativismus aus, der mit seiner Ablehnung der Moderne und der Relativierung der Menschenrechte viel mit dem islamischen Fundamentalismus und den autoritären Regimen in islamischen Staaten gemein habe und letztlich von diesen genutzt werde, um sich gegen Kritik an Unterdrückung zu immunisieren (Moghissi 1999, 62f.). Statt der Abschirmung gegen Kritik fordert sie für islamische Staaten Selbstkritik und Rationalismus – die in der Geschichte der islamischen Welt zwar ebenfalls aufgekommen, beispielsweise im Iran aber nach kurzer Zeit vom Klerus unterdrückt worden seien (Moghissi 1999, 56ff.).

Während Butler die Sexualpolitik von der Universalisierung ausklammert und damit implizit das Ansetzen von Maßstäben an sich ablehnt, nimmt Moghissi nicht unkritisch, aber doch affirmativ Bezug auf die zu universalisierende westliche Vorstellung von Menschenrechten und legt an verschiedene Kulturen dieselben ethischen Maßstäbe an. Die Frage danach, ob die Maßstäbe, die zur Bewertung und zum Vergleich von kulturellen Praxen angelegt werden, entsprechend der Kultur differieren und ob es mithin überhaupt solche Maßstäbe geben soll, ließe sich auch als Frage nach der Möglichkeit einer vom Standpunkt unabhängigen Objektivität formulieren, die Grundlage einer solchen normativen Bewertung sein müsste.

Objektivität und Normativität

Patriarchale oder rassistische Normen wurden und werden oft aus der „Natur“ der Geschlechter oder der „Rasse“ abgeleitet, welche dazu als objektiv erfahrbar behauptet werden müssen. Die Idee einer von der Perspektive unabhängigen beobachtbaren Objektivität wird daher von feministischen und antirassistischen Bewegungen hinterfragt, die oft die Standortabhängigkeit und damit Relativität von Erkenntnis herausstreichen. Daraus entsteht das der Diskussion eigene Dilemma, dass mit der Standortabhängigkeit der Erkenntnis auch die Grundlage feministischer Kritik selbst standortabhängig und damit relativ wird – was in der betrachteten Diskussion insbesondere dann problematisiert wird, wenn Kritiken, deren normative Grundlagen im Westen entstanden sind, an islamische Gesellschaften gerichtet werden.

Butler bezieht ganz klar normativ Stellung, etwa für die Zusammenführung von Kämpfen gegen den liberalistischen Rahmen, aber ohne dabei auch substantiell Normen zu vertreten. Sie betrachtet die Rahmen, in denen solche Normen entstehen, und will sie in ihrer Gültigkeit und Universalität verhandelbar machen, da sie sonst als kulturelle Vorbedingungen der Anerkennung ausschließend wirken würden (Butler

2010b, 105ff.). Freiheit als Norm will sie nicht aufgeben, sondern anders nutzen: Sie will die Freiheit in den Dienst der Politik stellen (Butler 2010b, 102), statt – so könnte man sagen – die Politik in den Dienst der Freiheit zu stellen.

Moghissi kritisiert solche postmodernen Ansätze als fiktiven Radikalismus. Die postmoderne Kritik an der Aufklärung, das Hinterfragen von universaler Vernunft und anderen Meistererzählungen zugunsten einer Pluralisierung von Wissen und Moral führe zu eben jenem Relativismus, der ihrem Beharren auf die normativen Setzungen der Menschenrechte entgegensteht und dessen Inhumanität sie beklagt (Moghissi 1999, 52f.).

Bezogen auf die oben dargestellte Dilemma-Situation vertreten die Autorinnen also antithetische Positionen: Während Moghissi moderne Werte in einem als prämodern betrachteten Kontext implementieren will und damit normativ setzt, hinterfragt Butler die Herkunft dieser Werte und macht sie damit als kontingent deutlich, löst aber die Frage nicht auf, wie dann politische Intervention legitim sein kann und solidarisches Handeln ermöglicht wird. Das wirft die Frage auf, welche Praxen sich aus den Theorien jeweils ableiten lassen.

Theorien und Praxen

Die Frage nach Theorie und Praxis hat feministisches und antirassistisches Denken und Handeln von Beginn an begleitet. Mit der Diskussion um Intersektionalität und Mehrfachdiskriminierung hat dies jedoch einen Wandel erfahren. Denn die Kritiken zunächst vor allem Schwarzer Frauen haben deutlich gemacht, dass feministische Praxen durch ihre Verankerung in einer weiß geprägten Kultur trotz gegenteiliger Absichten neue Ausschlüsse produzieren können. In der Debatte um Islam und Geschlechterverhältnisse gewinnt dies erneut an Brisanz, da mit ihr die Möglichkeit internationaler feministischer Solidarität als Ganzer in Frage gestellt wird. An dieser Stelle soll es also weniger um die Praxen der Autorinnen selbst gehen, als vielmehr darum, welche Praxen aus ihren theoretischen Ansätzen jeweils folgen können.

Butlers Anliegen ist ein ständiges Hinterfragen des normativen Rahmens, der der Politik und dem Denken zugrunde liegt und die entsprechenden Normen hervorbringt. Daraus folgt, dass es innerhalb dieser Theorie keinen legitimen normativen Rahmen geben kann. Daraus folgt jedoch auch, dass es keine Politik geben kann, die für sich beanspruchen könnte, die richtige zu sein. Das spiegelt sich darin, dass ihre konkreten Vorschläge eben nicht ein bestimmtes Ziel verfolgen, sondern vor allem prozesshaft und bewegungsorientiert sind und, wie oben dargelegt, der Zugehörigkeit der Akteure eine große Rolle zuweisen. Die von ihr angedachte Zusammenführung der Kämpfe von Homosexuellen und muslimischen Minderheiten (Butler 2010b, 106f.) könnte man umschreiben als: der gemeinsame Weg ist das Ziel. Aber wohin die Reise gehen soll, bleibt damit letztendlich dem freien Spiel der Kräfte überlassen.

Der Ansatz Moghissis lässt ein anderes Verhältnis zur Praxis zu: Ihrer Kritik liegt ein normatives Fundament zugrunde, nämlich das der Emanzipation von vormodernen

und patriarchalen Zuständen hin zu einer modernen Gesellschaft, die sie im Westen zumindest teilweise verwirklicht sieht. Welchen Weg die islamischen Gesellschaften dahin beschreiten sollen, deutet sie jedoch nur an: Sie kritisiert den Mangel an Selbstkritik und die omnipräsente Schuldzuweisung an den Westen und nimmt Bezug auf das bürgerliche Recht und auf die Menschenrechte (Moghissi 1999, 54 und 57).

Das Verhältnis zu Normativität und Objektivität findet seinen Niederschlag also auch in der Frage nach Theorie und Praxis: Normative Ansätze ermöglichen konkrete Forderungen und das Einfördern von Rechten, während postmoderne Ansätze sich durch die Betonung der Kontingenz von Normen theoretisch auf eine Relativierung zurückziehen, die quasi außerhalb des Kampfes imaginiert wird. Eine normgeleitete Intervention geriete damit gewissermaßen in Widerspruch zur Theorie.

Konklusion

In Anbetracht der Tragweite des Problems ist es verwunderlich, dass die Debatte sowohl in der feministischen als auch in der antirassistischen Bewegung bisher noch recht verhalten geführt wird. Denn offenbar treffen einige der gegenseitigen Kritikpunkte durchaus zu. Zudem geht es nicht nur darum, ganz gravierende Verletzungen an Menschenrechten im Allgemeinen und an den Rechten von Frauen und Homosexuellen im Besonderen zur Kenntnis zu nehmen, sondern mit Blick auf die Implikationen für die Praxis steht auch die Legitimität international solidarischer feministischer Intervention überhaupt zur Debatte. In diesem Artikel ist leider kein Raum, die einzelnen Positionen ausführlich zu kritisieren, aber es bleibt zu hoffen, dass ihre Gegensätzlichkeit durch den Vergleich deutlich geworden und damit ein Anstoß zur weiteren Diskussion gelungen ist.

Die Frage der 1990er Jahre, ob die postmodernen Ansätze geeignet sind, Unterdrückungsverhältnisse in emanzipativer Richtung zu verändern, oder ob sie gerade dazu beitragen, den Status Quo zu reproduzieren, bleibt weiter offen. Deutlich geworden sein sollte jedoch, dass im neuen Streit um Differenz die Anerkennung kultureller Differenzierung nicht bei der unkritischen Anerkennung anderer Kulturen als solcher stehen bleiben darf, sondern dass feministische und antirassistische Intervention nur heißen kann, andere Kulturen ebenso als Zwangsmechanismen in Betracht zu ziehen wie die eigene. Statt aus einer privilegierten westlichen Perspektive kulturell bedingte Unterschiede im Maß der Unterdrückung zu relativieren oder durch die Delegitimierung des Wunsches nach fortschreitender universaler Emanzipation zu affirmieren, gilt es, die Form der Intervention an den individuellen Bedürfnissen von Menschen in den unterschiedlichen kulturellen Formationen auszurichten und diese dazu zunächst einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Anmerkungen

- 1 Die ungekürzte Version des Artikels umfasst eine Analyse aller vier Positionen. Sie ist online zu finden unter: <https://mahara.uni-leipzig.de/view/view.php?id=2088> bzw. auf der aktuellen Homepage der Autorin. Der Text basiert auf einem Workshop beim fem.camp, einem bundesweiten feministischen Kongress in Leipzig im Juli 2012. Allen Teilnehmenden sei herzlich gedankt für die konstruktive Diskussion, die viel zum Entstehen des Textes beigetragen hat. Entsprechend wird im Text nur jene Literatur besprochen, die auch zur Vorbereitung des Workshops genutzt wurde. Diese enge Fokussierung soll den Lesenden erleichtern, die Punkte anhand konkreter Ausschnitte auch nachlesen zu können. Dabei werden die Positionen nur ausschnitthaft wiedergegeben und ihres Gesamtkontextes entkleidet. Weitergehende Lektüre und eine Kontextualisierung der Positionen sind daher in jedem Fall notwendig und lohnend.
- 2 Der Begriff der Kultur umfasst im hier angesprochenen Sinn den der Religion. Während Kultur auch den nicht-religiösen Bereich einschließt, bezeichnen hier beide ein Set von Vorstellungen, Normen und Praxen, die überindividuell als bindend betrachtet werden.

Literatur

Ateş, Seyran, 2008: Der Multikulti-Irrtum. Wie wir in Deutschland besser zusammen leben können. Berlin, insbes. 55-63 und 187-190.

Benhabib, Seyla (Hg.), 1993: Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart. Frankfurt/M.

Braun, Christina von/**Mathes**, Bettina, 2007: Verschleierte Wirklichkeit. Die Frau, der Islam und der Westen. Bonn, insbes. 16-26 und 429-31.

Butler, Judith, 2010a: Abschrift der Rede auf dem Christopher Street Day Berlin, 19.06.2010. Internet: theoriealspraxis.blogspot.de/2010/06/20/abschrift-der-preis-annahme-verweigerungs-rede-von-judith-butler-beim-csd-in-berlin/ (18.08.2013).

Butler, Judith, 2010b: Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen. Frankfurt/M., insbes. 32-34 und 99-107.

Butler, Judith, 2010c: „In diesem Kampf gibt es keinen Platz für Rassismus“. Katharina Hamann: Judith Butler im Gespräch über Rassismus, Homophobie und Antisemitismus. In: Jungle World, Nr. 30, 29.07.2010.

Moghissi, Haideh, 1999: Feminism and Islamic Fundamentalism. London, insbes. 49-63.

#aufschrei als Gegenöffentlichkeit – eine feministische Intervention in den Alltagssexismus?

RICARDA DRÜEKE. ELKE ZOBL

„wir sollten diese erfahrungen unter einem hashtag sammeln. ich schlage #aufschrei vor“ – mit diesem Tweet initiierte Anne Wizorek gemeinsam mit Nicole von Horst am 24.1.2013 die Debatte um Alltagssexismus, ausgelöst durch den Sexismusvorwurf einer Journalistin im *Stern* an den Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion Rainer Brüderle. Die Twittergemeinschaft wurde aufgefordert, Erlebnisse rund um das Thema Sexismus zu sammeln und zu teilen. Der Hashtag #aufschrei verbreitete sich rasant, und die Debatte wird auch ein halbes Jahr nach Beginn noch intensiv im Netz geführt. Mittlerweile hat #aufschrei den Grimme Online-Preis erhalten. In der Preisverleihung wurde ihm eine Wirkung zugesprochen, die „zuvor noch kein Hashtag in Deutschland hatte“ (vgl. Der Standard.at 24.6.2013). Der Hashtag #aufschrei und seine Kommentare fanden ihren medialen Widerhall in traditionellen Massenmedien, wie den Tageszeitungen und dem Fernsehen, die die Aktion ebenfalls breit diskutierten. Doch wie lässt sich diese Protestform einordnen? Kann sich über Twitter eine feministische Gegenöffentlichkeit bilden? Im Beitrag stellen wir – unter Bezugnahme auf das Konzept der Gegenöffentlichkeit – dar, wie sich durch neue Medien solche Gegenöffentlichkeiten formieren und welche Möglichkeiten und Grenzen diese Formen der Partizipation und des Protests beinhalten. Öffentlichkeit bezeichnet Nancy Fraser (2001) als ein diskursives Forum zur Inszenierung von Konflikten, das aus verschiedenen (Teil-)Öffentlichkeiten besteht. Durch Gegenöffentlichkeiten werden marginalisierte Gruppen gestärkt, da auch nicht verbandsförmig organisierte oder institutionalisierte Gruppen Diskurse in verschiedenen Öffentlichkeiten einbringen können. Protestbewegungen können so in die politische Debatte eingreifen. Das Internet wird dabei zunehmend als Kommunikationsmedium und Mobilisierungsinstrument genutzt und ist darüber hinaus teilweise selbst der Ort des Protestes (vgl. Harders 2005). Gegenöffentlichkeiten im Internet können so die „Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit gewinnen“ (Winker 2005, 4). Als eine aktuelle Protestbewegung im Internet kann der Hashtag #aufschrei in der Mikroblogging-Anwendung Twitter gelten. #aufschrei greift eine Thematik auf, die in der hegemonialen Öffentlichkeit nur eine geringe Rolle spielt, und bietet damit weitere Positionierungen in der Debatte um Sexismus an. #aufschrei war und ist eine der erfolgreichsten Twittermeldungen des Jahres 2013. Bis Ende Mai 2013 wurde

der Aufforderung, über alltäglichen Sexismus zu berichten, in 166.333 Tweets nachgekommen. Allein am Tag nach dem Start der Meldung wurden 38.387 Tweets veröffentlicht. Zwar flaute die Zahl der Tweets in den nächsten Monaten ab, doch verging bis August 2013 kein Tag, an dem nicht mindestens 38 Tweets folgten.¹ Das enorme Interesse an der Thematik ist also unbestritten und es gelingt so, das Thema des Sexismus und der sexuellen Belästigung im Alltag auf die politische Agenda zu bringen. Die Schilderungen sexistischer Erlebnisse der einzelnen UserInnen zeigen die Bandbreite sexueller Belästigung auf: Der Chef, der anzügliche Bemerkungen macht; Anmachsprüche in Clubs und an Bushaltestellen; Professoren und Lehrer, die ihr veraltetes Frauenbild kundtun, etc. Deutlich wird, dass Sexismus im Alltag vieler Frauen vorhanden ist und in den unterschiedlichsten Lebens- und Arbeitsbereichen eine Rolle spielt. Neben unterstützenden Statements sowie weiterführenden Informationen und Nachrichten zum Thema Sexismus wird die Protestbewegung auch kritisch kommentiert. Vermehrt finden sich zynische, ablehnende und antifeministische Kommentare. Auf Platz sieben der häufigsten Antworten, also der Retweets, liegt der sexistische Spruch: „Meine Frau wollte auch etwas zu #aufschrei twittern. Das W-Lan reicht aber nicht bis in die Küche“ (Spiegel Online 8.2.2013). Darüber hinaus wurde kurze Zeit später der antifeministische Hashtag #gegenschrei erzeugt, unter dem sich Tweets finden, die sich offen gegen #aufschrei aussprechen. Somit stellt sich die Frage, inwieweit die Debatte um Sexismus, die im Internet geführt wird, als eine überwiegend feministische Gegenöffentlichkeit gelten kann. Der dargestellte Verlauf der #aufschrei-Kampagne zeigt deutlich, dass das Internet ein diskursiver, aber auch machtgeprägter Raum ist, über dessen Ausgestaltung immer wieder neu verhandelt wird. Das Internet bildet gesellschaftliche Strukturen und Inhalte ab, die im alltäglichen Leben präsent sind, und reproduziert diese, kann diese jedoch auch teilweise aufbrechen. Frauenpolitische und feministische Inhalte sowie Bedeutungen von Geschlecht sind stets umkämpft und müssen immer wieder verteidigt und neu etabliert werden. Die Kampagne und die Reaktionen darauf zeigen, dass auch Twitter einen partizipativen, aber auch widersprüchlichen medialen Raum herstellt, der von strukturellen und diskursiven Ungleichheiten, Brüchen sowie Ausschlüssen durchzogen ist.

Auch innerhalb feministischer Zusammenhänge und von den Initiatorinnen selbst wurde die #aufschrei-Kampagne kritisch diskutiert. Zwar habe das Thema des alltäglichen und strukturellen Sexismus durch #aufschrei einen größeren Bekanntheitsgrad erreicht und die Antidiskriminierungsstelle in Deutschland einen stärkeren Zulauf an Anfragen verzeichnet, allerdings hätten die Massenmedien die Meinungsvielfalt der Twitter-Nachrichten nicht abgebildet, und die Debatte sei mitnichten intersektional abgehandelt worden, so Anne Wizorek in einer Podiumsdiskussion (Kelishadi 2013). Die Debatte um #aufschrei produziert somit Leerstellen, da beispielsweise queere Lebensrealitäten, Heterosexismus und Transphobie nicht thematisiert werden, wie Moderatorin Sonja Eismann in derselben Diskussion anmerkt. Als eine Reaktion auf diese Kritik ist der Hashtag #queeraufschrei entstanden, dessen

Ziel es ist, darauf hinzuweisen, dass der Fokus der medialen Rezeption auf erfolgreichen, weißen sowie der Schönheitsnorm entsprechenden Frauen liegt. Dadurch wird allerdings die Mehrdimensionalität verschiedener Diskriminierungsformen verschleiert. Die Website alltagssexismus.de, die von Nicole von Horst ebenfalls Ende Januar 2013 gegründet wurde, sammelt dementsprechend „Erlebnisse zu Sexismus, Homo-, Queer- und Transfeindlichkeit und zu Rassismus, Klassismus und Ableismus, den Frauen erleben“ und trägt damit verschiedenen ineinandergreifenden Diskriminierungsformen Rechnung. #aufschrei stellt dennoch eine gegenöffentliche Intervention in den Diskurs um Sexismus dar, da die #aufschrei-Tweets an der Schnittstelle zu Aktivismus und sozialen Bewegungen in ihr soziales Umfeld, in politische Verhältnisse und in den gesellschaftlichen Status quo eingreifen und darauf abzielen, gesellschaftliche Verhältnisse umzugestalten. #aufschrei zeigt das Ausmaß des alltäglichen Sexismus in der Gesellschaft auf und löste bei vielen Menschen bewusstseinsbildende Momente aus. Dadurch können diese Diskurse ebenfalls Eingang in die hegemoniale Öffentlichkeit finden und so eine breite Öffentlichkeit für feministische Anliegen herstellen. Dieses Projekt ist jedoch nie abgeschlossen und zeigt durch die zahlreichen Gegendiskurse, dass gerade feministische Anliegen immer umkämpft bleiben. Um eine mobilisierende Kraft zu entfalten, ist es also weiterhin notwendig, auf verschiedenen Ebenen von Öffentlichkeit aktiv zu sein. Diese Ebenen umfassen sowohl die Bewegungskultur, also die Netzwerke, Räume und persönlichen Beziehungen der Akteurinnen, als auch die Bewegungsöffentlichkeit, die sich als Gegenöffentlichkeit mit autonomen Kommunikationsstrukturen, Mobilisierungsressourcen und bewegungseigenen Medien konstituiert – mit dem Ziel, die hegemoniale Öffentlichkeit zu erreichen (Wischermann 2003). Wenn vielfältigen Gruppen und Personen eine Stimme verliehen wird und marginalisierte Themen aufgegriffen sowie die verschiedenen Macht- und Dominanzverhältnisse und ineinandergreifende Diskriminierungsformen kritisch hinterfragt werden, haben gegenöffentliche und mediale Interventionen sowie feministische Protestformen wie #aufschrei das Potenzial, nachhaltige Veränderungen in Gesellschaft und Politik zu bewirken.

Anmerkung

1 Diese Zahlen wurden mit Hilfe des Analysetools *Topsy* erstellt (vgl. <http://topsy.com>).

Literatur

Der Standard, 24.6.2013. #aufschrei gewinnt Grimme Online Award. Internet: derstandard.at/1371170418289/aufschrei-gewinnt-Grimme-Online-Award [05.07.2013].

Fraser, Nancy, 2001: Die halbierte Gerechtigkeit. Frankfurt/M.

Harders, Cilja, 2005: Das Netz als Medium der Politik: Virtuelle Geschlechterverhältnisse zwischen neuen Öffentlichkeiten und alten Spaltungen. In: Kahlert, Heike/Kajatin, Claudia (Hg.):

Arbeit und Vernetzung im Informationszeitalter. Wie neue Technologien die Geschlechterverhältnisse verändern. Frankfurt/M., 215-238.

Kelishadi, Dena, 29.05.2013: Sexismus: More than Meets the Eye. Internet: missy-magazine.de/2013/05/29/sexismus-more-than-meets-the-eye/ (05.07.2013).

Spiegel Online, 8.2.2013: Sexismusdebatte: #Aufschrei führt zu Twitter-Rekord. Internet: www.spiegel.de/netzwelt/web/aufschrei-fuehrt-zu-twitter-rekord-a-882207.html (05.07.2013).

Winker, Gabriele, 2005: E-Empowerment: Vielfalt und Integration frauenpolitischer Aktivitäten im Internet. In: Schachtner, Christina/Winker, Gabriele (Hg.): Virtuelle Räume – neue Öffentlichkeiten. Frauennetze im Internet. Frankfurt/M., 21–30.

Wischermann, Ulla, 2003: Frauenbewegungen und Öffentlichkeiten um 1900. Netzwerke, Gegenöffentlichkeiten, Protestinszenierungen. Königstein/Taunus.

Geschlechterverhältnisse im Bereich des Menschenhandels.

EUROSTAT-Studie „Trafficking in human beings“ – Die Dimension des Menschenhandels

ANNA HELLMANN

Verlässliche Zahlen, die über die tatsächliche Dimension des Menschenhandels Auskunft geben, sind weder auf nationaler noch internationaler Ebene vorhanden. Verschiedene Definitionen von Menschenhandel sowie unterschiedliche, häufig unklare Berichts- und Datenerfassungsmethoden führen zu stark variierenden Schätzwerten. Auch die kürzlich veröffentlichte EUROSTAT-Studie „Trafficking in human beings“ der Europäischen Kommission, die erstmals europaweite Daten im Bereich des Menschenhandels zusammenträgt, bietet kaum Erkenntnis über das tatsächliche Ausmaß von Menschenhandel in Europa bzw. in den einzelnen europäischen Staaten. Die Studie erfasst statistische Daten aus allen 27 EU-Mitgliedsstaaten sowie aus Kroatien¹, Island, Montenegro, Norwegen, Serbien, der Schweiz und der Türkei. Nach Angaben der Studie wurden für den Zeitraum 2008 bis 2010 mehr als 23.600 identifizierte und mutmaßliche Opfer von Menschenhandel in der EU gezählt (EUROSTAT 2013). Allerdings ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer um ein Vielfaches höher liegt. So sind beispielsweise die von Deutschland zur Verfügung gestellten Daten ausschließlich der Kriminalstatistik entnommen, die nur die im Rahmen von polizeilichen Ermittlungsverfahren identifizierten Opfer erfasst. Andere Staaten, wie Irland, Spanien und Großbritannien konnten nur für das Jahr 2010 Angaben zur Zahl der Opfer machen. Die Niederlande gab wiederum nur die Zahl mutmaßlicher Opfer an, wohingegen andere Staaten bei ihren Angaben zwi-

schen identifizierten und mutmaßlichen Opfer unterschieden (EUROSTAT 2013). Schätzwerte zum Dunkelfeld reichen bis zu 880.000 Menschen (ILO 2012), die jährlich in der Europäischen Union gehandelt werden.

Obwohl die Studie in Bezug auf das tatsächliche Ausmaß von Menschenhandel kaum aussagekräftig ist, zeigt sie doch wichtige Trends auf. So stieg die Zahl der in den Referenzjahren ermittelten und mutmaßlichen Opfer um 18%, wohingegen die Zahl der Verurteilungen von TäterInnen um 13% gesunken ist (EUROSTAT 2013). Nach Angaben der Studie wurde die Mehrheit der ermittelten und mutmaßlichen Opfer (ca. 62%) zur Prostitution gezwungen, während etwa ein Viertel Opfer von Arbeitsausbeutung wurde. Die Mehrzahl der Betroffenen (61%) stammt aus den EU-Staaten selbst, vor allem aus Rumänien, Bulgarien, Polen und Ungarn. Allerdings ist für den Berichtszeitraum ein deutlicher Anstieg von Opfern aus Drittstaaten zu verzeichnen (EUROSTAT 2013).

Zahlreiche EU-Mitgliedstaaten gerieten im Zuge der Studienveröffentlichung in starke Kritik. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung hatten nur sechs der EU-Mitgliedstaaten die EU-Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer (Richtlinie 2011/36/EU) umgesetzt, die bis zum 6. April 2013 in nationales Recht hätte umgesetzt werden müssen. Auch Deutschland ist seiner Verpflichtung zur Umsetzung der Richtlinie bis heute nicht nachgekommen.

Trotz der benannten Schwachstellen der Studie ist die erstmalige Erhebung europaweiter Daten als ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen den Menschenhandel zu werten. Auch macht sie den enormen und dringlichen Handlungsbedarf in den EU-Staaten in Bezug auf die Bekämpfung des Menschenhandels deutlich und setzt die entsprechenden Staaten unter Zugzwang, die EU-Richtlinie umzusetzen.

Menschenhandel ist moderne Sklaverei

Im sogenannten Palermo-Protokoll (2000) der Vereinten Nationen wurde erstmals eine international anerkannte und rechtsverbindliche Definition von Menschenhandel formuliert. Demnach liegt Menschenhandel dann vor, wenn Menschen durch Drohung oder Anwendung von Gewalt, durch Zwang, Täuschung, Missbrauch von Macht oder Ausnutzung besonderer Hilflosigkeit aus ihrem sozialen oder kulturellen Umfeld herausgelöst und – teils unter sklavereiähnlichen Bedingungen – ausgebeutet werden. Hierunter fallen die sexuelle Ausbeutung, die Ausbeutung der Arbeitskraft, Sklaverei oder sklavereiähnliche Praktiken, die Leibeigenschaft oder die Entnahme von Organen (Follmar-Otto 2009).

Menschenhandel ist ein globales, sehr komplexes Phänomen, dem zahlreiche Ursachen zugrunde liegen. Menschenhandel geschieht überwiegend im Kontext von Migrationsprozessen. Das wirtschaftliche Gefälle zwischen Herkunfts- und Zielländern sowie eine soziale Disparität in den Herkunftsländern sind zentrale Ursachen für Migrationsentscheidungen und fördern den Handel mit und die Versklavung von

besonders schutzlosen Personen. Perspektivlosigkeit und Armut im Herkunftsland bzw. die Hoffnung auf eine Verbesserung der eigenen (ökonomischen oder gesellschaftlichen) Lebenssituation sind oftmals ursächlich oder mitursächlich für die Entscheidung, das eigene Land zu verlassen. Menschenrechtsverletzungen, bewaffnete Konflikte und Post-Konfliktsituationen in den Herkunftsländern können zentrale Ursachen für die Migrationsentscheidung sein (Wölte 2004). Restriktive Einreisebestimmungen der Zielländer führen zu irregulärer Migration. Ein unsicherer Aufenthaltsstatus erhöht die Verletzlichkeit für Ausbeutung und Menschenhandel. Auch das geringe Risiko einer strafrechtlichen Verfolgung bzw. Verurteilung für die TäterInnen, die hohe Profitabilität für die TäterInnen und die hohe Nachfrage in den Zielländern sind als wichtige, den Menschenhandel begünstigende Faktoren zu bewerten.

Menschenhandel ist (überwiegend) Frauenhandel

Trotz fehlender verlässlicher Daten, die über das tatsächliche Ausmaß des Menschenhandels Auskunft geben, zeigen jedoch die vorhandenen Zahlen – sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene – die deutliche Überproportionalität von Frauen und Mädchen als Opfer des Menschenhandels. So sind nach Schätzungen der Vereinten Nationen 76% der weltweit von Menschenhandel betroffenen Frauen und Mädchen (UNODC 2012). Nach Angaben der EUROSTAT-Studie sind vier von fünf Opfern weiblich (EUROSTAT 2013). Aufgrund der deutlichen Überproportionalität weiblicher Opfer wird häufig auch von Frauen- statt Menschenhandel gesprochen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn explizit der Handel in die Prostitution gemeint ist. Denn vorhandene Zahlen zeigen, dass die Opfer von sexueller Ausbeutung fast ausschließlich weiblich sind. Laut EUROSTAT (2013) waren im Jahr 2010 96% der Betroffenen, die in die Prostitution gezwungen wurden, weiblich. Auch in Deutschland war der Anteil weiblicher Opfer ähnlich hoch und lag im Jahr 2011 bei 94% (BKA 2011).

Aufgrund des im Strafrecht geschlechtsneutral formulierten Begriffs des Menschenhandels bleibt allerdings häufig die Tatsache unbeachtet, dass wesentliche Ursachen für Menschenhandel in der Verletzung elementarer Menschenrechte von Frauen und Mädchen (Follmar-Otto 2009) und in einer strukturbedingten Benachteiligung des weiblichen Geschlechts liegen. Traditionelle Geschlechterrollen und geschlechtsspezifische Diskriminierungen wie der erschwerte bis zuweilen fehlende Zugang zu Bildung, Ausbildung und zum Arbeitsmarkt, sowie ungleiche Ressourcenverteilungen spielen insbesondere für Frauen eine entscheidende Rolle bei der Motivation, das eigene Land zu verlassen. Zusätzlich sind Frauen geschlechtsspezifischen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt, wie Genitalverstümmelung, Zwangsabtreibungen, erzwungene Jungfräulichkeit und Zwangsverheiratungen.

Neben der Bekämpfung der Täter im Menschenhandel müssen vor allem die Rechte der Opfer geschützt werden. So müssen Opfern von Menschenhandel ein sicherer

Aufenthaltsstatus, eine finanzielle Unterstützung, eine psychosoziale Betreuung und medizinische Versorgung, die über eine Notversorgung hinausgeht, garantiert werden. Die EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer (Richtlinie 2011/36/EU) fordert die Mitgliedstaaten auf, bei Prävention und Opferschutz die Geschlechterperspektive zu berücksichtigen. Menschenhandel ist deutlich als ein geschlechtsspezifisches Phänomen erkennbar, entsprechend muss auch der Opferschutz geschlechtsspezifisch gedacht werden.

Anmerkung

- 1 Da Kroatien erst seit dem 1. Juli 2013, d. h. nach der Veröffentlichung der EUROSTAT-Studie (April 2013) Mitglied der Europäischen Union ist, wird Kroatien in der Studie und somit auch im vorliegenden Text nicht als Mitgliedsstaat berücksichtigt.

Literatur

Bundeskriminalamt (BKA), 2011: Bundeslagebild Menschenhandel. Wiesbaden.

Europäisches Parlament, 2011: Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/629/JI des Rates. Internet: eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:101:0001:0011:DE:PDF [02.08.2013].

EUROSTAT, 2013: Trafficking in Human beings. Internet: www.ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-is-new/news/news/2013/docs/20130415_thb_stats_report_en.pdf [09.07.2013].

Follmar-Otto, Petra, 2009: Ein Menschenrechtsansatz gegen Menschenhandel – Internationale Verpflichtungen und Stand der Umsetzung in Deutschland. In: Follmar-Otto, Petra/Raabe, Heike: Menschenhandel in Deutschland. Die Menschenrechte der Betroffenen stärken, herausgegeben vom Deutschen Institut für Menschenrechte. Berlin, 11-52.

International Labour Organisation (ILO), 2012: Forced Labour: The EU-Dimension. Internet: www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---europe/---ro-geneva/---ilo-brussels/documents/genericdocument/wcms_184976.pdf [09.07.2013].

United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), 2012: Global Report on Trafficking in Persons, Wien.

Vereinte Nationen, 2005: Zusatzprotokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität. Internet: www.un.org/depts/german/uebereinkommen/ar55025anlage2-oebgbl.pdf [02.08.2013].

Wölte, Sonja, 2004: Armed Conflict and Trafficking in Women. Eschborn.

Von der eingetragenen Lebenspartnerschaft über die „Homo-Ehe“ zur „Mariage pour tous“ – Die Gleichstellung homosexueller Paare in Europa

EVA HENKEL

Die Einführung eines rechtlichen Rahmens für die Institutionalisierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften in Form einer Ehe oder eingetragenen Partnerschaft ist ein modernes gesellschaftliches Phänomen. Dänemark führte 1989 als erstes Land weltweit die eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare ein. Die gleichgeschlechtliche Ehe wurde erstmals im Jahr 2001 in den Niederlanden ermöglicht. Heute haben neun Staaten in Europa die Ehe für Lesben und Schwule geöffnet. Die Ehe-Öffnung geht häufig einher mit dem vollen Adoptionsrecht. Trotzdem bleibt die rechtliche Situation in Europa heterogen. Einige Länder, vor allem in Osteuropa, sehen keine rechtliche Absicherung für homosexuelle Paare vor und damit auch kein Adoptionsrecht. Andere Länder haben in deutlicher Abgrenzung zur Ehe ein eigenes Rechtsinstitut (eingetragene Partnerschaft oder „civil union“) geschaffen, das je nach Ausprägung die Stiefkind-, Sukzessiv- oder sogar volle Adoption ermöglicht.

Jüngste rechtliche Entwicklungen in Frankreich, Deutschland und Großbritannien

Allein seit Beginn des Jahres 2013 sind gleich in mehreren Ländern weitreichende Gesetze erlassen oder Gerichtsurteile gefällt worden: In Frankreich trat nach teilweise massiven Protesten aus Teilen der Bevölkerung am 18.5.2013 das Gesetz zur „mariage pour tous“ in Kraft (Legifrance 2013). Damit ist Frankreich das neunte Land in Europa (und das 14. weltweit), das die Ehe für Lesben und Schwule geöffnet hat. Gleichgeschlechtliche Eheleute können jetzt gemeinsam ein Kind adoptieren oder ein/e Ehegatte/-gattin kann das Kind des Ehegatten oder der Ehegattin annehmen.

In Deutschland, wo gleichgeschlechtliche Beziehungen seit 2001 durch das Institut der eingetragenen Partnerschaft abgesichert sind, sorgten im ersten Halbjahr 2013 zwei Urteile des Bundesverfassungsgerichts für Aufmerksamkeit. Am 19.2.2013 stellte das Gericht klar, dass das bisher in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft geltende Verbot der Sukzessivadoption, also die Annahme eines bereits angenommenen Kindes durch den jeweils anderen Partner/die andere Partnerin, mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei und forderte den Gesetzgeber auf, bis zum 30. Juni 2014 eine verfassungsmäßige Regelung zu treffen (BVerfG 2013). Bisher war lediglich die sogenannte Stiefkindadoption möglich, das heißt, eine lesbische Frau

kann zum Beispiel das Kind ihrer Partnerin aus einer vorangegangenen Beziehung mit annehmen, wenn der leibliche Vater zustimmt. Auch nach dem Urteil bleibt eingetragenen Lebenspartnern das Recht auf die gemeinsame Adoption eines Kindes verwehrt. Allerdings wird die neue Gesetzeslage diese indirekt ermöglichen, denn künftig kann ein Partner weiterhin allein ein Kind adoptieren, das dann – möglicherweise sogar noch am selben Tag – im Rahmen der Sukzessivadoption von dem anderen Partner angenommen wird.¹

Am 7.5.2013 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass die Ungleichbehandlung von Verheirateten und eingetragenen Lebenspartnern beim Ehegattensplitting nicht mit dem allgemeinen Gleichheitssatz des Artikels 3 Absatz 1 Grundgesetz vereinbar sei. Wie weitreichend das Urteil für die rechtliche Anerkennung eingetragener Partnerschaften ist, wird auch daran deutlich, dass es die Änderung der Rechtslage rückwirkend zum 1. August 2001 fordert und damit rückwirkend für den gesamten Zeitraum seit Inkrafttreten des Lebenspartnerschaftsgesetzes in Deutschland.

Schließlich ebnete kürzlich ein weiterer, großer EU-Mitgliedstaat den Weg zur rechtlichen Gleichstellung von Lesben und Schwulen: Im Juli verabschiedete das britische Parlament ein Gesetz zur Öffnung der Ehe, das ab Mitte 2014 auch in England und Wales (aber nicht in Schottland und Nordirland) Eheschließungen von lesbischen und schwulen Paaren erlaubt. Paare, die bereits die seit 2005 mögliche sogenannte zivile Partnerschaft eingegangen sind, können diese in eine Ehe umändern. Schon heute ist es den Partnern oder Partnerinnen in einer zivilen Partnerschaft möglich, gemeinsam ein Kind zu adoptieren.

Situation in anderen europäischen Staaten

Neben den Niederlanden und Frankreich ist die Gesetzgebung für Lesben und Schwule heute am fortschrittlichsten in Belgien und Spanien. Tatsächlich war Spanien 2005 eines der ersten Länder weltweit, das homosexuellen Paaren erlaubte, Kinder zu adoptieren.

Zu den Vorreitern bei der Gleichstellung homosexueller Paare gehören ebenfalls die skandinavischen Länder. Sukzessive haben sie die Ehe für Schwule und Lesben geöffnet: Norwegen im Jahr 2008, gefolgt von Schweden (2009), Island (2010) und schließlich Dänemark (2012).

Seit 2010 können in Portugal Lesben und Schwule heiraten, wenn auch das Gesetz bisher nicht die Adoption erlaubt. In Österreich besteht seit 2009 das Rechtsinstitut der eingetragenen Partnerschaft, jedoch auch hier vorerst noch ohne Adoptionsrecht. Ähnlich ist die Situation in der Schweiz, wo seit 2007 eine eingetragene Partnerschaft möglich ist. Das beinhaltet nicht das volle Adoptionsrecht, allerdings ist seit Anfang 2013 die Stiefkindadoption möglich.

In Italien und Griechenland schließlich können sich Homosexuelle weder in einer eingetragenen Partnerschaft rechtlich absichern noch eine Familie gründen (ILGA 2013).

In Osteuropa besteht bisher nur in einzelnen Ländern, etwa in Slowenien und Tschechien, die rechtliche Möglichkeit einer eingetragenen Partnerschaft. Demgegenüber sind in anderen Ländern, beispielsweise Ungarn, zum Teil deutlich homophobe Tendenzen in der Gesellschaft erkennbar (IPSOS 2013). Einer Untersuchung der EU-Grundrechteagentur zufolge gibt es Hinweise darauf, dass in Ländern wie Polen und Litauen staatliche Stellen wiederholt Veranstaltungen von Lesben und Schwulen be- oder verhindern (European Union Agency for Fundamental Rights (FRA) 2011).

Regenbogenfamilien: Familie ist, wo Kinder sind

Unter dem Begriff der Regenbogenfamilien werden Familien verstanden, in denen Kinder bei ihren lesbischen Müttern und/oder ihren schwulen Vätern aufwachsen. Die Kinder stammen dabei bisher vorwiegend aus vorangegangenen heterosexuellen Beziehungen. Allerdings wächst die Zahl der Lesben und Schwulen, die sich nach ihrem Coming-out für eigene Kinder entscheiden. So erfüllen sich lesbische Frauen ihren Kinderwunsch durch Insemination, entweder mit Hilfe einer anonymen Samenspende, mit einem bekannten Samenspender oder einem bekannten Schwulenpaar. Vereinzelt wählen schwule Männer den Weg einer Leihmutterchaft. Sehr viel verbreiteter ist es geworden, dass homosexuelle Paare eine Pflegschaft für ein oder mehrere Kinder übernehmen oder ein Kind adoptieren.

Eine Studie, die 2009 im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz die Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften untersuchte (Rupp 2009), bescheinigt lesbischen Müttern und schwulen Vätern, dass sie in ihrer elterlichen Kompetenz heterosexuellen Paaren in nichts nachstehen.

Dieser positiven Einschätzung zum Trotz wird voraussichtlich Russland keine Ausnahme bleiben, wenn es darum geht, lesbischen und schwulen Paaren den Zugang zur Adoption zu verwehren. Wahrscheinlicher ist, dass die rechtliche Stärkung und größere Sichtbarkeit gleichgeschlechtlicher Paare aufgrund der Eheöffnung in einigen Ländern auch zur Folge haben wird, dass weniger liberale Länder die Adoption durch ausländische homosexuelle Paare erheblich erschweren oder ganz verbieten werden. Demnach wäre erst die völlige Öffnung der Adoption auch für homosexuelle Eheleute ein noch genauerer Gradmesser für die tatsächliche Akzeptanz von Lesben und Schwulen in der Gesellschaft.

Anmerkung

- 1 Beim Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichtes ist gegenwärtig noch eine Entscheidung zur vollen Adoption anhängig.

Literatur

Bundesverfassungsgericht (BVerfG), 2013: 1 BvL 1/11 vom 19.2.2013. Internet: www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/ls20130219_1bvl000111.html (06.08.2013).

European Union Agency for Fundamental Rights (FRA), 2011: Homophobia, transphobia and discrimination on grounds of sexual orientation and gender identity in EU Member States. Internet: fra.europa.eu/en/publication/2011/homophobia-transphobia-and-discrimination-grounds-sexual-orientation-and-gender (06.08.2013).

International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association (ILGA), 2013: ILGA-Europe Rainbow Map. Internet: www.google.de/#bav=on.2,or.&fp=643212dd4b9ca058&q=ilga+europe+map+2013 (06.08.2013).

IPSOS, 2013: Presse-Information. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften in Deutschland akzeptiert. Internet: www.ipsos.de/assets/files/presse/2013/pressemitteilungen/Ipsos-PI_Gleichgeschlechtlich_Juni2013.pdf (06.08.2013).

Legifrance, 2013: LOI no 2013-404 du 17 mai 2013 ouvrant le mariage aux couples de personnes de même sexe. Internet: www.legifrance.gouv.fr/affichLoiPubliee.do;jsessionid=FC17A598730C623AE7F168664B4C8A81.tpdjo10v_3?idDocument=JORFDOLE000026587592&type=contenu&id=2 (06.08.2013).

Rupp, Martina (Hg.), 2009: Die Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften, herausgegeben vom Bundesministerium für Justiz. Internet: www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/pdfs/Forschungsbericht_Die_Lebenssituation_von_Kindern_in_gleichgeschlechtlichen_Lebenspartnerschaften.pdf?__blob=publicationFile (06.08.2013).

Intersexualität/Intergeschlechtlichkeit: Überblick über die aktuellen Debatten in der Bundesrepublik Deutschland

HEINZ-JÜRGEN VOSS

In den vergangenen Monaten ist Bewegung in die Debatte um die medizinische Behandlungspraxis von intergeschlechtlichen Kindern gekommen. Von den früher entsprechend dem „Baltimorer Programm“ Behandelten werden die medizinischen Interventionen als gewaltvoll und traumatisierend beschrieben. Auch die wissenschaftlichen Outcome-Studien, die die anatomischen und funktionalen Behandlungsergebnisse sowie die Zufriedenheit der Behandelten erheben, stützen die Sicht der politisch streitenden intergeschlechtlichen Menschen. Zuletzt kommen die Medizinerinnen und Psychologinnen Katinka Schweizer und Hertha Richter-Appelt (2012) zum Schluss:

Insgesamt fällt eine hohe Beeinträchtigung des körperlichen und seelischen Wohlbefindens auf. (...) Die psychische Symptombelastung (...) entsprach bei 61% der Befragten einem behandlungsrelevantem Leidensdruck (ebd.: 196f.; Übersicht über die internationalen Outcome-Studien in: Voß 2012).

Anhand der im Regelfall durchgeführten mehreren operativen Eingriffe, der Entfernung der Gonaden, verbunden mit der Notwendigkeit dauerhafter Hormonersatztherapie, sowie den sich – als Folge der medizinischen Eingriffe – oft als notwendig ergebenden psychologischen Folgebehandlungen sind bei nahezu allen Behandelten die Kriterien erfüllt, die medizinisch als schwere Komplikationen beschrieben werden. Zugleich erfüllten sich die Erwartungen der Medizin, die sich in den 1950er und 1960er Jahren in den Grenzen einer geschlechtlich und sexuell intoleranten Gesellschaft bewegten, nicht. In der Zeit ging man davon aus, dass ein „eindeutiges Erscheinungsbild“ der Genitalien – als „weiblich“ oder „männlich“ – notwendig sei, damit ein Kind eine „eindeutige Geschlechtsidentität“ ausbilde und keinen Diskriminierungen ausgesetzt sei. Die Geschlechtsidentität wurde wiederum nicht im Sinne einer eigenen individuellen geschlechtlichen und sexuellen Verortung verstanden, sondern lediglich als Annahme einer der beiden gesellschaftlich akzeptierten und stereotyp gedachten Geschlechterrollen. Bereits Homosexualität galt als Hinweis darauf, dass sich keine eindeutige Geschlechtsidentität ausgeprägt habe.

Das politische Streiten der intergeschlechtlichen Menschen gegen die gewaltvollen und traumatisierenden geschlechtszuweisenden Eingriffe hat Öffentlichkeit hergestellt – und mittlerweile kommt ein Umdenken in Gang. Das geht auch zusammen mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik, juristisch und sozial zunehmend plurale geschlechtliche Merkmale und sexuelle Identitäten zu akzeptieren. Die Begründungen des Behandlungsprogramms aus den 1950er Jahren, die auch in engem Zusammenhang mit der Verfolgung von Homosexuellen standen, erscheinen nun antiquiert.

Der Deutsche Ethikrat kam in seiner „Stellungnahme Intersexualität“ (2012) zu dem klaren Ergebnis:

Etliche Betroffene sind aufgrund der früher erfolgten medizinischen Eingriffe so geschädigt, dass sie nicht in der Lage sind, einer normalen Erwerbstätigkeit nachzugehen, oder sie sind infolge der Eingriffe schwer behindert (ebd., 165).

Und auch der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages fällte nach seiner Sitzung im Juni 2012 ein eindeutiges Urteil. In seiner Pressemitteilung heißt es:

Operationen zur Geschlechtsfestlegung bei intersexuellen Kindern stellen einen Verstoß gegen das Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit dar und sollen zukünftig unterbunden werden (Deutscher Bundestag 2012).

Während der Deutsche Ethikrat in seiner Stellungnahme nur zögerliche Ableitungen aus den Erhebungen der (Un-)Zufriedenheit der Behandelten und den Behandlungsergebnissen zog, kommen die sich informierenden politischen Entscheidungsträger_innen vor dem Hintergrund der fortgesetzten Debatten nun zu klaren Folgerungen.

Die Regierungskoalition veränderte Anfang 2013 die Personenstandsregelungen, enthielt sich dabei aber einer Aussage zum Behandlungsprogramm. Konkret erweiterte die Bundesregierung – mit ihrer Regierungsmehrheit im Bundestag – den Artikel 22 des Personenstandsgesetzes um die folgende Passage:

Kann das Kind weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zugeordnet werden, so ist der Personenstandsfall ohne eine solche Angabe in das Geburtenregister einzutragen (Deutscher Bundestag 2013a und 2013b).

Diese Neuregelung wurde von den Verbänden intergeschlechtlicher Menschen sofort beanstandet. Sie kritisieren u.a., dass ihren zentralen Forderungen – insbesondere nach dem Ende der geschlechtszuweisenden medizinischen Eingriffe – nicht nachgekommen werde. Auch behalte die Medizin die Oberhoheit im Diskurs über Intergeschlechtlichkeit. Zudem seien mit der Regelung problematische Auswirkungen wie Zwangsausings intergeschlechtlicher Kinder verbunden, da bei Anmeldungen bei Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen stets das Geschlecht des Kindes – „weiblich“ oder „männlich“ – angegeben werden müsse. Es seien somit weiter reichende Regelungen nötig (vgl. Zwischengeschlecht 2013; IVIM 2013).

Unterdessen hat der UN-Sonderberichterstatter bzgl. Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung seine Kritik an den geschlechtszuweisenden medizinischen Praxen bei Intergeschlechtlichkeit erneuert (vgl. UN 2013, Abschnitte 76 bis 78). Die wiederholten Kritiken aus Gremien der UN hatten, nach langem Streiten intergeschlechtlicher Menschen, überhaupt erst dazu geführt, dass die Bundesregierung handeln musste.

Aber auch diesen Kritiken trägt die Bundesregierung mit ihrer Änderung des Personenstandes nach wie vor nicht Rechnung. Vielmehr finden noch immer geschlechtszuweisende Eingriffe in Krankenhäusern der Bundesrepublik Deutschland statt – und es werden auf diese Weise Menschen so geschädigt, dass sie meist lebenslang medizinischer Behandlung bedürfen. Das hat die Opposition im Deutschen Bundestag mittlerweile deutlich wahrgenommen. Sie hat nun Anträge vorgelegt, die Änderungen erreichen sollen. So brachten die Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und SPD untereinander abgestimmte und weitgehend gleichlautende Anträge in den Bundestag ein, die – zentral – das Verbot der geschlechtszuweisenden Eingriffe fordern. In ihren Anträgen heißt es identisch:

Intersexuelle Menschen sollen als ein gleichberechtigter Teil unserer vielfältigen Gesellschaft anerkannt und dürfen in ihren Menschen- und Bürgerrechten nicht länger eingeschränkt werden. (...) Der Deutsche Bundestag sieht und erkennt erlittenes Unrecht und Leid, das intersexuellen Menschen widerfahren ist, an und bedauert dies zutiefst. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher dazu auf, sicherzustellen, dass geschlechtszuweisende und -anpassende Operationen an minderjährigen intersexuellen

Menschen vor deren Einwilligungsfähigkeit grundsätzlich verboten werden (Die Linke 2013; vgl. ähnlich Bündnis 90/Die Grünen 2013).

Die Anträge der Opposition eröffnen aktuell konkrete Möglichkeiten, die geschlechtszuweisenden Eingriffe zu verbieten und eine Entschädigung der Opfer der bisherigen Behandlungen einzuleiten. Dies beinhaltet auch die Möglichkeit, zumindest punktuell Mediziner_innen für Eingriffe juristisch zur Verantwortung zu ziehen, wenn sie wider besseres Wissen Patient_innen schädigenden Eingriffen unterzogen haben – die Outcome-Studien zu den desaströsen Folgen der geschlechtszuweisenden Eingriffe und den häufigen schweren Komplikationen liegen schließlich nicht erst seit heute klar vor (vgl. Voß 2012). Zentral ist aber das Ende der geschlechtszuweisenden Eingriffe – und hier gilt es auch auf die kleinen Lücken zu achten: So ist der Begriff „grundsätzlich“ in den Anträgen der Oppositionsparteien ein Einfallstor, doch solche Eingriffe durchführen zu können. Das erkannte die SPD-Fraktion, die einige Wochen nach den beiden anderen Parteien die Passage nicht unwesentlich korrigierte und das „grundsätzlich“ strich (vgl. SPD 2013). Allerdings lässt auch sie in der sich anschließenden Passage eine „Hintertür“ offen, die letztlich weiter geschlechtszuweisenden Eingriffe unter bestimmten Umständen erlaubt. Zudem belassen alle drei Parteien die Definitionsmacht zentral bei der Medizin, anstatt Intergeschlechtlichkeit gesellschaftlich anzuerkennen und nicht durch die medizinische „Diagnosebrille“ zu betrachten. Konkret heißt es in der Passage:

Dabei muss gewährleistet sein, dass eine alleinige stellvertretende Einwilligung der Eltern in irreversible geschlechtszuweisende Operationen ihres minderjährigen Kindes – außer in lebensbedrohlichen Notfällen oder bei Vorliegen einer medizinischen Indikation – nicht zulässig ist. Letztere muss von einem qualifizierten interdisziplinären Kompetenzzentrum zur Diagnostik und Behandlung bestätigt werden (*Bündnis 90/Die Grünen 2013; Die Linke 2013; nahezu gleichlautend: SPD 2013*).

„Lebensbedrohliche Situationen“ – wie Salzverlust, der selten auftreten kann – müssen selbstverständlich medizinisch behandelt werden; allerdings sind auch dann keine geschlechtszuweisenden Eingriffe nötig, vielmehr gefährden sie das Wohl des Kindes, wie die Outcome-Studien zeigen. Neben dieser Unzulänglichkeit in den Oppositions-Anträgen gibt es aktuell Entwicklungen in der Medizin, verschiedene „Diagnosegruppen“ nicht mehr als „intersexuell“ (bzw. medizinische Bezeichnung seit dem Jahr 2005: „disorders of sex development, DSD“) einzuordnen – und damit aus den rechtlichen Formulierungen herauszunehmen – eine „Hintertür“, mit der möglicherweise geschlechtszuweisende Eingriffe bei einigen „Diagnosegruppen“ möglich bleiben könnten. Hier gilt es die Eigeninteressen im medizinischen System im Blick zu haben. Michel Reiter brachte diese medizinischen Interessen bereits im Jahr 2000 auf den Punkt – die Behandlungsergebnisse sind übrigens auch seitdem schlecht geblieben:

Werden Kritiken an den geschlechtlichen Assimilationsmethoden laut (...), versucht man die (...Aktivisten) zuerst zu Spinnern zu erklären; und nützt dies nichts, werden Übernahmeangebote an die Aktivisten getätigt, indem man ihnen eine wissenschaftliche Karriere in Aussicht stellt und sie an einer Modifikation ihrer Behandlungen beteiligt. Gleichfalls versichert man, vor allem gegenüber der Öffentlichkeit, die Eingriffe humaner zu gestalten, indem die Quantität der chirurgischen Eingriffe reduziert, ihre Qualität und eine psychotherapeutische Hilfeleistung dagegen expandiert werden. Beweise für diese Behauptungen werden nicht geliefert. Man spricht von Fehlern in der Vergangenheit und den technischen Weiterentwicklungen heute und in Zukunft. Daß es dabei ungebrochen um des Gärtners Vorstellungen geht, um viel Geld und Forschungsmaterial, um Prestige und Macht, aber niemals um den Menschen geht, fällt dort nicht weiter auf... (Reiter 2000).

Damit tatsächlich Veränderungen stattfinden, sind weiterhin Aufmerksamkeit, Veranstaltungen, Öffentlichkeit und Engagement notwendig.

Literatur

Bündnis 90/Die Grünen, 2013: Grundrechte von intersexuellen Menschen wahren. Internet: dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/055/1705528.pdf (30.04.2013).

Deutscher Bundestag, 2012: Experten: Intersexualität ist keine Krankheit. Pressemitteilung des Deutschen Bundestages zur Sitzung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Anhörung) vom 25.06.2012. Internet: www.bundestag.de/presse/hib/2012_06/2012_314/01.html.

Deutscher Bundestag, 2013a: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung personenstandsrechtlicher Vorschriften (Personenstandsrechts-Änderungsgesetz – PStRÄndG). Internet: dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/121/1712192.pdf (30.04.2013).

Deutscher Bundestag, 2013b: Die Beschlüsse des Bundestages am 31. Januar und 1. Februar. Internet: www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2013/42726396_kw05_angenommen_abgelehnt/index.html (30.04.2013).

Deutscher Ethikrat, 2012: Stellungnahme Intersexualität. Internet: www.ethikrat.org/dateien/pdf/stellungnahme-intersexualitaet.pdf (30.04.2013).

Die Linke, 2013: Grundrechte von intersexuellen Menschen wahren. Internet: dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/128/1712859.pdf (30.04.2013).

IVIM, 2013: Mogelpackung für Inter*: Offener Geschlechtseintrag keine Option. Internet: www.intersexualite.de/index.php/pm-mogelpackung-fur-inter-offener-geschlechtseintrag-keine-option/ (30.04.2013).

Reiter, Michael, 2000: Medizinische Intervention als Folter. In: GiGi – Zeitschrift für sexuelle Emanzipation 9. Internet: www.gigi-online.de/intervention9.html (30.04.2013).

Schweizer, Katinka/**Richter-Appelt**, Hertha, 2012: Die Hamburger Studie zur Intersexualität – Ein Überblick. In: Dies. (Hg.): Intersexualität kontrovers – Grundlagen, Erfahrungen, Positionen, Gießen.

SPD, 2013: Rechte intersexueller Menschen stärken. Internet: dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/132/1713253.pdf (30.04.2013).

UN, 2013: Report of the Special Rapporteur on torture and other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment, Juan E. Méndez. Internet: www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HR-Council/RegularSession/Session22/A.HRC.22.53_English.pdf (30.04.2013).

Voß, Heinz-Jürgen, 2012: Intersexualität – Intersex: Eine Intervention. Münster.

Zwischengeschlecht, 2013: Bundestag 31.1.13: Staatliches Zwangsouting für „Intersex-Kinder“ – Freipass für GenitalabschneiderInnen. Internet: blog.zwischengeschlecht.info/post/2013/01/31/Deutschland-staatliches-Zwangsouting-Intersex (30.04.2013).

Der Angelina-Effekt: Von der Ikonographie genetischer Selbstverantwortung

SARAH CLASEN

Am 14.05.2013 machte Angelina Jolie in ihrem Artikel „My Medical Choice“ in der New York Times ihre beidseitige prophylaktische Brustdrüsenentfernung mit anschließender Brustrekonstruktion öffentlich. Aufgrund eines defekten Tumorsuppressorgens (BRCA1-Breast Cancer Gen) und der Krankheitsgeschichte ihrer Familie hatten ÄrztInnen ihr ein drastisch erhöhtes Risiko bescheinigt, im Laufe ihres Lebens an Brust- und Eierstockkrebs zu erkranken. Jolie begründete ihre Entscheidung mit der Brustkrebserkrankung ihrer Mutter, die mit 56 Jahren verstorben war, und ihrem Wunsch, ihren eigenen Kindern dieses Schicksal zu ersparen (Jolie 2013).

Auf Jolies differenzierten Artikel folgte weltweit eine Flut von Kommentaren. Die deutschen Medien lehnten sich an Jolies eigene Darstellung an und beschrieben ihre Wahl durchgehend als eine individuelle, biografisch begründete und heldenhafte Entscheidung. Gleichzeitig bemühten sie sich um eine Verallgemeinerung für BRCA1-positive Frauen und befragten dazu FrauenärztInnen und HumangenetikerInnen. Vor allem aber erzählten sie die individuellen Geschichten von BRCA-positiven, gesunden Frauen, die sich für eine prophylaktische Brust-OP entschieden hatten (siehe exemplarisch Wiedeking 2013, V2/3).

Die Naturalisierung von Weiblichkeit und ihre Folgen

Die Medien-Debatte um die Entscheidung für oder gegen eine präventive Brustoperation wurde entlang zweier Fragestellungen geführt: Welche (ästhetischen) Folgen hat die Operation? Und welche Gründe reichen aus, um den Verlust der gesunden eigenen Brüste aufzuwiegen? Grundlage ist ein Körper- und Frauenbild, demzufolge nur „echte“ Brüste als weiblich gelten und eine natürliche Sexualität ermöglichen: „Denn durch eine solche OP wird eine Frau eines sehr bedeutenden Teils ihrer Weiblichkeit beraubt“ (Stegemann 2013). Die befragten GesundheitsexpertInnen betonen die gelungene Ästhetik der neuen Brüste und den Erhalt der sexuellen Funktionsfähigkeit bei der Entscheidung für eine OP (Oestreich 2013, 8). Welche Auswirkun-

gen ein solch radikales Vorgehen auf Muskulatur, Bindegewebe und auf die Psyche der Betroffenen hat, wurde wenig thematisiert und teilweise bagatellisiert:

Janz freut sich: Sie fühlte ein wenig in der Brust, die ansonsten taub ist und dies auch bleiben wird. Ich habe meinen Po in der Brust und meine Leiste als Brustwarze. Das ist doch abgefahren! (Hackenbroch 2013, 117).

Die OP erscheint als eine radikale Form der Prävention, mit der die Frauen ihre natürliche Weiblichkeit aufgeben. Gleichzeitig wird sie mit Verweis auf moderne medizinische Technik als unproblematisch dargestellt.

Als entscheidender und guter Grund für eine OP wird in den Artikeln immer die Rolle der Frau als Mutter und Ehefrau genannt. So wurde Angelina Jolies Status als sechsfache Mutter von allen KommentatorInnen hervorgehoben. Sie sahen in ihrem Schritt einen heroischen Akt der Fürsorge für ihre Kinder. Dabei ist die mütterliche Fürsorge offenbar nicht zusammen mit einer eigenen Sexualität denkbar. Es wurde vielmehr das von Jolie selbst gewählte Motiv der Transformation benutzt, um ihren Statuswechsel „(v)om Sexkätzchen zur Löwenmutter“ (Kruttschnitt 2013, 79) zu beschreiben: Jolie selbst hatte in ihrem Artikel weibliche Stärke folgendermaßen definiert:

I feel empowered that I made a strong decision that in no ways diminishes my femininity. (...) I can tell my children that they don't need to fear they will lose me to breast cancer. (Jolie 2013).

Stärke ist demnach die Fähigkeit, eine radikale Entscheidung zu treffen, um zu überleben und weiterhin den Aufgaben als Mutter nachkommen zu können. Damit folgt Jolie der gesellschaftlich dominanten Norm, die Frauen die Rolle der lebenslangen Versorgerin zuweist, sei es als Mutter, als Ehefrau oder als Tochter. Auch die deutsche Debatte reproduziert diese Norm. Der Stern zitiert eine betroffene Frau folgendermaßen:

In meiner Ehe ist es ganz einfach: Wir wollen nicht getrennt werden, ich darf noch nicht sterben. Und dafür bin ich bereit, etwas zu opfern (Gloger et al. 2013, 96).

Die Stärkung der biologischen Familie – Herkunft als Schicksal

„My mother fought cancer for almost a decade and died at 56“ (Jolie 2013) – ebenso wie Angelina Jolie ihren Artikel mit der tödlichen Erkrankung ihrer Mutter beginnt, erzählen alle interviewten und operierten BRCA-Trägerinnen ihre eigene Geschichte ausgehend von der Krebserkrankung eines sehr nahen Familienmitgliedes. In der Entscheidung für oder gegen eine OP beziehen Betroffene immer die eigene

Familiengeschichte ein. Dies entspricht auch der genetischen Beratung hinsichtlich familiärem Brust- und Eierstockkrebs in deutschen Brustzentren.

Die von den Beratungsstellen angegebenen Gründe für einen BRCA-Test sind, neben der Sorge um das individuelle Wohlergehen, vor allem die Möglichkeit der Weitergabe an die eigenen Kinder und die mögliche Aufklärung von weiteren, eventuell betroffenen Familienmitgliedern (vgl. Charité 2013). Studien zu Auswirkungen von BRCA-Tests auf Familiensysteme stellen fest, dass die positiv getesteten Frauen ihr Testergebnis als Verpflichtung sehen, ihr gesundheitliches Risiko selbst zu managen. Außerdem erleben sie dieses Risiko als Krankheitsgewissheit und geraten daraufhin oft in große Konflikte hinsichtlich ihrer Fürsorgeaufgaben innerhalb der Familie (Freedman 1998). Ihre Hauptaufgabe in der neuen Rolle als „Noch-nicht-Kranke“ sehen sie vor allem darin, andere in der Familie zu informieren und zu unterstützen. Gerade in Bezug auf die eigenen Kinder ist diese Aufgabe oft mit dem Gefühl von Schuld verbunden:

Krebs hat immer etwas mit Schuldgefühlen zu tun, mit der Frage: Habe ich etwas falsch gemacht, dass ich sterben muss? Nina (meine Tochter) wusste wenigstens, dass in gewisser Weise ich schuld war. Sie konnte die Verantwortung an mich abgeben (Köhle 2013, 71).

Diese Dimension wird meist vernachlässigt, wenn Medien und Brustzentren über BRCA-Tests informieren und die Freiheit der betroffenen Frauen betonen, nach einem positiven Testergebnis eine persönliche Entscheidung über das weitere medizinische Vorgehen zu treffen. Viele Frauen entwickeln Schuldgefühle und bleiben mit den Auswirkungen eines positiven Testergebnisses allein. Meist wird die Bewältigung des Wissens um das eigene Krankheitsrisiko im Familienkontext angegangen: Betroffene nehmen selten Unterstützungsangebote außerhalb eines klinischen Rahmens, etwa in Selbsthilfegruppen, in Anspruch (Pelters 2013, 306).

Weiterhin werden durch die Fokussierung der Krankheit auf einen rein genetischen Hintergrund soziale und umweltbedingte Krankheitsursachen ausgeblendet. Dass Mitglieder einer Familie beispielsweise häufig einen ähnlichen Lebensstil haben, spielt in der Darstellung der krebsauslösenden Faktoren kaum eine Rolle. Ebenso wenig werden zum Beispiel Schadstoffbelastungen oder gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen thematisiert.

Fremdbestimmtes Selbstmanagement statt kollektiver Solidarität

Die Debatte um BRCA-Testungen und prophylaktische OPs stellt die Zuspitzung eines Gesundheitsdiskurses dar, der sehr deutlich die individuelle Verantwortung von PatientInnen in den Vordergrund stellt. BRCA-positiv getestete Frauen stehen als Hochrisikopatientinnen unter einem enormen Handlungsdruck, im Einklang mit herrschenden Körper- und Schönheitsnormen dafür zu sorgen, dass sie gar nicht erst krank werden. Dabei ist auffällig, dass von allen genetisch vererbaren Krankheiten

die „Frauenkrankheit“ Brustkrebs so viel Aufmerksamkeit erfährt. BRCA-Gene können auch an Männer weitergegeben werden, die dann ebenfalls ein hohes Risiko für Brustkrebs und für Prostatakrebs in sich tragen, das sie wiederum vererben können. Prostatakrebs ist beispielsweise der häufigste bösartige Tumor bei Männern und die dritthäufigste krebsbedingte Todesursache (Deutsche Krebshilfe 2011, 4). Trotzdem gab es bisher keine breitenwirksame mediale oder medizinische Aufforderung an Männer, sich testen oder ab einem bestimmten Lebensalter vorsorglich die Prostata entfernen zu lassen. Gleichzeitig sollen BRCA-positive Frauen das medizinische Selbstmanagement auch auf ihre noch nicht geborenen Kinder ausweiten. In Großbritannien wurde bereits 2011 ein mit Hilfe künstlicher Befruchtung gezeugtes Baby geboren, das ausgewählt worden war, weil es die BRCA-Mutation nicht in sich trug. Alle BRCA-positiven Embryonen waren zuvor aussortiert worden (Der Tagesspiegel 2009). Hier setzt sich eine Machbarkeits- und Optimierungsnorm durch, die im Rahmen einer vermeintlich neutralen Genetik gesellschaftliche und bevölkerungspolitische Wirkung entfaltet. Diese Norm betrifft Frauen in spezifischer Weise: Ihre vermeintliche Wahl-Freiheit wird zu einer Auswahl-Pflicht. Eine BRCA-positive Frau kann lediglich eine Entscheidung „zwischen Pest und Cholera“ treffen: Wenn sie sich nicht operieren lässt oder sich keiner radikalen Selbstkontrolle hinsichtlich ihrer Lebensführung unterwirft und dann erkrankt, ist sie selber schuld. Lässt sie sich operieren, verliert sie das wichtigste Attribut ihrer Weiblichkeit. Sie muss darüber hinaus innerhalb ihrer Familie eine Verantwortung für ihre genetische Disposition übernehmen, die viele Frauen als individuelle Schuld erleben. Hier wird die moralisierende Funktion deutlich, die diese Vorstellung einer „genetischen Verantwortung“ (Lemke 2004, 29) hat: Aus der dem Leben immanenten Möglichkeit von Krankheit und frühem Tod wird ein individuelles, errechenbares Risiko konstruiert und inszeniert. Dieses Risiko sollen Betroffene individuell managen, um nicht selber Schuld an der Einbuße von Leistungsfähigkeit oder dem Verlust ihrer Gesundheit zu tragen. Alte und wichtige feministische Forderungen nach Aufklärung, Selbstbestimmung und dem Zugang zu bestmöglicher gesundheitlicher Versorgung (Brot & Rosen 1972) wurden so in ihr Gegenteil verkehrt und in einen neoliberalen Diskurs eingemeindet. Individuelle Kontrollregime sollen das solidarische Auffangen von Individuen und kollektive Bewältigen von Lebensschicksalen ersetzen.

Was tun?

Aus feministischer Sicht scheinen zwei Dinge wichtig, um dieser bedenklichen Entwicklung etwas entgegenzusetzen: Erstens muss die vermeintlich „freie, individuelle“ Entscheidung der Betroffenen kritisch hinterfragt werden. Welchen gesellschaftlichen Normen im Kontext von Krankheit, Gesundheit und Schönheit sind Frauen ausgesetzt, und wie beeinflussen diese ihre Entscheidung? Was sind die individuellen Ausgangsbedingungen, von denen aus sich Ratsuchende mit ihren genetisch bedingten Krankheitsrisiken auseinandersetzen? Welche Ressourcen und

Netzwerke sind Voraussetzung für eine individuell tragfähige Auseinandersetzung mit dem Thema? Zweitens scheint es geboten, zu Formen kollektiver Selbstbestimmung zurück zu kommen, wie sie im Rahmen der Frauenbewegung der 1970er und 1980er Jahre gedacht und gelebt wurden: Zentral ist dabei der Zugang zu hochwertiger Medizin, die viele Alternativen bietet und frei von ökonomischen Zwängen ist. Außerdem müssen mehr Möglichkeiten zu einem geschützten Erfahrungsaustausch geschaffen werden, der ermächtigt und Isolationsgefühle kompensiert. Und letztendlich muss der Individualisierung von Krankheiten durch die gesamtgesellschaftliche Übernahme der Gesundheitsfürsorge begegnet werden – für alle und in allen Lebenslagen.

Literatur

- Brot & Rosen**, 1972: Frauenhandbuch Nr.1. Abtreibung und Verhütungsmittel. Berlin.
- Charité**, 2013: Haben Sie ein erhöhtes Risiko? Internet: frauenklinik.charite.de/behandlung/brustkrebs/familiaerer_brustkrebs/risiko_einschaetzung/ (16.08.2013).
- Der Tagesspiegel**, 2009: Erstes Baby ohne Brustkrebsgen geboren. Internet: www.tagesspiegel.de/weltspiegel/forschung-erstes-baby-ohne-brustkrebsgen-geboren/1414766.html (16.08.2013).
- Deutsche Krebshilfe**, 2011: Prostatakrebs. Bonn.
- Freedman**, Tovia G., 1998: Genetic Susceptibility Testing: Ethical and Social Quandaries. In: Health & Social Work. 23 (3), 214-22.
- Hackenbroch**, Veronika/**Höflinger**, Laura/**Koch**, Julia, 2013: Der Feind im eigenen Körper. Der Spiegel, 21/2013, 112-117.
- Gloger**, Katja/**Albrecht**, Bernhard/**Kraft**, Alexandra, 2013: Wege. In: Stern 22/2013, 94-97.
- Jolie**, Angelina, 2013: My Medical Choice. The New York Times, 14.05.2013.
- Köhle**, Anne-Bärbel, 2013: Hätte ich verhindern können, dass sie stirbt? Brigitte, 15/2013, 71-73.
- Krutschnitt**, Christine, 2013: Mut. Stern, 22/2013, 79.
- Lemke**, Thomas. 2004: Die Gene der Frau. Humangenetik als Arena der Geschlechterpolitik. In: Feministische Studien, 22 (1), 22-38.
- Oestreich**, Heide, 2013: Die Lust wird nicht beeinträchtigt. die tageszeitung, 18/19/20.05.2013, 8.
- Pelters**, Britta, 2013: Doing Health in der Gemeinschaft. Brustkrebsgene zwischen gesellschaftlicher, familiärer und individueller Gesundheitsnorm. Bielefeld.
- Stegemann**, Jana, 2013: Problemlösung nach Hollywood-Manier. Internet: www.sueddeutsche.de/panorama/brust-entfernung-von-angelina-jolie-problemloesung-nach-hollywood-ma-nier-1.1671972 (16.08.2013).
- Wiedeking**, Laura, 2013: Das Ende der Angst. Süddeutsche Zeitung, 18./19./20.05.2013, V2/3.

Ungleichheit qua Gesetz – Zur Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Qualifizierung

ANNE K. KRÜGER, ANNA SCHÜTZ

Ü3 Vereinbarkeit und Chancengleichheit im Wissenschaftszeitvertragsgesetz

Politik und Wissenschaftseinrichtungen sind sich einig in ihrer Zielsetzung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit auch die Chancengleichheit von Männern und Frauen sowie von Eltern und Nicht-Eltern zu fördern. Dies zeigen nicht allein Zertifizierungen wie „total e-quality“ (www.total-e-quality.de) oder das „audit familiengerechte hochschule“ (www.beruf-und-familie.de). Auch das 2007 verabschiedete Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) beinhaltet den Grundgedanken der Vereinbarkeit von Kinderbetreuung sowie der Pflege von Angehörigen mit der wissenschaftlichen Qualifizierungsphase und damit auch ein Bewusstsein für die Schaffung von Chancengleichheit. Doch zeigt ein genauerer Blick auf das Gesetz und dessen jeweilige Umsetzung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, dass die hier getroffenen Regelungen weiterhin in vieler Hinsicht gravierende Probleme produzieren.

Das WissZeitVG stellt ein Sonderbefristungsrecht für WissenschaftlerInnen dar. Diese können auf dieser Grundlage länger als über das Teilzeit- und Befristungsgesetz¹ ohne Sachgrund, d.h. über Haushaltsmittel finanziert, befristet beschäftigt werden. Dafür definiert es einen Qualifizierungszeitraum von sechs Jahren vor und sechs Jahren (in der Medizin sogar neun Jahren) nach der Promotion, in dem eine befristete Anstellung möglich ist. Zwar besteht kein gesetzlicher Einwand dagegen, WissenschaftlerInnen bereits während oder spätestens nach der zwölfjährigen Qualifizierungsphase zu entfristen. Doch stellen befristete Beschäftigungsverhältnisse im wissenschaftlichen Betrieb jenseits der Professur (die ebenfalls zunehmend von Befristung betroffen ist) die Regel dar. Darüber hinaus ist eine Befristung der Beschäftigung während bzw. jenseits des Qualifizierungszeitraums aufgrund von aus Drittmitteln finanzierten Stellen ohnehin jederzeit möglich. Befristung ist auf diese Weise in der Wissenschaft allgegenwärtig. Allein die daraus resultierende fehlende Planbarkeit stellt damit bereits ein wesentliches Hindernis für die Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaft dar.

Zudem macht ein Blick auf das WissZeitVG schnell deutlich, dass sich ein Großteil der arbeitsrechtlichen Maßnahmen zur Förderung von Vereinbarkeit und Chancengleichheit lediglich auf diejenigen ArbeitnehmerInnen bezieht, deren Stellen durch Haushaltsmittel finanziert sind. Bei der aktuell hohen Rate an Drittmittelbeschäf-

tigten muss deshalb – jenseits der Frage nach Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen sowie Eltern und Nicht-Eltern – auch über die Chancengleichheit von WissenschaftlerInnen auf unterschiedlich finanzierten Stellen nachgedacht werden. Dies gilt nicht zuletzt auch für die Vielzahl von WissenschaftlerInnen, die über ein Stipendium finanziert sind und damit von arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen im Hinblick auf Vereinbarkeit und Chancengleichheit ausgeklammert bleiben.

Option statt Anspruch: Die familienpolitische Komponente

Angesichts des zeitlich begrenzten Qualifizierungsmodells wurde zur Stärkung von Vereinbarkeit und Chancengleichheit die familienpolitische Komponente (§2 Abs. 1) in das Gesetz integriert. Sie sieht vor, dass sich die Qualifizierungszeit und damit die Möglichkeit, befristet beschäftigt sein zu können, um zwei Jahre pro betreutem Kind verlängert. Diese Verlängerungsmöglichkeit der Qualifizierungszeit und damit auch der Höchstbefristungsgrenze betrifft sowohl Frauen als auch Männer, die Kinder im eigenen Haushalt betreuen. Auf diese Weise sollte einer

Dreifachbelastung mit Dienstleistung im Arbeitsverhältnis, wissenschaftlichen Qualifizierung und Kinderbetreuung Rechnung getragen werden (BMBF o.A., 3).

Vor dem Hintergrund, dass derzeit die wenigsten WissenschaftlerInnen nach zwölf Jahren einen unbefristeten Vertrag erhalten, wurde hiermit für WissenschaftlerInnen mit zu betreuenden Kindern immerhin die Option geschaffen, einen längeren Zeitraum für die eigene Qualifizierung in Anspruch zu nehmen, in dem sie zudem auch weiterhin sachgrundlos beschäftigt sein können.

Was vom Gesetzgeber als Instrument der Chancengleichheit und Vereinbarkeit gedacht wurde, gerät aber gerade in der gesetzlichen Ausgestaltung schnell an seine Grenzen. So ist die familienpolitische Komponente nämlich nicht als Rechtsanspruch formuliert, sondern als Kann-Bestimmung. Zwar sieht das Gesetz vor, dass sich die Qualifikationszeit und damit die Befristungsdauer verlängern. „Verlängerungen eines befristeten Arbeitsvertrags“ und damit eine Finanzierung dieser verlängerten Qualifizierungszeit sind jedoch nicht bindend, sondern nur „möglich“ (§2 Abs.1). Es bleibt also den jeweiligen ArbeitgeberInnen überlassen, ob, in welcher Form und unter welchen Bedingungen sie die befristeten Arbeitsverträge ihrer sachgrundlos beschäftigten ArbeitnehmerInnen mit familiären Betreuungsaufgaben tatsächlich verlängern und damit die Betreuungsarbeit als solche anerkennen.

Die Freiheit, die den ArbeitgeberInnen hinsichtlich der Anwendung der familienpolitischen Komponente gewährt wird, führt vielerorts zu fehlender Verlässlichkeit und mangelhafter Transparenz und vor allem zu großen Unterschieden zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Während einige Einrichtungen Verträge aufgrund von Kinderbetreuung verlängern bzw. Neueinstellungen auf sachgrundlosen Stellen auch jenseits bereits absolvierter sechs bzw. zwölf Jahre ermöglichen, lehnen

andere – zumeist aufgrund mangelnder Rechtssicherheit hinsichtlich der Definition von Betreuung – eine solche Verlängerung ab. Es stellt sich damit die Frage, inwiefern die familienpolitische Komponente überhaupt zu Vereinbarkeit und Chancengleichheit beiträgt. Gerade im Wissenschaftssystem, das Flexibilität und Mobilität auf Seiten seiner ArbeitnehmerInnen voraussetzt, ist eine fehlende Rechtssicherheit ein kontraproduktiver und unhaltbarer Zustand.

Stattdessen wäre ein individueller Rechtsanspruch nicht nur auf eine Verlängerung des Qualifizierungszeitraums, sondern auch auf eine Verlängerung des Arbeitsvertrags ein deutliches Zeichen in Richtung Vereinbarkeit und Chancengleichheit. Dazu bedarf es einer genauen Definition relevanter Betreuungsverhältnisse, welche die Vielfalt von Familienmodellen sowie bereits die Schwangerschaft berücksichtigt und den arbeitgebenden Institutionen als verbindliche Richtschnur dient. Auch müssen Betreuungszeiten, die in den Qualifizierungszeitraum fallen, jedoch nicht auf Haushaltsstellen ausgeübt wurden, einbezogen werden.

Eine Frage der Finanzierung: Die Verlängerung des Arbeitsvertrags

Im WissZeitVG ist vor dem Hintergrund der Sonderbefristung aufgrund der wissenschaftlichen Qualifizierung festgelegt, dass Mutterschutz und Elternzeit nicht auf die zulässige Befristungsdauer der sechs plus sechs bzw. neun Jahre angerechnet werden dürfen. Zudem sieht das WissZeitVG unter §2 Abs.5 (1) und (3) vor, dass Beurlaubungszeiten oder Arbeitszeitermäßigungen um mindestens ein Fünftel der regelmäßigen Arbeitszeit für die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger oder Kindern sowie Zeiten von Mutterschutz und Elternzeit mit Zustimmung des Mitarbeiters oder der Mitarbeiterin zu einer entsprechenden Verlängerung des Arbeitsvertrags führen müssen.

Jedoch besteht dieser Rechtsanspruch auf die Verlängerung des Arbeitsvertrags nur bei Arbeitsverträgen, die nach §2 Abs.1 WissZeitVG abgeschlossen wurden. Dies ist bei Haushaltsstellen der Fall. Drittmittelstellen werden dagegen zumeist nach §2 Abs.2 WissZeitVG befristet. Für diese Beschäftigten besteht kein Rechtsanspruch auf eine Verlängerung des Arbeitsvertrags um die Zeiten von Mutterschutz und Elternzeit. Die Folge ist eine Verkürzung der finanzierten Bearbeitungszeit eines Projekts, das zumeist unmittelbar der wissenschaftlichen Qualifizierung dient und nicht selten selbst eingeworben wurde. Mutterschutz und Elternzeit gehen damit bei Drittmittelbeschäftigten im Gegensatz zu Haushaltsstellen direkt zulasten der wissenschaftlichen Qualifizierung. Hieran wird nur allzu deutlich, dass die Art der Finanzierung darüber entscheidet, ob Mutterschutz und Elternzeit mit der Wissenschaft vereinbar sind oder nicht. Dies ist angesichts steigender Drittmittelfinanzierung und sinkender Grundhaushalte alarmierend.

Allerdings besteht auch bei Drittmittelstellen durchaus die Möglichkeit für die ArbeitgeberInnen, dem Vereinbarkeitsmanko aufgrund von Drittmittelfinanzierung etwas entgegenzusetzen und Beschäftigte aufgrund ihrer wissenschaftlichen Qua-

lifizierung ebenfalls nach §2 Abs.1 WissZeitVG zu befristen. Jedoch stellt sich hier die Frage, wie die Verlängerung des Arbeitsvertrags finanziert werden kann. Je nach Drittmittelgeber ist eine sog. kostenneutrale Laufzeitverlängerung möglich. Das kann jedoch bedeuten, dass die aufgrund von Kinderbetreuung vakante Stelle nicht vertreten wird, damit das Geld für die Verlängerung zur Verfügung steht, wodurch die Vereinbarkeit im Arbeitskontext von Teamarbeit und Lehre problematisch bleibt. Zudem gibt es Drittmittelgeber, die es ablehnen, das durch Mutterschutz und Elternzeit eingesparte Geld über die zunächst bewilligte Projektlaufzeit hinaus auszus zahlen. Einige Hochschulen haben für beide Fälle bereits Töpfe eingerichtet, um damit auch Beschäftigten auf Drittmittelstellen und deren Projektteams die Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Qualifizierung zu ermöglichen – ein Modell, das einen Weg aus dem Dilemma aufzeigt.

Oftmals werden Schwangerschaft und Kinderbetreuung jedoch noch als „Einzel fall“ behandelt, für den nach einer „Einzelfalllösung“ gesucht werden muss, was angesichts der Normalität von Schwangerschaften und Kinderbetreuung reichlich merkwürdig anmutet. Es gibt sowohl vonseiten der Hochschulen und Forschungseinrichtungen als auch auf der Seite der Drittmittelgeber bislang nur sehr begrenzt strukturelle Lösungen eines family budgeting, das eine Chancengleichheit zwischen Beschäftigten auf Haushalts- und auf Drittmittelstellen schaffen könnte. Hier ist eine Verstetigung und Weiterentwicklung erster Ansätze dringend notwendig.

Vereinbarkeit und Chancengleichheit im Wissenschaftssystem: to be continued?

Sowohl die familienpolitische Komponente als auch der Rechtsanspruch auf eine Verlängerung des Arbeitsvertrags im Rahmen von Mutterschutz und Elternzeit im WissZeitVG spiegeln einerseits eine Sensibilisierung für die Fragen von Vereinbarkeit und Chancengleichheit im Wissenschaftssystem wider. Andererseits enthalten diese Regelungen jedoch eine Vielzahl von Problemen, durch die sowohl die Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Qualifizierung als auch die Chancengleichheit zwischen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen mit und ohne Kinder auf Haushaltsstellen und auf Drittmittelstellen weiterhin in Frage gestellt sind. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (2013) fordert deshalb in ihrem jüngst erschienenen Rechtsratgeber zur Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Qualifizierung zur Beendigung der Ungleichheit qua Gesetz (1) eine verbindliche Ausgestaltung der familienpolitischen Komponente, (2) eine garantierte Verlängerung der Finanzierung bei Mutterschutz und Elternzeit unabhängig von Finanzierungsart und Geldgeber sowie (3) die Bereitstellung von Mitteln für ein family budgeting durch Drittmittelgeber, Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Damit sind das gesamte Wissenschaftssystem und seine VertreterInnen insbesondere in der aktuellen Situation zunehmender Drittmittelbeschäftigung und ausufernder kurzzeitiger Befristung aufgefordert, Bedingungen zu schaffen, die es WissenschaftlerInnen

unabhängig von den individuell unterschiedlichen Lebensentwürfen ermöglichen, sich durch innovative Forschung und Lehre wissenschaftlich zu qualifizieren.

Anmerkung

- 1 Das Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) sieht im Gegensatz zum WissZeitVG vor, dass „die kalendermäßige Befristung eines Arbeitsvertrages ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes (...) bis zur Dauer von zwei Jahren zulässig“ (§14 Abs.2 TzBfG) ist (vgl. auch Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft 2011).

Literatur

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), o.J.: Informationen zum Verständnis und zur Anwendung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Internet: www.bmbf.de/pubRD/informationen_wissenschaftszeitvertragsgesetz.pdf (13.08.2013).

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, 2011: Ratgeber Arbeitsplatz Hochschule und Forschung. Internet: www.gew.de/Binaries/Binary83240/Arbeitsplatz+HuF+web.pdf (13.08.2013).

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, 2013: Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Qualifizierung. Ein Rechtsratgeber. Mit einem Positionspapier der Doktorandinnen und Doktoranden der GEW. Internet: www.gew.de/Binaries/Binary97472/Familie_und_wissenschaftliche_Qualifikation_web.pdf (13.08.2013).

NEUES AUS LEHRE UND FORSCHUNG

Kurznachrichten

gender change in academia. Entrepreneurial University und GenderChange

Dieses Projekt setzt sich in drei internationalen Forscher_innen-Teams mit der zunehmenden Ökonomisierung der Universitäten – Stichwort Entrepreneurial University – in den Feldern Arbeit, Organisation und Wissen auseinander und vergleicht dabei die Situation in verschiedenen Ländern. Gearbeitet wird zu den drei Themen an folgenden Universitäten:

Thema Arbeit: Wissenschaftskarrieren und Geschlecht: Fallstudien zu Frankreich, Deutschland und Österreich; Universität Wien, WU Wien und Universität Göttingen.

Thema Organisation: Forschungsprojekt Exzellenz und/oder Chancengleichheit der Geschlechter. Nationale Programmatiken und diskursive Praktiken an Universitäten in Deutschland und der Schweiz; LMU München und Universität St. Gallen

Thema Wissen: Nach Bologna: Gender Studies in der unternehmerischen Hochschule. Eine Untersuchung in Deutschland, Österreich und der Schweiz; TU Berlin und KFU Graz

Mehr dazu unter folgendem Link:

genderchange-academia.eu/

Gender Equality Index als Online-Tool

Das European Institute for Gender Equality (EIGE) veröffentlichte im Sommer 2013 den ersten Gender Equality Index für die Europäische Union, der Geschlechtergleichheit basierend auf Zahlen von 2010 darzustellen versucht. Neben der Textversion wurde der Bericht online visuell aufgearbeitet. Hier können zu sechs Themenfeldern (Arbeit, Geld, Zeit, Gesundheit, Wissen und Macht) die Indizierungen für die 27 Mitgliedsstaaten abgerufen werden. Die Themenbereiche Gewalt und intersektionale Ungleichheiten sind bislang nicht abrufbar.

Mehr dazu unter folgendem Link:

eige.europa.eu/content/gender-equality-index#/

The Nordic Region. A Step Closer to Gender Balance in Research?

In dem vom Nordic Council of Ministers in Auftrag gegebenen und von Solveig Bergman unter Mitarbeit von Linda M. Rustad und einer nordischen Referent_innen-Gruppe erstellten Bericht wird die Frage der Geschlechtergleichheit in Wissenschaft und Forschung in der nordischen Region, respektive Dänemark, Finnland, Island,

Norwegen und Schweden, in den Blick genommen. Nahezu 80% aller Professuren sind in dieser Region von Männern besetzt. Im Bericht werden nationale Initiativen und Instrumente beschrieben, Herausforderungen und neue Möglichkeiten beleuchtet und Empfehlungen für eine künftige gemeinsame nordische Kooperation gegeben.

Der Bericht in englischer Sprache steht unter folgendem Link zum Download bereit:

www.norden.org/en/publications/publikationer/2013-544

Österreichische Gesellschaft für Geschlechterforschung ÖGGF

Im November 2012 wurde die Österreichische Gesellschaft für Geschlechterforschung (ÖGGF) zur „Etablierung, Weiterentwicklung und Förderung von Geschlechterforschung in ihrer gesamten Breite im universitären und außeruniversitären Bereich in Österreich“ (vgl. Website) gegründet. Von 5. bis 7. Dezember 2013 wird die erste Jahrestagung zum Thema „Konstrukt Geschlecht disziplinär/interdisziplinär/transdisziplinär. Ergebnisse, Herausforderungen und Perspektiven“ in Wien stattfinden.

Zur Homepage der Gesellschaft geht es unter folgendem Link:

www.oeggf.at/cms/index.php/ziele.html

Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs

Der „Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland“ (Leitung Anke Burkhardt) umfasst allgemeine Informationen zur Nachwuchsförderung (Hochschulpolitik und Hochschulrecht; Entwicklungen und Trends in der Förderpraxis; Umfang, Struktur und Verlauf wissenschaftlicher Qualifizierung), zu Berufsperspektiven und Karriereverlauf nach der Promotion sowie zu Informationsdefiziten und Forschungsdesiderata. Im Teil „Chancengerechtigkeit im wissenschaftlichen Qualifizierungs- und Karriereverlauf“ wird auf Geschlecht, Migrationshintergrund und Behinderung eingegangen. Der Bericht steht unter folgendem Link zum Download bereit:

www.buwin.de/site/assets/files/1002/6004283_web_verlinkt.pdf

Sozialerhebung Studierender in Deutschland

In dem im Auftrag des Deutschen Studentenwerks (DSW) erstellten und von Elke Middendorff, Beate Apolinarski, Jonas Poskowsky, Maren Kandulla und Nicolai Netz verfassten Bericht (2013) wird „Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012“ erhoben. Hochschulzugang und sozial-demographische Aspekte werden dabei ebenso behandelt wie die zeitliche und finanzielle Situation und der Zugang zu Wohnraum. Darüber hinaus werden in eigenen Abschnitten gesundheitliche Beeinträchtigungen, Studieren mit Kind und Studierende mit Migrationshintergrund in den Blick genommen.

Der Bericht steht unter folgendem Link zum Download bereit:

www.studentenwerke.de/se/2013/20-SE-Bericht.pdf

Promotion im Brennpunkt

In der bereits 2. Auflage sind unter dem Titel „Promotion im Brennpunkt“ (2012) die von Doktorand_innen in der Bildungsgewerkschaft GEW ausgearbeiteten Reformvorschläge zum Thema Promovieren in Deutschland erschienen. Die behandelten Themen reichen von der Plagiatsdiskussion über das Templiner Manifest, die demokratische Teilhabe von Promovierenden an deutschen Hochschulen bis hin zu den Forderungen nach einer „flächendeckenden Reform der Promotionsbedingungen“, die die „finanzielle, institutionelle und inhaltliche Unterstützung dieser eigenständigen Forschungsleistung“ (24f.) zum Ziel hat.

Die Publikation steht unter folgendem Link zum Download bereit:

www.gew.de/Binaries/Binary92077/Promotion_im_Brennpunkt_web.pdf

Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Qualifizierung. Ein Rechtsratgeber

„W3 oder Hartz 4“ – kurz und prägnant umschreibt diese Einschätzung den Erwartungshorizont vieler Wissenschaftler_innen „nicht selten erst im fünften Lebensjahrzehnt“ (4), so die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die in der vorliegenden Publikation das Augenmerk speziell auf die „Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Qualifizierung“ (2013) richtet. Zu den Rechtsfragen Mutterschutz und familienpolitische Komponenten, Elternzeit und Elterngeld bietet die GEW damit einen Ratgeber, der Wissenschaftler_innen in unterschiedlichen Positionen und mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen über ihre Rechte an Universitäten und Forschungseinrichtungen informieren soll. Darüber hinaus enthält er Informationen zu ihrer Umsetzung.

Der Ratgeber steht unter folgendem Link zum Download bereit:

www.gew.de/Binaries/Binary97472/Familie_und_wissenschaftliche_Qualifikation_web.pdf

Studie belegt Gender-Citation-Gap in den Internationalen Beziehungen

Für die politikwissenschaftliche Teildisziplin der Internationalen Beziehungen weisen die drei Autor_innen des gleichnamigen, englischsprachigen Beitrags Daniel Maliniak, Ryan M. Powers und Barbara F. Walter eine signifikante quantitative Differenz in der Zitierhäufigkeit der Arbeiten von Männern beziehungsweise Frauen nach. Der im Dezember 2012 online erschienene Beitrag kann unter folgendem Link nachgelesen werden:

politicalviolenceatglance.files.wordpress.com/2013/03/the-gender-citation-gap-in-ir.pdf

Feministische Wissensproduktion als Modus von Kritik

BRIGITTE BARGETZ, MAGDALENA FREUDENSCHUSS

Feministische Wissensproduktion bewegt sich seit ihren Anfängen in einem kritischen Verhältnis zum Malestream – methodologisch, erkenntnistheoretisch ebenso wie inhaltlich ging und geht es immer wieder darum, hegemoniale Strukturen und Logiken herauszufordern, in Frage zu stellen und zu transformieren. Zwischenzeitlich hat feministische Wissenschaft zumindest teilweise in den akademischen Institutionen Fuß gefasst. Gleichzeitig sind gegenwärtig die Orte der Wissensproduktion – ob Universitäten oder außeruniversitäre Forschungseinrichtungen – zunehmend von Ökonomisierungsprozessen geprägt. Verwertbarkeitslogiken restrukturieren Prozesse der Produktion und Verbreitung von Wissen. Wird feministische Wissensproduktion weiterhin mit einem kritischen Anspruch verknüpft, stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, was diese Entwicklungen für aktuelle feministische Wissenspolitiken bedeuten. Worin besteht unter diesen Vorzeichen eine feministische kritische Haltung? Verlangt diese veränderte Ausgangsposition neue Strategien der wissenschaftspolitischen feministischen Partizipation und Intervention? Und welche Rolle spielt dabei die feministische Politikwissenschaft?

Als Redaktion einer feministischen wissenschaftlichen Zeitschrift steht die Auseinandersetzung mit den eigenen Wissenspolitiken und den Ansprüchen des akademischen Feldes immer wieder auf der Tagesordnung. Eine solche Reflexion bieten die folgenden vier Interventionen, die in der Zusammenschau der unterschiedlichen Perspektiven eine Auswahl kritischer Momente feministischer Wissensproduktion bieten. Claudia Brunner und Beate Kortendiek skizzieren die mit hegemonialen Publikationslogiken verknüpften Herausforderungen. Dass in Publikations- sowie Stellenfragen der Grad des Sich-Involvierens zu einer politischen wie strategischen Frage wird, die durchaus unterschiedlich beantwortet werden kann, zeigen sowohl die bereits genannten Beiträge als auch jener von Mercedes Bunz. Die bekannte feministische Stolperfalle und zugleich Zielsetzung der Institutionalisierung geschlechtersensibler und geschlechterkritischer Wissensproduktion bringen Nicola Nagy und Julia Scheurer in Bezug auf die Auseinandersetzungen um die Nachbesetzung einer Gender-Professur am OSI (Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, FU Berlin) ein und ergänzen damit auch jene Perspektive, die Beate Kortendiek in Bezug auf GENDER als wissenschaftlicher Zeitschrift entwickelt hat.

Von den Un/Möglichkeiten, im Wissenschaftsbetrieb feministisch zu publizieren

CLAUDIA BRUNNER

Mit dem Wort *selbstverständlich* kann ich diesen Text nicht beginnen, denn die Existenz feministischer Wissensproduktion ist alles andere als das. Sie ist das Ergebnis vergangener Kämpfe und gegenwärtiger Herausforderungen. Über letztere soll ich schreiben.¹ Also nicht selbstverständlich, aber: Ja, es gibt im Wissenschaftsbetrieb zahlreiche feministische Autor_innen, viele feministische Buchreihen und Zeitschriften, seltener hingegen feministische Verlage. Ja, ich und meine Zeitgenoss_innen genießen das von unseren Vorgänger_innen erkämpfte Privileg, uns in diesen Räumen feministischer Wissenschaft zu artikulieren, und wir verfügen auch über jenes symbolische Kapital, das eine Teilnahme an wissenschaftlichen Debatten jenseits dieser Räume theoretisch ermöglicht. In der konkreten Praxis hingegen stellt sich die Frage nach den Un/Möglichkeiten feministischen Publizierens durchaus. Sie tut das allerdings auf unterschiedliche Weise in feministischen und nicht-feministischen wissenschaftlichen Kontexten.

Wo frau das Adjektiv *feministisch* nicht explizit vor sich her trägt, um die Publikationschancen trotz feministischer Inhalte zu erhöhen, muss etwa immer noch um geschlechtergerechte Schreibweise oder um die Nennung von Vornamen bei Zitationen und in Literaturverweisen gekämpft werden. Diese Erfahrung macht etwa, wer zu einer ansonsten nicht feministischen Publikation ein zumeist Feigenblatt-Gender-Kapitel beizusteuern bereit ist. Auch Fußnoten der Danksagung an jene, die das Werk mit ermöglicht haben, werden „aus Platzgründen“ gerne ersatzlos gestrichen. Und als ob kollektive Autor_innenschaft nicht schon herausfordernd genug wäre, wird diese spätestens mit der Erfassung in Bibliothekskatalogen auch wieder unsichtbar. Ein Glück, wessen Name den richtigen Anfangsbuchstaben hat, Pech hingegen für die Zweit- oder Drittautor_in, die so mitunter das eigene Werk nicht mehr in der Datenbank findet, so es denn – im Falle von Aufsätzen in Sammelbänden – überhaupt eine Beschlagnahme erfährt. Dasselbe gilt für die meisten Style-Sheets von Verlagen und Herausgebenden, die sich mit derlei Nebensächlichkeiten erst gar nicht aufhalten, sondern dem Mythos der singulären (Brunner et al.) und geschlechtslosen (Brunner, C.) Autor_innenschaft auch auf vermeintlich rein formaler Ebene zuarbeiten. Noch problematischer wird diese Praxis bei konventionalisierten Zitationsstilen, die in Literaturverwaltungsprogrammen normativ implementiert, weil von englischsprachigen Zeitschriften als Standard vorgegeben, werden. Dort kann eine oft nicht einmal mehr mit Redakteur_innen über derlei Fragen verhandeln, weil völlig überbelegte Fachzeitschriften zur Kostensenkung „online manuscript and author management“ einsetzen, bei dem auch gleich alle Rechte am eigenen Text vollautomatisiert übertragen werden. Auf der anderen Seite des Produktionspro-

zesses greifen internationale Verlagsgroßkonzerne zum Nulltarif auf die Expertise unzähliger Wissenschaftler_innen zu, die zum mittlerweile sakrosant gesetzten Peer Review-Prozess eifrig durch Fachgutachten beitragen. Ebenfalls von den meisten Fördergebenden unbezahlt bleiben Lektorate und Korrekturen, die frau sich zumeist im befreundeten Kolleg_innenkreis organisieren muss. All diese Selbstverständlichkeiten der Scientific Community basieren auf deren Zugang zu unterstützenden Ressourcen, über die freiberuflich tätige Wissenschaftler_innen, die viele feministische Autor_innen (mitunter unfreiwillig) sind, in deutlich geringerem Ausmaß verfügen. Ob eine unter diesen Umständen feministisch publizieren kann, wird somit oft zu einer ganz banalen Frage des Geldes.

Wo ausschließlich Feminist_innen am Werk sind, mögen zwar die Ziele und Wege der Beteiligten besser miteinander kompatibel sein als in nicht-feministischen Zusammenhängen – Verunmöglichungsfaktoren begegnet frau aber auch in diesem Fall. Der zentralste ist wiederum der (gar nicht) banalste: Ressourcen, die professionelles und nicht-(selbst)ausbeutendes Arbeiten ermöglichen oder eben nicht, und deren ungleiche Verteilung zwischen den Beteiligten. Ebenfalls nicht zu unterschätzen sind die asymmetrischen Machtverhältnisse zwischen Feminist_innen in ihren jeweiligen Positionen im globalisiert-universalisierten englischsprachigen Publikationsuniversum, in dem die Frage von Standort und Standpunkt alles andere als zufriedenstellend geklärt ist und weitere Achsen der Dominanz auch im Publikationsprozess wirksam werden. Das Feld möglicher Differenzen zwischen unterschiedlich anerkannten Wissenschaftskulturen spannt sich dabei von formalen über inhaltliche bis hin zu stilistischen Fragen. Hinzu kommen die bereits erwähnten Dimensionen, die mit der zunehmenden Kapitalkonzentration durch immer weniger und größer werdende Verlage sowie der zunehmenden Quantifizierung von wissenschaftlichem Output einhergehen. Sie marginalisieren explizit feministische Ausrichtungen und Arbeitsweisen weiter oder glätten und schleifen diese substanziell, um sie mit den Anforderungen des (auch feministischen) Mainstreams kompatibel zu machen. Hat frau derlei Hürden überwunden, beginnen Verhandlungen etwa über den Anteil an methodologischen und anderen (Selbst-)Reflexionen, die zwar oft die besten Orte für eine feministische Positionierung ebenso aber auch die am schnellsten gekürzten Textpassagen sind. Eine Monokulturalisierung auf Ebene der Inhalte, Themen, Positionen und Stile feministischer Wissensproduktion ist dabei unvermeidbar, und sie folgt zunehmend einem impact-factor-citation-index-gestylten Ideal, das nur den wenigsten, ganz spezifischen und ohnehin privilegierten feministischen Publikationsweisen wirklich gerecht wird.

Ich würde diesen Text gern mit dem Wort *Strategien* beenden, doch im Rückblick auf mein erstes Jahrzehnt des feministisch motivierten und orientierten Publizierens erscheint mir die Rückbesinnung auf das, was diese Strategien erst wirksam werden lässt, momentan wichtiger – und ist zugleich aus feministischer Sicht auch ambivalent: persönliche Beziehungen, die sich nicht nur durch gemeinsame Ziele kennzeichnen, sondern auch durch differenzierende und solidarische Umgangsformen. Anerken-

nend dankbar bin ich den vielen Frauen vor mir, die daran arbeite(te)n, feministische Räume auch in Wissenschaft und Bildung offen zu halten, ermutigen möchte ich die vielen Frauen nach mir, diese alltäglichen Kämpfe in einer solidarischen und strategischen Kooperation zwischen institutionalisierten und nicht institutionalisierten Personen und Positionen, zwischen den mehr und den weniger privilegierten Räumen des doing (feminist) academia weiterhin und umsichtig zu führen. Ich selbst wünsche mir auch für die Zukunft das, was Cynthia Enloe in einem Vortrag so treffend formuliert hat: „(Y)ou should always have friends who are much more feminist than you are.“² Diese Unterstützung zu erhalten und einander zu geben, darauf können wir im konkurrenzdurchwachsenen und vereinzelden Feld der Wissenschaft nicht verzichten, wenn wir den skizzierten Verunmöglichungen zum Trotz auch den Horizont des Möglichen nicht aus den Augen und Händen verlieren wollen: feministisch publizieren.

Anmerkungen

- 1 Magdalena Freudenschuß und Brigitte Bargetz haben mich zu diesem Beitrag eingeladen. Mit ihnen und anderen Kolleg_innen verbindet mich einiges, ohne das feministisches Publizieren im Feld der Wissenschaften nicht möglich ist: der lange Atem der Bereitschaft, die Rahmenbedingungen unserer Arbeit sowie auch diese und uns selbst immer wieder in Frage zu stellen, kritische Wertschätzung jenseits von Impact-Faktoren, sowie das Ziel, in Wissenschaft und Bildung feministische Positionen als Modus der Kritik zu stärken. Danke!
- 2 Siehe www.theory-talks.org/2012/05/theory-talk-48.html (13.06.2013).

Peer-Review-Verfahren im Kontext feministischer Zeitschriftenproduktion. Zum Verhältnis von Kritik, Qualität und Macht

BEATE KORTENDIEK

In diesem Kurzbeitrag wird der Blick auf Peer-Review-Verfahren und Publikations-tätigkeiten gerichtet: Zum einen handelt es sich um einen Rückblick auf die „Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien“ (ZfF&G) und zum anderen um einen aktuellen Blick auf die „GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft“ als Orte von Wissensproduktion.

Die Einführung eines externen Begutachtungsverfahrens für die ZfF&G wurde vor dem Hintergrund der Förderung von Wissenschaftlerinnen auf dem Weg zur Pro-

fessur und somit mit einem gleichstellungspolitischen Argument begründet. Da in Berufungsverfahren seit den 2000er Jahren zunehmend ausschließlich begutachtete Veröffentlichungen bewertet wurden, sollten durch die Einführung eines Review-Verfahrens die beruflichen Chancen von Frauen- und Geschlechterforscherinnen erhöht werden. Dieser Prozess wurde im Januar 2007 mit dem Wechsel des Redaktionssitzes zur Koordinationsstelle des Netzwerks Frauenforschung NRW eingeleitet und die Einführung eines anonymisierten Peer-Review-Verfahrens beschlossen.

Der Verkauf der Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien an USP Publishing im April 2009 traf die damaligen Herausgeberinnen und Redakteurinnen – Ruth Becker, Heike Kahlert, Beate Kortendiek, Sigrid Metz-Göckel und Sabine Schäfer – mit voller Wucht und uns wurde dadurch schmerzlich vor Augen geführt, dass „unsere“ Zeitschrift eben nicht uns gehörte, sondern dem herausgebenden Kleine Verlag. Der Verkauf an einen antifeministischen Verleger war nicht abgesprochen und zwang die damaligen Herausgeberinnen und Redakteurinnen übereinstimmend zum Rücktritt. Festzuhalten ist: Die Besitzverhältnisse eines Verlages an einer Zeitschrift sind Machtverhältnisse, denn trotz einer jahrelangen engagierten (unentgeltlichen) Redaktionsarbeit, einschließlich des neu eingeführten Peer-Review-Verfahrens, hatten die Redakteurinnen kein Recht auf Fortführung der Zeitschrift nach ihren Vorstellungen, keinen Kontakt zu den AbonnentInnen – sie hatten lediglich die Gegenmacht des Rücktritts, der letztlich zur Einstellung der Zeitschrift geführt hat. Die Idee eines Kaufs durch die Redaktion scheiterte.

Die Wut über den Verkauf „unserer“ Zeitschrift setzte Kraft frei für ein neues Zeitschriftenprojekt, da wir weiterhin eine Publikationsmöglichkeit für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung im deutschsprachigen Raum für unabdingbar hielten. Bereits 2009 erschien die erste Ausgabe von „GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft“, für die wir die Verlegerin Barbara Budrich gewinnen konnten.

Während in der ZfF&G die Einführung des Begutachtungsverfahrens stärker im Kontext von Nachwuchsförderung und Anerkennung in Berufungsverfahren gestanden hatte, argumentiert die Redaktion der GENDER von Beginn an stärker mit wissenschaftlichen Standards und weniger mit gleichstellungspolitischen Notwendigkeiten. So heißt es im Vorwort der ersten Ausgabe: „GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft“ stellt sich höchsten wissenschaftlichen Standards. Dafür stehen nicht nur renommierte AutorInnen, ein einschlägig ausgewiesener Verlag und ein engagierter Herausgeberinnenkreis, sondern auch die Begutachtung der Beiträge im Doppel-Blind-Verfahren (Peer Review). Eingeleitet ist der Prozess, in den internationalen Zitationsindex aufgenommen zu werden“ (GENDER 1/2009: 8), da die Frauen- und Geschlechterforschung „inzwischen akademische Reputation erreicht“ hat. Peer-Review-Verfahren erhöhen diese wachsende Akzeptanz und das Standing der Gender Studies in der Wissenschaftslandschaft.

Die Entwicklung der Frauenförderung und -forschung zur Akademisierung der Geschlechterforschung findet sich in den Begründungen zur Durchführung von

Peer-Review-Verfahren wieder. Auf die Akademisierung schauen wir zugleich mit kritischem Blick. Die Redaktionsarbeit ist, wie Frauen- und Geschlechterforschung generell, verortet im Spannungsfeld zwischen dem Ziel einer größeren wissenschaftlichen Anerkennung einerseits und dem kritischen Anspruch andererseits, Mainstream-Wissensproduktion zu hinterfragen und bestehende (Wissenschafts-) Strukturen aufzubrechen.

Im Arbeitsalltag einer Redaktion stellt sich die Praxis der Durchführung anonymer Peer-Review-Verfahren – zwischen Kritik, Qualität und Macht – äußerst komplex und zum Teil ambivalent dar, wie dies an folgenden Punkten exemplarisch aufgezeigt werden soll¹:

- 1 *Umgang mit Textformen zwischen Vielfalt und Normierung*: Peer-Review-Verfahren können als produktive Austauschprozesse betrachtet werden, in denen die Qualität durch intensive Auseinandersetzung mit den Beiträgen und deren Anpassung an wissenschaftliche Standards steigt. Die damit einhergehende Tendenz zur Vereinheitlichung hat aber auch inhaltliche Auswirkungen. Texte, die eher den Charakter eines Zwischenrufs oder Essays haben, werden als „unwissenschaftlich“ aussortiert, obwohl sie – gerade auch in feministischen Kontexten – einen hohen Innovationsgehalt haben können, da sie „Neues“ und „Unfertiges“ andeuten.
- 2 *Nachwuchsförderung zwischen Unterstützung und Verhinderung*: Ein erheblicher Teil der eingereichten Artikel wird von sogenannten NachwuchswissenschaftlerInnen eingereicht und beruht auf Promotionsprojekten aus der Geschlechterforschung. Denn WissenschaftlerInnen benötigen für ihren weiteren wissenschaftlichen Werdegang Publikationserfahrung, bringen diese aber im Regelfall (noch) nicht mit. Anonyme Begutachtungsverfahren finden kontextunabhängig statt, die GutachterInnen können/dürfen den Hintergrund der Textentstehung nicht berücksichtigen. Hierdurch wird einerseits eine gezielte Nachwuchsförderung im Zuge der Redaktionsarbeit – und somit auch im Kontext der Frauen- und Geschlechterforschung – erschwert, indem bei der Begutachtung keine Rücksicht auf den wissenschaftlichen Erfahrungs- und Kenntnisstand genommen wird. Andererseits bietet das anonyme Begutachtungsverfahren auch die Chance, sich – unabhängig vom bisherigen Renommee – durch überzeugende inhaltliche Leistung einzubringen.
- 3 *Gewinnung von GutachterInnen zwischen Anonymität und Steuerung*: Die Gewinnung von thematisch kompetenten GutachterInnen ist ebenfalls komplex. Es gibt zu spezifischen Fragestellungen nur wenige ausgewiesene ExpertInnen, wodurch die Anonymität schwerer zu gewährleisten ist. Zudem gestaltet es sich aufgrund von hohen Arbeits- und Zeitbelastungen als nicht einfach, geeignete GutachterInnen zu gewinnen und dabei eine regelmäßige Heftproduktion zu gewährleisten. Dies ist jedoch eine Grundvoraussetzung zur Aufnahme in den internationalen Zitationsindex. Zugleich besitzt eine Redaktion durchaus Steu-

erungsmöglichkeiten durch die Auswahl von GutachterInnen und der in die Begutachtung aufgenommenen Beiträge, wodurch immer wieder selbstkritisch gefragt werden muss, wie viel redaktionelle Einmischung auf diese Weise auf die Textauswahl und -gestaltung erfolgt bzw. erfolgen soll.

- 4 *Kommunikation mit AutorInnen zwischen Übersetzung und Unterstützung*: Die Rückmeldung von Gutachten ist eine Übersetzungsleistung der Redakteurinnen. Ein Gutachten ist (meist) nicht im ursprünglichen (zum Teil abwertenden) Wortlaut zurückzumelden, sondern erfordert Vermittlungsarbeit. Dabei ist insbesondere der konstruktive und wertschätzende Umgang mit kollegialer Kritik das Ziel.

Peer-Review-Verfahren im Kontext feministischer Zeitschriftenproduktion bewegen sich zwischen teils widersprüchlichen Anforderungen in Bezug auf Kritik, Qualität und Macht; entscheidend ist ein offensiver und selbstreflexiver Umgang damit, der Vielfalt und Kreativität fördert.

Anmerkung

- 1 Die folgenden Punkte wurden im Rahmen der Arbeitstagung der „Konferenz der Einrichtungen für Frauen- und Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum (KEG)“ (Februar 2013 in Frankfurt/M.) thematisiert. Die Redaktionen der „Freiburger Zeitschrift für Geschlechterstudien“ und von „GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft“ (beide Verlag Barbara Budrich) diskutierten die besonderen Herausforderungen, die sich für Peer-Review-Zeitschriften im Kontext der Gender Studies stellen. Ein herzlicher Dank an Wibke Backhaus, die den Workshop protokollierte, und an meine Redaktionskolleginnen – Judith Conrads, Sigrid Metz-Göckel und Anne Schlüter – für eine kritische Durchsicht.

Repositionierungen: Von Machtverschiebungen im Kapitalismus und Feminismus

MERCEDES BUNZ

Wie überall sonst in unseren westlichen Leben hat die neue Supermacht Ökonomie, welche in dieser Position ja die Politik abgelöst hat, auch die wissenschaftlichen Verhältnisse verkompliziert. Früher hätte man sich trotzig hinstellen und sagen können: Ökonomisierungsprozesse sind in der Wissenschaft abzulehnen, Verwertungslogiken muss man sich entziehen. Wir machen unser eigenes Ding. Im Zeitalter der „alten“ Macht wäre man mit diesem Widerstand zum Angriff übergegangen, weil sich die damals normativ agierende Macht nun gegen die Ungerechtigkeit und Unfähigkeit hätte rechtfertigen müssen, die sie inszeniert. Heute aber fordert die Macht, was früher Widerstandsstrategie war: Mach doch dein eigenes Ding. Sie normativiert nicht mehr, sondern fragmentarisiert – dann bist du aus dem Weg.

Wie grenzt sich eine feministische Position – als Denken aus der Perspektive einer bestimmten Gruppe – von diesem kapitalistischen Aufruf zur Selbstsorge ab? In den Zeiten eines surreal existierenden Pluralismus, in dem wir heute leben, sind alle verdammt, für das eigene Schicksal zu sorgen. Den erfolgreichen Ansatz, eigene Institutionen, einen eigenen Kanon, ja sogar ein eigenes Vokabular zu entwickeln, heißt es damit different auszurichten. Das bedeutet meines Erachtens, die Strategien feministischer Wissensproduktion zu verändern. Eine Möglichkeit ist die folgende: Da man sich nicht mehr widerständig entziehen kann, muss man sich widerständig in den Strom wissenschaftlicher Ökonomisierungsprozesse reinwerfen und sie dabei ablehnen. Bei dieser Neupositionierung tauchen eine Reihe von Problemen auf, die ich hier ansprechen will, darunter auch: Wie macht man dabei einen feministischen Unterschied?

Feminismus hat revolutionäres, also gesellschaftsveränderndes Potential. Denn klar ist: Die Frauen abwertenden Blondinen-Einpark-Witze von damals sind weg, was schon einmal eine Erleichterung ist. Dennoch leben wir nicht in einer gleichberechtigten Welt. Wir sind nicht befreit, nur verstellt. Nun finden wir uns in einem verdeckt operierenden strukturellen Sexismus (Bunz 2007) wieder, dem es geschickt gelingt, alle wichtigen Stellen wie gehabt mit Männern zu besetzen. Also braucht es weiterhin gesellschaftliche Veränderung. Das Potential des Feminismus ist dafür meines Erachtens anders zu denken: nicht oppositionell. Das Konzept, das mich von seiner Möglichkeit überzeugt hat, stammt von Walter Benjamin.

Bei einem Vortrag meines Kollegen und Genossen Sami Khatib bin ich über einen wirklich guten Gedanken Walter Benjamins gestolpert, der Sami in der Nationalbibliothek von Jerusalem in dort unruhig wartenden Manuskripten begegnet war. Samis Vortrag beschäftigte sich mit Messianismus, der ja bei Benjamin ebenso viel mit Religion zu tun hat, wie mit der Frage: Wie kann man die Umkehr denken, die Revolution, das bessere, gerechtere Leben – und deshalb hat das auch etwas mit Fe-

minismus zu tun, zumindest wenn er einen gesamtgesellschaftskritischen Anspruch verfolgen möchte. Kurz und gut: Scholem und Benjamin diskutierten die Idee, dass das entstellte Leben nicht mit Gewalt verändert werden muss, also zerstört und dann wieder aufgebaut. Es genüge, das Leben nur um ein Geringes zurecht zu stellen, was aber unglaublich schwierig sei.

Es ist schwierig. Oppositionelles Denken positioniert sich vom Grundsatz her als „das Andere“. Die Verschiebung, die Benjamin diskutiert, nimmt für sich in Anspruch, einen gewaltigen Umsturz zu erzeugen, jedoch ohne oppositionelle Position. Wie ist hier „das Andere“ zu denken?

Überträgt man diese Herausforderung auf feministisches Agieren in der heutigen Wissenschaftspolitik, wird eines klar: In den Prozessen der Wissensproduktion einfach mitzuspielen, reicht nicht. Wenn ich als Frau eine Männerdomänen-Professur habe, ist das noch kein Feminismus. Wenn ich in dieser Position Verschiebungen des Agierens und Denkens einführe, dann schon. Dazu nimmt man die gegebenen Strukturen und füllt die profitorientierten Zusammenhänge, in denen wir leben, mit wertvolleren Bezügen, Relationen, Verhalten, Denkerinnen und Wissenschaftlerinnen. Man verschiebt also die Verhältnisse in eine feministische Richtung durch ‚diffraktionelle‘ Aneignung, wie man mit Karen Barad (2003) sagen könnte. Unter Bezugnahme auf feministische Ansätze wie die von Donna Haraway kritisiert Barad die Figur der Binarität, auf der eben auch oppositionelles Denken beruht. Doch ihre Denkarbeit geht noch einen Schritt weiter: Sie entwickelt mit der Diffraction eine Figur der Überlagerung anstelle einer Binarität aus klar voneinander unterschiedenen Gegensätzen. Damit sind die Dinge voneinander unterschieden, aber nicht als „in sich rein“ zu denken. Weil es diese Grenze nicht gibt, setzt man sich nicht zu den vorhandenen Zusammenhängen in Opposition. Anstelle dessen sondiert man die passenden Elemente und baut sie weiter in die eigene Richtung aus. Dies produziert dann einen Moment, wie ihn Benjamin beschrieben hat: Die Lage kippt. Feministisches Arbeiten – inhaltlich sowie stellen- und publikationspolitisch – wäre dann, die entstellte Welt different auszudeuten und sich ihrer so zu ermächtigen.

Umgehend stößt man dann auf ein anderes Problem: die Frage nach der Beschaffenheit von Macht. Im Extrem lautet sie: A) Soll man sich der Macht entziehen? oder B) Soll man die Macht ergreifen? Zuletzt tendierte die kritische Machttheorie eher zur ersten Antwort, die auch die meisten poststrukturalistischen Diskurse favorisierten: hegemoniale Strukturen vermeiden. In letzter Zeit gibt es unter linken, kritischen Geistern in meinem Freundeskreis aber daran Zweifel. Auch weil sie das Gefühl haben, in einer veränderten Ausgangsposition zu leben (Bunz 2013). Das Streben nach einem Außerhalb der Macht wird verdächtigt, zur derzeitigen Machtlosigkeit klassisch linker Ansätze, Kommunismus etc., geführt zu haben (Hallward 2005). Bestimmte Positionen bestreiten sogar, dass ein Außerhalb von Macht denkbar wäre. Verfolgt man diese Position weiter, hieße dies, sich nicht zur Macht in Opposition zu setzen, sondern ihre Verantwortung anzunehmen und anders auszudeuten – feministisch. Wie Donna Haraway (2010) schreibt: „staying with the trouble“. Dann gilt

es aber auch, Kritik anders zu denken, ein Thema, an dem die Philosophin Kathrin Thiele (2012) arbeitet. Ihr geht es darum, Kritik nicht als distanzierte Ablehnung, nicht als objektiven Blick von außen oder oben zu denken, d.h. von der Position eines autonomen Subjekts. Ihr feministischer Einsatz entwirft Kritik als affirmative Einmischung, welche sich in eine Situation begibt, um sie teilnehmend nachdrücklich zu verändern. Die komplexe Kraft, die eine solche Repositionierung entfaltet, nicht zuletzt, wenn man sie als kritische Einmischung in die aktuelle Politik des Wissens denkt, ist nicht zu unterschätzen.

Literatur

Barad, Karen, 2003: Posthumanist Performativity: Toward an Understanding of How Matter Comes to Matter. In: *Signs: Journal of Women in Culture and Society*, 28 (3), 801-831.

Bunz, Mercedes, 2007: Von wegen befreit! Im flexibilisierten Kapitalismus ist Überforderung die neue Unterdrückung. In: Katalog Migros Museum für Gegenwartskunst: It's Time for Action (There Is No Option). Zürich 2007.

Bunz, Mercedes, 2013: Zeitgenössische Verschiebungen der Macht am Beispiel des Begriffs Arbeit. In: *Standpunkte 1/2013*. Internet: <http://www.rosalux.de/publication/39232/ein-besuch-beim-neuen-monster.html> (06.08.2013).

Hallward, Peter, 2005: The Politics of Prescription. In: *South Atlantic Quarterly*, 104 (4), 769-789.

Haraway, Donna, 2010: When Species Meet: Staying With the Trouble. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 28 (1), 53.

Thiele, Kathrin, 2012: In Critical Condition or Fully Out of Steam? Critical Thinking Today, Vortrag gehalten bei „Gegen/Stand der Kritik“, International Conference DFG-Graduiertenkolleg 'Lebensformen und Lebenswissen', Berlin, 28.6.2012. Unveröffentlichtes Manuskript.

Leider nichts Neues: Über die Marginalisierung der Geschlechterforschung am OSI

NICOLA NAGY. JULIA SCHEURER

„Ohne die Reflexion der Kategorie Geschlecht wäre seriöse Forschung in zahlreichen Fächern kaum möglich.“ Dass die Geschlechterforschung an der Freien Universität (FU) Berlin trotzdem seit den späten 1990er Jahren einen Rückzugskampf führt, scheint angesichts dieser Aussage verwunderlich. Immerhin stammt das Zitat von FU-Präsident Peter-André Alt, der 2011 mit diesen Worten das Interdisziplinäre Zentrum Geschlechterforschung eröffnete.

Neues aus Lehre und Forschung heißt diese Rubrik; zu berichten gibt es jedoch in Bezug auf feministische Wissensproduktion am Otto-Suhr-Institut – leider – nichts

Neues: Die letzten Wochen des Sommersemesters 2013 boten ein fulminantes Finale einer seit Jahren laufenden Marginalisierung und Verdrängung der institutionalisierten Geschlechterforschung. Das verbindliche Seminar mit Genderschwerpunkt für alle Bachelor-Studierenden, das Gender-Modul im Master, sowie der (allerdings kostenpflichtige) Master Gender- und Diversity-Kompetenz gehören mittlerweile der Vergangenheit an. Was bleibt da noch? Einzig die Neubesetzung der im Strukturplan 2004 verankerten Professur, deren Denomination bisher „Rechtliche Grundlagen der Politik, Gender und Diversity“ lautete.

Eine kurze Skizze dessen, wie die Debatte über die Ausschreibung zur Neubesetzung dieser Professur der letzten Wochen verlief, soll aufzeigen, dass sich die Personen mit Einfluss am OSI und das Präsidium der FU scheinbar einig sind, wenn es darum geht, Finanzkürzungen durch eine Marginalisierung der institutionalisierten Genderlehre auszugleichen. Die Lippenbekenntnisse von Präsident Alt verlieren in Zeiten erhöhten Sparzwangs an Relevanz. Deutlich wird, dass OSI und FU nicht konsequent anerkennen, dass Gender als essentieller Bestandteil von Wissenschaft nicht einfach getilgt werden kann.

Schon lange haben wir als Fachschaftsinitiative (FSI) am Otto-Suhr-Institut die Entwicklungen um die Neubesetzung der Professur mit großer Wachsamkeit verfolgt. Schließlich wurde uns eine offene Diskussion darüber versprochen, die auf neue Kapazitäten für die Genderlehre hoffen ließ. Im Institutsrat wurden wir dann aber mit dem Vorschlag des Professoriums konfrontiert, die Ausschreibung der Professur „Rechtliche Grundlagen und Geschlechterforschung“ in „Politik und Recht“ zu ändern. Dass damit die letzte institutionalisierte Genderlehre am OSI abgeschafft würde, schien neben uns lediglich die Frauenbeauftragte und eine einzige Professorin zu tangieren.

In den Gremien wurde Druck aufgebaut: Um Kürzungen zu vermeiden, sei eine zeitnahe Entscheidung unbedingt notwendig. Trotz Zeitdruck sahen wir die Chance, mit Unterstützung der zentralen sowie dezentralen Frauenbeauftragten und zumindest einer Minderheit der Professor_innen einen Gegenvorschlag zur geplanten Ausschreibung „Politik und Recht“ durchzubringen. Nach zahlreichen Gesprächen mit über- und unterrepräsentierten Statusgruppen unterbreiteten wir unseren Kompromissvorschlag: „Konstitution politischer Ordnungen, Gender und Diversity“. Die Möglichkeit, dass dieser Kompromissvorschlag eine Mehrheit finden könnte, schien real. Die Abstimmung darüber wurde allerdings im letzten Moment mit dem Argument verhindert, dass der Ausschreibungstext zu eng gefasst sei. Es solle recherchiert werden, wer diese Kriterien überhaupt erfüllen könne. Tatsächlich fällt es nicht schwer, geeignete Personen zu finden, welche die durch den Kompromissvorschlag der Fachschaft geforderten Kriterien erfüllen könnten. Die von uns vorgelegte Liste potentieller Bewerber_innen für die Professur wurde jedoch mit weitgehender Nichtachtung gestraft.

Nach und nach hatte sich die Stimmung gegen den studentischen Kompromissvorschlag gewandt; auch die dezentrale Frauenbeauftragte und die wenigen zunächst

unterstützenden Professor_innen änderten ihre Meinung. Was genau diesen abrupten Meinungsumschwung bewirkte, ist uns unklar. Wir nehmen an, dass seitens der Gegner_innen im Professorium entsprechend interveniert wurde. Aktuell steht zur Diskussion, die Professur mit dem Schwerpunkt „Konstitution politischer Ordnungen und Diversity“ zu denominieren. Gender ist aus der Denomination verschwunden. Immerhin konnten wir als Muss-Anforderungen „Kenntnisse der Staats- und der Institutionentheorie inklusive feministischer Theorien und Kenntnisse der politisch-rechtlichen Gestaltung von Gender und Vielfalt“ erstreiten.

Neben der Auseinandersetzung um die Besetzung der neuen Professur in den Gremien des Instituts war und ist (!) es unerlässlich, dass sich nicht nur eine kleine Gruppe von Studierenden für Gender einsetzt. Gender betrifft alle – Studierende und Lehrende – und in gleichem Maße ist die Streichung von Gender aus der Denomination der neuen Professur folgenreich für das gesamte Institut. Der Fachschaftsinitiative war es daher wichtig, möglichst viele Studierende dafür zu sensibilisieren, wie es um die politikwissenschaftliche Reflexion der Kategorie Geschlecht und damit auch um feministische Wissensproduktion und -vermittlung am Institut bestellt ist; es ging also insbesondere darum, auf die prekäre Lage der Genderforschung aufmerksam zu machen. Wichtig erschien dies nicht zuletzt, da die Auseinandersetzung um die Denomination und Besetzung der neuen Professur in Hinterzimmern stattfand und dadurch vom größten Teil der Studierenden nicht mitverfolgt wurde. Deshalb organisierten wir Ende Mai eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Klimawandel am OSI! – Gender schmilzt dahin“ sowie ein zweitägiges Programm im Juni zu „Gender und Vielfalt der Lehre“. Trotz meist gut besuchter Veranstaltungen gab es leider keinen nennenswerten Zuwachs an studentischem Engagement für die institutionelle Verankerung der Genderlehre am OSI.

Wie geht es weiter? Die Entscheidung um die Denomination scheint gefallen, Gender ist nicht Teil des Titels der Ausschreibung und damit nicht entscheidend für die Vergabe der Professur. Was bleibt? Es bleibt, sich weiterhin für Gender und feministische Wissensproduktion am Institut stark zu machen. Denn wie sich zeigt, sind sowohl Lehrende als auch Studierende am OSI schon jetzt mit Gender nur am Rand konfrontiert – Geschlechterforschung stellt mehr ein Angebot für Interessierte als einen relevanten Bestandteil des allgemeinen Studiums dar. (Kritische) Politikwissenschaft hat jedoch die Aufgabe Herrschaftssysteme aufzudecken und zu analysieren. Da Gender neben „Rasse“ und Klasse eines der allgegenwärtigsten und damit relevantesten Herrschaftssysteme darstellt, muss es – wie Präsident Alt richtig erkannt hat – in seriöse politikwissenschaftliche Forschung einbezogen werden.

Erratum

Erratum zum Beitrag „Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten bei EU-geförderten Forschungsvorhaben aus Deutschland: eine qualitative Studie“ von Nadine Heller-Genath, Katja Marjanen und Randi Wallmichrath, erschienen in Heft 2/2012, S. 179-183: Bei der Einführung der Handlungsempfehlungen (Seite 181, Mitte) wurde ein Quellenverweis vergessen. Korrekt wäre an dieser Stelle der folgende Verweis gewesen (vgl. Lipinsky/Samjeske 2012, 45ff), um die Urheberschaft der Empfehlungen klar darzustellen.

REZENSIONEN

KATHARINA VOLK

Anıl Al-Rebholz. Das Ringen um die Zivilgesellschaft in der Türkei. Intellektuelle Diskurse, oppositionelle Gruppen und Soziale Bewegungen seit 1980.

CHARLOTTE BINDER

Die Soziologin Anıl Al-Rebholz befasst sich in ihrer Dissertation mit dem Diskurs um Zivilgesellschaft in der heutigen Türkei. Aufgrund der Intensität und Verbreitung, mit der der Zivilgesellschaftsbegriff innerhalb der Demokratisierungsdebatte die Diskussion in der Türkei bestimme, versucht die Autorin durch eine kritische Analyse dieses Zivilgesellschaftsdiskurses, den umfangreichen strukturellen Wandel in der Türkei seit den 1980er Jahren zu erklären.

So untersucht Al-Rebholz mittels eines diskursanalytischen Ansatzes, orientiert an Michel Foucaults Konzeption von Diskurs- und Wissenspraxen zur Erzeugung von gesellschaftlichen Wahrheits- und Machteffekten, theoretisch und empirisch die Bedeutungen dieses Diskurses in der Türkei. Zivilgesellschaftliche Theorien, hier insbesondere Antonio Gramscis Konzeption von Staat und Zivilgesellschaft sowie sein damit zusammenhängender Begriff der Hegemonie und die Rolle der Intellektuellen für gesellschaftliche Entwicklungen bilden neben Foucaults Überlegungen den theoretischen Rahmen von Al-Rebholz Analyse. Ihr Forschungsfokus liegt dabei auf den Diskurspraktiken verschiedener Gruppen in der Zivilgesellschaftsdebatte, die seit Mitte der 1980er Jahren auf akademischer, medialer, politischer und sozialer Ebene geführt wird.

Der Militärputsch vom 12. September 1980 markiert für Al-Rebholz einen „gesellschaftlichen Wendepunkt“ (18), der die ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen in der Türkei tiefgreifend verändert habe. Während die oppositionelle politische Szene in der Türkei vor 1980 von linken Bewegungen dominiert worden sei, beschreibt Al-Rebholz nach 1980 das Aufkommen der Neuen Sozialen Bewegungen als Akteure der Zivilgesellschaft und fragt auf Grundlage der von ihr erhobenen empirischen Daten nach deren „gegenhegemoniale(r) Praxis“ (27).

Nach der theoretischen und historischen Verortung des Zivilgesellschaftsdiskurses in den ersten Kapiteln bilden die politisch-diskursiven Praxen der türkischen Frauenbewegung, der kurdischen Frauenbewegung, der liberalen Bewegung sowie der Menschenrechtsbewegung den empirischen Untersuchungsgegenstand der Arbeit.

Literaturrecherchen und Teilnehmende Beobachtungen in Nichtregierungsorganisationen und Vereinen ergänzen die Interviews, die Al-Rebholz mit bekannten Intellektuellen und/oder Repräsentant_innen der vier oppositionellen Gruppen zwischen 2001 und 2006 durchführte. Nach der ausführlichen Verortung und Einzeldarstellung dieser Interviews analysiert die Autorin fallübergreifend die von ihren Interviewpartner_innen verwendeten Begriffe von Staat, Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit und ihre jeweiligen Definitionen von oppositioneller Politik.

In einigen Interviews wird dabei zwar eine feministische Kritik an der dichotomen Trennung zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Bereich formuliert; das Bild des omnipotenten türkischen Staates wird innerhalb des feministischen Diskurses in der Türkei jedoch nicht dekonstruiert. Dieser Diskurs konzeptionalisiert die öffentliche Sphäre als Bereich der Meinungsbildung und die private Sphäre als Institution der Familie und versucht, mittels „Frauen-Empowerment und Sensibilisierung der öffentlichen Sphäre“ (311) Systemkritik bezüglich Kapitalismus und Patriarchat zu üben und damit die Gesellschaft zu transformieren. Durch die „Erweiterung des öffentlichen politischen Diskurses, in dem die bisher nicht thematisierten Probleme und Gesellschaftsbereiche formuliert und zur Sprache gebracht wurden“ sowie durch die „Transformation der politischen Kultur, durch die neue Themen mit ganz neuen Methoden und Formen politisiert und ausgedrückt wurden“ habe die Frauenbewegung zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und zum Demokratisierungsprozess in der Türkei beigetragen (195).

Al-Rebholz bezieht die liberale Bewegung und die Menschenrechtsbewegung in ihre Analyse zwar partiell mit ein, thematisiert sie in den einzelnen Kapiteln im Verhältnis zu den Frauenbewegungen jedoch meist nur am Rande. Eine Konzentration auf die türkischen und kurdischen Frauenbewegungen sowie mehr Bezüge zwischen Theorie und Empirie wären deshalb wünschenswert gewesen und hätten auch geholfen, ihre anspruchsvolle Argumentation besser nachzuvollziehen. Kritisiert werden muss auch, dass die Daten in der bereits 2008 abgeschlossenen Dissertation für die aktuelle Publikation häufig nicht aktualisiert wurden. So setzt sich Al-Rebholz zum Beispiel auch nicht mit der Studie von Bihter Somersan – die ihre Dissertation zu einem vergleichbaren Thema verfasste und 2011 veröffentlicht hat – auseinander. Mit theoretischen Begriffen und Konzepten geht die Autorin sorgsam um, leistet immer entsprechende Definitionen und Verortungen in der jeweiligen Wissenschaftsdisziplin.

Al-Rebholz ermöglicht mit ihrer Publikation einen Zugang zu akademischen und politischen Debatten in der heutigen Türkei – gerade auch für nicht-türkisch sprachige Leser_innen. Es gelingt ihr besonders durch die detaillierte Darstellung der Interviews, ein anschauliches Bild von oppositioneller Politik in der Türkei zu entwerfen.

Anil Al-Rebholz, 2013: Das Ringen um die Zivilgesellschaft in der Türkei. Intellektuelle Diskurse, oppositionelle Gruppen und Soziale Bewegungen seit 1980. Bielefeld: transcript Verlag. Reihe Kultur und soziale Praxis, 406 S., ISBN 978-3-8376-1770-2.

Maria Wersig

Der lange Schatten der Hausfrauenehe. Zur Reformresistenz des Ehegattensplittings

IRENE DINGELDEY

Das Ehegattensplitting beinhaltet eine Steuerermäßigung gegenüber Ledigen, die bei einer Ungleichverteilung der individuellen Einkommen wirksam wird und aufgrund der Steuerprogression mit der Höhe der Einkommen steigt. Aktuell werden die entsprechenden Steuervorteile aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes auf einen neuen Personenkreis ausgeweitet, so dass nun auch die eingetragenen LebenspartnerInnenschaften davon profitieren können. Die Parteien haben das entsprechend zu erwartende Urteil zum Anlass genommen, im Bundestagswahlkampf unterschiedliche Vorschläge zur nachhaltigen Reform zu unterbreiten: Während die CDU/CSU wie auch die FDP in Form einer Art Familiensplitting zusätzliche Steuererleichterungen für Familien mit Kindern einführen wollen, setzen SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf den Ersatz des Splittings durch einen Steuerfreibetrag für PartnerInnen – allerdings mit unterschiedlicher Applikation in Bezug auf bereits bestehende oder neu geschlossene Ehen sowie die Höhe des Haushaltseinkommens.

Für ein besseres Verständnis der verschiedenen Vorschläge und ihrer Verteilungswirkung wie auch für die Beurteilung der historischen Kontinuität der Argumente und Rechtfertigungen bietet die von Maria Wersig am Fachbereich Erziehungs- und Sozialwissenschaften der Universität Hildesheim verfasste Dissertation eine solide und umfassend recherchierte sowie durch ExpertInneninterviews angereicherte Grundlage. Der Anspruch der Arbeit ist es, eine transdisziplinäre wissenschaftliche Untersuchung zu den Auseinandersetzungen um das Ehegattensplitting seit dessen Einführung in den 1950er Jahren zu liefern. Die zentrale Fragestellung lautet, welche Faktoren bisher dazu beitrugen, eine Reform des Ehegattensplittings in Deutschland zu erschweren bzw. zu verhindern (17). Neben dem politischen Prozess zur Einführung des Ehegattensplittings wird vor allem das Scheitern einer Reform unter der Rot-Grünen Bundesregierung in der 14. Legislaturperiode detailliert untersucht. Die Publikation analysiert rechtliche Rahmenbedingungen sowohl mit Blick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes als auch hinsichtlich der juristischen Definition der Ehe als Unterhaltsgemeinschaft wie auch den damit einhergehenden, mittlerweile selektiven Familienbegriff. Gleichzeitig berücksichtigt Wersig ausführlich die Verteilungswirkungen der mit den Reformvorhaben eingebrachten alternativen Steuermodelle sowie die Anreizwirkungen in Bezug auf die Erwerbstätigkeit von Frauen bzw. die Einverdienernehe. Ferner werden die politischen Faktoren zur Erklärung der Reformresistenz analysiert. In diesem Zusammenspiel beinhaltet

die vorgelegte Untersuchung ein umfassendes Bild dieses sehr komplexen Regelungsgegenstandes.

Im Ergebnis hebt die Analyse darauf ab, dass die Einführung des Ehegattensplittings 1958 nicht unumstritten war, sondern als historischer Kompromiss zu sehen ist. Dabei wurden – so die Autorin – geschlechterpolitische Interessen im Sinne einer Rückführung der Ehefrauen mittels des Steuerrechts in den Haushalt ebenso kontrovers diskutiert wie die Verteilungswirkung im Sinne einer Privilegierung der Besserverdienenden (144). Aktuelle Interpretationen, welche demografische Argumente oder die Steuervereinfachung für Familien als Gründe für die Einführung des Ehegattensplittings nennen, werden entkräftet. So sei die Einführung teuer, kompliziert und aufwendig gewesen. Zurückgewiesen wird auch das Argument, die Einführung des Splittings in seiner realisierten Form sei aufgrund des Verfassungsgerichtsurteils von 1957 alternativlos gewesen. Vielmehr habe Handlungsspielraum auch für andere Modelle der gemeinsamen Veranlagung bestanden (146, 151).

In der weiteren Analyse hebt die Autorin die Verteilungswirkung des Ehegattensplittings und die herrschende Verfassungsinterpretation als Mechanismen der Kontinuitätssicherung hervor (163ff). Dabei habe die Veränderung des Steuertarifs dazu beigetragen, dass eine Regelung, von der zunächst nur wenige Ehepaare profitierten, nunmehr Einverdienerehepaaren mit ungleichen Einkommen generell Steuervorteile verschafft – was eine Reform erschwere. Gleichzeitig werde der Verweis auf potentielle Urteile des Bundesverfassungsgerichtes vielfach genutzt, um die Reformagenda im Sinne des Status quo zu beeinflussen, obgleich die Rechtslage faktisch keine Unumkehrbarkeit der Zusammenveranlagung von Ehepaaren entlang des Splittingtarifs beinhalte (164).

Vor diesem Hintergrund nimmt Wersig schließlich das im Koalitionsvertrag der rot-grünen Regierung 1998 verankerte Ziel einer Kappung des Ehegattensplittings bzw. dessen Scheitern im Reformprozess bis 2002 ausführlich in den Blick. Entsprechend gilt nicht die – wie in zahlreichen Policy-Analysen als Hindernis für Wandel angenommene – verlorene Bundesratsmehrheit noch das Verfassungsrecht als Grund für ein Scheitern. Als zentrales Reformhindernis wird vielmehr der fehlende einheitliche Reformwille innerhalb der Koalition selbst gesehen. So seien die Verteilungswirkungen bzw. die Rücknahme von Steuervorteilen für Einverdienerehen vor allem bei den Steuerpolitikern der SPD ein Grund gewesen, die Reform des Splittings zu verhindern. Entsprechend wird insbesondere das Finanzministerium als Akteur hervorgehoben, der für ein Bewahren des Ehegattensplittings eintrat (211). Ferner sieht Wersig die Vermittlung der komplexen Verteilungswirkungen des Ehegattensplittings und der diskutierten Reformmodelle als Hemmnis für die Kommunikation und die Unterstützung der Reform durch die breite Öffentlichkeit, so dass auch wahltaktische Erwägungen für ein Scheitern verantwortlich waren.

Bezieht man die soweit dargestellten Ergebnisse nun auf die aktuelle Reformdebatte, sollte sich die Hoffnung der Reformbefürwortenden letztlich – wie auch von der Autorin angedeutet – vor allem auf den fortgesetzten Wandel der Geschlechterrollen,

Familienstrukturen und Erwerbsmuster konzentrieren. Demnach wäre eine Reform des Ehegattensplittings dann wahrscheinlich, wenn nur noch wenige Paare davon profitieren, da die Mehrheit bereits ohnehin das Zweiverdienermodell praktiziert. Insgesamt hat Maria Wersig mit dieser Publikation damit einen längst fälligen, umfassenden Überblick zu den Entstehungsbedingungen und Reformresistenzen des Ehegattensplittings vorgelegt, der sowohl für die Politikwissenschaft und die Wirtschaftswissenschaften als auch das normative Verständnis in den Rechtswissenschaften instruktiv sein dürfte.

Maria Wersig, 2013: Der lange Schatten der Hausfrauenehe. Zur Reformresistenz des Ehegattensplittings. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, 249 Seiten, ISBN 978-3-8474-0085-1.

Dagmar Fink, Birge Krondorfer, Sabine Prokop und Claudia Brunner (Hg.)

Prekarität und Freiheit? Feministische Wissenschaft, Kulturkritik und Selbstorganisation

MAGDALENA FREUDENSCHUSS

Die Publikationen zu Prekarität sind nicht zuletzt mit Bezug auf das wissenschaftliche und künstlerische Feld in den letzten Jahren zahlreich gewesen. Der Verband feministischer Wissenschaftlerinnen (VfW) in Österreich hat die Publikationslandschaft zu diesem Thema um einen Sammelband bereichert, der auf bestechende Weise die Reflexionen zum viel diskutierten Spannungsfeld zwischen Prekarität und Freiheit in Inhalt und Form feministisch erweitert. Die Bereicherung liegt insbesondere in der Gesamtkomposition des Bandes. Diese mag als spannendes Beispiel für eine feministische Wissensproduktion gelten, die ihr eigenes Schaffen und dessen strukturelle Bedingungen mit analytischer Schärfe kombiniert.

Die Herausgeberinnen haben sich dabei nicht für die sklavische Unterwerfung unter ein standardisiertes Format wissenschaftlicher Textproduktion entschieden, sondern Raum für eine Vielzahl an Zugangsweisen eröffnet, die eine sicht- und nachvollziehbare Verschränkung von eigener Erfahrung und kritischer Auseinandersetzung mit den entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse erlauben. *Uli Aigner* und *Jo Schmeiser* verknüpfen so – um nur ein Beispiel zu nennen – ihre eigenen Erfahrungen mit ihren künstlerisch-politisch-theoretischen Reflexionen in einem rekonstruierten Gespräch, in dem sie auch die Veränderungen in den gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen, hier konkret in der Förderlandschaft im Kulturbereich, the-

matisieren. Oder auch: *Esther Hutfless*‘ Text zu „Prekarität und Freiheit zwischen Selbst-Organisation und Gemeinschaft“ (200), der auf zwei Argumentationsebenen operiert, die sich stilistisch und visuell voneinander abheben und die Lesenden zu reflektierenden Sprüngen auffordern.

Utopische Momente, eigene Erfahrungszusammenhänge und Arbeitsweisen erhalten in diesem Band gleichwertig Aufmerksamkeit. Spannend für die Lesenden ist ein weiteres Detail dieser Nicht-Standardisierung: Fast alle Autorinnen erläutern in einer Fußnote die von ihnen gewählte Variante geschlechtersensibler Schreibweisen. Dabei entsteht eine Subtextebene, die das Panorama an Argumenten für die ein oder andere Schreibweise verdeutlicht und quasi en passant illustriert, wie Differenzen innerhalb feministischer Positionen Raum finden und ausgehalten werden können. Diese von den Herausgeberinnen, wie im Vorwort erläutert, bewusst angestrebte Offenheit ermöglicht damit auf unaufdringliche Weise einen Dialog über sprachpolitische Strategien und Positionierungen zwischen Feministinnen. So löst der Sammelband auf dieser Ebene ein, was *Miriam Wischer* in ihrem Beitrag zu Kollektivität im Kontext von Prekarisierung in Bezug auf diese neue Situation als „Verschiedenheit bezeugen“ (240) einfordert.

Das Verhältnis von Prekarität und Freiheit wird über die 28 Beiträge des Bandes hinweg als komplexes erkennbar, innerhalb dessen verschiedene Erwerbsarbeitskonstellationen und -verhältnisse, soziale Zugehörigkeiten und Zuordnungen ebenso wie Geschlechterverhältnisse relevant werden.

Im ersten, vorrangig analytischen Teil stehen Arbeitsverhältnisse, hegemoniale Organisations- und Denkstrukturen und Perspektiven alternativer Organisation auf dem Prüfstand. Dabei bieten sich die hier versammelten Texte als übersichtliche Einführungen in zentrale Stränge der feministischen Fachdebatten zu Prekarität an. So untersucht *Monika Mokre* das bedingungslose Grundeinkommen vor dem Hintergrund der Reflexion des Arbeitsbegriffs auf seine gesellschaftsverändernden Potentiale. *Irmtraud Voglmayr* wirft einen Blick auf Alter und den Wandel gesellschaftlicher Lesarten zu dieser Lebensphase im Verhältnis zur Gesamtfragestellung des Buches. *Elisabeth Mayrhofer* diskutiert die Ambivalenzen von Selbständigkeit in prekären Zeiten. *Frigga Haug* bringt ihr Konzept der Vier-in-Einem-Perspektive als alternative Entwicklungsschiene ins Spiel. Die transnationale Dimension prekärer Verschiedenheiten bezeugt *Luzenir Caixeta* in Bezug auf Mechanismen globaler Ausbeutung im Rahmen von Care-Arbeit. Sie diskutiert dabei auch die Möglichkeiten von Allianzen zwischen Migrant_innen und der Mehrheitsgesellschaft zugerechneten Menschen. Work-Life-Balance (*Beatrix Bender*) und die spezifische Situation von Kulturarbeit in Österreich (*Juliane Alton*) sind weitere Stichworte, mit denen dieser Buchteil in die Auseinandersetzungen um Prekarität und Freiheit einführt. Der Blick auf die spezifische Situation von Migrant_innen in Österreich, wie ihn *Petja Dimitrova* in ihrer Auseinandersetzung mit dem künstlich-kreativen Subjekt als Nicht-Staatsbürgerin entwirft, verknüpft sich auch in diesem Beitrag mit der Frage nach der künstlerischen Politisierung dieser gesellschaftlichen Verhältnisse.

Teil 2 des Bandes fokussiert dagegen spezifische „prekäre Lagen und Kritiken“ in den „Organisationsverhältnissen von Wissenschaft“ (109). Auch hier liefert das Buch Vielfalt: in den Zugangsweisen und Schreibstilen ebenso wie in Bezug auf die Themen. Deutlich wird in den Beiträgen von *Michaela Ralser* zur marginalisierten Position weiblicher Stimmen in der Wissenschaftslandschaft und von *Renate Fleisch* über die Verbindung von feministischer Theorie und Praxis, wie sehr sich die aktuell so vehement artikulierte Frage von Prekarität und Freiheit gleichzeitig auch in einer Kontinuität zu feministischen Diskussionen über die Jahrzehnte hinweg verstehen lässt. Dass diese Auseinandersetzung von feministischen Wissenschaftler_innen mit ihren Arbeitsverhältnissen eng verwoben sind mit Anerkennungsverhältnissen (*Michi Ebner*), Verausgabung und Leidenschaft (*Sabine Prokop*), Institutionalisierungsprozessen (*Katharina Prinzenstein*) sowie mit Selbstbestimmung und Demokratie (*Birge Krondorfer*), zeigen die anderen Beiträge dieses Abschnitts.

Fundgrube ist der Band auch im dritten Teil, der sich auf Selbstorganisationen konzentriert. *Isabell Lorey* bietet einen theoretisch fundierten Zugang und diskutiert Virtuosität und neoliberale Öffentlichkeit als die aktuellen Schlüsselbegriffe für Selbstorganisation. Die folgenden Texte bewegen sich stärker in Richtung freiheits- und befreiungsorientierter Praxen: *Dagmar Fink*, *Susanne Lummerding* und *Katja Wiederspahn* erläutern im Gespräch ihre Erfahrungen als Mitglieder des Übersetzungskollektivs *gender et alia*. *Hanna Hacker* setzt sich mit der Bedeutung von Freiheit in der zweiten Frauenbewegung auseinander. *Karin Rick* interessiert sich für die Thematisierung von Sex im Schreiben von Frauen und den feministischen Kämpfen um Freiheiten der Lust. Auf Konzepte solidarischer Ökonomie und alternativer Entscheidungsverfahren nimmt *Utta Isop* Bezug. Über die Grenzen Europas hinaus trägt *Barbara Eder* die Debatte um Widerstand und Prekarität, indem sie sich mit der Darstellung des Widerstands von Frauen in Bezug auf die Aufstände und Umwälzungen im arabischen Raum auseinandersetzt.

Claudia Brunners abschließender Beitrag, der die Arbeit des Verbands feministischer Wissenschaftlerinnen rekapituliert, macht schließlich noch einmal den spezifischen Charakter dieses Sammelbandes deutlich: Er versteht sich – und transportiert in Form und Inhalt diesen Gedanken auf überzeugende Weise – als Argument für feministische Wissenschaft, als aktiver Reflexionsraum feministisch-politischer Interventionen, als Ort der Vielfalt und schließlich – im klassischen Sinne – als Sammelband für wissenschaftlich relevante Beiträge.

Dagmar Fink, Birge Krondorfer, Sabine Prokop, Claudia Brunner (Hg.), 2013: *Prekarität und Freiheit? Feministische Wissenschaft, Kulturkritik und Selbstorganisation*. Münster: Westfälisches Dampfboot. 281 Seiten. ISBN: 978-3-89691-929-8

Barbara Holland-Cunz

Gefährdete Freiheit. Über Hanna Arendt und Simone de Beauvoir

BRIGITTE RAUSCHENBACH

Der Freiheitsindex des John Stuart Mill Instituts für Freiheitsforschung bescheinigt den Deutschen, liberaler geworden zu sein, Marktliberalismus aber zunehmend skeptisch zu sehen. Sicherheitsbedürfnisse und die Erwartung sozialer Gleichheit haben Vorrang vor Freiheitswünschen, und einer Noch-Regierungspartei, die mit Freiheit wirbt, läuft erkennbar das Wahlvolk davon.¹ Empirisch gesehen ist also die Frage berechtigt, ob Freiheit zumal in Zeiten der Krise an Bedeutung verliert. Nur was ist die Bedeutung von Freiheit? Barbara Holland-Cunz, die im Titel ihres neuen Buches von gefährdeter Freiheit spricht, akzeptiert die Gleichsetzung von Neoliberalismus und Freiheit jedenfalls nicht. Schließlich prägen alternativlose Lösungen das Tagesgeschäft einer marktkonform ausgerichteten Demokratie. Demokratiekonforme Freiheit sähe wohl anders aus, nur wie? Im Unterschied zu den Novizen des Zeitgeists sucht *Holland-Cunz* in der Ideengeschichte und dort bei zwei starken Frauen Aufschluss über diese Frage.

Gefährdete Freiheit. Über Hanna Arendt und Simone de Beauvoir ist als ideengeschichtlich argumentierendes ein ebenso aktuelles wie feministisch originelles Buch, das vor dem Hintergrund eines Tableaus der modernen Freiheitsbegriffe zwei Denkerinnen zusammenbringt, von denen wir wissen, dass sie sich trotz eines gesteigerten Interesses an der gemeinsamen Welt und ihrer provokanten Einlassungen zu Streitfragen des 20. Jahrhunderts füreinander persönlich kaum interessierten. Gleichwohl werden Hannah Arendt und Simone de Beauvoir bei einer vergleichenden Lektüre ihrer Freiheitskonzepte ungeachtet zahlreicher Differenzen posthum zu Geistesverwandten.

Holland-Cunz ist keine Autorin der umschweifenden Worte. Ihr Buch ist schlank, der Gedankengang erfolgt konzentriert und in gut nachvollziehbaren Schritten. Es gibt klare Fragen, textimmanent entwickelte erste Antworten werden durch weitere Überlegungen aber auch hinterfragt, was die Lektüre zu einem fruchtbaren Lernprozess macht. Kernstück der Arbeit bildet dabei die Analyse der Hindernisse für die komplementären Visionen von demokratischer Freiheit und selbstbestimmten Lebensentwürfen. Für Beauvoir sind es vor allem verängstigte rollenkonforme Frauen, für Arendt sind es gleichgeschaltete weltlose Massen, die mit Freiheit nichts anfangen können. Obwohl dies eine Folge von Herrschaftsverhältnissen ist, sind Beauvoir wie Arendt von misogynen und elitären Denkfiguren nicht frei.

Holland-Cunz knüpft an ihre früheren Untersuchungen zum Natur- und Geschlechterverhältnis in Emanzipationstheorien an, wenn sie zeigt, wie ambivalent Arendt

und Beauvoir mit der reproduktiven Seite der menschlichen Gattung umgehen.² Nicht alle LeserInnen werden mit der Lesart einer immensen „Feindseligkeit“ (95) von Arendt gegenüber dem Zwang der Natur und der zugeneigteren Art einer Anerkennung der leiblichen Basis bei Beauvoir zwar einverstanden sein. Im Endeffekt bestätigt die Sorgfalt, mit der Holland-Cunz ihre Autorinnen liest und reflektiert, aber selbst abweichende Lektüren. Dabei ist das Kapitel über die „Anthropologie der Unfreiheit“ auch darum so wichtig, weil die Abwertung des Biologischen im Feminismus keineswegs ausgestanden ist.

Naheliegend und doch etwas engführend finde ich allerdings die abschließende Überlegung, ob Arendt wie Beauvoir an die Existenzphilosophie ihrer Zeit gerade als Frauen besonders gut anknüpfen konnten und ihr dann eine ihrer weiblichen Lebenserfahrung entsprechende Prägung verliehen. Immerhin sind Existenzphilosophie und französischer Existenzialismus Ausdrucksformen einer umfänglichen antiessentialistischen und antirationalistischen Erneuerung der Philosophie, die weit ins 19. Jahrhundert zurückreicht. Tatsächlich sind Denkbewegungen hin zu den Dingen und Menschen für jede Art der sozialen Emanzipation von Belang, wovon Arendt und Beauvoir zu Beginn des 20. Jahrhunderts bereits profitierten. Aber auch die von Holland-Cunz in feministische Bahnen gelenkte Ausformulierung eines sozialen Konzeptes von Freiheit, das die wechselseitige Anerkennung der Freiheit des/der anderen sowie Handeln als Sprechen im Dialog wie im Streit zur Voraussetzung hat, lässt sich sowohl bei Beauvoir, die von der französischen Lesart von Hegels Herr-Knecht-Dialektik beeinflusst ist, als auch bei Arendt, deren Ehemann Heinrich Blücher ein marxistisch geschulter Bewunderer von Rosa Luxemburg und Antistalinist war, weder primär differenzfeministisch noch allein auf dem Hintergrund der Existenzphilosophie und vor allem nicht ohne die prägenden Erfahrungen von Nazismus, Emigration und Résistance erklären.

Gleichwohl ergänzen diese Einwände allenfalls und bekräftigen einen feministisch mit Bindung assoziierten intersubjektiven Freiheitsbegriff, der über den Einschluss von Frauen und ihrer lebensweltlichen Erfahrungen längst hinausgeht. Wer anderen die Anerkennung versagt, kann seiner eigenen Freiheit nicht sicher sein. Es ist offensichtlich, dass in einer globalisierten Welt sich damit zugleich weitere Dimensionen gefährdeter Freiheit auftun.

Barbara Holland-Cunz, 2012: Gefährdete Freiheit. Über Hanna Arendt und Simone de Beauvoir. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, 149 Seiten, ISBN 978-3-86649-457-2.

Anmerkung

- 1 John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung e.V. an der SRH Hochschule Heidelberg: Wie halten es die Deutschen mit der Freiheit? Freiheitsindex Deutschland 2012: <http://www.hochschule-heidelberg.de/de/fakultaet-fuer-wirtschaft/john-stuart-mill-institut-fuer-freiheitsforschung/>.
- 2 Holland-Cunz, Barbara, 1994: Soziales Subjekt Natur. Natur- und Geschlechterverhältnis in emanzipatorischen politischen Theorien, Frankfurt/ New York: Campus.

Leslie A. Schwindt-Bayer

Political Power and Women's Representation in Latin America

TATJANA MARIKA RODE

Im Zuge der lateinamerikanischen Demokratisierungsprozesse in den 1980er Jahren ist die politische Partizipation von Frauen in vielen Ländern Lateinamerikas dramatisch angestiegen (3f.). Vor diesem Hintergrund greift Schwindt-Bayer in ihrem Buch auf die Überlegungen der Repräsentationstheoretikerin Hannah F. Pitkin (1967) zurück. Die weit gefasste Theorie Pitkins basiert auf vier Dimensionen politischer Repräsentation (formal, deskriptiv, substanziell und symbolisch). Im Gegensatz zu vielen anderen Studien der Repräsentationsforschung integriert Schwindt-Bayer alle Dimensionen in ihre Analyse. Sie zeigt außerdem, in welcher Weise sich die vier Repräsentationsformen gegenseitig beeinflussen. Anhand von quantitativen Untersuchungen und qualitativen Interviews hat es sich die Autorin zum Ziel gemacht, die theoretischen Ansätze Pitkins erneut zu einem Gesamtbild zusammenzuführen. Um der umfangreichen Theorie Pitkins gerecht zu werden, entwickelt Schwindt-Bayer vier zentrale Fragestellungen:

Im ersten Teil der Untersuchung (Kapitel 2) geht die Autorin der Frage nach, weshalb die weibliche Repräsentation in Lateinamerika angestiegen ist und warum die Zunahme an Frauen in der Politik innerhalb der Region so stark variiert. Dabei zeichnet Schwindt-Bayer den Zusammenhang zwischen formaler (Ausgestaltung des Wahlrechts und der Genderquoten) und deskriptiver Repräsentation (Frauenanteil in der Politik) nach. Neben kulturellen und sozioökonomischen Veränderungen haben insbesondere formal-institutionelle Mechanismen Einfluss auf die deskriptive und variiierende Repräsentation von Frauen in Lateinamerika (55). Schwindt-Bayer skizziert, inwiefern das Wahlsystem, die Wahlliste, die Wahlkreisgröße, die Party Magnitude (Anzahl an Sitzen, die eine Partei in einem spezifischen Wahlkreis voraussichtlich gewinnen kann) sowie das Design von Geschlechterquoten die Präsenz von Frauen in der Politik bestimmen. Mit Hilfe von quantitativen Untersuchungen in 18 lateinamerikanischen Staaten zeigt sie, dass Verhältniswahlsysteme in Verbindung mit großen Wahlkreisen und einer hohen Party Magnitude die deskriptive Repräsentation von Frauen in Lateinamerika fördert (55f.). Auch wird verdeutlicht, dass Länder mit „starken“ Genderquoten (z.B. Argentinien und Costa Rica), die einen großen Anteil von und spezifische Plätze für Frauen auf den Wahllisten einfordern sowie strenge Sanktionsmechanismen beinhalten, höhere Anteile an gewählten Frauen in ihren Parlamenten nachweisen als Staaten mit schwächeren Quotenregelungen (z.B. Dominikanische Republik und Ekuador) (57f.). Dieser Befund lässt sich allerdings nur in jenen Demokratien der Region nachweisen, die über geschlossene Wahllisten verfü-

gen. Staaten mit offenen Wahllisten hingegen haben – auch unter Anwendung starker Geschlechterquoten – niedrigere Frauenanteile in ihren Abgeordnetenhäusern. „Simply having a stronger quota does not guarantee more women in office“ (58).

Der zweite Teil (Kapitel 3-6) des Buches beschäftigt sich ausschließlich mit der substanziellen Repräsentation (*acting for*) von Frauen in Argentinien, Costa Rica und Kolumbien. Dabei geht die Autorin der Frage nach, inwiefern die politische Partizipation von Frauen die Politik der jeweiligen Staaten beeinflusst und verändert. Im Mittelpunkt steht daher, ob eine höhere weibliche Präsenz automatisch zu einer frauenfreundlicheren Politik und zu einer realen politischen Macht von Frauen führt. Im dritten Kapitel, das sich alleinig mit den politischen Präferenzen (*attitudes*) der MandatsträgerInnen beschäftigt, weist die Autorin nach, dass weibliche Abgeordnete – ohne dabei andere politische Themen und Wählergruppierungen zu vernachlässigen – Frauenthemen und Frauenrechte im weitaus höheren Maße priorisieren als männliche Mandatsträger (80f.). Damit ist es der Autorin gelungen, eine Verbindung zwischen deskriptiver und substanzieller Repräsentation herzustellen.

In den Kapiteln 4-6, die sich vorrangig mit dem politischen Verhalten (*behavior*) der ParlamentarierInnen befassen, geht Schwindt-Bayer darauf ein, inwieweit die politischen Präferenzen der weiblichen Abgeordneten sich in ein entsprechendes politisches Handeln umwandeln. Dabei ist Schwindt-Bayer zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen:

1) Die parlamentarische Arbeit weiblicher Abgeordneter in Argentinien, Costa Rica und Kolumbien bezieht sich – obgleich im unterschiedlichen Maße – vornehmlich auf frauenspezifische Themen. Sie bringen Gesetzesentwürfe zu Frauenthemen ein, behandeln in Plenardebatten frauenpolitische Anliegen, sind Mitglieder und Vorsitzende von Ausschüssen, die sich vorrangig mit frauenpolitischen Belangen auseinandersetzen und wenden sich speziell den Wählerinnen und Frauenthemen bei ihrer Arbeit im Wahlkreis zu (186). Eine verstärkte Präsenz von Frauen in der Politik führt demnach zu einer substanziell frauenfreundlicheren Politikgestaltung.

2) Im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen und im Widerspruch zu ihren eigenen politischen Präferenzen haben Mandatsträgerinnen (hierunter insbesondere in Argentinien) es schwerer, nichtfrauenspezifische Anliegen im Parlament zu vertreten. Sie bringen seltener nicht explizite frauenpolitische Gesetzesentwürfe ein, sind (wenn überhaupt) weniger in den mächtigen und „klassisch männlichen“ Ausschüssen vertreten und sind im Allgemeinen nur vereinzelt in parlamentarischen Führungspositionen bzw. im Vorstand zu finden (186). Der Autorin zufolge lässt sich diese „Marginalisierung von Frauen“ darauf zurückführen, dass die politischen Institutionen nach wie vor von Männern bestimmt werden (188ff.). Es ist den Frauen daher nur bedingt möglich, alle ihre politischen Präferenzen in reale politische Macht umzuwandeln. Lediglich in Kolumbien, wo Parteivorsitzende aufgrund einer personalisierten Wahlgesetzgebung nur begrenzt Einfluss auf die Abgeordneten haben, waren Frauen relativ erfolgreich, unterschiedliche politische Anliegen und Wählergruppen zu vertreten (129, 190f.).

Der letzte Analyseteil des Buches (Kapitel 7) geht auf die symbolische Repräsentation von Frauen in 14 Staaten Lateinamerikas ein und befasst sich mit der Frage, welche Folgen die politische Teilhabe von Frauen auf die repräsentative Demokratie hat. Schwindt-Bayer geht davon aus, dass eine höhere politische Repräsentation von Frauen zu positiveren Einstellungen gegenüber der repräsentativen Demokratie führt (158). Die Untersuchungen ergaben, dass es zwischen den Staaten der Region erhebliche Unterschiede in den Einstellungen gegenüber der Demokratie, der Korruption und den staatlichen Institutionen (Legislative und Exekutive) gibt (164). Trotz regionaler Unterschiede zeigt die Analyse,

(...) that more proportional electoral rules, the passage of women's issue policies, and the election of women (to a lesser extent), send positive signals to citizens that their governments are representing them and produce citizens who feel better about their government (184).

Damit verdeutlicht Schwindt-Bayer, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen den vier „pitkinschen“ Repräsentationsdimensionen gibt.

Insgesamt ist es der Autorin gelungen, die theoretischen Überlegungen Pitkins in ihrer Gesamtheit darzustellen. Die Untersuchung aller vier Repräsentationsdimensionen hat dazu beigetragen, ein einzigartiges und nahezu komplettes Bild von der institutionalisierten politischen Partizipation von Frauen in Lateinamerika wiederzugeben. Das Werk ist für die Repräsentationsforschung eine sehr wertvolle Quelle, denn obgleich sich das Buch auf Lateinamerika bezieht, können sowohl die Theorie als auch die neuen Erkenntnisse für Studien zur politischen Repräsentation (von Frauen) in anderen Ländern angewandt werden.

Die Wahl der Fallbeispiele hätte mit Hinblick auf die Intersektionalitätsperspektive u.U. anders ausfallen können. Gerade in einer sozial polarisierten und multiethnischen Region wie der lateinamerikanischen, wäre die Untersuchung der politischen Repräsentation indigener Frauen wünschenswert gewesen. Darüber hinaus basieren die Befunde weitestgehend auf statistisch-quantitativen Berechnungen. Die qualitativen Interviews spielen eine eher ergänzende Rolle. Auch geht die Autorin nicht auf die Problematik ein, dass es sich bei vielen lateinamerikanischen Staaten um präsidentielle Regierungssysteme handelt, in denen die Macht überwiegend in den Händen der Exekutive bzw. des Staatsoberhauptes liegt.

Leslie A. Schwindt-Bayer, 2010: *Political Power and Women's Representation in Latin America*. New York, Oxford University Press: 262 S., ISBN: 978-0-19-993866-7.

Heike Kahlert

Riskante Karrieren. Wissenschaftlicher Nachwuchs im Spiegel der Forschung

JASMIN TOUATI

Die vorliegende Metastudie ist aus dem Forschungsprojekt „Wissenschaftskarrieren: Orientierung, Planung und Beratung am Beispiel der Fächer Politikwissenschaft und Chemie“ hervorgegangen, das Kahlert von März 2008 bis Mai 2011 am Institut für Soziologie und Demographie an der Universität Rostock geleitet hat.

Die zentrale Fragestellung des Forschungsprojektes fokussiert die Statuspassage von der Promotion in die Postdoc-Phase und wie diese ausgestaltet sein müsste, damit „Frauen ihre Wissenschaftskarriere nach der Promotion fortsetzen (können)“ (5). Erforscht werden die individuellen, institutionellen und strukturellen Rahmenbedingungen, die für einen Abbruch oder eine Weiterführung der Wissenschaftskarrieren von Frauen relevant sind. Grundlage der Analyse bilden die Ergebnisse empirischer Studien, Auswertungen einschlägiger wissenschaftlicher Literatur und Sekundäranalysen statistischer Daten. Es wird eine Auswertung des aktuellen Forschungsstandes geliefert, deren Daten aus dem Jahr 2009 stammen und sich auf deutschsprachige Literatur beschränken.

Der Analyse von Wissenschaftskarrieren wird das Triaden-Modell von Rappe-Giesecke (2008) zugrunde gelegt.¹ Das Modell ist einerseits zur Reduktion von Komplexität geeignet und fördert andererseits die Fokussierung auf das Zusammenwirken verschiedener Faktoren. „Komplexe Phänomene werden so als das emergente Produkt des Zusammenwirkens von drei Faktoren erklärt“ (21). Die Bevorzugung eines Faktors zugunsten eines anderen Faktors wird vermieden.

Die Faktoren erster Ordnung werden dabei in jeweils drei weitere Unterfaktoren unterteilt: Person (Lebensgeschichte, psychisches und biophysisches System), Profession (Werdegang in der Profession, fachliche Qualifikation und *déformation professionnelle*) und Funktion (berufliche Laufbahn, formaler Status und Aufgaben, Belohnungen). Damit ist es möglich, die komplexen und differenzierten Wirkungszusammenhänge der genderspezifischen Wissenschaftskarrieren darzustellen und zu analysieren (27).

Der Studie wird zunächst ein Datenüberblick über mehrdimensionale Geschlechtersegregation vorangestellt. Deren Ergebnisse bestätigen, dass das deutsche Wissenschaftssystem nach wie vor sowohl vertikal als auch horizontal nach Geschlechtern segregiert ist:

Alles in allem müssen Frauen größere Hürden überwinden, um den Weg in eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen und diese erfolgreich verfolgen zu können (94).

Die Kapitel der Studie sind entlang der Trias der Basisfaktoren unterteilt. Im Kapitel über personenbezogene Aspekte von Wissenschaftskarrieren werden die Faktoren Lebensgeschichte, psychisches und biophysisches System auf ihre Bedeutung für Entscheidung und Ausgestaltung einer wissenschaftlichen Laufbahn analysiert. Dabei beschreibt Kahlert die „wissenschaftliche Persönlichkeit“ als grundlegend für das Funktionieren und für die Reproduktion von Wissenschaft. Sie orientiert sich an der männlichen Biographie mit bildungsnahem, westlich geprägtem kulturellem Hintergrund, begleitet von einer Partnerin, „die ihm den Rücken freihält“ (167). Die wissenschaftliche Person ist „selbstredend heterosexuell“ (167) und in psychosozialer Hinsicht mit allen Attributen ausgestattet, die mit Erfolg assoziiert werden (Selbstvertrauen, Selbstbewusstsein, Leistungsbereitschaft, Kraft, Ausdauer, Gesundheit etc.). Diese soziale Konstruktion der wissenschaftlichen männlichen Persönlichkeit ist äußerst wirkmächtig und beeinflusst Selbst- und Fremdbilder, Privat- und Berufsleben beider Geschlechter. Alle, die dieser Normierung nicht entsprechen, erfahren Nachteile bis hin zur Nichtanerkennung ihrer wissenschaftlichen Leistungen (167).

Bei den professionsbezogenen Aspekten identifiziert Kahlert drei Faktoren, welche die Wissenschaftskarriere maßgeblich beeinflussen. Dazu gehören erstens potentielle Unsicherheiten bezogen auf Inhalte, Gestaltung und Ziele von Prüfungen und Statuspassagen, die u.a. durch den aktuell hohen Reformdruck aufgrund der internationalen bildungspolitischen Rahmenbedingungen hervorgerufen werden.

Das deutsche Wissenschaftssystem kennt keinen dauerhaften Verbleib an Universitäten oder Forschungseinrichtungen unterhalb der unbefristeten Professur und damit der höchsten Stathierarchie. Dadurch ist die Entscheidung für eine wissenschaftliche Laufbahn mit einem hohen Risiko des „Scheiterns“ behaftet. Vorgesehen ist nur der Weg von der Promotion über die Habilitation bzw. der Juniorprofessur auf einen Lehrstuhl. Wobei die Optionen, außerhalb der Wissenschaft eine berufliche Karriere einzuschlagen, mit zunehmender Qualifizierung abnehmen. Das Risiko des „Scheiterns“ und des Ausstiegs aus der Wissenschaft, so betont Kahlert an verschiedenen Stellen der Arbeit, ist ausgesprochen hoch und muss auf jeder Qualifikationsstufe erneut abgewogen werden (201, 232, 248).

Als dritten Faktor, der mit der Professionalisierung in der Wissenschaft einhergeht, identifiziert Kahlert die *déformation professionnelle*, die darin besteht, dass eine Entgrenzung von Beruf und Privatleben den Wissenschaftsethos prägt. Potentielle ständige Verfügbarkeit und immerwährende wissenschaftliche Arbeit gehört zum Selbst- und Fremdbild von WissenschaftlerInnen.

Als wichtigste Ursache für die deutliche Unterrepräsentation von Frauen in Spitzenpositionen der Wissenschaft macht Kahlert daher im Basisfaktor Wissenschaft als Profession aus. Die Diskrepanz zwischen den extrem hohen individuellen Bildungsinvestitionen und den realen Chancen auf eine unbefristete Professur ist sehr hoch, denn die Anpassungsleistungen an den wissenschaftlichen Habitus sind für Frauen höher als für Männer, bei gleichzeitig nur brüchig möglicher Habitusausbil-

dung. Passen Frauen sich zu wenig an die erwarteten Verhaltensweisen an (z.B. dem dominanten Kommunikationsstil), entsprechen sie nicht dem wissenschaftlichen Habitus. Passen sie sich aber dem männlich geprägten, wissenschaftlichen Habitus an, irritiert ihr Verhalten ebenfalls – durch die Abweichung von der Norm des weiblichen Habitus. Frauen zahlen daher einen deutlich höheren Preis – „bei deutlich höherem Risiko des Scheiterns“ (232).

Auch beim dritten Basisfaktor, den funktionsbezogenen Aspekten des Karriereziels Professur, manifestiert sich die Geschlechtersegregation. Unsicherheit durch Befristungen, der Zwang zur Mobilität und schmale Zeitfenster für die Qualifizierungsphasen stellen große Belastungen dar. Dies gilt insbesondere für Frauen, da vor allem ihnen bei der Entscheidung für eine Familiengründung das Vereinbarkeitsmanagement zukommt. Formelle und vor allem informelle Altersgrenzen erschweren es zusätzlich, den erwarteten zeitlichen Vorgaben zu entsprechen (260). Hinzu kommen Benachteiligungen bei der Verteilung von Ressourcen wie Stellenangeboten, Stipendien, Angebote wissenschaftlicher Veröffentlichungen und Einführung bzw. Protektion in der Scientific Community. Hier wirken u.a. die von Krell 2001² nachgewiesenen Wahrnehmungsfehler wie der „Similar-to-me-Effekt“, der Hierarchieeffekt, der Klebereffekt oder allgemein geschlechterstereotype Zuschreibungen“ (295).

Die Studie bietet einen umfassenden Überblick zum aktuellen Stand der empirischen Forschung zum Thema Gendersegregation und der Reproduktion von Ungleichheiten auf dem Feld der Wissenschaftskarriere. Das zugrundeliegende Triadenmodell ermöglicht es, der Argumentation trotz der großen Anzahl von Ergebnissen empirischer Studien, Auswertungen einschlägiger wissenschaftlicher Literatur und Sekundäranalysen statistischer Daten zu folgen, ohne den Überblick zu verlieren. Wirkzusammenhänge und Mechanismen von Ungleichheiten und Reproduktion von geschlechtersegregierten Wissenschaftslaufbahnen werden nachvollziehbar dargelegt. Die Forschungsdesiderate bieten zudem vielfältige Anknüpfungspunkte für weiteren wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn.

Der blinde Fleck der Studie besteht m.E. darin, dass die gängige Hierarchisierung im deutschen Bildungssystem mit der unbefristeten Professur als einzig möglicher Krönung der Karriere unhinterfragt als Norm übernommen wird. Das Ausscheiden aus der Universität oder einer Forschungseinrichtung wird explizit als „Scheitern“ der wissenschaftlichen Laufbahn betrachtet. Damit wird unbeabsichtigt eine normative Abwertung von WissenschaftlerInnen vorgenommen, die sich für eine (möglicherweise wissenschaftliche) Karriere außerhalb der Universität oder einer Forschungseinrichtung entschieden haben – also der überwiegenden Mehrheit der Postdocs.

Heike Kahlert, 2013: *Riskante Karrieren. Wissenschaftlicher Nachwuchs im Spiegel der Forschung*. Opladen, Berlin; Toronto: Verlag Barbara Budrich. 350 S., ISBN 978-3-86649-397-1.

Anmerkungen

- 1 Das diesem Band strukturierend zugrunde liegende Triadenmodell wurde zuerst vorgestellt von Kornelia Rappe-Giesecke (2008): Triadische Karriereberatung. Die Begleitung von Professionals, Führungskräften und Selbständigen. Bergisch Gladbach: EHP.
- 2 Krell, Gertraude. 2001: Chancengleichheit und Fairness in der Leistungsbeurteilung. Personalführung 34 (11): 38-43.

Gabriele Abels, Joyce Marie Mushaben

Gendering the European Union. New Approaches to Old Democratic Deficits

ANGELIKA VON WAHL

Der gelungene Sammelband „Gendering the European Union. New Approaches to Old Democratic Deficits“ von Gabriele Abels und Joyce Mushaben analysiert die EU und ihre Geschichte, Institutionen, Akteure und Policies aus einer geschlechtsspezifischen Perspektive. Obwohl eine breite Übersichtsliteratur zur EU existiert, ist diese für feministische Fragestellungen eher unempänglich. Dagegen gelingt es den erfahrenen Herausgeberinnen und Autorinnen hier, durch eine systematisch geschlechtsspezifische Beschreibung, anschauliche Tabellen und Definitionsboxen und gründliche Analyse sowohl altbekannte als auch neue Themenbereiche in anderem Licht zu sehen. So eröffnet dieser Band Perspektiven auf das Zusammenwachsen Europas und die demokratischen Defizite dieses Prozesses, die es dringend gilt zu verstehen, die aber bisher wenig in der bestehenden Literatur vorkommen.

Unterteilt ist der Sammelband in zwei Abschnitte, der erste befasst sich mit klassischen Integrationstheorien und internen Veränderungen wie auch externen Prozessen der EU-Erweiterung und der Gender *aquis*, die neue EU-Mitglieder vor ihrer Aufnahme bewältigen müssen, während sich der zweite Abschnitt exemplarisch fünf Policyfelder herausgreift. Alle Kapitel sind lesenswert und von hoher Qualität. Im Folgenden werden fünf der zwölf Beiträge im Einzelnen behandelt.

Annica Kronsell eröffnet den Sammelband mit einer Darstellung und kritischen Diskussion existierender Theorien zur europäischen Integration. Vorgestellt werden der liberale Intergovernmentalismus, Neofunktionalismus, Mehrebenentheorien, Institutionalismus, Konstruktivismus und innenpolitische Erklärungen der Integration. Nach einer Darstellung der Grundannahmen jeder dieser Theorien diskutiert Kronsell, ob oder auf welche Weise feministische Analysen einen Beitrag zur Theoretisierung der Europäisierung leisten könnten. Besonderes Augenmerk legt die Autorin

dabei auf die folgenden Fragen: Was treibt die Integration nach Annahme dieser Theorien voran und wie verhält sich eine feministische Lesart dazu? Und welche bisher wenig beachteten Fragen würden innerhalb dieser Theorien durch eine geschlechtssensible Perspektive relevant werden? So konzentriert sich der Neofunktionalismus bekanntermaßen auf transnationale Interaktionen und „spill-over“, um die europäische Integration zu erklären. Feministische Fragestellungen würden hier u.a. nach der Rolle transnationaler feministischer Organisationen fragen und so zu neuen Erkenntnissen über den Integrationsprozess der EU gelangen. Kronsell kommt zu dem Schluss, dass sich konstruktivistische und Mehrebenenansätze am besten für ein solches „gendering“ eignen.

Ebenfalls von herausragendem Interesse ist der gut geschriebene Beitrag von *Alison Woodward*, der sich mit der Entwicklung der Geschlechterperspektive innerhalb der EU befasst. Woodward zeigt darin auf, wie und warum sich der Diskurs über die letzten 60 Jahre von Gleichbehandlung zum „diversity management“ gewandelt hat. Dabei bettet sie die sich verändernden feministischen Strategien gekonnt in den jeweils relevanten politischen Kontext mit seinen spezifischen Akteuren und Organisationen ein. Der Beitrag verdeutlicht in vier Phasen die Zusammenhänge zwischen feministischem Denken und den Erwartungen an die Policies in der EU. So waren zentrale Forderungen der frühen Frauenbewegung auf Gleichbehandlung und Gleichberechtigung ausgerichtet, was sich dann im Integrationsprozess, insbesondere in den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und der Gesetzgebung, deutlich niederschlug. Das Kapitel erinnert LeserInnen an den Ursprung erfolgreicher europäischer Frauenpolitik in ihren feministischen Diskursen und warnt vor einer Verwässerung derselben in heutigen Ansätzen, die zwar Inklusion groß-, Fraueninteressen aber kleinschreiben.

Teil II des Bandes stellt konkrete Fallstudien vor, die sich an einer Reihe feststehender Fragen abarbeiten: So wird hier der Ursprung der vorgestellten Policy, ihre Strategien und Instrumente über einen oft langen Zeitraum untersucht. Auch hier können nur zwei Beispiele vorgestellt werden und zwar die Kapitel von *Elisabeth Prügl* und *Maria Stratigaki*.

Wie andere Beiträge auch beginnt Prügl mit einer Vignette, die die LeserIn sofort in das Thema und die politische Dringlichkeit feministischer Analysen einführt: Hier werden der/dem Lesenden die nachhaltigen Hürden vor Augen geführt, denen sich Frauen auf dem Land, insbesondere Bäuerinnen, in der Berufsausübung sowie den Sozial- und Rentenansprüchen als „helfende Familienmitglieder“ traditionell gegenüber sehen. Da sehr lange der Großteil des EU-Budgets in die Finanzierung und Subventionierung der Landwirtschaft floss, wurde so durch die EU auch direkt die Zweitrangigkeit der Frauen in einem patriarchalen ländlichen Kontext festgeschrieben – anders als in den Gleichstellungsrichtlinien der Industrie- oder Dienstleistungssektoren. Im letzten Jahrzehnt ist diese traditionelle Ausrichtung durch die Globalisierung, den Abbau von Schutzzöllen und die Einführung von „gender mainstreaming“ allerdings erodiert, so Prügl. Die Wirtschaft im ländlichen Raum ist da-

bei sich zu diversifizieren und eröffnet so neue Möglichkeiten der Erwerbsarbeit für Frauen im Tourismus oder der regionalen Kultur. Nichtsdestotrotz lässt die Situation von Frauen durch die nachlässige Implementation der EU-Richtlinien auf nationaler und lokaler Ebene noch viel zu wünschen übrig und wirft so ein eher negatives Licht auf die Ausrichtung und Effektivität der EU in Geschlechterfragen.

Maria Stratigaki widmet sich der Sozialpolitik, insbesondere den Themen Anti-Diskriminierung, sozialer Inklusion und Absicherung (wie Renten). Das Kapitel gibt zunächst den bekannten Entwicklungsprozess der EU-Sozialpolitik wider. Aufgrund der Verankerung der Nicht-Diskriminierung im Vertrag von Amsterdam und den verschiedenen Vorläufern in der Gleichbehandlung sind die Rechte von ArbeitnehmerInnen gut geschützt. Hier wird der bestehende Unterschied zum Arbeitsmarkt zwar etwas verwischt, aber viele soziale Rechte leiten sich in der EU aus der Erwerbsarbeit ab. Stratigaki argumentiert, wie andere vor ihr, dass sich die EU-Sozialpolitik aus dem Markt ableiten lässt. So ist auch eine gerechtere redistributive für eine integrative Strategie aufgegeben worden. Sozialpolitik in der EU ist daher abhängig von der Verschränkung mit dem und der Verkürzung auf den Markt. Soziale Rechte, die sich in irgendeiner Form auf marktförmiges Verhalten beziehen können, werden von der EU besser abgesichert. Gleichzeitig ist dies eine verengte Definition des Sozialen, gegen die sich Feministinnen erfolgreich eingesetzt haben. Stratigaki geht sogar so weit zu argumentieren, dass die Antidiskriminierungs-Policies das (Selbst-)Bild der europäischen Gesellschaft wiederbelebt haben, weil sie „Gleichheit für Alle“ überzeugend propagiert (181). Allerdings unterminieren „gender mainstreaming“ und der schnelle Erweiterungskurs möglicherweise den besonderen Platz, den die EU-Sozialpolitik für Frauen lange gehabt hat.

Das Fazit der Herausgeberinnen, *Gabriele Abels* und *Joyce Mushaben*, nimmt noch einmal die Hauptthemen auf, gibt eine Übersicht der „Herstory“ der EU und verbindet die einzelnen Ergebnisse. Dabei stellen sie fest, dass erstens die Kategorie Geschlecht in einigen Policyfeldern mittlerweile diskursiv eine fast dominante Rolle spielt. Zweitens verdeutlichen sie, dass verschiedene Instrumente in den unterschiedlichen Entwicklungsphasen der EU eher erfolgreich bzw. erfolglos waren und dass drittens der politische Kontext uneinheitlich auf Gleichbehandlung, Antidiskriminierung und „gender mainstreaming“ gewirkt hat. Mit dieser notwendigen Differenzierung liefern die Herausgeberinnen einen nachhaltigen und wichtigen Beitrag zur EU-Literatur. Abels und Mushaben weisen nach, wie bemerkenswert die Inkorporation der Geschlechterfrage in EU-Gesetzgebung und EU-Dokumenten geworden ist und bezeichnen das Ausmaß erfrischend als „breath-taking in its normality“ (230). Sie kommen zu dem bemerkenswerten Schluss, dass gerade das Fehlen kodifizierter Regeln und etablierter Hierarchien die EU für Geschlechterfragen und Feministinnen geöffnet hat – und widersprechen damit der Forschung zu den sogenannten eher informellen „old boys networks“. So hat die noch relativ junge EU, die oft scharf für ihr „Demokratiedefizit“ kritisiert wird, gerade den traditionellen AußenseiterInnen in der Politik geholfen.

Insgesamt lohnt sich dieser wichtige Sammelband für WissenschaftlerInnen, StudentInnen und politisch Interessierte. Obwohl es manchmal zu inhaltlichen Überschneidungen zwischen den Kapiteln kommt, bringt jede Autorin eine wohl durchdachte und produktive Perspektive ins Spiel. Universitätsbibliotheken sollten dieses Werk auf jeden Fall in ihren Regalen haben, wenn sie auf der Höhe der Wissensproduktion in Geschlechterfragen und der EU sein wollen.

Gabriele Abels, Joyce Marie Mushaben (Hg.), 2012: *Gendering the European Union, New Approaches to Old Democratic Deficits*. Basingstoke: Palgrave Macmillian, 279 S. ISBN: 978-0230296459.

Bücher, die zur Rezension angefordert werden können

Andreas, Michael/Frankenberg, Natascha (Hg.), 2013: Im Netz der Eindeutigkeiten. Unbestimmte Figuren und die Irritation von Identität. Bielefeld: transcript Verlag.

Arcidiacono, Caterina/Testoni, Ines/Groterath, Angelika (Hg.), 2013: Daphne and the Centaurs – Overcoming Gender Based Violence. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Bender, Saskia-Fee/Schmidbaur, Marianne/Wolde, Antje, 2013: Diversity ent-decken. Reichweiten und Grenzen von Diversity Policies an Hochschulen. Weinheim: Beltz Juventa.

Bieber, Ina E., 2013: Frauen in der Politik. Einflussfaktoren auf weibliche Kandidaturen zum Deutschen Bundestag. Wiesbaden: VS-Verlag.

Binder, Beate/Ebell, Katrin/Hess, Sabine/Keinz, Anika (Hg.), 2013: Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Interventionen ethnographisch und gendertheoretisch. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Binder, Kristina Anna/Bütow, Birgit/Eckert, Lena/Jendricke, Victoria/Teichmann, Franziska, 2013: Akademische Fachkulturen als Ordnungen der Geschlechter. Analysen zu (Un-)Doing-Gender-Prozessen in der Lehre. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Dautzenberg, Kirsti/Fay, Doris/Graf, Patricia (Hrsg.) 2013: Aufstieg und Ausstieg. Ein geschlechterspezifischer Blick auf Motive und Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft, Wiesbaden: VS Verlag.

Dehnavi, Morvarid, 2013: Das politisierte Geschlecht. Biographische Wege zum Studentinnenprotest von ›1968‹ und zur Neuen Frauenbewegung. Bielefeld: transcript Verlag.

Geber, Eva (Hg.), 2013: Der Typus der kämpfenden Frau. Wien: Mandelbaum Verlag.

Grisard, Dominique/Jäger, Ulle/König, Tomke (Hg.), 2013: Verschieden sein. Nachdenken über Geschlecht und Differenz. Frankfurt a. M.: Ulrike Helmer Verlag.

Guggenheimer, Jacob/Isop, Utta/Leibetseder, Doris/Mertlitsch, Kirstin (Hg.), 2013: »When we were gender...« – Geschlechter erinnern und vergessen. Analysen von Geschlecht und Gedächtnis in den Gender Studies, Queer-Theorien und feministischen Politiken. Bielefeld: transcript Verlag.

Günter, Andrea, 2013: Die Kultur des Ökonomischen. Gerechtigkeit, Geschlechterverhältnisse und das Primat der Politik. Frankfurt a. M.: Ulrike Helmer Verlag.

Gürsel, Duygu/Çetin, Zülfukar/Allmende e.V. (Hg.), 2013: Wer Macht Demo_kratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen. Münster: Edition Assemblage.

Haidinger, Bettina, 2013: Hausfrau für zwei Länder sein. Zur Reproduktion des transnationalen Haushalts. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Herausgeber_innenkollektiv, 2013: Fantifa. Feministische Perspektiven antifaschistischer Politiken. Münster: Edition Assemblage.

Hergenhan, Jutta, 2012: Sprache Macht Geschlecht: Sprachpolitik als Geschlechterpolitik. Der Fall Frankreich. Sulzbach: Ulrike Helmer Verlag.

Jacobi, Juliane, 2013: Mädchen- und Frauenbildung in Europa. Von 1500 bis zur Gegenwart. Frankfurt a. M., New York: Campus.

Jähnert, Gabriele/Aleksander, Karin/Kriszio, Marianne (Hg.), 2013: Kollektivität nach der Subjektkritik. Geschlechtertheoretische Positionierungen. Bielefeld: transcript Verlag.

Leitner, Sigrid, 2013: Varianten des Familialismus. Eine historisch vergleichende Analyse der Kinderbetreuungs- und Altenpflegepolitiken in kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten. Berlin: Duncker & Humblot.

Lutz, Helma/Schmidbaur, Marianne/Wischermann, Ulla, 2013: Klassikerinnen feministischer Theorie. Band III: Grundlagentexte ab 1986. Frankfurt a. M.: Ulrike Helmer Verlag.

Nickel, Hildegard Maria/**Heilmann**, Andreas (Hg.), 2013: Krise, Kritik, Allianzen. Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven. Weinheim: Beltz Juventa.

Pittius, Katrin/**Kollewe**, Kathleen/**Fuchslocher**, Eva/**Bargfrede**, Anja (Hg.), 2013: Die bewegte Frau. Feministische Perspektiven auf historische und aktuelle Gleichberechtigungsprozesse. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Riegraf, Birgit/**Hacker**, Hanna/**Kahlert**, Heike/**Liebig**, Brigitte/**Peitz**, Martina/**Reitsamer**, Rosa (Hg.), 2013: Geschlechterverhältnisse und neue Öffentlichkeiten. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Schiederig, Katharina, 2013: Mythos Diversity. Personalpolitiken in transnationalen Unternehmen. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Schröter, Susanne (Hg.), 2013: Geschlechtergerechtigkeit durch Demokratisierung? Transformationen und Restaurationen von Genderverhältnissen in der islamischen Welt. Bielefeld: transcript Verlag

Suda, Kimiko, 2012: Chinese Lala Organizing. Identität und Repräsentation lesbischer Frauen in Beijing. Berlin, Münster, Wien, Zürich, London: LIT Verlag.

Tazi-Preve, Mariam Irene, 2013: Motherhood in Patriarchy. Animosity Toward Mothers in Politics and Feminist Theory - Proposals for Change. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

ANKÜNDIGUNGEN UND INFOS

Call for Papers

Femina Politica – Heft 2/2014: Zwischen digitaler Utopie und Kontrolle. Wie feministisch ist „das Netz“? (Arbeitstitel)

Digitalisierung kann als Stichwort gelten, das den Wandel unserer Gesellschaften in einem Kernmoment charakterisiert: Der Alltag ist durchzogen vom Gebrauch digitaler Medien – vom Mobiltelefon, Tablet und E-Book-Reader über Navigationsgeräte bis hin zu durch Apps ferngesteuerten Haushaltsgeräten und High-Tech-Spielzeug. Die Organisation der globalen Werkbank zwischen Fertigungsindustrie und Care-Arbeit wird erst durch die Digitalisierung von Logistik und Kommunikation möglich. Körper scheinen längst im Cyborg-Zeitalter angekommen, sie werden mit digitalen Mitteln beständig optimiert sowie kontrolliert und dies durchaus geschlechtsspezifisch. Das Politische sowie Kernbegriffe des politikwissenschaftlichen Denkens wie Demokratie oder Partizipation finden sich angesichts digitaler Technologien herausgefordert. Operieren wir mit einem feministischen Begriff des Politischen, der auch Körper, Intimität, Alltag und Subjekte umfasst, so werfen diese Wandlungstendenzen die dringliche Frage auf, wie die Digitalisierung unserer Gesellschaften analysiert, theoretisiert und gesellschaftspolitisch bewertet werden kann. Hier setzt das geplante Heft an.

Der Call for Papers für das Heft 2/2014 stellt aus feministischer Perspektive Fragen nach Herrschaftskritik und Emanzipation/Partizipation ins Zentrum der angestrebten Auseinandersetzung mit Digitalisierung. Schon der Beginn der digitalen Vernetzung mit dem Arpanet (Advanced Research Projects Agency Network) 1962 – als ein Projekt des US-Verteidigungsministeriums – deutet diese Konfliktlinien an. Die Frage nach der militärischen und androzentrischen Strukturierung von Netzlogiken und Entwicklungslinien blieb über die Jahrzehnte virulent und zieht sich von der Diskussion über Video-Gaming bis hin aktuellen Debatten über Überwachung und Datenschutz. Der Mythos einer Neutralität des Internets und digitaler Technologien im Allgemeinen muss so grundsätzlich in Frage gestellt werden.

Gleichzeitig schufen gerade die frühen Netzkulturen Räume und Möglichkeitsbedingungen für das Utopische. Auch in feministischen Kontexten dominierten positive Einschätzungen zu Cyberspace und Internet die Debatten in den 1980er und 1990er Jahren. An die Stelle der Hoffnung auf eine im Anschluss an Donna Haraways Cyborg Manifest (1985) diskutierte Befreiung aus festgelegten Geschlech-

terrollen sowie auf partizipative Informationsverbreitung und -nutzung und damit auf potentielle politische Mobilisierung ist heute häufig Ernüchterung getreten: Das Netz erwies sich zunehmend als ein weiterer Schauplatz von Sexismen, Überwachung/Kontrolle sowie ökonomisiertem Mainstream-Entertainment. Mobilisierung „von unten“ ebenso wie emanzipatorische Aspirationen können auch in digitalisierten Gesellschaften nur im Kontext der bekannten gesellschaftlich wirkmächtigen Ungleichheitsstrukturen analysiert, theoretisiert und entworfen werden. Für eine feministische Auseinandersetzung mit der Digitalisierung unserer Gesellschaften interessieren uns insbesondere folgende beiden Dimensionen:

Dimension Partizipation/Emanzipation:

Das Internet produziert neue Möglichkeiten und Beschränkungen der Kommunikation und Partizipation für feministische Aktivist_innen und Bewegungen, indem einerseits im Digitalen das Potenzial neuer Formen politischer Einflussnahme sowie Mobilisierung und Solidarisierung liegt. Andererseits sehen sich aktivistische Interventionen durch die Digitalisierung auch mit neuen Formen der Kontrolle konfrontiert. Feministische Aktivistinnen kritisieren, nutzen und gestalten soziale und politische Verhältnisse in und durch digitale Technologien und Welten.

- ▶ Wie nutzen feministische Bewegungen und Aktivist_innen das Web für Mobilisierungsstrategien? Welche Beschränkungen ergeben sich aus den technologischen Bedingungen einerseits und den sozialen Ungleichheitsverhältnissen andererseits?
- ▶ In welchem Verhältnis stehen die neuen Formen der Vernetzung zu feministischen Traditionen der Vernetzungskultur? Wie sind neue, im Digitalen begründete Kollektivitäten aus feministischer Sicht einzuschätzen?
- ▶ Was kann die aktuelle Debatte um den material turn und die darin eingelagerte Frage nach der Handlungsmacht von Technologien und Infrastrukturen für ein feministisches Verständnis veränderter politischer Interventionsmöglichkeiten beitragen?

Dimension feministische Herrschaftskritik:

Der Schwerpunkt möchte explizit Herrschaftsverhältnisse und ihre Kontinuitäten und Brüche im Digitalen und in digitalisierten Gesellschaften beleuchten. Dabei kann sich die Aufmerksamkeit auf zentrale Topoi feministischer Forschung richten, die auch im Kontext von Netzkulturen und -politiken sowie gesellschaftlicher Digitalisierung eine wichtige Rolle spielen, gleichzeitig aber auch spezifische Modifikationen erfahren. Ebenso lädt der Call Beiträge ein, die vor dem Hintergrund feministischer Theoriebildung digitale Technologien, Kulturen und Politiken analysieren.

- ▶ In welcher Weise sind digitalisierte Räume, Infrastrukturen und Verhältnisse vergeschlechtlicht? Inwieweit dient „das Netz“ der Etablierung neuer/alter Herrschaftsordnungen in Bezug auf Geschlecht und Geschlechterverhältnisse?
- ▶ Wie sind aus einer feministischen herrschaftskritischen Sicht Digitalisierungstendenzen in Bezug auf klassische feministische Forschungsfelder (bspw. Gewalt, Körper, Alltag) zu verstehen?
- ▶ In welcher Form können feministische Konzepte und Theorien (Intersektionalität, Alltag, Relationalität) eine herrschaftskritische Analyse „des Netzes“ im Besonderen und der Digitalisierung von Gesellschaften im Allgemeinen vorantreiben? Welche Analyserichtungen und herrschaftskritischen Erkenntnisse erschließen sich über feministisch-postkoloniale Interventionen?

Das Internet ist nach dem hier angelegten Verständnis nicht vorrangig eine weitere Ebene medialer Informationsvermittlung, sondern ein Schauplatz gesamtgesellschaftlicher Machtverhältnisse, die auch im Cyberspace verhandelt und konstruiert bzw. dekonstruiert werden (können) und durch digitale Technologien neue Aus- und Umgestaltung erfahren. Herrschaftsverhältnisse sind in Bewegung, sie werden befestigt und unterlaufen – in welcher spezifischen Form dies im Kontext der Digitalisierung von Gesellschaften gilt, soll in dem geplanten Heft näher beleuchtet werden.

Abstracts und Kontakt

Der Schwerpunkt wird inhaltlich von Magdalena Freudenschuß und Jana Günther betreut. Wir bitten um ein- bis zweiseitige Abstracts (per E-Mail) bis zum **15. Januar 2014** an magdalena.freudenschuss@inkubator.leuphana.de oder jana.guenther@cms.hu-berlin.de bzw. redaktion@femina-politica.de. Die Femina Politica versteht sich als feministische Fachzeitschrift und fördert Frauen in der Wissenschaft. Deshalb werden inhaltlich qualifizierte Abstracts von Frauen bevorzugt.

Abgabetermin der Beiträge

Die Herausgeberinnen wählen auf der Basis der eingereichten Vorschläge Beiträge aus. Der Abgabetermin für die fertigen Beiträge im Umfang von 25.000 bis max. 30.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) ist der **15. April 2014**.

Offene Rubrik: „Forum“

Neben dem Schwerpunktthema bietet unsere Rubrik „Forum“ die Gelegenheit zur Publikation von Originalmanuskripten aus dem Bereich geschlechtersensibler Politikwissenschaft (Beiträge im Umfang von max. 20.000 Zeichen), die zentrale Forschungsergebnisse zugänglich machen oder wissenschaftliche Kontroversen anstoßen. Vorschläge in Form von ein- bis zweiseitigen Exposés erbitten wir an die Redaktionsadresse redaktion@femina-politica.de bis zum **30. März 2014**. Die endgültige Entscheidung wird auf der Basis des Gesamttextes getroffen.

Neuerscheinungen

Alex, Anne (Hg.), 2012: Stop Trans*-Pathologisierung. Neu-Ulm: AG SPAK.

Andreas, Michael/Frankenber, Natascha (Hg.), 2013: Im Netz der Eindeutigkeiten. Unbestimmte Figuren und die Irritation von Identität. Bielefeld: transcript Verlag.

Annesley, Claire/**Scheele**, Alexandra, 2013: Wirtschaftskrise in Großbritannien und Deutschland. Geschlechterpolitische Implikationen. In: Das Argument 301, S. 210-218

Arcidiacono, Caterina/**Testoni**, Ines/Grote-rath, Angelika (Hg.), 2013: Daphne and the Centaurs – Overcoming Gender Based Violence. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Bargetz, Brigitte/**Ludwig**, Gundula/**Sauer**, Birgit (Hg.), 2014: Gouvernamentalität und Geschlecht. Politische Theorie im Anschluss an Michel Foucault. Frankfurt a. M., New York: Campus.

Bender, Saskia-Fee/**Schmidbauer**, Marianne/**Wolde**, Antje, 2013: Diversity ent-decken. Reichweiten und Grenzen von Diversity Policies an Hochschulen. Weinheim: Beltz Juventa.

Bieber, Ina E., 2013: Frauen in der Politik. Einflussfaktoren auf weibliche Kandidaturen zum Deutschen Bundestag. Wiesbaden: VS-Verlag.

Binder, Beate/**Ebell**, Katrin/**Hess**, Sabine/**Keinz**, Anika (Hg.), 2013: Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Interventionen ethnographisch und gendertheoretisch. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Binder, Kristina Anna/**Bütow**, Birgit/**Eckert**, Lena/**Jendricke**, Victoria/**Teichmann**, Franziska, 2013: Akademische Fachkulturen als Ordnungen der Geschlechter. Analysen zu (Un-)Doing-Gender-Prozessen in der Lehre. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Daskalova, Krassimira/**Hornstein-Tomic**, Caroline/**Kaser**, Karl/**Radunovic**, Filip (Hg.), 2012: Gendering Post-Socialist Transition. Studies of changing gender perspectives. Berlin, Münster, Wien, Zürich, London: LIT Verlag.

Dautzenberg, Kirsti/**Fay**, Doris/**Graf**, Patricia (Hrsg.) 2013: Aufstieg und Ausstieg. Ein geschlechterspezifischer Blick auf Motive und

Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft, VS Verlag, Wiesbaden.

Dehnavi, Morvarid, 2013: Das politisierte Geschlecht. Biographische Wege zum Studentinnenprotest von ‚1968‘ und zur Neuen Frauenbewegung. Bielefeld: transcript Verlag.

Familienplanungszentrum – BALANCE (Hg.), 2012: Die neue Radikalität der Abtreibungsgegner_innen im (inter-)nationalen Raum. Neu-Ulm: AG SPAK.

Fields, Rona M., 2013: Against Violence Against Women. The Case for Gender as a Protected Class. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Frey, Regina/**Gärtner**, Marc/**Köhnen**, Manfred/**Scheele**, Sebastian, 2013: Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie. Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse. Berlin: Heinrich Böll Stiftung. www.gwi-boell.de/downloads/EndfSchriftenreiheGWI_Band9_GenderWissenschaftlichkeitIdeologie.pdf

Freudenschuss, Magdalena, 2013: Prekär ist wer? Der Prekarisierungsdiskurs als Arena sozialer Kämpfe. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Geber, Eva (Hg.), 2013: Der Typus der kämpfenden Frau. Wien: Mandelbaum Verlag.

Grisard, Dominique/**Jäger**, Ulle/**König**, Tomke (Hg.), 2013: Verschieden sein. Nachdenken über Geschlecht und Differenz. Frankfurt a. M.: Ulrike Helmer Verlag.

Gürsel, Duygu/**Çetin**, Zülfukar/**Allmende e.V.** (Hg.), 2013: Wer Macht Demo_kratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen. Münster: Edition Assemblage.

Günter, Andrea, 2013: Die Kultur des Ökonomischen. Gerechtigkeit, Geschlechterverhältnisse und das Primat der Politik. Frankfurt a. M.: Ulrike Helmer Verlag.

Guggenheimer, Jacob/**Isop**, Uтта/**Leibetseder**, Doris/**Mertlitsch**, Kirstin (Hg.), 2013: »When we were gender...« – Geschlechter erinnern und vergessen. Analysen von Geschlecht und Gedächtnis in den Gender Studies, Queer-Theorien und feministischen Politiken. Bielefeld: transcript Verlag.

Guthoff, Heike, 2013: Kritik des Habitus. Zur Intersektion von Kollektivität und Geschlecht

in der akademischen Philosophie. Bielefeld: transcript Verlag.

Hadjar, Andreas/Hupka-Brunner, Sandra (Hg.), 2013: *Geschlecht, Migrationshintergrund und Bildungserfolg*. Weinheim: Beltz Juventa.

Haidinger, Bettina, 2013: *Hausfrau für zwei Länder sein. Zur Reproduktion des transnationalen Haushalts*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Herausgeber_innenkollektiv, 2013: *Fantifa. Feministische Perspektiven antifaschistischer Politiken*. Münster: Edition Assemblage.

Jacobi, Juliane, 2013: *Mädchen- und Frauenbildung in Europa. Von 1500 bis zur Gegenwart*. Frankfurt a. M., New York: Campus.

Jähner, Gabriele/Aleksander, Karin/Kriszto, Marianne (Hg.), 2013: *Kollektivität nach der Subjektkritik. Geschlechtertheoretische Positionierungen*. Bielefeld: transcript Verlag.

Konvalinka, Nancy, 2013: *Gender, Work and Property. An Ethnographic Study of Value in a Spanish Village*. Frankfurt a. M., New York: Campus.

Kilkey, Majella/Perrons, Diane/Plomien, Ania (Hg.), 2013: *Gender, Migration and Domestic Work. Masculinities, Male Labour and Fathering in the UK and USA*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.), 2013: *Überkreuzungen. Fremdheit, Ungleichheit, Differenz*. 2. Auflage. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Kulaçatan, Meltem, 2013: *Geschlechterdiskurse in den Medien. Türkisch-deutsche Presse in Europa*. Wiesbaden: VS-Verlag.

Lutz, Helma/Schmidbaur, Marianne/Wischermann, Ulla, 2013: *Klassikerinnen feministischer Theorie. Band III: Grundagentexte ab 1986*. Frankfurt a. M.: Ulrike Helmer Verlag.

Madhok, Sumi/Phillips, Anne/Wilson, Kalpana (Hg.), 2013: *Gender, Agency, and Coercion*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Nickel, Hildegard Maria/Heilmann, Andreas (Hg.), 2013: *Krise, Kritik, Allianzen. Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven*. Weinheim: Beltz Juventa.

Niesen, Peter (Hg.), 2013: *Zwischen Demokratie und globaler Verantwortung. Iris Marion Young's Theorie politischer Normativität*. Baden-Baden: Nomos Verlag.

Pittius, Katrin/Kollewe, Kathleen/Fuchslocher, Eva/Bargfrede, Anja (Hg.), 2013: *Die bewegte Frau. Feministische Perspektiven auf historische und aktuelle Gleichberechtigungsprozesse*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Riegraf, Birgit/Hacker, Hanna/Kahlert, Heike/Liebig, Brigitte/Peitz, Martina/Reitsamer, Rosa (Hg.), 2013: *Geschlechterverhältnisse und neue Öffentlichkeiten*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Schäfer, Rita, 2012: *Gender und ländliche Entwicklung in Afrika. Eine kommentierte Bibliographie*. Berlin, Münster, Wien, Zürich, London: LIT Verlag.

Schiederig, Katharina, 2013: *Mythos Diversity. Personalpolitiken in transnationalen Unternehmen*. Frankfurt/M.: Campus Verlag.

Schröter, Susanne (Hg.), 2013: *Geschlechtergerechtigkeit durch Demokratisierung? Transformationen und Restaurationen von Genderverhältnissen in der islamischen Welt*. Bielefeld: transcript Verlag.

Stöger, Heidrun/Ziegler, Albert/Heilemann, Michael (Hg.), 2012: *Mädchen und Frauen in MINT. Bedingungen von Geschlechtsunterschieden und Interventionsmöglichkeiten*. Berlin, Münster, Wien, Zürich, London: LIT Verlag.

Struthmann, Sandra, 2013: *Gender- und Diversity-Management. Frauen als Fach- und Führungskräfte für Unternehmen gewinnen*. Wiesbaden: VS-Verlag.

Suda, Kimiko, 2012: *Chinese Lala Organizing. Identität und Repräsentation lesbischer Frauen in Beijing*. Berlin, Münster, Wien, Zürich, London: LIT Verlag.

Tazi-Preve, Mariam Irene, 2013: *Motherhood in Patriarchy. Animosity Toward Mothers in Politics and Feminist Theory - Proposals for Change*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Weber, Beverly M., 2013: *Violence and Gender in the „New“ Europe. Islam in German Culture*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Aus Zeitschriften und Sammelbänden

Abendroth, Anja-Kristin/Maas, Ineke/van der Lippe, Tanja, 2013: *Human Capital and the Gender Gap in Authority in European Countries*.

In: *European Sociological Review*. 29 (2), 261-273.

Adur, Shweta Majumdar/**Purkayastha**, Bandana, 2013: On the Edges of Belonging: Indian American Dalits, Queers, Guest Workers and Questions of Ethnic Belonging. In: *Journal of Intercultural Studies*. 34 (4), 418-430.

Annesley, Claire/**Scheele**, Alexandra, 2013: Wirtschaftskrise in Großbritannien und Deutschland. Geschlechterpolitische Implikationen. In: *Das Argument* 301, S. 210-218

Bargetz, Brigitte, 2013: Markt der Gefühle, Macht der Gefühle. Konturen eines emotionstheoretischen Machtverständnisses. In: *ÖZS Österreichische Zeitschrift für Soziologie*. 38 (2), 203-220.

Bhorat, Haroon/**Goga**, Sumayya, 2013: The Gender Wage Gap in Post-Apartheid South Africa: A Re-examination. In: *Journal of African Economies*. DOI: 10.1093/jae/ejt008

Binder, Beate (Hg.), 2012: Geschlecht – Sexualität. Erkundungen in Feldern politischer Praxis. *Berliner Blätter Sonderheft* 62.

Brana, Sophie, 2013: Microcredit: an answer to the gender problem in funding? In: *Small Business Economics*. 40 (1), 87-100.

Butterwegge, Carolin, 2013: Kitaausbau vor dem Kollaps. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. 7/2013, 31-34.

Case, Susan Schick/**Richley**, Bonnie Ann, 2013: Gendered institutional research cultures in science: the post-doc transition for women scientists. In: *Community, Work & Family*, 16 (3), 1-23.

Cherng, Hua-Yu Sebastian/Hannum, Emily, 2013: Community Poverty, Industrialization, and Educational Gender Gaps in Rural China. In: *Social Forces*. DOI:10.1093/sf/sot084.

Crowley, Martha, 2013: Gender, the Labor Process and Dignity at Work. In: *Social Forces*. 29 (3), 1209 - 1238.

Ekinsmyth, Carol, 2013: Mothers' business, work/life and the politics of 'mumpreneurship'. In: *Gender, Place & Culture*. DOI:10.1080/0966369X.2013.817975.

Fuchs, Gesine, 2013: Strategic Litigation for Gender Equality in the Workplace and Legal Opportunity Structures in four European Countries. In: *Canadian Journal of Law and Society* 28 (2), 189 - 208.

Gerhard, Ute, 2013: Über Freiheit und Gleichheit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 63 (34-36), 20 - 23.

Hark, Sabine (Hg.), 2013: Was wollen sie noch? *Feministische Studien*, Heft 1 2013.

Hayes, Bernadette C./**McAllister**, Ian, 2013: Gender and consociational power-sharing in Northern Ireland. In: *International Political Science Review / Revue internationale de science politique* 34 (2), 123-139.

Jong, Sara de, 2013: Intersectional global citizenship: gendered and racialized renderings. In: *Politics, Groups, and Identities*. 1 (3), 402-416.

Kizenko, Nadieszda, 2013: Feminized Patriarchy? Orthodoxy and Gender in Post-Soviet Russia. In: *Signs*. 38 (3), 595-621.

Korpi, Walter/**Ferrarini**, Tommy/**Englund**, Stefan, 2013: Women's Opportunities under Different Family Policy Constellations: Gender, Class, and Inequality Tradeoffs in Western Countries Re-examined. In: *Social Politics*. 20 (1), 1-40.

Korteweg, Anna C./**Triadafilopoulos**, Triadafilos, 2013: Gender, Religion, and Ethnicity: Intersections and Boundaries in Immigrant Integration Policy Making. In: *Social Politics*. 20 (1), 109-136.

Lorey, Isabell, 2013: Das Regime der Prekarisierung. Europas Politik mit Schuld und Schulden. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. 6/2013, 91-101.

Medie, Peace A., 2013: Fighting gender-based violence: The women's movement and the enforcement of rape law in Liberia. In: *African Affairs*. 112 (448), 377 - 397.

Mügge, Liza/**Jong**, Sara de, 2013: Intersectionalizing European politics: bridging gender and ethnicity. In: *Politics, Groups, and Identities*, 1 (3), 380-389.

Nay, Eveline Y., 2013: Que(er) zum Recht? Normalisierungsprozesse gleich- und trans*geschlechtlicher Elternschaft durch Recht. In: *Fampra. Die Praxis des Familienrechts*, 366 - 394.

Nousiainen, Kevät/Holli, Anne Maria/**Kantola**, Johanna/**Saari**, Milja/**Hart**, Linda, 2013: Theorizing gender equality: perspectives on power and legitimacy. In: *Social Politics*. 20 (1), 41 - 64.

- Olivius**, Elisabeth, 2013: (Un)Governable Subjects: The Limits of Refugee Participation in the Promotion of Gender Equality in Humanitarian Aid. In: *Journal of Refugee Studies*. DOI:10.1093/jrs/fet001
- Ors**, Evren/**Palomino**, Frédéric/**Peyrache**, Eloiç, 2013: Performance Gender Gap: Does Competition Matter? In: *Journal of Labor Economics*, 31 (3), 443-499.
- Pemberton**, Sarah, 2013: Enforcing Gender: The Constitution of Sex and Gender in Prison Regimes. In: *Signs*. 39 (1), 151-175.
- Perez-Vaisvidovsky**, Nadav, 2013: Fathers at a Crossroads: The Combined Effect of Organizational and Cultural Factors on the Making of Gender-Related Policy. In: *Social Politics*. DOI:10.1093/sp/jxt012.
- Ranasinghe**, Prashan, 2013: 'Undoing' Gender and the Production of Insecurity and Fear. In: *British Journal of Criminology*. 53 (5), 824-842.
- Schober**, Pia Sophia, 2013: Maternal labor market return and domestic work after childbirth in Britain and Germany. In: *Community, Work & Family*. 16 (3), 1-20.
- Totah**, Faedah M., 2013: The Memory Keeper: Gender, Nation, and Remembering in Syria. In: *Journal of Middle East Women's Studies*. 9 (1), 1-29.
- van der Haar**, Marleen/**Verloo**, Mieke, 2013: Unpacking the Russian doll: gendered and intersectionalized categories in European gender equality policies. In: *Politics, Groups, and Identities*. 1 (3), 417-432.
- Villalba**, Unai/**Jubeto**, Yolanda/**Guridi**, Luis, 2013: Participation and gender in Latin America: perspectives from decentralized cooperation and Local Human Development approaches. In: *Community Development Journal*. DOI: 10.1093/cdj/bst032
- Walker**, Lee Demetrius/**Kehoe**, Genevieve, 2013: Regime Transition and Attitude toward Regime: The Latin American Gender Gap in Support for Democracy. In: *Comparative Politics* 45 (2), 187-205
- Zuo**, Jiping, 2013: Women's Liberation and Gender Obligation Equality in Urban China: Work/Family Experiences of Married Individuals in the 1950s. In: *Science & Society*. 77 (1), 98-125.

AUTORINNEN DIESES HEFTES

Binder, Charlotte, Universität Bremen, DAAD-geförderte Promotion seit 2011 zum Thema: „Aktuelle Frauen- und Geschlechterpolitiken in Deutschland und der Türkei. Eine vergleichende qualitative Studie zur Bedeutung des Internationalen Frauentages in Berlin und Istanbul“. charlotte@gmx.net.

Bargetz, Brigitte, Dr. phil., Universitätsassistentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und Mitherausgeberin der *Femina Politica*. Arbeitsschwerpunkte: Affekt-Theorien, queere und feministische Theorien, Theorien des Politischen, Theorien des Alltags. brigitte.bargetz@univie.ac.at.

Brunner, Claudia, promovierte Politikwissenschaftlerin, derzeit am Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Arbeitsschwerpunkte: epistemische und politische Gewalt, wissenssoziologische Wissenschaftskritik, Feminist International Relations. claudia.brunner@uni-klu.ac.at.

Bunz, Mercedes, Dr. phil., Leiterin des Hybrid Publishing Lab/Centre for Digital Cultures, Leuphana Universität Lüneburg. Arbeitsschwerpunkte: Technikphilosophie, Digitale Medien, Digital Humanities, Öffentlichkeit. mercedes.bunz@inkubator.leuphana.de.

Clasen, Sarah, Politikwissenschaftlerin. Arbeitsschwerpunkte: Friedens- und Konfliktforschung, Gesundheitspolitik, Gleichstellung, Social Justice. sarahclasen@yahoo.de.

Derichs, Claudia, Mitglied von Academia.Net und Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft und International Development Studies, Philipps-Universität Marburg, Deutschland. Forschungsinteressen: Politik des Nahen und Mittleren Ostens, Ost- und Südostasiens sowie politischer Islam und gender-bezogene Politikwissenschaft. Aktuelle Publikation: mit Mark R. Thompson (Hg.), *Dynasties and Female Political Leaders in Asia. Gender, Power and Pedigree*. Berlin u.a., 2013.

Devasahayam, Theresa W., Fellow und Researcher-in-charge Gender Studies, Institut für Südostasienwissenschaften am ISEAS/National University of Singapur, Singapur. Forschungsinteressen: Migrantinnen und Arbeitsmobilität, Remittances, Erwerbstätigkeit von Frauen, Gender und Alter, Frauen und Nahrungsmittelsicherheit. Aktuelle Publikation: *Gender and Ageing: Southeast Asian Perspectives*. Singapur, im Erscheinen.

Dhawan, Nikita, Juniorprofessorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Gender / Postkoloniale Studien im Rahmen des Exzellenzclusters „Die Herausbildung normativer Ordnungen“, Goethe Universität, Frankfurt am Main, Deutschland. Forschungsinteressen: Postkoloniale Studien und Gender, Fragen von Normativität, Kritik und feministisch-postkolonialen Interventionen. Aktuelle Publikation: (Hg.): *Decolonizing Enlightenment: Transnational Justice, Human Rights and Democracy in a Postcolonial World*. Opladen/Farmington Hills, 2013.

Dingeldey, Irene, PD Dr., Leiterin des Forschungsschwerpunktes „Wandel der Arbeitsgesellschaft“ am Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen. Schwerpunkte: Familienbesteuerung, Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtsstaatspolitik im Ländervergleich.

Drüeke, Ricarda, Dr. phil, Postdoc am Fachbereich Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg. Forschungsschwerpunkte: Online-Kommunikation, Gender Studies, Raum und Medien. Ricarda.drueeke@sbg.ac.at

Dutoya, Virginie, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Zentrum für Internationale Studien und Forschung (Sciences Po), Paris, und Dozentin, Universität François Rabelais, Tours, Frankreich. Forschungsinteressen: Politische Repräsentation in Indien und Pakistan, Gender und Nationalismus sowie feministische und LGBT-Politiken in Südasien. Aktuelle Publikation: 'La bru du Pakistan': Genre, sexualité et nationalisme dans la relation Inde/Pakistan, *Raisons Politiques*, 49, 2013, 25-41.

Fleschenberg, Andrea, DAAD Langzeitdozentin, Quaid-i-Azam Universität Islamabad, Pakistan. Forschungsinteressen: Demokratisierungs-, Friedens- und Konfliktforschung mit einem besonderen Fokus auf Süd- und Südostasien, Gender und Politik, Staats- und Institutionenaufbau, Vergangenheitsaufarbeitung. Aktuelle Publikation: Afghanistan plus 10 - Demokratisierung per Intervention? Reflexionen zu Demokratisierung in Interventions- und Konfliktkontexten. In: Schroeter, Susanne (Hg.), Geschlechtergerechtigkeit durch Demokratisierung? Transformationen und Restaurationen von Genderverhältnissen in der islamischen Welt. Bielefeld, 2013.

Freudenschuss, Magdalena, Dr. phil., Politologin und Soziologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centre for Digital Cultures, Leuphana Universität Lüneburg (Projekt: Art and Civic Media). Mitherausgeberin der Femina Politica. Arbeitsschwerpunkte: Prekarisierung, Verletzbarkeiten, feministische Theorie, Diskursforschung. magdalena.freudenschuss@inkubator.leuphana.de.

Großmann, Kristina, Akademische Rätin, Lehrstuhl für Vergleichende Entwicklungs- und Kulturforschung Südostasien, Universität Passau. Forschungsinteressen: Gender, Islam, zivilgesellschaftliche Organisationen, Transformationsprozesse, insbesondere Demokratisierungs- und Modernisierungsprozesse, Konflikt- und Friedensforschung sowie Prozesse der Globalisierung/Aneignung in Südostasien/Indonesien. Aktuelle Publikation: Gender, Islam, Aktivismus. Handlungsräume muslimischer Aktivistinnen nach dem Tsunami in Aceh, Berlin, 2013.

Günther, Jana, Diplom-Sozialwissenschaftlerin, Doktorandin am Lehrbereich „Soziologie der Arbeit und Geschlechterverhältnisse“ des Instituts für Sozialwissenschaften an der HU Berlin, Arbeitsschwerpunkte: Soziale Bewegungen, Feministische Ideengeschichte, Sozialstrukturanalyse. jana.guenther@cms.hu-berlin.de.

Hellmann, Anna, 1982, Referentin für das Referat „Frauenhandel“ der Frauenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES in Berlin, Arbeitsschwerpunkte: politische Lobbyarbeit und Öffentlichkeitsarbeit.

Henkel, Eva, Mitglied im Bundesvorstand des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSVD) und Pressesprecherin der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg. Eva.henkel@lsvd.de, www.lsvd.de.

Klug, Petra, 1982, MA, M.A. (Magister und Master), derzeit Promotionsstudentin an der Universität Leipzig, Stipendiatin der Studienstiftung des deutschen Volkes, Kollegiatin des DFG-Graduiertenkolleg „Religiöser Nonkonformismus“. Arbeitsschwerpunkte: Religion und Säkularität in den USA, islamische Gesellschaften der Gegenwart und der Diskurs über den Islam in Deutschland. petra.klug@uni-leipzig.de.

Kortendiek, Beate, Dr. Dipl. Soz.-Wiss., Koordinatorin des Netzwerks Frauen- und Geschlechterforschung NRW, Universität Duisburg-Essen. Herausgeberin der Zeitschrift GENDER und der Buchreihe Geschlecht & Gesellschaft (VS-Verlag). Arbeitsschwerpunkte: Frauen- und Geschlechterforschung; Hochschul- und Wissenschaftsforschung, Mutterschaft und Familie, Frauenprojekte und Frauenbewegungen. beate.kortendiek@netzwerk-fgf.nrw.de.

Krüger, Anne K., hat in Dresden, Madrid und an der Humboldt-Universität zu Berlin Soziologie, Politikwissenschaft und Neueste Geschichte studiert und an der HU Berlin in Soziologie promoviert. Derzeit ist sie Postdoktorandin an der Universität Potsdam mit den Schwerpunkten Organisations- und Wissenschaftssoziologie. anne.krueger@uni-potsdam.de.

Nagy, Nicola, studiert Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin und engagiert sich in der Fachschaftsinitiative des OSI sowie in der Berliner Gruppe Fels (Für eine linke Strömung). Schwerpunkte im Studium sowie in der politischen Arbeit: Gender, Queer-Feminismus, politische Theorie, Flüchtlingspolitik und Anti-Rassismus. nicola.nagy@fu-berlin.de.

Rauschenbach, Brigitte, Grenzgängerin zwischen den Disziplinen Philosophie, Politikwissenschaft, Psychologie. Bis 2007 Professorin für Politikwissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechterverhältnisse am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin (FB Politik- und Sozialwissenschaften). Forschungsschwerpunkte: Politische Philosophie, Politische Psychologie, Geschlechterforschung, Mentalitätsgeschichte, Erinnerungspolitik.

Rode, Tatjana Marika, 1977, M.A. in Politikwissenschaft und Soziologie. Sie lebt derzeit in Dänemark und hat als freiberufliche Beraterin für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und für das Goethe-Institut in Lima/Peru gearbeitet. Arbeitsschwerpunkte: Politische Repräsentation von Frauen in Lateinamerika und Dänemark. tatjanarm@yahoo.com

Scheurer, Julia, studiert im Master Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, ist in der Fachschaftsinitiative aktiv und vertritt studentische Interessen im Institutsrat. Studienschwerpunkte: Citizenship Studies, Migration Studies. Über den universitären Kontext hinaus organisiert sie einen queer-feministischen Lesekreis. jscheurer@fu-berlin.de.

Schütz, Anna, hat an der Technischen Universität Berlin Sozialkunde und Deutsch (Lehramt) studiert und promoviert an der HU Berlin im Bereich Erziehungswissenschaft. Aktuell ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Erziehungs- und Bildungswissenschaften an der Universität Bremen. schuetz@uni-bremen.de.

Touati, Jasmin, Dr. phil., Dipl. Soz., M.A. Bildungs- und Kompetenzmanagement; Freie Universität Berlin, Leitung des Ausbildungs- und Beratungszentrums an der Zentraleinrichtung für Datenverarbeitung. Arbeitsschwerpunkte: Gender in der Lehre, E-Learning, Frauenförderung, Kompetenzentwicklung. www.jasmin-touati.de.

v. Wahl, Angelika, Prof., Politikwissenschaft/International Affairs, Lafayette College, Easton/PA, USA. Arbeitsschwerpunkte: Vergleichende Sozial- und Arbeitsmarktpolitik (USA, Deutschland, EU), Geschlechterpolitik, Menschenrechte und Reparationen. vonwahla@lafayette.edu.

Veneracion-Rallonza, Maria Lourdes, Assistenzprofessorin für Politikwissenschaft, Ateneo de Manila Universität, Manila, Philippinen. Forschungsinteressen: Menschenrechte von Frauen in bewaffneten Konflikten, Frauenbewegungen, Gender, Peacebuilding und Post-Konfliktwiederaufbau, Gender und humanitäres Völkerrecht. Aktuelle Publikation: Reconstructing the Narrative of Transnational Feminist Agency: The Women's Caucus for Gender Justice in the International Criminal Court. In: Stefan Koengeter/Smith, Wendy (Hg.): Transnational Agency and Migration – Actors, Movements and Social Support. London (im Erscheinen).

Voß, Heinz-Jürgen, Dr. phil., Jg. 1979, Fachgebiet: Biologie/Geschlechterforschung; derzeitige Tätigkeit: externe_r Mitarbeiter_in am LS Sprachwissenschaft und therapeutische Kommunikation, Europa Universität Viadrina Frankfurt/Oder. Arbeitsschwerpunkte: biologie- und medizinische und -geschichtliche Fragestellungen, insbesondere mit Fokus Geschlecht und Sexualität. voss_heinz@yahoo.de.

Zobl, Elke, Assistenz-Professorin am Fachbereich Kommunikationswissenschaft und Schwerpunkt Wissenschaft und Kunst, Universität Salzburg. Arbeitsschwerpunkte: Alternative Medien, Feminismus, partizipative Kultur. elke.zobl@sbg.ac.at.